Beiträge

zur

Geschichte des Niederrheins.

Jahrbuch

des

Düsseldorfer Geschichts-Vereins.

Zwölfter Band.





Düsseldorf, 1897.

Druck und Verlag der Buchdruckerei Ed. Lintz.

Berichtigung zu Jahrbuch XI.

In die Arbeit „Reformations-Versuche im Dominikanerkloster zu Wesel" haben sich ohne Schuld des Verfassers einige Fehler eingeschlichen:

S. 86 Zeile 21 v. o. Konradus de Prussia statt Petrus de Prussia.
S. 92 Zeile 16 v. o. Es wurde nach Cleve geschickt statt Er w. etc.
S. 130 Zeile 19 v. o. muss es heissen Registratum Fol. 197.

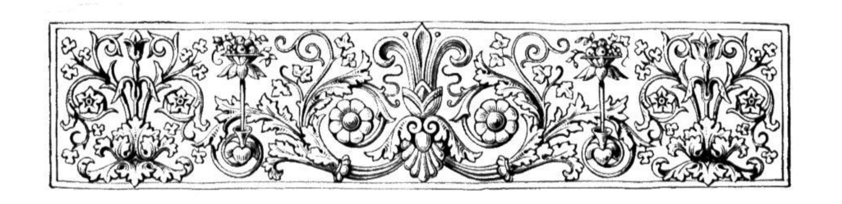
Einige weitere Druckfehler in Arbeit und Beilagen sind leicht als solche kenntlich.

Berichtigung zu Jahrbuch XII.

S. 63 Zeile 14 v. o. ist statt „des Werdenschen Abts Kirche" zu lesen: „das Werdensche Abtsküche".



Inhalt.



Die Politik des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm 1632—1636.

Zugleich ein Beitrag zur Geschichte von Jülich und Berg während des dreissigjährigen Krieges.

Von F. Küch.

ie Rolle, welche Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm in jener für die Geschichte des 30 jährigen Krieges so bedeutungsvollen Epoche vom Tode Gustav Adolfs von Schweden bis zum Prager Frieden gespielt hat, ist für den Gang der allgemeinen Ereignisse ohne einschneidende Bedeutung gewesen. Wie der Pfalzgraf darauf Verzicht leistete, in den Verlauf des Krieges handelnd einzugreifen, so konnte auch die Aufgabe seiner Politik nur darin bestehen, zwischen den verschiedenen Strömungen möglichst geschickt zu laviren und es zu vermeiden, in die Stürme des Krieges hineingerissen zu werden, von denen er die Vernichtung alles dessen befürchtete, was er bisher erreicht hatte.

Gleichwohl bildet diese Zeit einen beachtenswerthen Abschnitt in der Politik des Fürsten und in der Geschichte der von ihm regierten Länder, weil mit ihr der Versuch des Pfalzgrafen zusammenfällt, an die Stelle der bisher lediglich durch diplomatische Mittel betriebenen eine bewaffnete Neutralität zu setzen. Auf welche Weise er diesen Plan auszuführen suchte und welche Folgen dieser Entschluss namentlich für das Schicksal der Herzogthümer Jülich und Berg gehabt hat, damit wird sich die folgende Darstellung beschäftigen.

Ein nicht unwesentlicher Factor in den politischen Verwicklungen, welche die Aufstellung einer Armee für Wolfgang Wilhelm zur Folge hatte, war das Verhältniss zwischen ihm und den Landständen der beiden grossen

niederrheinischen Territorien, die ihm in den Provisionalverträgen mit Kurbrandenburg zugefallen waren. Da indessen dieses Verhältniss in der von der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde vorbereiteten Publication der Landtagsacten von Jülich und Berg während des 30jährigen Krieges eine ausgiebige Beleuchtung erfahren wird, mag es hier genügen, die wesentlichen Momente kurz anzudeuten.

Das Material zu dieser Untersuchung haben fast ausschliesslich die politischen Acten der Abtheilung Jülich-Berg[1]) des Staatsarchivs zu Düsseldorf geliefert, die gerade für die Zeit Wolfgang Wilhelms nach 1630 besonders zahlreich sind. Eine Anzahl bemerkenswerther Notizen aus dem Briefwechsel des Bischofs Franz Wilhelm von Osnabrück mit dem Kurfürsten Ferdinand von Köln im Staatsarchive zu Osnabrück, die ich der Güte von J. Kretzschmar verdanke, war von um so grösserem Interesse, als die äusserst decimirten Bestände des vormals kurkölnischen Archivs so gut wie keine Ausbeute gewährten.

Einleitung.

Zwei Ziele waren es vor Allem, die dem Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm in jener Zeit vorschwebten: die Erwerbung der jülich-clevischen Erbländer und die pfälzische Kur.[2]) Mit äusserster Zähigkeit hielt er an den Ansprüchen fest, die er darauf zu haben glaubte. Aber nachdem es ihm gelungen war, am Niederrhein mit Hilfe der Spanier festen Fuss zu fassen, kam es ihm zunächst darauf an, sich von dem Einflusse und der Gegenwart seiner mehr oder minder aufrichtigen Freunde, die in den Erbländern nach Belieben schalteten und walteten, frei zu machen. Das Resultat seiner Bemühungen war der Provisionalvergleich mit Kurbrandenburg und der Neutralitätsvertrag mit Spanien und den Generalstaaten, der auf dem Regensburger Collegiattage (1630) auch die Zustimmung des Kaisers und der katholischen Fürsten gefunden hatte.

---

[1]) Citirt als P. B. (Politische Begebenheiten).

[2]) Vgl. den Aufsatz „Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm in Brüssel 1632“ im X. Bande dieses Jahrbuches S. 195.

Mit Mühe war es ihm 1631 gelungen, die Truppen der verschiedenen Mächte aus Jülich und Berg zu schaffen, als das Vordringen Gustav Adolfs die Durchführung der mühsam erlangten Neutralität aufs neue in Frage stellte.[1] Aber so sehr er auch von dem Kaiser und den Spaniern gedrängt wurde, offen auf die katholische Seite zu treten, er hielt die einmal eingeschlagene Richtung fest und zog den sicheren Besitz von Jülich-Berg den Vortheilen vor, die ihm die Dankbarkeit des Kaisers und der katholischen Partei etwa hätte bringen können. Jene waren indessen ihrerseits keineswegs geneigt, auf seine wenn auch unfreiwillige Hilfe zu verzichten und ihm die Verschonung seiner Länder und eine, wie sie sagten, in Angelegenheiten des ganzen Reiches unstatthafte Neutralität zuzugestehen. Allerdings gaben die Infantin Isabella und Maximilian von Bayern beruhigende Erklärungen; aber als Gustav Adolf im Frühjahr 1632 den Krieg nach Bayern hineintrug, nahmen weder Kaiserliche noch Ligistische auf die Neutralität der neuburgischen Besitzungen Rücksicht, besetzten Neuburg und andere Städte und die Bayern führten sogar fast den ganzen Pulvervorrath des Pfalzgrafen, einige Stücke Geschütz und die Ausrüstung für mehr als 1000 Mann von Neuburg fort. Die Folge war, dass auch Gustav Adolf, seiner dem Pfalzgrafen gegebenen Erklärung gemäss[2], Truppen in Neuburg einlegte; und die Gegenwart des Königs veranlasste, dass, wie W. Wilhelm dem Kaiser gegenüber klagte, die von ihm bekehrten Unterthanen den katholischen Gottesdienst wieder verliessen, „den lutherischen Predigern nachliefen“ und „neue conjurationes machten.“ Fast sein ganzer Kornvorrath wurde durch kaiserliche, bayrische und nachher durch schwedische Truppen aufgebraucht und die neuburgische Kammer musste ihre Lieferungen an ihn einstellen. Seine Beamten und Unterthanen geriethen in die grösste Noth, das Land wurde durch die zahlreichen Einlagerungen und Durchzüge ausgeplündert und verwüstet.

---

[1]) Ueber die frühzeitigen Versuche des Pfalzgrafen, Gustav Adolf zur Wahrung seiner Neutralität zu bewegen, vergl. Jahrb. X, S. 193. — Dem Kaiser gegenüber gab er später (1633 Juni 28, P. B. 97) als Grund dieser Verhandlungen an, er sei „in sorgen gerathen, es möchte der könig in Schweden, weil er anno 1630 schon in das reich gesetzt und bei den Staden in Niederland alliance gesucht, unter dem schein, dass er des herrn churfürsten von Brandenburg schwester genommen, interesse an die gulische land praetendiren und dasjenige, so die Brandenburgische und Statische vermog der tractaten zu unterlassen obligirt, unter seinem namen attentiren lassen“.

[2]) Vgl. Jahrb. X, S. 194.

Das gleiche Schicksal sah Wolfgang Wilhelm auch für die jülich-bergischen Lande vor Augen, wenn es ihm nicht wenigstens hier gelang, die strenge Durchführung der Neutralität durchzusetzen. Mit Mühe hatte er die Errichtung von kaiserlichen Werbe- und Musterungsplätzen in Jülich verhindert[1]) und ebenso hatte er durch die Vermittelung seines Bruders August die Abstellung der von dem schwedischen Obristen Grafen Heinrich Ludwig von Nassau geforderten Sammelplätze und Contributionen in den bergischen Aemtern Windeck und Blankenberg erwirkt. Aber die Forderungen der Schweden wiederholten sich. Der Commissar Kaspar von Dorlar versuchte abermals im Juni 1632 Contributionen aus den bergischen Aemtern einzuziehen und citirte die Beamten nach Neustadt in der Grafschaft Mark. Er erklärte dem bergischen Marschall Johann Bertram von Scheidt genannt Weschpfennig, den der Pfalzgraf ihm entgegensandte, der König von Schweden habe übel gethan, dass er nicht gleich nach der Leipziger Schlacht das Herzogthum Berg occupirt und Pappenheim den Pass vom Rhein nach Westfalen und dem niedersächsischen Kreis verlegt habe.[2])

Wenn die Schwedengefahr damals noch vom Niederrhein fern blieb, war es vor Allem das Verdienst Pappenheims, der nach der Schlacht bei Leipzig in Niedersachsen und Westfalen so geschickt und energisch operirte, dass er den schwedischen General Wolf Heinrich von Baudissin und die Verbündeten des Königs, Wilhelm von Hessen und Georg von Lüneburg, nicht nur beschäftigte, sondern sogar gegenüber seinen numerisch überlegenen Gegnern Vortheile errang. Kaum aber hatte er, seinen ursprünglichen Plan, der Stadt Köln zu Hilfe zu ziehen, verlassend und einer Eingebung seines phantastischen Geistes folgend, jenen bekannten Zug zur Entsetzung von Maestricht unternommen,[3]) als auch schon die Schweden nach Köln zu vorrückten. Mit Recht klagte der Kurfürst von Köln, dass Pappenheim durch sein unbegreifliches Unternehmen Westfalen und den Niederrhein entblösst habe, während der Pfalzgraf sich beschwerte, dass der Graf die Neutralität gebrochen und durch seine Einlagerung in den jülich-bergischen

---

[1]) S. Jahrb. X, S. 196.

[2]) P. B. 80.

[3]) Jahrb. X, S. 200 f.

Landen[1]) den Schweden Veranlassung gegeben habe, ebenso zu verfahren. Kaum hatte der Graf den Rhein überschritten, als auch schon an der Grenze des Amtes Windeck ein schwedischer Offizier erschien und unter Drohungen Proviantlieferungen verlangte.[2]) General Baudissin hatte die schwedischen Truppen im Stift Hildesheim zusammengezogen, hatte die Weser überschritten und war im vollen Anzuge nach dem Rhein.

Aber auch diesmal noch gelang es, dem Vorrücken der Schweden Halt zu gebieten. Nach der Rückkehr von seinem verfehlten Zuge in die Niederlande trat Pappenheim mit grossem Glücke Baudissin entgegen und zwang ihn zu einem eiligen Rückzuge von Paderborn nach Höxter, von hier weseraufwärts nach Münden.[3])

Eine vollständige Aenderung erfuhr aber die Lage in Westdeutschland durch die Kriegsereignisse in Süd- und Ostdeutschland. Gustav Adolf war Wallenstein, nachdem er ihn bei Nürnberg vergeblich zu einer Feldschlacht zu veranlassen gesucht und seinen Plan eines Einfalls in die österreichischen Erblande aufgegeben hatte, nach Sachsen gefolgt. Als Wallenstein sah, dass eine Entscheidungsschlacht bevorstehe, hatte er Pappenheim, wiewohl zuerst vergeblich, Ordre gegeben, sich mit ihm zu vereinigen. Am 4. November trafen beide Heere zwischen Leipzig und Merseburg zusammen. Wohl setzte es Pappenheim nun doch wieder durch, dass er aufs neue an die Weser und nach dem bedrohten Köln abgesandt wurde, aber auf die Nachricht von den Angriffsbewegungen des Schwedenkönigs machte er sofort kehrt und traf mit seiner Cavallerie gerade noch früh genug ein, um an der Schlacht bei Lützen theilzunehmen, in der er zugleich mit seinem genialen Gegner einen ruhmvollen Tod fand. Das Commando in Niedersachsen und Westfalen hatte er dem Grafen von Gronsfeld übergeben, der, numerisch geschwächt und bei weitem nicht an Pappenheims Fähigkeiten heranreichend, sich alsbald den schwedischen und verbündeten Truppen gegenüber sich entschieden im Nachtheil sah.

---

[1]) Er hatte sich namentlich vor seinem Rheinübergang im bergischen Amte Angermund mehrere Tage eingelagert und grossen Schaden gethan.

[2]) Bericht des Amtsverwalters Wilhelm v. Hillesheim. P. B. 99.

[3]) Theatrum Europaeum II S. 687.

Erstes Kapitel.

Der Einfall der Schweden in Jülich und Berg. 1632 October—December.

Baudissins Einrücken in das Erzstift Köln und das Fürstenthum Berg. Einnahme von Siegburg, Linz und anderen Orten. — Contributionen. — Weschpfennigs Sendung an Baudissin. — Wolfgang Wilhelm beschliesst zu rüsten. — Sendung Düssels nach dem Haag. Prinz Friedrich Heinrich und Wolfgang Wilhelm. — Rückkehr aus Brüssel. — Die Schweden im Fürstenthum Jülich. — Graf Philipp Reinhard von Solms. — Die Schweden und die Landstände von Jülich und Berg. — Werbungen Wolfgang Wilhelms. — Verhandlungen mit Baudissin. Pauw. — Die Schweden räumen Jülich.

Nach der Retirade von Höxter hatte sich Baudissin mit geworbenem und hessischem Volke verstärkt und zog nun, während Pappenheim nach Sachsen abberufen wurde, über den Westerwald nach dem Erzstifte Köln.[1] Am 21. October rückten die ersten Schweden, die man anfangs für einen Haufen westerwäldischer Bauern hielt, durch die Grafschaft Sayn in die rechtsrheinischen Dörfer des Erzstifts vor. Am 23. folgte eine weitere Abtheilung, die in Jasbach, Neustadt und Windhagen einfiel, während der Oberst Jacques Mercier, genannt der kleine Jakob, an der Grenze des Amtes Windeck im kurkölnischen Dorfe Wissen Quartier nahm.

Kurfürst Ferdinand gerieth durch das plötzliche Eindringen des Feindes in grosse Bestürzung. Er vermuthete richtig, dass es zunächst auf das kurkölnische Linz und den Siegpass abgesehen sei, der durch die Stadt Siegburg mit der infolge ihrer natürlichen Lage die Bedeutung einer Festung besitzenden Abtei gedeckt wurde. Er verstärkte Linz durch eine Compagnie und liess — schon am 22. October — die unter der Hoheit des Abtes stehende Stadt Siegburg warnen. Die Düsseldorfer Regierung des in Brüssel befindlichen Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm ging er an, alle Schiffe auf der rechten Rheinseite in Sicherheit zu bringen.

Das Auftreten Baudissins dem bergischen Lande gegenüber war zunächst keineswegs feindselig. Er schrieb an den Abt von Siegburg und die Beamten der Aemter Windeck, Blankenberg, Löwenberg, Lülsdorf, Porz und Steinbach und theilte ihnen mit, er werde das Land zwar

---

[1]) Das Folgende nach den Berichten der Beamten F. B. 99.

auf seinem Marsche berühren, aber gute Disciplin halten, wenn ihm der nothdürftige Unterhalt gewährt werde, zu welchem Zwecke er die Beamten nach Aldenkirchen zu einer Besprechung einlud. Als aber dieser Aufforderung nicht Folge gegeben wurde, rückte er in die Aemter Blankenberg und Windeck ein (Oct. 27) und forderte ausser einer Lieferung von 20000 Pfund Brot eine monatliche Contribution von 130000 Reichsthalern. Den Amtleuten (Gumprecht von Gevershan und Wilhelm von Hillesheim), welche vollständig rathlos waren, drohte er, wenn in zwei Tagen keine Resolution auf seine Forderungen erfolgt sei, werde er seine Armee sich ausdehnen lassen und die Austheilung der Contribution selbst vornehmen. Die Stadt Siegburg wurde im Sturm genommen, das Haus Wahn geplündert, ja bis Deutz streiften die schwedischen Schaaren. Die Abtei Siegburg, in welcher der Abt eine Anzahl Soldaten zurückgelassen hatte[1]), hielt sich noch kurze Zeit; in der Nacht zum 31. October fiel auch sie in die Hand der Schweden. Auch das Städtchen Linz leistete noch Widerstand. Baudissin liess sich aber dadurch nicht abhalten, über den Rhein zu setzen und von den jülicher Aemtern Lebensmittel für 10000 Mann zu fordern. Als man in Berg immer noch keine Anstalten machte, die Austheilung der Quartiere und der Contribution vorzunehmen, wurden die Amtshäuser zu Windeck, Blankenberg, Bensberg und Lülsdorf besetzt und die Contribution auf 6 Millionen (!) erhöht; der schwedische Generalrentmeister Obrist Abraham Loyson, zugleich Commandant von Siegburg, erklärte, sie würden sich nicht als Feinde, sondern als Tyrannen zeigen, wenn keine Zahlung erfolgte.

Die Düsseldorfer Regierung, an deren Spitze der Kanzler Raitz von Frentz stand, gerieth in begreifliche Aufregung, die sich steigerte, als man Bericht erhielt, Baudissin habe von Gustav Adolf Befehl, ungeachtet der Neutralität sich der Lande Jülich und Berg „zu seiner Commodität zu bedienen“. Man befürchtete das Schlimmste. Von dem Befehl des Pfalzgrafen, seine Gemahlin und den Erbprinzen nach Schloss Hambach bei Jülich zu

---

[1]) Er selbst war mit dem Kapitel so eilig nach Köln geflüchtet, dass er einen Theil seiner Schätze zurücklassen musste. (Vgl. Schwaben, Gesch. der Stadt Siegburg, S. 77; Heinekamp, Siegburgs Vergangenheit und Gegenwart, S. 218.) Die Abtei war gut verproviantirt; den Soldaten hatte er einen Monat Sold extra versprochen, wenn sie den Platz halten würden.

bringen, glaubte man absehen zu müssen, da man dieselben dort noch weniger in Sicherheit wusste, als in Düsseldorf, das nun in fieberhafter Eile in Vertheidigungszustand gesetzt wurde. 280 Landschützen wurden zur Verstärkung der Garnison einberufen, die Brücke an der Citadelle niedergelegt und der Damm vor dem Berger Thor durchstochen, damit die Gräben sich wieder mit Wasser füllten. Man wusste zwar, dass Graf Gronsfeld im Anzuge sei, um dem Erzstifte Beistand zu leisten, aber das erhöhte nur die Besorgniss, weil dadurch der Krieg in das Land gezogen werden musste.

Man hatte Baudissin den Marschall Weschpfennig entgegengesandt, aber dieser richtete nicht das Geringste aus. Als er dem General vorstellte, der Pfalzgraf sei neutral, und ihm ein Geldgeschenk anbot, ritt Baudissin voll Unwillens ohne eine Erwiderung davon. Wenn der Marschall ihm nichts anderes mitzutheilen habe, wolle er nicht weiter mit ihm sprechen, liess er ihm sagen. Loyson befahl er, sich auf keine Geldabfindung einzulassen, sondern nur über die Proviantlieferung zu verhandeln. Alles deutete darauf hin, dass es auf eine längere Einlagerung abgesehen war.

Den Pfalzgrafen selbst traf die Nachricht von Baudissins Einfall am 1. November in Brüssel, als er gerade im Begriffe war, die völlige Evacuation des Herzogthums Jülich von spanischen Truppen aufs neue zu betreiben.[1]) Die Staaten hatte er wegen Pappenheims Durchmarsch beruhigt, der wohlwollenden Gesinnung des Prinzen Friedrich Heinrich glaubte er versichert sein zu können; es fehlte nur noch, dass die Spanier die Festung Jülich räumten und er hätte seinen Antheil an den Erblanden in unbeschränktem Besitze gehabt. Wie sehr änderten sich diese guten Aussichten, als die Schweden nun in Jülich und Berg zugleich festen Fuss fassten! Sicher war es, dass nunmehr die kaiserlichen Truppen an den Rhein zogen, um dem Erzstifte und der Stadt Köln Beistand zu leisten. Aller Wahrscheinlichkeit nach kamen auch spanische Truppen zum Succurs und in diesem Falle würden auch die Staaten nicht zögern, Truppen zu schicken. Diese Befürchtung war um so begründeter, als Baudissin mit grosser Zuversicht hatte verlauten lassen, ihm stehe zu jeder Zeit ein staatisches Hilfscorps von mehreren Tausend Mann zur Verfügung. Wenn dies geschah, war die mit so grossen

[1]) Vergl. Jahrb. X, S. 190 ff.

Bemühungen und Opfern erworbene und aufrecht erhaltene Neutralität zerstört, dem jülich-bergischen Lande stand das traurige Schicksal des Herzogthums Neuburg bevor, sich selbst und sein Haus sah er dann den wechselnden Schicksalen des Krieges preisgegeben und aller Einkünfte beraubt.

Dazu kam, dass sein Verhältniss zu Gustav Adolf ein durchaus unklares war. Die Neutralität war in Neuburg durch den Kaiser und die Liga, in Jülich-Berg durch Pappenheim zuerst verletzt worden, und so hatten auch die Schweden keine Veranlassung, sie ferner zu beobachten. Die Stimmung des Königs gegen ihn hatte sich, seit er in Mainz des Pfalzgrafen Gesandten eine verhältnissmässig günstige Erklärung gegeben hatte,[1]) entschieden verschlechtert,[2]) und die von den Schweden unterstützten Ansprüche seines kürzlich verstorbenen Bruders August auf das Herzogthum Neuburg[3]) gingen auf dessen Kinder über. Noch vor wenigen Tagen hatte W. Wilhelm, als er bei dem Prinzen Heinrich in Maestricht weilte, Nachrichten über die ihm wenig günstige Gesinnung Gustav Adolfs erhalten.[4]) Wer konnte wissen, ob nicht Baudissin Befehl hatte, für das mit Schweden verbündete Kursachsen, das seine Ansprüche auf die clevische Erbschaft nach wie vor aufrecht erhielt, Jülich und Berg in Besitz zu nehmen?[5])

---

[1]) Vgl. Jahrb. X S. 193 f.

[2]) Vgl. das Schreiben an Oxenstjerna 1632 März 8 in „Rikskansleren Axel Oxenstiernas skrifter och brefvexling“ II 1 S. 754. Gustav Adolf hatte W. W. einen Pass zur Ueberführung seiner Mobilien von Neuburg nach Düsseldorf ertheilt. Pfalzgraf August beschwerte sich nun darüber, dass auch der neuburgische Statthalter Spiring, in welchem er seinen Hauptverfolger erblickte, seine Sachen mit durchzubringen versuchte und der König befahl, um so eher das Eigenthum Spirings für den Pfalzgrafen August mit Beschlag zu belegen, als Wolfgang Wilhelm „sint der zeit sich nit unclarer feindschaft in offenen schreiben wider uns ergeben lassen“.

[3]) Vgl. Jahrb. X S. 193.

[4]) Er erfuhr, in der Antwort des Königs auf das Vermittlungsschreiben der Generalstaaten habe dieser das Schreiben „geahndet“ wegen des katholischen Glaubens des Pfalzgrafen. W. W. an seinen Agenten im Haag Lic. Veeken 1632 Nov. 3. P. B. 99.

[5]) Als Weschpfennig im Januar 1633 im Haag war, berichtete er Jan. 10: „Jederman fragt mich hie, ob auch Baudiss auf den nam von Sachsen ichtwas praetendire“, und W. Wilhelm schrieb Jan. 21 an den Prinzen Heinrich, er habe Kursachsen, welches mit Schweden gemeinsam das Directorium führen solle, im Verdacht, dass es hinter dem Aufstand stecke. P. B. 63. Diese Annahme stützte später Baudissin selbst durch die Aeusserung (Jan. 7), er habe Mülheim eingenommen, um die Stadt Köln von der Fortification abzuhalten und des Pfalzgrafen „und anderer Interessenten daran habendes Recht zu conserviren“.

In dieser gefahrvollen Lage entschloss sich der Pfalzgraf zu einem folgenschweren Schritt. Zwar dachte er auch jetzt trotz des Drängens seiner spanischen Freunde so wenig wie vorher daran, sich für eine Partei zu entscheiden, aber die Vergangenheit hatte ihn gelehrt, dass eine Neutralität, die ihm politische Selbständigkeit gewährte, doch nur dann für ihn möglich sei, wenn er sie auf festere Grundlagen als bisher stellte. Seine unermüdliche diplomatische Thätigkeit, seine Reisen und Gesandtschaften, hatten doch nur soweit Erfolg gehabt, als das Interesse der verschiedenen Mächte nicht entgegenstand; sobald aber die „raison de guerre et d'état" es zweckmässig erscheinen liess, hatte man sich weder um ihn noch um die versprochene Neutralität gekümmert.

Das einzige noch übrige Mittel war, selbst Truppen zu werben und sich gegen die Uebergriffe der kriegführenden Mächte, vor Allem aber gegen etwaige weitergehende Absichten der Schweden in Vertheidigungszustand zu setzen. Zunächst schickte er deshalb unterm 4. Nov. von Brüssel aus der Düsseldorfer Regierung den Befehl zu, alsbald ein Generalmandat an die Beamten der beiden Fürstenthümer ausfertigen zu lassen, sämmtliche männliche Bewohner aufzuzeichnen und in vier Abtheilungen zu bringen. Jeder dieser Abtheilungen solle ein erfahrener Kriegscommandant zugetheilt werden. Alle Geistlichen, Messerschmiede, Wagner und Seiler, sowie die mehr als 60jährigen sollten die erste Abtheilung bilden und zu Haus gelassen, die Uebrigen aber in Bereitschaft gehalten werden, auf Verlangen Landesfolge zu leisten. Sie sollten daraufhin gemustert und einem Jeden bedeutet werden, dass er sich mit „Kraut und Loth" versehe.

Ausser diesem Landesaufgebot, das, wenn es auch wirklich durchführbar gewesen wäre, kriegsgeübten Berufssoldaten gegenüber nur von geringer Bedeutung hätte sein können, gedachte er eine erhebliche Verstärkung seiner Soldtruppen ins Werk zu setzen. Bisher gebot er über etwa 4 Compagnien Reiter und 7 Fähnlein Fussvolk, zusammen wohl schwerlich mehr als 1700 Mann, die zur nothdürftigsten Besatzung der festen Plätze und Amtshäuser und als Bedeckungsmannschaften eben ausreichten. Er beschloss, 10 Compagnien zu Ross und 5000 Fusssoldaten neu werben zu lassen. Hierzu aber und zur Aufbringung der nöthigen Geldmittel bedurfte es der Zustimmung der Landstände. Den jülich-bergischen Statthalter v. Wonsheim schickte er mit Instructionen

zur Vervollständigung der Fortification von Düsseldorf, zur Ausbesserung der Geschütze und Neubeschaffung der Munition voraus und befahl ihm am 10. November schriftlich, den Landtag einzuberufen.

Ursprünglich hatte er selbst sofort nach Düsseldorf eilen wollen[1]), dann aber kam ihm der Gedanke, vorher noch ein Mittel zu versuchen, das Unheil zu verhüten, die Schweden in Güte aus dem Lande zu bringen und somit den Kaiserlichen und Spaniern die Ursache zu nehmen, in sein Land einzumarschiren. Von allen Mächten hatten ausser dem Pfalzgrafen selbst die Generalstaaten das meiste Interesse an der Aufrechterhaltung der Neutralität der jülich-clevischen Lande. Eine neutrale Zone auf der Ostseite ihres Landes, die ihnen die Möglichkeit gewährte, alle Kräfte nach Süden hin zu entfalten, und die namentlich ihrem Handel und damit ihren Finanzen von Nutzen war, konnte für sie nur erwünscht sein; und so hatten sie bisher die Bestrebungen des Pfalzgrafen eifrig unterstützt. Es war daher ein naheliegender Gedanke, dass Wolfgang Wilhelm auch jetzt ihre Vermittlung anstrebte. Während er selbst den Prinzen Statthalter aufzusuchen beschloss, schickte er seinen Rath, den Licentiaten Düssel, nach dem Haag[2]), um dort in Gemeinschaft mit dem pfalzgräflichen Agenten van der Veeken der Staaten Fürsprache bei Gustav Adolf und General Baudissin nachzusuchen.

W. Wilhelm traf den Prinzen Friedrich Heinrich am 10. November in Daelenbroich und fand ihn bereit, seinetwegen ein „bewegliches“ Schreiben an den König abzulassen. Gleichzeitig aber führte ihn die Absicht zu dem Prinzen, seine Werbungen den Staaten gegenüber zu rechtfertigen. Er beauftragte von Daelenbroich aus seinen Gesandten und Agenten im Haag mit der Mittheilung an die Hochmögenden, man werde ihm hoffentlich nicht verdenken, wenn er bis zum Abzug der Schweden und bis zu einer hinreichenden Versicherung künftiger Verschonung sich nach Kräften in Gegenverfassung stelle. Hoffentlich würden sich ausserdem gute Freunde und unter diesen die Staaten selbst finden, die ihm cooperirten.[3])

---

[1]) Briefwechsel mit seiner Gemahlin (Familiensachen 71b.) Vergl. Jahrb. X, S. 208.

[2]) Instruction Villefort 1632 November 6. Die Verhandlungen mit den Generalstaaten sind hauptsächlich nach den Acten P. B. 63, 78, 115, 121 geschildert.

[3]) Diesen Brief las er dem Prinzen vor.

Die letzte Bemerkung zeigt, dass Wolfgang Wilhelm doch auch wieder mit der Möglichkeit rechnete, fremde Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Da er nicht im Ernst erwarten durfte, von den Staaten Truppenhilfe gegen Schweden zu erhalten, so konnte es ihm nur darum zu thun sein, sie einstweilen darauf vorzubereiten, wenn er etwa bei Anderen Beistand suchen musste.

Am 15. November kehrte er nach Düsseldorf zurück und begann nun aufs neue mit Baudissin zu verhandeln. Dieser hatte inzwischen seine Drohungen wahr gemacht; seine Truppen durchzogen plündernd das Land und nahmen den Unterthanen 1500 Pferde und über 6000 Kühe ab; Werthgegenstände wurden mitgenommen und mussten ranzionirt werden, alles Uebrige wurde zerschlagen und verwüstet. Die Einwohner wurden aus ihren Häusern gejagt, viele bis aufs Hemd ausgezogen, manche ermordet. Von den eingenommenen Plätzen behielt Baudissin ausser Siegburg Blankenberg und Windeck in seiner Gewalt.

Besser ging es in Jülich. Nach der Einnahme von Linz hatte der General gegenüber auf der linken Rheinseite eine Schanze errichtet. Den Abgesandten der Düsseldorfer Regierung[1]) erklärte er, von der behaupteten Neutralität des Pfalzgrafen nichts zu wissen. Von den nach Linz citirten Vögten der Grafschaft Neuenahr und der Aemter Sinzig, Remagen und Breisig forderte er eine einmalige Contribution von 3000 Rthlr. und 4000 Laiben Brot, 400 Malter Hafer nebst dem nöthigen Heu, Stroh u. s. w. Nothgedrungen verglich man sich endlich am 16. November auf die Hälfte des Geforderten, welches binnen zehn Tagen geliefert werden musste.

Wolfg. Wilhelm sandte bald nach seiner Rückkehr den Marschall Weschpfennig und den Kriegscommissar Arnold Raitz von Frentz an Baudissin ab. Er liess ihm vorstellen — die Verhandlungen fanden um den 20. November statt —, welche Erklärungen er von Gustav Adolf empfangen habe und dass dieser noch im October dem neuburgischen Statthalter Spiring gegenüber versichert habe, die Neutralität des Pfalzgrafen achten zu wollen.[2]) Durch sein

---

[1]) Am 6. November wurden Dr. Cornelius Copperts und Dr. Königs an ihn abgeschickt.

[2]) Zur Ausfertigung der betreffenden Erklärung war es allerdings nicht gekommen, angeblich wegen des eiligen Weitermarsches des Königs. Ein Concept verwahrte man aber in der neuburgischen Kanzlei, auf das man sich als auf eine authentische Vorlage auch nach dem Tode Gustav Adolfs stets bezog.

ferneres Stillliegen in Jülich und Berg würden Kaiserliche und Spanier ebenfalls ins Land gezogen und die Neutralität zu nichte gemacht. Baudissin versicherte aufs neue, dass ihm von den Verschonungserklärungen seines Königs nichts bekannt sei und dass er demgemäss auch nicht in der Lage sei, sein Volk abzuführen, wohl aber wolle er es „oberhalb der Sieg hinauf reteriren lassen" und anordnen, dass es nicht unterhalb der Sieg ins Bergische einfalle. Weitere Erklärungen stellte er in Aussicht, wenn er bei dem König gewesen sei.

Trotzdem aber dauerten die Uebergriffe fort. Am 19. November bemächtigte sich eine schwedische Partei des Schlosses Burg, einige Compagnien Dragoner quartirten sich gewaltsam in den Städten Wipperfürth, Radevormwald, Solingen und an anderen Orten ein und erpressten grosse Summen Geldes.

In dieser Zeit, am 28. November, erreichte den Pfalzgrafen die Nachricht vom Tode Gustav Adolfs. Sie erweckte in ihm die Hoffnung, dass die Generalstaaten nun um so weniger Bedenken tragen würden, auf Schweden einzuwirken und bei Baudissin auf die Räumung seines Landes zu dringen; sie veranlasste ihn auch, seine alten Bemühungen um den allgemeinen Frieden wieder aufzunehmen. Er schrieb am 28. November in sehr beweglichen und eindringlichen Worten an den Kaiser und ermahnte ihn um der Treue willen, die er den Gliedern des Reiches versprochen habe, dafür zu sorgen, dass die vertriebenen Reichsfürsten wieder in den Besitz ihrer Länder, die alienirten Stände zu Respect und Gehorsam „und Alles, wie es löblich und heilsam fundirt und verordnet, wieder gebracht werde", ehe ein Anderer in den Credit und das Ansehen komme, welche Gustav Adolf besessen habe. Aehnlich schrieb er an Kursachsen, Kurbrandenburg, Hessen-Cassel, Sachsen-Weimar, Lüneburg und den Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld, denen er seine Vermittlung bei dem Kaiser anbot. Aber wie hier seine Stimme in dem Waffenlärm ungehört verhallte, so führte der Tod des Königs auch am Niederrhein keine Aenderung der Verhältnisse herbei.

Am 11. December entschloss sich Wolfg. Wilhelm abermals, eine Gesandtschaft an Baudissin zu schicken. Der jülicher Marschall Spiring und Arnold Raitz von Frentz erhielten den Auftrag, wenn alle Vorstellungen vergeblich blieben, dem General eine Verehrung bis zu 20000 Rthlr. anzubieten, das in jenen Zeiten wirksamste Mittel, sich von der Kriegslast zu befreien. Doch es blieb wirkungslos.

Nur das wurde erreicht, dass Baudissin einen Befehl an seine Officiere ausgab, den Wildbann des Pfalzgrafen zu schonen und dessen Beamte in ihren Wohnungen und in der Beibringung der landesfürstlichen Einkünfte unbehelligt zu lassen. Im übrigen vertröstete er auf die bevorstehende Ankunft des schwedischen Kriegsrathspräsidenten Grafen Philipp Reinhard von Solms, der den Auftrag habe, die Quartiere in Ordnung zu bringen.

Aber der Graf brachte nichts Gutes. Vielmehr wurden die Beziehungen W. Wilhelms zu den Schweden erheblich verschlechtert, als diese von den beabsichtigten Werbungen des Pfalzgrafen, von Munitions- und Waffenbestellungen Kenntniss erhielten. Sie brachten hiermit seine wiederholten Besuche in Köln[1]) und die Zusammenkünfte mit den Kurfürsten von Mainz und Köln in Verbindung und folgerten auf ein Bündniss gegen Schweden. Um die Werbungen zu verhindern, suchte man auf die Stände einzuwirken. Baudissin lud sie zu einer Besprechung nach Siegburg ein. Als dies erfolglos war, wiederholte der Graf von Solms die Aufforderung und schliesslich entsandte man den Hauptmann Hammeroth gar mit einer Botschaft an die Landstände, die ermahnt wurden, nichts zu beschliessen, was der Krone Schweden nachtheilig sei, und dem Pfalzgrafen seine heimlichen Werbungen zu widerrathen, ihn vielmehr „zu anderwerthlicher guter accomodation zu bequemen“.

Wolfg. Wilhelm seinerseits war über diesen Eingriff in seine landesherrlichen Rechte höchst entrüstet, er liess sogar die Trompeter, welche die beiden Schreiben gebracht hatten, eine Zeitlang gefänglich festhalten und verhinderte die Verhandlungen des Capitains mit den Ständen, indem er eine Wache vor dessen Wohnung stellte. Ein sehr gereizter Briefwechsel, in dem sich beide Theile über Verletzung des Völkerrechts beklagten, schloss sich daran, und der Pfalzgraf begann eine um so energischere Sprache zu führen, als er bereits mit Erfolg seine Werbungen begonnen hatte.

---

[1]) W. W. war kurz vor seiner Rückkehr nach Düsseldorf, nämlich am 14. November, in Vilich mit Kurfürst Ferdinand zusammengetroffen, der am 4. November sich bei ihm beschwert hatte, der Verlust von Linz, Altenwied und Neuerburg sei die Folge davon, dass seine Unterthanen die Hilfe geweigert hätten. Hätten die bergischen Aemter mit den Seinigen zusammen gehalten, so hätte man dem Unglück vorbauen können. Um den 20. November und wieder am 22. December war er in Köln. Seine Absicht war indessen, wie gezeigt werden wird, nur die Verhütung der spanischen und gronsfeldischen Succurssendungen.

Ohne die Zustimmung seiner Stände abzuwarten, erliess er am 27. December den Befehl an die Beamten der zu Sammelplätzen bestimmten Städte, den Unterhalt für die Geworbenen einstweilen vorzuschiessen, und am 28. ertheilte er die Patente für die Rittmeister und Capitaine, die sich schon bis zum 1. Januar 1633 die nöthige Anzahl „wohlmontirter, herzhafter, katholischer Soldaten" zu den bestimmten Musterplätzen zu liefern verpflichteten.[1])

Während des Pfalzgrafen Werbungen im Fürstenthum Jülich vor sich gingen, hatte im Bergischen General Baudissin — wie es scheint infolge der vom Grafen zu Solms mitgebrachten Befehle — begonnen, „mit der Unterthanen Schweiss und Blut einen neuen exercitum zu formiren", wie sich Wolfg. Wilhelm ausdrückte, und mit den weggenommenen Pferden seine neue Cavallerie beritten zu machen. Dabei nahmen die Uebergriffe ihren Fortgang. Zwar hatte der Pfalzgraf versucht, durch den auf der Durchreise zu Oxenstjerna Düsseldorf und Köln berührenden staatischen Gesandten Pauw,[2]) dem er am 23. December Spiring und Johann Wilhelm von Hugenpoet zugesellte, auf Baudissin einzuwirken. Aber auch dies war vergeblich, zumal da der Gesandte keine Vollmacht von Seiten der Staaten vorweisen konnte. Die Freiheit Mülheim, in die W. Wilhelm am 19. November auf die Nachricht von der Einnahme von Bensberg einen Officier und 30 Musketiere mit dem Befehl eingelegt hatte, kein fremdes Kriegsvolk ohne seinen Specialbefehl einzulassen, hatte Baudissin Mitte December besetzt und von hier aus in der Nacht vom 21. auf 22. December das von den Kölnern befestigte Deutz überfallen und vorübergehend in seine Gewalt gebracht.[3]) Die Nachricht hiervon erweckte in Düsseldorf so grossen Schrecken, dass der Statthalter Wonsheim dem Oberstlieutenant Spiess und den Hauptleuten Verdunk, Daniels und Paffrath Befehl ertheilte, ihre sämmtlichen bis dahin geworbenen Soldaten nach Düsseldorf zu schicken.[4]) Ferner bemächtigten sich die

---

[1]) Die monatlichen Unterhaltungskosten für 10 Compagnien zu Pferde, jede zu 80 Mann, und 20 zu Fuss (10 zu 215, 10 zu 250 Mann) nebst dem Stab wurden auf 315583 Rthlr. berechnet.

[2]) Dessen Bemühungen hatte er das Verbot der im Frühjahr in Berg verordneten Musterplätze für das nassauische und solmische Regiment mit zu verdanken. Vgl. o. S. 4.

[3]) Theatr. Europ. II S. 688. — W. W., der am 22. nach Köln kam, berichtet über dieses Ereigniss an seine Gemahlin.

[4]) Man ersieht daraus, dass die Werbungen bereits vor Ertheilung der Patente, wahrscheinlich in grösster Heimlichkeit, begonnen hatten.

Schweden zum zweiten Male der Stadt Wipperfürth. In Beyenburg an der Wupper erschien am 27. December der Capitain Motzbach aus Radevormwald mit 30 Soldaten, verlangte von dem Amtmann Johann Wilhelm von Bellinghausen mit gezogenem Degen die Uebergabe des herzoglichen Hauses und liess dieses schliesslich stürmen. Die Besatzung vertheidigte sich kurze Zeit mit Steinwürfen und nahm dann Reissaus. Die Schweden bemächtigten sich der Kirchenschlüssel und entwaffneten die Bürger. Sie hatten auch, wie W. Wilhelm an Weschpfennig schrieb,[1]) die Absicht, sich der Stadt Monjoie in Jülich und der Stadt Ratingen in Berg zu bemächtigen, kurz es schien, als ob sie willens seien, den Pfalzgrafen in Düsseldorf einzuschliessen.

Da trat um die Wende des Jahres eine plötzliche Aenderung in dem Verhältniss W. Wilhelms zu den Schweden ein. Baudissin erklärte auf eines der scharf gehaltenen Schreiben des Fürsten am 31. December, in dem er zugleich die vorgefallenen Ausschreitungen beklagte, er habe Befehl ertheilt, den grössten Theil der Häuser und Städte, deren er nicht zu seiner Sicherheit bedürfe, den Beamten wieder einzuräumen und seine Soldaten zurückzuziehen, er hoffe, der Pfalzgraf werde ihm dafür mit dem nöthigen Unterhalt unter die Arme greifen. Alsbald entsandte dieser Spiring, Hugenpoet und Frentz in das Hauptquartier nach Linz[2]), und das Resultat der dort gepflogenen Verhandlungen war, dass sich Baudissin bereit erklärte, die besetzten Plätze im Jülichschen (Sinzig, Remagen, Oberwinter, Heimersheim und Breisig) zu räumen, wenn der Pfalzgraf sich verpflichten würde, dieselben zu besetzen und gegen die Feinde Schwedens zu halten. Hierauf ging Wolfg. Wilhelm ein und am 10. Januar erfolgte die Räumung. Anders mit Berg. Siegburg erklärte der General ohne besondern Befehl Oxenstjernas nicht aufgeben zu dürfen, ebenso müsse er Blankenberg und Windeck behalten, damit Siegburg nicht so leicht blockirt werden könne. Auch auf die bisher erhobenen Contributionen leistete er keinen Verzicht,[3]) das Land musste die Siegburger Garnison auch ferner unterhalten.

Weitere Verhandlungen sollten zwischen dem Pfalzgrafen selbst und dem Kriegsrathspräsidenten Grafen

[1]) 1632 Dec. 27. P. B. 85.
[2]) Instruction von 1632 Jan. 3. P. B. 99.
[3]) P. B. 85.

Solms in Düsseldorf stattfinden, aber die Kurfürsten von Mainz und Köln verweigerten dem Grafen den Pass, und so unterblieb die Zusammenkunft.

Zu bemerken ist, dass Baudissin um so weniger Anlass hatte, die Abtretung Siegburgs zuzugestehen, als des Pfalzgrafen Anspruch auf die Besetzung dieses Platzes keineswegs unbestritten war. Die Abtei war reichsunmittelbar, und die Herzöge von Berg hatten nur die Schutz- und Schirmgerechtigkeit ausgeübt. Der Abt hatte dieselbe aber nach dem Tode des Herzogs Johann Wilhelm keinem der beiden possidirenden Fürsten zugestehen wollen, ihnen vielmehr die militärische Besetzung von Stadt und Kloster verweigert und Neutralität bis zum endgiltigen Austrag des Erbfolgestreites beansprucht.[1]) Wenn sich nun Wolfgang Wilhelm um die Befreiung Siegburgs von den Schweden bemühte, so hatte er dabei zugleich den Zweck im Auge, diesen wichtigen Platz für sich zu gewinnen. Der vertriebene Abt liess es denn auch nicht an Anstrengungen fehlen, dies zu vereiteln und selbst in den Besitz der Abtei zu kommen. Aber auch seine Versuche, durch Geldverehrungen sein Ziel zu erreichen, waren erfolglos.[2])

Die Beweggründe zu den oben angeführten Zugeständnissen von schwedischer Seite liegen auf der Hand. Die Truppenwerbungen des Pfalzgrafen allein[3]) hätten Baudissin wohl schwerlich veranlasst, seine Position in Jülich und Berg aufzugeben. Aber schon waren von zwei Seiten die Hilfstruppen des Kurfürsten im Anmarsch, und Graf Solms und Baudissin befolgten nur ein Gebot der Klugheit, wenn sie bei ihrer numerischen Schwäche die zerstreuten kleinen Detachements zusammenzogen. Wenn sie ausserdem von dem Pfalzgrafen als Gegenleistung die Zusicherung erhielten, dass er die Besetzung der aufgegebenen Plätze durch den Feind nicht zulassen werde, so konnten sie mit dem Erfolge ihrer Verhandlungen zufrieden sein. Die Zukunft sollte zeigen, dass diese Rechnung unrichtig war.

---

[1]) Näheres über die Streitigkeiten des Abtes mit den Possidirenden s. bei Heinekamp a. a. O. S. 204 ff. und 214.

[2]) Vgl. Schwaben, Geschichte der Stadt etc. Siegburg S. 40.

[3]) W. W. rühmte sich bei späteren Gelegenheiten thatsächlich, seine Truppenwerbungen hätten den Abzug der Schweden herbeigeführt.

Zweites Kapitel.

Die spanischen und ligistischen Truppen in Jülich und Berg. 1633 Januar.

Kurköln sucht Hilfe bei der Infantin und Gronsfeld. — Stimmung auf ligistischer Seite gegenüber dem Pfalzgrafen. Der k. Kriegscommissar Velbrück. — Gegenvorstellungen W. W.'s. — Ankunft der spanischen Truppen unter Roveroi. — Kampf in Remagen. — Ankunft Westphalens in Berg. — Schaden durch ihn und die Schweden.

Als die schwedischen Regimenter in das Erzstift Köln eingedrungen waren und eine Reihe fester Plätze am Rhein und im Bergischen eingenommen hatten, wandten sich die Kurfürsten Ferdinand von Köln und Anselm Casimir von Mainz — Letzterer hatte nach dem siegreichen Vormarsch Gustav Adolfs nach Mainz in Köln eine Zuflucht gefunden — hilfeflehend an die Infantin Isabella,[1]) die auch bereitwillig auf ihre Bitte einging. Der Nachfolger Pappenheims in Niedersachsen und Westfalen, Graf Gronsfeld, schickte ebenfalls ein Hilfscorps unter dem Obersten Westphalen an den Rhein, welches sich mit den spanischen Truppen unter dem Grafen von Isenburg und dem Obersten Roveroi vereinigen und gemeinsam gegen Baudissin vorgehen sollte.[2])

Wir wissen, mit welchen Befürchtungen Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm dem Herannahen dieser Truppen entgegensah, von denen er um so weniger Schonung erwarten durfte, als man auf Seiten der kaiserlichen und ligistischen Partei sehr schlecht auf ihn zu sprechen war. Stellte man doch in Köln den Einfall Baudissins in Berg lediglich als eine Folge seiner Neutralitätsbestrebungen dar. Der kaiserliche Kriegscommissar Velbrück, ein Unterthan des Pfalzgrafen, äusserte, Merodes Truppen habe man seiner Zeit keine Quartiere gewähren wollen, sondern die Unterthanen aufgefordert, sich so gut als möglich zu wehren. Jetzt, wo die Reichsfeinde kämen und des Pfalzgrafen eigene Häuser plünderten, sei alles gut. Aber die Gronsfeldischen seien im Anzug.

---

[1]) Kurfürst Ferdinand entschuldigte sich später bei den Generalstaaten, er habe die Hilfe nicht gesucht, sondern sie sei ihm ohne sein Zuthun angeboten worden.

[2]) Die Stadt Köln hatte sich nach einigem Schwanken — sie war zuerst sogar in ein neutrales Verhältniss zu Baudissin getreten — von dem Kurfürsten zu energischem Widerstande bewegen lassen, hatte Truppen geworben und Deutz befestigt. Vgl. Ennen, Geschichte der Stadt Köln 5 S. 610 ff.

Wenn sie kämen, werde man nicht erst am kaiserlichen Hofe anfragen, wo man sie einquartieren solle, man werde es machen wie die Schweden, die Truppen selbst einquartieren und des Pfalzgrafen Amtleute zur Contribution citiren. Es sei doch besser, dass das Land zu der kaiserlichen Majestät Dienst ausgeplündert werde, als zu des Feindes Stärkung.[1])

Und diese Anschauung war in Köln die herrschende. Mochte Wolfg. Wilhelm auch Velbrück wegen seiner Aeusserungen zu Rede stellen und erwidern, die Kaiserlichen hätten den Anfang gemacht, Pappenheim habe den Schweden den Weg gezeigt, — dies änderte nichts an der Stimmung gegen ihn. Man sagte, Graf Isenburg und die übrigen Officiere hätten geäussert, wenn man des Pfalzgrafen Leute in den Waffen fände, werde man sie niederhauen. Der Agent des Pfalzgrafen in Köln, Bleimann, nannte besonders einen Observantenmönch Alexius, der mit den Officieren der Gronsfeldischen Armee lebhaft correspondire und ihnen allerhand Vorschläge zum Nachtheile Wolfg. Wilhelms mache.

Mit dem Aufgebot seiner ganzen Beredsamkeit bestürmte der Pfalzgraf die beiden Kurfürsten, den Zuzug der Hilfstruppen rückgängig zu machen. Er stellte ihnen vor,[2]) dass durch den Einmarsch der Spanier und Kaiserlichen die Staaten in das Land gezogen würden und dass bei der ausserordentlich starken Position, die sie inne hätten, und bei ihrer Kriegstüchtigkeit nicht daran zu denken sei, ihnen Widerstand zu leisten. Er bat, man möge wenigstens so lange warten, bis man die Staaten informirt und erreicht habe, dass sie „dieser Assistenz wegen alle ungleiche Gedanken fahren liessen“; man möge zunächst einmal die genügenden Mittel zur Besoldung der Truppen mit Hilfe der Spanier herbeischaffen, damit diese nicht grösseren Schaden in Jülich-Berg verübten, als die Schweden, und ihm nicht die Möglichkeit genommen werde, seine Truppen zu unterhalten. Er zog sogar die Kreisverfassung an, wonach die Hereinführung fremder Truppen unstatthaft sei; den Kurfürsten warf er vor, dass sie sich nicht vielmehr selbst in Vertheidigungszustand setzten, d. h. eigene Truppen anwürben. Er

---

[1]) Bericht des pfalzgräflichen Agenten in Köln und Jülicher Pfennigmeisters Hubert Bleimann. Köln 1632 Nov. 16. P. B. 99.

[2]) Das Folgende nach einem Bericht des Pf. an den Kaiser 1633 Febr. 17. P. B. 67.

berief sich auf eine Erklärung des Kaisers seinem Agenten in Wien Dr. Pape gegenüber, die ihm am 1. Januar 1633 zugegangen war, dass nämlich der Durchzug Pappenheims durch Berg und Jülich nach Madrid ohne des Kaisers Wissen und Willen geschehen, und dass der Letztere durchaus willens sei, sein Wort bezüglich der in Regensburg bewilligten Neutralität zu halten. Aber er predigte tauben Ohren.

Kaum hatten des Pfalzgrafen Truppen die von Baudissin geräumten Plätze in der Grafschaft Neuenahr und den Aemtern Sinzig und Remagen besetzt, als auch schon die Spanier unter dem Obersten Roveroi heranrückten, die Pfalzgräflichen hinaustrieben und starke Besatzungen namentlich in Sinzig und Remagen einlegten. Das übrige Corps war unter dem Grafen von Isenburg durch die Eifel an den Rhein gezogen — nicht ohne zahlreiche Belästigungen der Jülicher Aemter[1]) — und kämpfte mit wechselndem Glücke gegen Baudissin, der inzwischen Andernach stark befestigt hatte. Dem Grafen hatte Wolfg. Wilhelm die Amtleute Spiring und Johann Bertram v. Gertzen gt. Sinzig entgegengeschickt, aber Roveroi hielt die Plätze besetzt.

Baudissin war natürlich äusserst entrüstet, dass der Pfalzgraf sein Versprechen, kein anderes Kriegsvolk in die geräumten Orte zu lassen, nicht gehalten und es geduldet habe, „dass die Feinde sich ihm gleichsam vor dem Gesicht einquartirt hatten“. Am 12. Februar nahm er Remagen den Spaniern im Sturme wieder ab, wobei die Kirche und der grösste Theil der Häuser ein Raub der Flammen wurden; nur einige Häuser am Markt blieben stehen.

Aehnlich und schlimmer ging es im Bergischen zu. Als Oberst Westphalen mit den ihm unterstellten sechs Regimentern bis Olpe und Attendorn gekommen war, marschirte er nicht geraden Weges auf sein Ziel, Deutz, zu, sondern wandte sich nach Nordwesten, überschritt um den 18. Januar die Kettwiger Ruhrbrücke und kam in der Gegend von Kaiserswerth am Rheine an. Wolfg. Wilhelm hatte auf die Nachricht hiervon alsbald neben der Provision für eine Nacht Ponten und Schiffe nach Kaiserswerth schaffen lassen, damit die Truppen übergesetzt werden und dann auf kurkölnischem Gebiet rheinaufwärts nach Deutz marschiren könnten. Aber das lag nicht in dem Plane des Obersten, dem die bergischen Quartiere besser

[1]) Bis nach Düren hin streiften die spanischen Reiter. P. B. 97.

gefielen, und nicht im Interesse des Kurfürsten Ferdinand, der die Last lieber auf des Pfalzgrafen Schultern schob.[1])

Westphalen blieb also zunächst in den Aemtern Angermund und Ratingen liegen und nachdem seine Truppen neben der vom Pfalzgrafen gelieferten Provision, deren Kosten 972 Rthlr. betrugen, den ganzen Viehbestand der Aemter vernichtet, sämmtliche Pferde weggenommen hatten und auch in das Amt Mettmann unter Vergewaltigungen eingefallen waren, marschirte er Anfang Februar rheinaufwärts und zwar auf der bergischen Seite.

Wolfg. Wilhelm sträubte sich auf das Aeusserste, diesen Durchmarsch zu gestatten. Wiederholt schickte er Gesandtschaften nach Köln. Er wies darauf hin, dass die Wupperbrücke unpassirbar sei und forderte Ersatz für den bisher verursachten Schaden, gestattete aber schliesslich den Durchmarsch, den er doch nicht hätte hindern können, gegen das Versprechen, keine Einquartierungen und Fouragirungen im Bergischen vornehmen zu wollen. Aber was halfen alle Versprechungen, wenn, wie Westphalen klagte, die von dem Kurfürsten Ferdinand versprochenen Fourage- und Brotlieferungen nur in geringer Menge gereicht wurden! Der Oberst musste sehen, woher er den Unterhalt für seine Truppen bekam. Am 5. Febr. ertheilte Wolfg. Wilhelm den Befehl, zur Verhütung von Excessen die Pässe zu besetzen und kein Kriegsvolk ohne seine Genehmigung passiren zu lassen. Aber noch war dieser nicht vollständig ausgeführt, als schon die Regimenter Westphalens in die Aemter Monheim, Porz und Miselohe einfielen, wo sie ärger wütheten, als es die Schweden gethan hatten, und dies unter den Augen des Amtmanns Wilhelm von Zweifel, der im Auftrage des Pfalzgrafen die Truppen begleitet hatte.

Die Kirche zu Rheindorf im Amte Monheim wurde ausgeplündert, was man nicht mitnehmen konnte, zerschlagen. In Rath wurde sämmtliches Vieh geraubt, die Leute nackt ausgezogen oder zur Erzwingung von Ranzionen mitgenommen. Auch das Kloster Dünwald und die Kirche zu Merheim wurden spoliirt. Den Raub führte man auf Wagen nach Deutz. Das Schlimme war, dass die Ueberfahrt der Truppen über den Rhein des Hochwassers wegen unmöglich war, weshalb sie vierzehn Tage im Lande liegen bleiben mussten.

---

[1]) Die kurkölnischen Gesandten gaben dem Pfalzgrafen zu, der Kurfürst habe Westphalen die bergischen Quartiere zugewiesen, während Ferdinand dies leugnete.

Der Schaden war gross. Einige Dörfer, deren Hauptbesitz in Pferden und Hornvieh bestand, waren ganz ruinirt, in anderen war durch das Abhauen von tausenden von Obstbäumen der lebhafte Obsthandel, welcher nach Holland betrieben wurde, zu Grunde gerichtet. Besonders hatte man es auf die Kirchen abgesehen, weil die Unterthanen dorthin ihre beste Habe zu bringen pflegten, und die Ausraubung erfolgte so gründlich, dass auch die Glocken aus den Thürmen mitgenommen wurden. Die in den Schlössern und Pässen aufgestellten pfalzgräflichen Soldaten und Schützen wurden angegriffen; wenn man ihrer habhaft werden konnte, schoss man sie nieder, andere beraubte man ihrer Waffen und der Kleider, die sie am Leibe hatten.

Und bei alledem musste das Land auch noch den Zorn der Schweden über die vermeintliche Unterstützung, die der Pfalzgraf den Gronsfeldischen Truppen gewährt hatte, fühlen. In der Nacht des 21. Januar legten sie die Stifte Vilich und Schwarzrheindorf sammt den zugehörigen Dörfern und der Windmühle in Asche, ferner die Dörfer Beuel im Amt Löwenberg und Sieglar und Hangelar im Amt Blankenberg. Der Oberstlieutenant Schmitt fiel mit 200 Mann in Honnef ein. Der Ort musste 900 Rthlr. erlegen, aber von den Einwohnern erpressten die Soldaten durch Prügel und andere Gewaltmittel ausserdem noch mehr als das Vierfache. Durch die Abschneidung aller Lebensmittel entstand noch dazu eine Hungersnoth. Mehr als 100 Bewohner von Honnef traten in schwedische Kriegsdienste, um nur dem Hungertode zu entgehen. Im Gebiete der unteren Sieg, in den bergischen Aemtern Löwenberg und Lülsdorf hatten sämmtliche Unterthanen ihre Wohnorte verlassen, wohin sie sich um so mehr zurückzukehren scheuten, als nun auch die Gronsfeldischen Truppen sich näherten.

Drittes Capitel.

Vermittlungsversuch der Generalstaaten. 1633 Januar — März.

Erfolg der Sendung Düssels. — Stimmung im Haag. — Weschpfennigs Sendung nach Emmerich und dem Haag. — Misstrauen der Holländer. — Bereitwilligkeit zur Vermittlung. Abneigung gegen die Unterstützung W. W.s. durch die Spanier. — Plan der Neutralisirung des Gebietes westlich von der Weser — Umschwung

der Stimmung infolge des spanischen Hilfszuges. — Lic. Veeken, kurkölnischer Agent. — Absendung Vossbergs. Dessen Werbung bei W. W., Kurköln, Baudissin, Landgraf Wilhelm von Hessen. — W. W. beschickt Landgraf Wilhelm und Herzog Georg von Lüneburg.

Während die Truppen beider Parteien das Land verwüsteten, waren endlich die Verhandlungen, welche Wolfgang Wilhelm mit den Generalstaaten eingeleitet hatte, um ihre Vermittlung bei Baudissin und Oxenstjerna zu erlangen, zu einem gewissen Abschluss gekommen.[1])

Die Sendung Düssels nach dem Haag im November 1632[2]) hatte wenig Erfolg gehabt, weil Prinz Heinrich, in dessen Händen die Entscheidung bei wichtigen Fragen der auswärtigen Politik ruhte, abwesend war. Auf die Vorstellungen des Gesandten erwiderte man, ohne die Meinung des Prinzen eingeholt zu haben, könne man sich nicht entschliessen, die verlangten Vermittlungsschreiben an die Schweden abgehen zu lassen, oder gar eine Gesandtschaft an Gustav Adolf, den Kanzler oder Baudissin abzuschicken. Die Stimmung im Haag war infolge des Pappenheim'schen Durchzuges nicht gerade günstig für Wolfgang Wilhelm; man sagte, der Einfall der Schweden sei eine berechtigte Retorsionsmassregel, die Kaiserlichen hätten vorher in der Grafschaft Mark ebenfalls adelige Häuser geplündert. Ueberhaupt habe man ja dem Pfalzgrafen gegenüber schon früher die Ansicht geäussert, wenn er auch die Neutralität bei dem Kaiser zu Wege brächte, so werde dieser sie nicht halten. Der König von Schweden habe vollends keine Ursache, sie zu achten.[3])

Das lautete wenig günstig, und Mitte November musste Düssel unverrichteter Dinge zurückkehren. Zu einem zweiten Versuche, die Vermittlung der Holländer zu erreichen, gab die Anwesenheit des staatischen Gesandten, Frhrn. Friedrich von Schwarzenberg und Hohenlandsberg, Anlass, der auf der Rückreise nach dem Haag den Pfalzgrafen aufgesucht und von diesem eine entsprechende Denkschrift für die Generalstaaten erhalten hatte. Unterdessen waren die Schweden immer weiter vorgedrungen. Die

---

[1]) Es erschien mir angemessen, diese Verhandlungen im Zusammenhang und etwas ausführlicher zu behandeln, weil sie charakteristisch sind für das Verhältniss, in welchem der Pfalzgraf in jener Zeit zu den Generalstaaten stand.

[2]) Vgl. o. S. 11.

[3]) Bericht Düssels von 1632 November 11.

Bedrängnisse der Unterthanen nahmen zu, und die eigenen Versuche des Pfalzgrafen, Baudissin zum Abzuge zu bewegen, erwiesen sich als vergeblich. Auf irgend eine Weise musste aber Baudissin aus dem Lande gebracht werden, wenn er die Kaiserlichen und die Spanier zurückhalten wollte. Er war im Begriffe, sich selbst zu rüsten, um sich im Nothfalle der Schweden zu erwehren, und es kam ihm besonders darauf an, dieses Verfahren den Staaten gegenüber zu motiviren und jeden Argwohn bei ihnen zu zerstreuen.

Diese Aufgabe fiel Weschpfennig zu, auf dessen diplomatisches Geschick sich der Pfalzgraf verlassen konnte. Zwar vertrat der tüchtige Lic. Veeken im Haag die Angelegenheiten Wolfgang Wilhelms, aber jener war zu gleicher Zeit kurkölnischer Agent und hatte gerade damals von dem Kurfürsten den Auftrag, die Holländer mit der Thatsache des spanischen Succurses auszusöhnen, während der Pfalzgraf eifrig bemüht war, keinen Gedanken daran aufkommen zu lassen, als ob er mit Kurköln gemeinsame Sache machte und die spanische Hilfe auch ihm gelte.

Weschpfennigs Auftrag ging dahin, sich zunächst nach Emmerich zu begeben und mit der dortigen kurbrandenburgischen Regierung zu verhandeln. Es lag ja im Interesse der in die Neutralität mit einbegriffenen Länder Cleve und Mark ebensowohl wie in dem von Jülich und Berg, wenn die Neutralität hier wie dort gewahrt wurde. Sowohl der Pfalzgraf als die Düsseldorfer Regierung hatten sich deshalb gleich nach dem Einfalle der Schweden an die Regierung zu Emmerich mit dem Ersuchen gewandt, dabei mitzuwirken, dass Baudissin das Land räumte. Wenn nun aber Weschpfennig seiner Instruction gemäss am 24. December 1632 den Vorschlag der kurbrandenburgischen Regierung darüber begehrte, wie man die Schweden „gesammter Hand“ wieder aus dem Lande bringen könne, und wenn er gar von einer bewaffneten Assistenz gegen diese Verbündeten Brandenburgs sprach,[1]) so konnte das auch hier keinen andern Zweck haben, als in möglichst unverfänglicher Weise auf die Rüstung

---

[1]) Berichte Weschpfennigs, P. B. 78. Weschpfennig fragte, „wie starke assistenz“ der Pf. „auf das höchste von ihnen zu getrosten“, wenn er, „wie es albereit das ansehen gewinnen will, zu einer notiger gegenverfassung, defension und versicherung“ seiner Lande und Unterthanen gedrungen werde.

des Pfalzgrafen vorzubereiten und es zu verhüten, dass seinen Werbungen Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden.[1])

Die Antwort, welche der Pfalzgraf hätte voraussehen können, war, dass man ohne Befehl des Kurfürsten nichts beschliessen dürfe. Man stellte ihm aber anheim, nähere Mittheilungen und Vorschläge in Betreff der Gegenverfassung zu machen. Wie es scheint, ist indessen Wolfg. Wilhelm hierauf nicht mehr zurückgekommen, nachdem der eigentliche Zweck der Sendung erreicht war, und die clevische Regierung einen Rath an Baudissin geschickt hatte, der die Forderung, das bergische Land zu räumen, unterstützte.

Die Instruction, welche der Pfalzgraf seinem Gesandten nach dem Haag mitgab, war ganz im Sinne der Verhandlungen, welche vorher Düssel mit den Staaten und er selbst mit dem Prinzen Heinrich gepflogen hatte: man möge seine Vorstellungen bei Oxenstjerna und Baudissin unterstützen, oder aber es ihm nicht verübeln, wenn er sich, so gut es gehen wolle, in Defensions-Verfassung stelle und bei Anderen Hilfe suche. Die Beziehungen der Staaten zu den Schweden könnten sich doch nicht so weit erstrecken, dass sie ihre friedliebenden Nachbarn unterdrücken und aus dem Frieden in den Unfrieden setzen liessen. Sie möchten deshalb nicht nur die Werbungen in ihrem Lande zulassen und den Zuzug der jülich-bergischen Landsassen gestatten, sondern auch den Gouverneuren von Wesel, Rees, Maestricht, Roermond und Venlo den Befehl ertheilen, ihm jederzeit auf Ver-

[1]) „Dass sie denjenigen, so wir der ort kriegsvolk zu werben absenden, zu solchem end auch ihres theils patent, damit sie ungehindert werben mögen, wolten ertheilen lassen." Instruction für W. vom 17. December. — W. war allerdings weiter instruirt, wenn die Regierung in Emmerich sich auf die Nothwendigkeit berufen werde, näheren Bescheid von dem Kurfürsten einholen zu müssen, zu antworten, die Allianz mit Schweden könne sich nicht soweit ausdehnen, dass dadurch der Pfalzgraf und seine unschuldigen Lande molestirt und die Neutralität gebrochen würde; ferner darauf hinzuweisen, dass nach den Verträgen die Fürsten zu gegenseitiger Assistenz verpflichtet seien. Aber auch das sollte offenbar nur dazu dienen, sein eigenes Vorgehen zu rechtfertigen und die cleve-märkische Regierung von einer möglichen Unterstützung der Schweden abzuhalten. — Der zweite Punkt seiner Instruction, die völlige Durchführung des Provisional-Vergleiches, im Anschluss an eine Anfrage des Pf. vom 18. August, steht ausser Zusammenhang mit den hier zu schildernden Vorgängen.

langen zu Hilfe zu kommen und, ohne besonderen Befehl aus Holland abzuwarten, gegen diejenigen zu fechten, welche gegen des Pfalzgrafen Unterthanen mit Gewalt vorgingen.

Man erkannte auf staatischer Seite die verschleierte Absicht dieser letzten Forderungen Wolfgang Wilhelms sehr wohl. Die Mittheilung von den nun wirklich ins Werk gesetzten Rüstungen nahm man mit äusserstem Misstrauen auf. Man fürchtete offenbar, der Pfalzgraf könne seine neugeworbenen Soldaten zu den von den Spaniern abzusendenden Hilfstruppen stossen lassen und sie später zum Nachtheil der Holländer an die Infantin abtreten, während der schwedische Gesandte Camerarius es nicht an Bemühungen fehlen liess, diese Befürchtung zu nähren.

So fand Weschpfennig zunächst wenig Bereitwilligkeit, auf die von ihm vorgebrachten Wünche einzugehen. Der Prinz von Oranien, bei dem er am 1. Jan. 1633 Audienz hatte, erklärte sich zwar im allgemeinen zu Diensten bereit, sagte aber, er habe Baudissin nichts zu commandiren, und nach dem Tode des Königs wisse man noch nicht, „was dieses Kriegswesen vor eine Direction habe“. Er warnte sehr vor den Folgen der Rüstungen, die leicht den Ruin des Landes nach sich ziehen könnten. Sein Misstrauen gegen die Absichten des Pfalzgrafen, das dieser durch die persönlichen Verhandlungen im October und November völlig zerstreut zu haben glaubte,[1]) war aufs neue erwacht. Schon Veeken gegenüber, der nach Düssels Rückkehr vom Haag die Verhandlungen fortgesetzt hatte, hatte er wieder auf die spanischen Neigungen des Pfalzgrafen, auf seine Eigenschaft als spanischer Rath und auf das von dem Prinzen Philipp Wilhelm innegehabte spanische Regiment hingewiesen. Namentlich aber konnte er den Durchzug Pappenheims nicht vergessen. Und wenn sich auch Weschpfennig aufs äusserste bemühte, das Misstrauen zu zerstreuen, und der Pfalzgraf selbst in einem Rechtfertigungsschreiben mit vollem Rechte darauf hinwies, dass er Pappenheim nur begleitet habe, um ihn möglichst rasch aus dem Lande zu bringen, so wusste der Gesandte noch am 8. Januar zu berichten, der Prinz habe sich zwar die Ausführungen des Pfalzgrafen wohlgefallen lassen, „allein mit Pappenheim steckt J. F. G. noch immer etwas im krop“.

---

[1]) Vgl. o. S. 5.

Das aber hatte Weschpfennig acht Tage nach seiner Ankunft im Haag erreicht, dass sich die Staaten zu der Vermittlung bei den Schweden bereit erklärten. Dagegen wehrten sie jeden Gedanken an eine Einmischung der Spanier mit äusserster Entschiedenheit ab. Man wusste, dass in Luxemburg 8 bis 9 Regimenter Spanier lagen, und war in Kenntniss gesetzt worden, Wolfgang Wilhelm und die Liga hätten diese zu Hilfe gerufen. Am 8. Januar erklärte daher der Prinz Statthalter rund heraus, wenn die Spanier gerufen oder ungerufen Reichsboden betreten würden, so sei er willens, sein Aeusserstes dagegen zu thun. Der Pfalzgraf könne ermessen, dass der Ruin seines Landes die Folge davon sein werde. Schickten die Spanier einen Mann, um Baudissin anzugreifen, so werde er sechs schicken, um ihm Beistand zu leisten. Er habe für jenen Fall bereits Befehl gegeben, dass die ganze Cavallerie marschiren solle, „die werde es also machen, dass die Einwohner es nit lachen solten“.

In ähnlicher Weise äusserte sich am 10. Januar der zeitige Präsident Schäffer dem Gesandten gegenüber und zugleich schrieben (unterm 11. Januar) die Staaten an den Pfalzgrafen, sie hätten gehört, er habe nicht nur selbst Truppen angeworben, sondern auch die Spanier um Succurs ersucht oder wenigstens den von diesen angebotenen angenommen, welcher auch bereits im Anzuge sein solle. In diesem Falle würden die Staaten die Neutralität als gebrochen ansehen und die von den Spaniern etwa besetzten Plätze als feindliche betrachten. Die gleiche Erklärung erhielt auch Veeken, der, wie erwähnt, im Interesse Kurkölns mit den Staaten verhandelte. Am 12. Januar wurde sie in feierlicher Audienz Weschpfennig mitgeteilt mit dem Hinzufügen, dass man zu der verlangten Vermittlung bereit sei. Um den Drohungen gehörigen Nachdruck zu verleihen, rückten (um den 12. Jan.) 1400 bis 1500 Reiter des Gouverneurs von Maestricht, Herzogs von Bouillon, und der Generalcommissar Stackenbroch mit 250 Pferden in das Fürstenthum Jülich ein und brandschatzten mehrere Dörfer.

In den Berichten über die Verhandlungen, welche Weschpfennig in diesen Tagen zu führen hatte, tritt es deutlich zu Tage, dass ein Hauptzweck seiner Sendung war, die Staaten zu sondiren, wie sie sich verhalten würden, wenn Wolfg. Wilhelm die Infantin um Hilfe angehen werde. Zuerst war nur allgemein von der Beihilfe „anderer“ die Rede, dann äusserte Weschpfennig auf die offenen Drohungen des Prinzen, man werde doch kein Bedenken

haben, wenn Spanien in ebenderselben Weise wie die Staaten angegangen, und der Pfalzgraf durch die gemeinsame Unterstüzung beider Mächte von der fremden Einquartierung befreit werde. Das Letztere war bei der Lage der Dinge ein ungeheuerlicher Gedanke, aber der Gesandte vertrat dabei die Anschauung, dass die Staaten, Frankreich, England und Spanien die Verpflichtung hätten, den Pfalzgrafen und Kurbrandenburg bei dem Besitz der Erblande und dem Provisionalvergleich zu „manuteniren" und „solche Invasion und unpilligen Gewalt ihnen vom Hals zu kehren". Als Heinrich von Oranien diesen Gedanken für tractirenswerth erklärte, ging Weschpfennig einen Schritt weiter und äusserte, der Pfalzgraf sei willens, Frankreich „und vielleicht auch Spanien" anzugehen. Der Zweck, den Wolfg. Wilhelm mit seinen damaligen Verhandlungen verfolgte, wird am besten durch die Worte bezeichnet, die er am 1. Februar an Weschpfennig schrieb, dass er nämlich so wie so nicht gemeint sei, sich mit den Spaniern zu conjungiren, es sei denn, dass die Staaten wegen der spanischen Assistenz „allein wider die Schweden" kein Bedenken hätten. Nur für den äussersten Fall suchte er sich die Möglichkeit der spanischen Hilfe offen zu halten, und so instruirte er den Gesandten, die ertheilte Resolution der Staaten[1]) rückgängig zu machen, damit ihm freistehe, „sich derjenigen Hilfe zu gebrauchen, die er in der Eile und Noth haben könne". Den Staaten konnte er mit gutem Gewissen antworten, dass er keine Truppen von der Infantin erbeten habe.

Die Rücksicht auf die Holländer bestimmte damals vorzugsweise sein Verhalten, aber die Einzigen, deren militärischen Beistand er erhalten konnte, oder doch ohne Gefahr für seine Selbständigkeit annehmen zu können glaubte, waren seine alten Freunde, die Spanier.

Während Weschpfennig in Beziehung auf die spanische Assistenz um keinen Schritt weiter kam, konnte er wenigstens am 10. Januar nach einem Gespräch mit Schäffer berichten, dass er von den Staaten neben der Vermittlung bei den Schweden wenigstens das zu erreichen hoffe, dass dem Pfalzgrafen nicht übel genommen werde, wenn er, in Verbindung mit Kurköln, der Stadt Köln und Gronsfeld sein Bestes gegen Baudissin thue, „wann allein die Spanische sich darein nit mengen", und ebenso

[1]) In dem oben angeführten Schreiben vom 11. Januar 1633.

schrieb er (Januar 13.) nach einem Gespräch mit dem Prinzen: „In summa, E. D. mögen werben, Sich mit Ihren Benachbarten, excepto Hispano, conjungiren und Ihr Bestes thun contra Swecos ohne Laesion der Neutralität.“

Den Staaten aber konnten trotz dieser Versicherung kriegerische Verwicklungen des Pfalzgrafen und auch Kurkölns mit den Schweden nicht angenehm sein, weil die politische Vergangenheit Wolfgang Wilhelms und seine confessionelle Stellung immer die Befürchtung einer Verbindung mit Spanien bestehen liess. Ausserdem hatten ihnen die Werbungen von Kurmainz, Kurköln, der Stadt Köln und des Bischofs von Osnabrück zu denken gegeben; denn, wie Schäffer am 12. Januar Weschpfennig gegenüber bemerkte, waren bereits drei- oder viermal solche Werbungen in ihrer Nachbarschaft „unter dem Schein der Vertheidigung gegen die Reichsfeinde“ gegen die Staaten selbst verwendet worden. Ihr eigenstes Interesse forderte, wie bereits erwähnt wurde,[1]) die Neutralität ihrer östlichen Nachbarn, namentlich war ihnen aus kaufmännischen und finanziellen Rücksichten darum zu thun, dass die grossen Handelswege des Rheins und der Weser von den kriegerischen Verwicklungen unberührt blieben, und so traten sie am 10. Januar mit einem neuen Neutralitätsprojecte hervor, indem Schäffer Weschpfennig den Vorschlag machte, sein Herr, der Pfalzgraf, und Kurköln sollten sich mit den Generalstaaten vereinbaren, dass kein Kriegsvolk über die Mosel und die Weser an den Rhein gelassen werde. In diesem Falle würden sie ihr Möglichstes dazu thun und die jülichschen und kurkölnischen Lande am besten versichert sein. Der Pfalzgraf, dem dieser Plan nur höchst erwünscht kommen konnte, versprach, ihn zu bedenken und mit dem Kurfürsten darüber zu verhandeln.

Die Ausfertigung der Resolution und infolgedessen auch die Vermittlung bei den Schweden hatten die Staaten noch zurückgehalten. Sie wollten zunächst sehen, wie sich die kriegerischen Ereignisse am Rheine gestalteten, namentlich aber, wie sich die Spanier verhielten, und zogen deshalb die Angelegenheit möglichst in die Länge.

Ausser dem Punkt der Interposition hatte Weschpfennig auch eine Reihe von anderen Wünschen des Pfalzgrafen zur Sprache zu bringen, so die Abstellung von Uebergriffen der staatischen Truppen aus ihr den

---

[1]) S. o. S. 11.

Spaniern abgenommenen, in Jülich inclavirten Plätzen: Kerpen, Erkelenz und Lommersum, ferner eine Anleihe Wolfg. Wilhelms bei den Staaten und die Bezahlung der noch rückständigen 3249 Rthlr. Contributionsgelder[1]) an diese. Schliesslich war ihm auch der Auftrag geworden, bei den brabantischen Deputirten, welche seit dem Herbst 1632 im Haag mit den Holländern wegen des Friedens verhandelten,[2]) und nicht minder bei den Staaten zu beantragen, es möchte in den abzuschliessenden Tractat ausdrücklich die Bestimmung aufgenommen werden, dass Wolfg. Wilhelm „bei dem würklichen Besitz und Possession dieser gulichische und zugehöriger Landen manutenirt werde". Aber Weschpfennig wusste über diesen Punkt wenig Günstiges zu berichten; die Gegensätze liessen sich nicht überwinden. „Es sieht Alles eher zu einem ernsten Krieg, als Frieden aus," schrieb er am 20. Januar nach Düsseldorf.

Unterdessen waren die Spanier thatsächlich an den Rhein marschirt, hatten, wie oben erzählt wurde, neutrales Gebiet besetzt und kämpften als Bundesgenossen von Kurköln gegen die Schweden. Dies drohte mit einem Male den Verhandlungen ein jähes Ende zu bereiten. Die Staaten waren neuerdings benachrichtigt worden, der Pfalzgraf habe den Succurs bei der Infantin in Anregung gebracht und versprochen, 5000 Mann von den Seinigen dazuzugeben. Es war die höchste Gefahr vorhanden, dass die staatische Reiterei das Land überschwemmte und die Drohungen wahr machte.

Wolfgang Wilhelm hatte sein Möglichstes gethan, dem vorzubeugen. Er hatte schriftlich[3]) entschieden bestritten, dass er die Kaiserlichen und Spanier in das Land gerufen habe, er überschickte in Abschrift seine Schreiben an Kurmainz und Kurköln, in denen er gegen die Herbeiführung des fremden Kriegsvolkes protestirt hatte, und die Instruction für seine den spanischen Truppen entgegengeschickten Commissare. Er bat, wenn die Staaten gegen Kurköln, welches doch den Zuzug veranlasst habe, kämpfen wollten, so möchten sie wenigstens sein eigenes Land verschonen. Aber Prinz Heinrich erklärte Weschpfennig (Jan. 23), „er sehe nicht auf Briefe, man könne schreiben, was man wolle, nur wenn Briefe und Thaten concordirten, sei es gut". Es sei Alles den

---

[1]) Gezahlt waren bis dahin 122750 Rthlr.
[2]) Vgl. Jahrb. X. S. 205.
[3]) Unterm 19. und 20. Januar.

Wünschen des Pfalzgrafen entsprechend resolvirt gewesen, der spanische Einmarsch und der Angriff Gronsfelds auf Soest[1]) aber habe alles verändert. Man werde jetzt Volk genug schicken, um die Spanier zu verfolgen. Den Betheuerungen des Gesandten gegenüber, der Pfalzgraf habe die Spanier nicht gerufen, entgegnete er, seine Nachrichten lauteten entgegengesetzt.

Gleichzeitig hatte aber auch der Kurfürst von Köln durch ein Schreiben an die Staaten und durch den Agenten von der Veeken versucht, den Einmarsch der holländischen Truppen zu verhindern und das Geschehene zu entschuldigen; die äusserste Nothwendigkeit habe ihn veranlasst, fremde Hilfe anzunehmen, es sei auch nicht eigentlich spanisches, sondern kaiserliches Volk, welches unter Roveroi angekommen sei. Am 24. Januar kam noch ein zweites, wie Weschpfennig berichtet, mit guten rationibus gespicktes Schreiben von Kurköln an, und so gelang es endlich den vereinten Bemühungen des pfalzgräflichen Gesandten und von der Veekens, dessen Thätigkeit Weschpfennig hohes Lob spendet, die Ausführung des bereits gefassten Beschlusses, eine Armee in die Lande zu schicken, aufzuhalten. Einen besonders günstigen Eindruck auf den Prinzen und die Staaten machte, so referirt Weschpfennig, die Aeusserung des Kurfürsten, „wann er denn sollte und müsste verdorben sein, so lasse er sich lieber von bekannten Nachbarn, als von Baudissin verderben". Am 26. Januar wurde nach einer lebhaften Debatte mit den Vertretern der beiden Fürsten beschlossen, „den wirklichen Einzug in des Pfalzgrafen und die benachbarten Lande zu suspendiren" und den Ritter Gaspar von Vossberg als Gesandten an Wolfg. Wilhelm und Kurköln abzuschicken. Von der Veeken sollte nach Köln vorausgehen, Vossberg mit Weschpfennig folgen.

Dem Allerschlimmsten war somit vorgebeugt. Am 28. Januar reiste Vossberg mit dem neuburgischen Gesandten vom Haag ab. Der Vorschlag, den er den beiden Fürsten zu machen hatte, war folgender[2]): Alles Kriegsvolk des Kaisers und der Liga soll aus den Landen westlich von der Weser abziehen; das Gebiet von der

---

[1]) Der Angriff auf Soest wurde wegen der Zugehörigkeit der Stadt zu der Grafschaft Mark ebenfalls als Neutralitätsbruch angesehen.

[2]) Bericht und Actenstücke dieser Gesandtschaft ausführlich bei Aitzema, Saken van staet en oorlogh II, S. 39 ff.

Nordsee bis Münden und von der Maas bis zur Weser neutralisirt, der Kaiser um seine Zustimmung angegangen werden. Kurköln soll die spanischen Truppen zurückschicken; in diesem Falle wollen die Staaten Baudissin bewegen, das Gebiet Kurkölns, der possidirenden Fürsten, des Stiftes Osnabrück und der Grafen von Bentheim zu räumen und die Ratification dieses Vertrages bei den Schweden betreiben. Von dem Pfalzgrafen wurde als Gegenleistung die Abdankung seiner neugeworbenen Truppen und die Wiederherstellung des Religionsexercitiums der Reformirten verlangt, deren Gleichberechtigung die Voraussetzung der früheren Neutralitätsgewährung gewesen sei.

Am 6. Februar wurde Vossberg von Wolfg. Wilhelm in Düsseldorf feierlich empfangen. Der Pfalzgraf beschwerte sich sehr über den Kurfürsten von Köln, über die Einlagerungen der diesem zu Hilfe geschickten Truppen in jülich-bergischem Gebiet, über die Vorwürfe, die man ihm von ligistischer Seite mache, weil er sein geworbenes Kriegsvolk nicht mit jenen vereinigt habe, und dass er den Schweden mehr zugethan sei, als dem Kaiser. Ausserdem debattirte er mit dem Gesandten lebhaft über die religiöse Frage und über die Berechtigung seines Vorgehens gegen die evangelischen Unterthanen. In Düsseldorf wie in Köln, wohin er dem Gesandten am 10. Febr. folgte, war er eifrig bemüht, seine Sache von der des Kurfürsten getrennt zu behandeln und auf jede Weise zu zeigen, dass er mit dem Succurs der fremden Truppen nicht das Geringste zu thun habe. Am 22. Februar resolvirte er sich in Köln dahin, dass er bereit sei, gegen genügende Versicherung seine Truppen zu entlassen.

Der Kurfürst dankte zwar für die staatische Intervention, wies aber darauf hin, dass in dem Vorschlag nur von der Räumung durch Baudissin die Rede sei, während Landgraf Wilhelm von Hessen immer weitere Fortschritte in Westfalen mache, kürzlich im Stift Recklinghausen eingefallen sei und Dorsten und andere Plätze besetzt habe. Er erklärte sich am 23. Februar bereit, alle Mittel in Bewegung zu setzen, um den Abzug der spanischen Truppen zu bewirken, wenn man erreichen könne, dass nicht nur Baudissin, sondern auch Landgraf Wilhelm, Feldmarschall Kniphausen u. A. sein Land verliessen. Inzwischen hatte Vossberg Baudissin in Linz, wohin am 17. Februar auch der schwedische Kriegsrathspräsident Graf Philipp Reinhard von Solms gekommen war, aufgesucht. Beide erklärten, ohne die Directoren

nichts thun zu können. Sie gaben anheim, dort zu interponiren, waren aber zu einer Zusammenkunft in betreff eines Waffenstillstandes geneigt und stellten in Aussicht, einen Theil der occupirten Plätze zu quittiren, nur Andernach, Neuburg, Altenwied, Linz, Drachenfels und Siegburg wollte man behalten. Diese Erklärung wurde dem staatischen Gesandten, beiden Oxenstjerna und dem Bund nach Frankfurt zur weiteren Veranlassung überschickt. Dem Pfalzgrafen, der Baudissin gleichzeitig aufs neue um Räumung der besetzten Plätze angegangen hatte, antwortete der General, er habe mit seiner Erklärung an Vossberg genug gethan. Zu der Abtretung von Siegburg könne er sich schlechterdings nicht bequemen, wenn er sich nicht eine unverantwortliche Nachrede auf den Hals ziehen wolle.[1])

Infolge der kurkölnischen Erklärung suchte Vossberg von Weschpfennig begleitet am 15. März auch den Landgrafen von Hessen auf. Aber auch dieser verwies ihn an das Directorium, und während Weschpfennig sich noch zu dem Herzog Georg von Lüneburg begab, der inzwischen in die Grafschaft Ravensberg, den gemeinsamen brandenburgisch-neuburgischen Besitz, eingefallen war, Bielefeld, Herford und Vlotho besetzt und das Haus Sparrenberg umstellt hatte, kehrte der holländische Gesandte über Wesel nach dem Haag zurück, wo er am 30. März eintraf. Hier fand er einen Befehl der Staaten vor, der ihn in Köln nicht mehr erreicht hatte und zurückgegangen war, er solle, da sich die Lage verändert habe, die Verhandlungen abbrechen. Wenn er mit dem Landgrafen bereits in Verbindung getreten sei, möge er sich mit Glimpf wieder herausziehen.

Dies der äusserliche Verlauf der Vossbergischen Mission. Welche Gründe die Generalstaaten zu dem plötzlichen Wechsel in ihrer Stellungnahme veranlasst haben, muss weiteren Nachforschungen vorbehalten bleiben. So viel steht fest, dass man auf ligistischer Seite

---

[1]) Ein Versuch, Baudissin durch Geld zum Aufgeben von Siegburg zu veranlassen, ist, wie es scheint, nicht zur Ausführung gekommen. Der Amtmann von Windeck, Hillesheim, machte auf den in Windeck liegenden Capitain du Lac aufmerksam, der sich anheischig machte, den General dazu zu bewegen. Der Pfalzgraf war zu einer „Recompens“ von 8—10000 Rthlrn. bereit. Als aber der Capitain am 19. März abreisen wollte, wurde er daran durch einen von Siegburg kommenden Befehl verhindert: er möge gute Wacht halten, man fürchte einen Angriff des Pfalzgrafen auf Siegburg und die beiden Häuser Blankenberg und Windeck.

ihrem Vermittlungsversuch nicht ohne Misstrauen begegnete und das Ganze als eine zwischen Holländern, Schweden und den deutschen Evangelischen abgekartete Sache anzusehen geneigt war, deren Zweck sein sollte, den Angriff der Ligisten und Spanier gegen Baudissin so lange aufzuhalten, bis Wilhelm von Hessen diesem am Rheine die Hand reichen könne. Der Landgraf, dem von Wolfg. Wilhelm bei seinem Vorrücken in Westfalen der Statthalter v. Wonsheim entgegengeschickt worden war, hatte diesem befriedigende Erklärungen abgegeben. Er hatte auch, den brandenburgischen und neuburgischen Vorstellungen Folge leistend, das Gebiet der Possidirenden bisher gemieden; aber es leuchtet ein, dass er die errungenen Quartiere in Westfalen nicht ohne weiteres preiszugeben geneigt sein konnte, und man wird ihn als denjenigen ansehen dürfen, an dem der Neutralisirungsplan der Generalstaaten hauptsächlich gescheitert ist[1]).

Auch der Herzog von Lüneburg erklärte Weschpfennig, das, was in Ravensberg vorgenommen worden sei, sei ausdrücklich von Oxenstjerna befohlen worden, der Pfalzgraf habe die Neutralität gebrochen und er und seine Lande seien — dies sei des Reichskanzlers Meinung — ohne Unterschied als feindlich zu behandeln. Nur das gestand der Herzog zu, dass er mit weiteren „Attentaten" einhalten wolle, bis sich Oxenstjerna anderweitig erklärt habe.

Viertes Capitel.

Conjunctionsverhandlungen. 1633 Jan.—März.

Anregung eines Vertheidigungsbündnisses durch Kurmainz und Kurköln. — Ablehnende Haltung W. W.s. — Neue Anregung. — Verhandlungen in Köln. — W. W.s Denkschrift. — Kurkölnische Denkschrift. — Abreise W. W.s. Abbruch der Verhandlungen. — Die Fürsten schicken eine Gesandtschaft nach Düsseldorf. — Gereizter Briefwechsel zwischen Kurköln und W. W. — Nochmaliger Anknüpfungsversuch der Fürsten im Mai.

[1]) Ob schon damals zwischen ihm und den Generalstaaten Verhandlungen in betreff gegenseitiger Unterstützung gepflogen worden sind, und ob etwa diese die Abberufung Vossbergs zur Folge hatten, entzieht sich meiner Kenntniss. Rommel, Geschichte von Hessen VIII, S. 232 f., berichtet, dass Wilhelm Anfang 1633 im Haag um Fussvolk und Schiessbedarf nachgesucht, aber eine höflich entschuldigende Antwort erhalten habe.

Als Wolfgang Wilhelm seine Rüstungen begann, wirkte die Nachricht hiervon auf die verschiedenen Parteien in verschiedener Weise. Dass seine Absichten lediglich defensiver Natur und wenig mehr sein könnten, als eine blosse Demonstration, nahm man wohl auf keiner Seite an. Die Generalstaaten fürchteten, wie wir sahen, eine Conjunction mit Spanien, Schweden und Hessen erwarteten eine Verbindung mit dem Kaiser oder der Liga und energische aggressive Maassregeln, und auf der katholischen Seite war man sich keineswegs darüber klar, dass die militärischen Vorkehrungen des Pfalzgrafen, dessen religiöser Beständigkeit man nicht völlig traute[1]), sich nur gegen die Schweden richteten; hiervon legten die Aeusserungen der spanischen und ligistischen Officiere und ihr Vorgehen gegen die pfalzgräflichen Truppen Zeugniss ab.

Jedenfalls hatte es der Pfalzgraf durch seine Werbungen erreicht, dass man anfing, ihn als einen Factor zu betrachten, mit dem man etwas mehr rechnen müsse, als bisher. Die nächste Folge war, dass man sich auf katholischer Seite noch mehr bemühte, als vordem, ihn zum Eintritt in die Liga, oder, was die Hauptsache war, zur Verbindung seiner Truppen mit denen der katholischen Fürsten zu veranlassen. Und so regten die Kurfürsten von Mainz und Köln, nachdem wiederholt mündliche Auseinandersetzungen zwischen Ferdinand von Köln und Wolfgang Wilhelm stattgefunden hatten,[2]) am 5. Januar 1633 die Idee einer Vereinigung der benachbarten Fürsten mit der Stadt Köln zur Abwehr Baudissins an und luden den Pfalzgrafen auf den nächsten Tag nach Köln ein.

Aber dieser wich der Besprechung aus; er schützte die Verhandlungen mit seinen damals in Düsseldorf tagenden Landständen vor. Ohne auf den Plan einer Conjunction näher einzugehen, wies er auf die Gefahr einer Verbindung mit Spanien hin, die den Einfall der Staaten zur Folge haben müsse. Er äusserte sein lebhaftes Missfallen, dass man Spanier und Kaiserliche herbeigerufen habe, ohne vorher mit ihm zu verhandeln. Der Einmarsch dieser Truppen in sein Land und deren rücksichtsloses Verhalten hatten den schon längere Zeit bestehenden Gegensatz zu Kurfürst Ferdinand verschärft, der den Befehl dazu gegeben hatte.[3]) Ja, es fehlte nicht an Drohungen. Er werde vorläufig den verursachten Schaden

---

[1]) Vgl. Jahrb. X, S. 198.
[2]) Vgl. o. S. 14 Anm. 1.
[3]) S. o. S. 21 Anm. 1.



gerichtlich aufnehmen lassen, schrieb er klagend an den Kaiser, und zunächst auf gütlichem Wege Ersatz fordern; wenn das nichts helfe, könne man ihm nicht verdenken, wenn er sich für den erlittenen Nachtheil in kölnischem Gebiet schadlos halte. Wir sahen bereits, dass es hauptsächlich die Rücksichtnahme auf die Generalstaaten war, die ihn von allzuengen Beziehungen zu der katholischen Partei abhielt.

Aber auf der anderen Seite nahmen die Uebergriffe der Schweden von Tag zu Tag zu. Sie hatten ein Schreiben des Jesuitenrectors zu Düsseldorf aufgefangen, in dem von der Unterstützung die Rede war, die der Pfalzgraf Westphalens Truppen geleistet habe; die Truppen Baudissins übten deshalb noch weniger Nachsicht mit dem Lande, immer neue Klagen kamen ein. An dem Abzug der Schweden hing aber die Befreiung der Territorien von fremdem Kriegsvolk überhaupt.

Aus den Verhandlungen, die Weschpfennig im Haag geführt hatte, hatte der Pfalzgraf ersehen können, dass man dort bei weitem nicht so energisch seine Angelegenheiten gegenüber Oxenstjerna zu vertreten geneigt war, wie er wünschte, und so scheint er in der That eine Zeit lang ernstlich mit der Möglichkeit gerechnet zu haben, die Schweden mit Waffengewalt aus dem Lande zu bringen [1]. An eine Beihilfe der Spanier war vorläufig nicht zu denken, wenn er es mit den Staaten nicht verderben wollte, wohl aber hatte Weschpfennig die Verbindung mit Kurköln und der Stadt Köln als möglich bezeichnet, und so nahm er denn, als er im Februar zusammen mit Vossberg in Köln weilte, zunächst durch seine Räthe die Verhandlungen wieder auf, die er im Januar von der Hand gewiesen hatte.

Aber alsbald trat die grundverschiedene Auffassung beider Theile zu Tage. Dem Pfalzgrafen kam es einzig und allein darauf an, sein Land von den Schweden zu säubern, aber er dachte nicht im entferntesten daran, seine Truppen etwa zu einem Feldzug ausser Landes herzugeben; dann hätte er ja keine Soldaten zu seiner

---

[1]) Am 16. Februar braucht die Pfalzgräfin Katharina Charlotte in der Antwort auf einen (nicht erhaltenen) Brief ihres Gemahls, in dem von den Uebergriffen des Kriegsvolks die Rede war, die Wendung: „und wehr nicht Wunder, dass E. L. sich auch wider wehrten", und am 22. März schreibt sie: „freue mich auch von Herzen, dass mir E. L. die Vertröstung thun, sich noch nicht feindlich erklert zu haben." Der Pfalzgraf muss sie also auf die Möglichkeit eines Krieges mit Schweden vorbereitet haben.

eigenen Sicherheit gehabt. Die Gronsfeldische Armee war zudem an dem Einfall in Hessen betheiligt gewesen; eine Verbindung mit dieser konnte den Landgrafen Wilhelm zum Feind machen. So hielt es Wolfgang Wilhelm für das beste, sich auf den Boden der Kreisverfassung zu stellen und von dem Kurfürsten und der Stadt Köln zu verlangen, dass sie, wie er, eigene Truppen werben sollten, mit denen man den Schweden gegenübertreten könnte.

Damit hing ein zweites Verlangen des Pfalzgrafen zusammen. Als Herzog von Jülich beanspruchte er das Kreisoberstenamt und das Commando über die Truppen. Erhielt er dies, so war er sicher davor, dass die gemeinsame Armee etwa zu anderen Zwecken, die mit seiner vorsichtigen, man darf wohl sagen engherzigen Politik nicht im Einklang standen, benutzt wurde. Ohne Zweifel leitete ihn bei diesem letzten Vorschlag auch die Hoffnung, dass er durch die Anerkennung der Conjunctionsverfassung von Seiten des Kaisers eine indirecte Bestätigung seines niederrheinischen Besitzes erfahren würde.

Zunächst aber, das war für ihn natürlich die Vorbedingung alles Weiteren, sollte der Erfolg der Vossbergischen Mission abgewartet werden. Eine ausführliche von Weschpfennig verfasste und von dem Pfalzgrafen corrigirte Denkschrift legte die Nothwendigkeit dar, dass „die gulchische und inclavirte graf- und herschaften mit samel-, musterplatzen und andern kriegsbeschwerden ohne grosse gefahr und nachtheil des h. reichs nit belegt werden könnten“. Sie ist charakteristisch für seine Auffassung der Lage und zeigt, dass die Rücksicht auf die Generalstaaten, von deren Macht und Leistungsfähigkeit er die grössten Vorstellungen hatte, damals in der That den stärksten Einfluss auf sein Verhalten ausgeübt hat. Von dem Bruch mit ihnen fürchtete er nichts geringeres als den Verlust von Jülich und Berg.

Auch der Kurfürst überreichte eine Denkschrift. Sie lässt erkennen, dass man auf der kaiserlich-ligistischen Seite keineswegs so unbedingt, wie der Pfalzgraf, an den Ernst weder der Vermittlungsversuche der Generalstaaten, noch auch ihrer Drohungen glaubte. Man meinte, die Holländer würden grosses Bedenken tragen, Baudissins wegen mit dem Kaiser zu brechen, der in starken Rüstungen begriffen sei. Hatte man doch erfahren, dass sie ein Gesuch des Generals um Unterstützung abschlägig beschieden hatten. Ein Grund zu feindlichem

Auftreten liege für sie um so weniger vor, als die Mehrzahl der isenburgischen Regimenter aus kaiserlichem, nicht aus spanischem Volke bestehe. Und warum sollte sich der Kurfürst nicht auch der niederburgundischen Truppen gegen einen Dritten, der in sein Land eingefallen sei, bedienen? Die Infantin habe ja ausdrücklich befohlen, die Staaten von Holland mit dem gesandten Hilfscorps nicht zu bekämpfen. Es sei daher am besten, die Vereinigung der pfalz-neuburgischen Truppen mit den spanisch-ligistischen zu vollziehen und dem Feind nach Möglichkeit Abbruch zu thun. Die Staaten würden „ihre geschöpfte gelosia um so viel desto mehr fallen lassen, wann sowohl die kaiserlichen als Westvalische trouppen resp. über Rein setzen und sich weiter ins Reich avanciren werden“. Hiermit war nicht undeutlich ausgesprochen, dass man die Armee des Pfalzgrafen zu einem energischen Vorgehen gegen Hessen und Schweden in Westfalen und an der Weser zu gebrauchen Willens sei. Würden die Staaten, so führte die Denkschrift aus, wider alles Erwarten angreifen, so werde man sich ebenfalls mit noch mehr niederburgundischem Volk verstärken und so dem Feind gewachsen sein.

Aber das war es gerade, was der Pfalzgraf um jeden Preis vermeiden wollte. Die Verschiedenheit der Ansichten und Absichten war zu gross. Zwar stellte in der mündlichen Verhandlung, welche am 20. Febr. 1633 im Kölnischen Hofe zu Köln zwischen beiden Fürsten in Gegenwart einiger Räthe stattfand, der Kurfürst als alleinigen Zweck der beabsichtigten Conjunction die Vertheidigung gegen Baudissin „und andere Reichsfeinde“ hin. Aber der Pfalzgraf verlangte zunächst eine Aeusserung über seine den kölnischen Räthen gemachten Vorschläge: Werbung eigenen Volkes und Uebertragung des Commandos auf ihn selbst. Der Kurfürst erklärte, eigenes Volk zu werben sei für ihn nicht nöthig, da er ja den Oberstlieutenant Leo von Westphalen habe kommen lassen, „der werde eben dasjenige thun, was neugeworbene Kriegsleute erreichen möchten“. Die Frage des Kreisoberstenamtes und des damit verbundenen Commandos gehöre vor einen Kreistag, den man in der Eile und ohne Genehmigung des Kaisers nicht einberufen könne.

Fruchtbare Verhandlungen waren damit fast unmöglich. Geheime Mittheilungen, die Kurfürst Ferdinand dem Pfalzgrafen ohne Beisein der Räthe machte, bestimmten diesen nicht, von seinen Forderungen und Bedingungen abzustehen. Zwar arbeitete er noch einen

Vertragsentwurf auf Grund der von ihm vertretenen Anschauungen aus, aber am 23. Februar reiste er, nachdem er Vossberg seine Resolution übergeben hatte, ohne sich zu verabschieden, wieder nach Düsseldorf. Er liess Weschpfennig in Köln zurück, der ihn entschuldigen und die Verhandlungen formell noch weiter führen sollte.

Die beiden Kurfürsten mochten einsehen, dass man den Pfalzgrafen nicht gewinnen könne, wenn man ihm nicht weiter entgegenkomme. Dies that Anselm Casimir von Mainz, als er am Tage nach Wolfg. Wilhelms Abreise mit Weschpfennig inter pocula zusammen war und diesem abermals wegen der Conjunction stark zusetzte. Sein Herr möge zeigen, dass er gut katholisch und kaiserlich sei, äusserte er, worauf Weschpfennig erwiderte, das sei der Fall, der Pfalzgraf wolle wünschen, „dass der Kaiser und die Herren von der Liga gut neuburgisch affectionirt zu sein sich erwiesen“, indem er an die kurpfälzische Frage und an die Jülicher Successionssache erinnerte. Dem Berichte des Gesandten nach entgegnete der Kurfürst hierauf, „es sei jetzo Zeit sich verdient zu machen, die Occasion bei dem Schopf zu fassen und zum Zweck des Intents zu kommen“, er versprach „als ein Kurfürst und Erzcanzler des Reichs“, er wolle den Pfalzgrafen zum Fürsten „aller der gulch-clevisch- und zugehörenden Landen helfen declariren und mainteniren und dabei zu einem Generalissimo in allen disen Quartirn machen“. Der Kurfürst erbot sich auch, zu einer vertraulichen Besprechung nach Düsseldorf zu kommen.

In ähnlicher Weise hatte sich im vorhergehenden Jahre auch Pappenheim geäussert[1]). Aber wie damals, so verhielt sich auch jetzt der Pfalzgraf ziemlich kühl, wenn nicht misstrauisch gegenüber diesen Verheissungen. Er meinte, Kurmainz möge doch zunächst mit der Ertheilung des Titels eines Herzogs von Jülich-Cleve-Berg den Anfang machen, und gab dem Marschall den Auftrag, den Kurfürsten nicht nach Düsseldorf einzuladen, wenn dieser nicht aufs neue darauf zurückkomme. Als ihn am 3. März Kurfürst Ferdinand abermals zu mündlichen Besprechungen nach Köln einlud, entschuldigte er sich, er könne wegen der Verhandlungen mit seinen Ständen nicht kommen, schickte dann aber auf erneutes Drängen den Marschall Weschpfennig und den Licentiaten Düssel hin, denen er am 12. März selbst folgte.

---

[1]) Vgl. Jahrb. X, S. 197, 198.

Ueber die nun gepflogenen Verhandlungen sind wir im einzelnen nicht unterrichtet. Der Pfalzgraf blieb auf seiner Forderung, die Kreisverfassung bei der Defensionsfrage zu Grunde zu legen, bestehen. Er forderte nicht nur das Generalat, sondern auch Geldbeiträge von dem Kurfürsten für sein geworbenes Kriegsvolk und hatte wieder ein ausführliches Vertragsinstrument abgefasst. Aber am 20. März erklärte Kurfürst Ferdinand, er habe nur einfach den Zweck im Auge gehabt, sich mit dem Pfalzgrafen und der Stadt Köln gegen Baudissins Uebergriffe zu verbünden und die beiderseitigen Truppen mit den zu Hilfe geschickten niederburgundischen und ligistischen zu vereinigen. Die Verhandlungen hierüber sei er auch bereit fortzusetzen. Aber ihm „falle beschwerlich, auf des Pfalzgrafen weit ausgedehnten Entwurf sich diesmals in specie zu erklären".

Wolfgang Wilhelm seinerseits betrachtete damit die Verhandlungen als abgebrochen und kehrte nach Düsseldorf zurück. Den Gesandten, die ihm nunmehr am 23. März Kurmainz, Kurköln und der Bischof von Würzburg nachschickten,[1]) eröffnete er am 25. März, da Kurfürst Ferdinand seine Reservata bei der Conjunction nicht habe annehmen wollen, habe er geglaubt, dass man ihn nicht mehr nöthig habe. Er klagte jetzt, seine Werbungen gingen langsam vorwärts, er habe überhaupt weniger die Absicht, sich in Hostilität zu mischen, als den Frieden herbeiführen zu helfen, er erinnerte an den Plan der Generalstaaten und meinte, alle Hoffnung sei noch nicht verloren, dass Hessen, Lüneburg und die Schweden den Vorstellungen der Holländer Folge geben würden. Er könne es nicht verantworten, dass er sich mit seinen wenigen Soldaten, die er dazu noch meist zur Besetzung seiner festen Plätze brauche, in den Krieg mische, und was der Gründe mehr waren. Wenn aber die Vermittlung der Staaten nichts fruchten wolle, sondern Baudissin, Hessen und Lüneburg fortfahren würden, die jülich-clevischen Lande zu bedrücken, wenn er ferner eine billige Erklärung wegen des Directoriums und wegen eventueller Kriegshilfe des Kaisers und der Liga erhalte, so werde er mit seinen geworbenen Soldaten und den aufgebotenen Lehen- und Landleuten sich einstellen.

[1]) Es waren der mainzische Dompropst Johann Reinhard von Metternich, der Würzburg. Domdechant Veit Gottfried von Wertenau und der kurkölnische Rath Johann Adolf Wolf gt. Metternich. — Es ist bemerkenswerth, dass ihm nunmehr die Kurfürsten in dem Creditiv den Titel eines Herzogs von Jülich-Cleve-Berg gaben.

Es war klar, dass der Pfalzgraf, hinter so viele „wenn“ verschanzt, jetzt weiter als je von einem energischen Vorgehen entfernt war, auch wenn man ihm das Generalat zugestanden hätte. Die Schwedengefahr war für ihn augenblicklich bei weitem nicht mehr so gross, als zu Beginn des Jahres, da Baudissin vor dem numerischen Uebergewicht der spanisch-ligistischen Truppen doch allmählich hatte zurückweichen müssen, und in seinem Lande nur Siegburg nebst Blankenberg und Windeck noch von Abraham Loyson festgehalten wurden.

Die Erbitterung, welche diese mühsamen und doch erfolglosen Verhandlungen bei den drei geistlichen Fürsten zurückliessen, äusserte sich bald in einem sehr gereizten Briefwechsel, den Ferdinand von Köln mit dem Pfalzgrafen führte. Der Herzog von Lüneburg hatte einen Brief des Kurfürsten an den Bischof Franz Wilhelm von Osnabrück aufgefangen, in dem davon die Rede war, Wolfgang Wilhelm habe die Absicht, seine Truppen zu conjungiren, und der misstrauische, hierdurch in grosse Verlegenheit gesetzte Pfalzgraf argwöhnte, man habe „durch dieses fälschliche Ausgeben ihm andere Leute vorsätzlich über den Hals ziehen und gegen ihn irritiren wollen“, um ihn dadurch zum offenen Bruche zu bringen. Ferner warf er dem Kurfürsten vor, dieser versuche auf alle Weise ihn bei dem Kaiser und in Brüssel ebenso wie im Haag verdächtig zu machen, als ob er den Werbungen Baudissins Vorschub geleistet, und auf der andern Seite, als ob er die Spanier ins Land gerufen habe. Der Kurfürst wies die Vorwürfe zurück und bemerkte: „Ich muss bei demjenigen verpleiben, was ich Derselben allezeit remonstrirt, dass mit dem temporisiren E. L. bis dato noch wenig Ihren Unterthanen zu Trost gewonnen und erhalten, dann Sie dieses pro maximo gelieben zu halten, dass Sie bei unserem Gegentheil, den protestirenden Stenden, villicht mehr suspect, als wir andere sein, und der effectus es schon leider mit E. L. underthanen hochstem schaden erwisen, wie sie E. L. respectiren“.[1]) Er beschwerte sich lebhaft über die ihm von Siegburg drohenden Ueberfälle der Schweden, denen der Pfalzgraf abhelfen könne, wenn er nur ernstlich wolle.

Wolfgang Wilhelm blieb nichts schuldig; er klagte über die Uebergriffe des ligistischen Volkes, für welche

[1]) Ich gebe diese Stelle im Wortlaut wieder, weil sie eine durch die Ereignisse selbst begründete Kritik der ganzen pfalz-neuburgischen Politik enthält.

der Kurfürst verantwortlich sei. Er wolle seine wenigen Soldaten nicht der Willkür Anderer überlassen, habe er doch ein lebendiges Beispiel, zu was das führe, täglich an des Kurfürsten eigenem Land. Durch offenen Anschlag drohte er den Ungrund der boshaften Unwahrheiten darzuthun, durch die man ihn verdächtig zu machen suche, „damit man socios miseriarum habe“. Ja, er stellte in Aussicht, wenn man „sein Kloster Siegburg“ belagern und dadurch oder auf andere Weise seine Unterthanen beschädigen werde, so müsse er auf andere Mittel denken, sich dafür schadlos zu halten. Man könne es ihm selbst nicht verargen, dass er Bedenken trage, einen so starken Platz anzugreifen, so lange Hoffnung sei, in Güte auszukommen, und ehe er die nöthigen Mittel bei der Hand habe, damit es ihm nicht gehe, wie den ligistischen Truppen vor Andernach.[1])

Noch einmal suchten die beiden Kurfürsten in einem Schreiben vom 21. Mai den Pfalzgrafen zur Conjunction zu veranlassen, indem sie ihn benachrichtigten, der Feind sei in starker Zahl bei Lahnstein über den Rhein gesetzt und habe die Absicht, die Maas zu überschreiten, um in die kölnischen und benachbarten Lande einzufallen. Wolfgang Wilhelm möge seine Truppen mit den ihrigen vereinigen, oder sie doch an der Grenze von Jülich ins Quartier legen.

Auch dieser Versuch war erfolglos, da der Pfalzgraf sich damals wieder bemühte, durch Verhandlungen mit der anderen Partei sein Ziel zu erreichen. Die Folgen der fruchtlos verlaufenen Conjunctionsverhandlungen und seines Zerwürfnisses mit Kurköln waren aber inzwischen seinem Lande in drückendster Weise fühlbar geworden.

Fünftes Capitel.

Durchzüge Bönninghausens und Merodes. 1633 April–Juni.

Verhältniss des Pfalzgrafen zum Kaiser. Dessen Abneigung gegen die Neutralitätspolitik. — Die spanischen Truppen in den Aemtern Sinzig und Remagen. — Die gronsfeldischen Truppen unter Bönninghausen im Bergischen. — Verhandlungen mit Kurmainz und Kurköln. — Werbungen Merodes. — Rheinübergang, Musterung, Marsch durch das Herzogthum Berg.

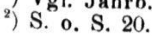
Wenn auch Wolfgang Wilhelm mit stets wachem Argwohn das Verhalten des Kaisers in der clevischen Erbfolgefrage beobachtete, so war er doch bei allen

[1]) A. war von den Spaniern und Ligisten vergeblich belagert worden.

seinen politischen Massnahmen geflissentlich bemüht, ein gutes Einvernehmen mit ihm zu unterhalten und sich als getreuen und gehorsamen Stand des Reiches zu beweisen, wenn man nur nicht von ihm verlangte, dass er offen Partei in den Kriegswirren ergreifen sollte. Nicht nur seine Absichten in der kurpfälzischen und der jülich-clevischen Sache, sondern auch sein nächstes Ziel, die Gewährleistung der Neutralität durch alle kriegführenden Parteien, geboten ihm ein gutes Verhältniss zum Kaiser. Dabei schien es ihm nicht überflüssig, sich für den Nothfall auch von dieser Seite her der Hilfe zu versichern; und so hatte er, als die Schweden in Berg eingefallen waren, dieses Ereigniss am 16. December 1632 klagend nach Wien gemeldet.

Der Kaiser aber hatte sich nach dem Auftreten Gustav Adolfs in Deutschland entschieden und in der schroffsten Form geweigert, die Neutralität des Pfalzgrafen fernerhin anzuerkennen.[1]) Zwar hatte er, wie oben erwähnt,[2]) nach dem Tode des Schwedenkönigs dem neuburgischen Residenten Dr. Pape gegenüber in einer Audienz am 4. December geäussert, er sei durchaus der Meinung, den in Regensburg (1630) gegebenen Zusicherungen nachzukommen, und der Geheimrathsreferent von der Recke hatte tags darauf hinzugefügt, wenn die Generalstaaten „eine mehre Versicherung" von dem Kaiser begehrten, so werde dieser dazu nicht ungeneigt sein, „wann allein ihre difficultates schriftlich J. M. originaliter oder copialiter werden fürgebracht und aufgezeigt." Als indessen der Pfalzgraf ein Heer angeworben hatte, als die Kurfürsten von Mainz und Köln beim Kaiser vorstellig wurden, dass es unbedingt nothwendig sei, die Truppen Wolfgang Wilhelms mit denen der Liga und des spanischen Hilfscorps zu vereinigen, schlug der Wind in Wien wieder vollständig um. Auch hier machten die Rüstungen des Pfalzgrafen Eindruck, sie wirkten aber in einer Weise, die seinen Absichten durchaus nicht entsprach.

Wolfg. Wilhelm bemühte sich daher unter den bittersten Klagen über das Vorgehen der beiden Kurfürsten, dem Kaiser die Nothwendigkeit darzulegen, dass er neutral bleiben müsse; ein ausführliches Schreiben vom 17. Februar 1633 gipfelte in der Bitte, die Abführung der Truppen, soweit sie kaiserlich seien, zu befehlen und ein gleiches



[1]) Vgl. Jahrb. X, S. 194 u. 196.
[2]) S. o. S. 20.

bei der Infantin und der Liga zu befördern, sowie eine Verschonungserklärung, wie er sie von den Generalstaaten bereits erhalten habe, auszustellen. Am 25. Februar theilte er mit, die Schweden hätten das Land nunmehr wieder verlassen, mit Ausnahme von Siegburg, das aber hoffentlich bald geräumt werde. Unterm 20. Januar hatte ihm der Kaiser auf seine Mittheilung von dem Einbruch der Schweden geantwortet, er werde den jülich-clevischen Landen „bei rechter zeit mit genugsamer assistenz succurriren“ lassen. Diese nur für den äussersten Nothfall erbetene Hilfe, die von den Staaten als Neutralitätsbruch angesehen werden musste, war aber durchaus nicht nach des Pfalzgrafen Sinne, der zudem stets die Sequestrirungsgelüste des Kaisers fürchtete. Er bat also, den verheissenen Succurs in Geldform zu leisten, wie dies 1598 in Frankfurt einigen Kreisen gegenüber geschehen sei.

Als er nun gar am 26. Februar erfuhr, es sei bestimmt, dass der kaiserliche Feldzeugmeister Graf von Merode sich von Brüssel nach Köln begeben solle, um hier und in den benachbarten Landen Sammel- und Musterplätze anzustellen und das Kriegsdirectorium zu übernehmen, strengte er sich auf das Aeusserste an, diesen Befehl rückgängig zu machen. Er hoffe, schrieb er an den Kaiser und an Wallenstein, man werde ihn bei seiner „beharrlichen Devotion“ nicht „in Direction der Defension dieses westfälischen Kreises“ übergehen. Man möge Merode hinsichtlich der Sammel- und Musterplätze Gegenbefehl geben; das Land sei zu erschöpft. Hätte er selbst seine Werbungen direct zu des Kaisers Dienst angestellt, so wären sie von den Staaten unfehlbar verhindert worden. Merode habe vor Maastricht und anderswo gegen die Holländer gekämpft, er würde von ihnen also als Feind behandelt werden u. dergl. m.

Der Kaiser aber, dem an einer kräftigeren Kriegführung am Rhein und in Westfalen gelegen war, und dem eine Verstärkung durch die neugeworbenen Truppen des Pfalzgrafen ebenso willkommen gewesen wäre, als den Spaniern und der Liga, wies die Forderungen und Bitten des Neuburgers von der Hand. An das angebliche Gespräch mit dem verstorbenen Dr. Pape wisse er sich — so äusserte er am 2. April — nicht zu erinnern, und in den Acten finde sich keine Nachricht davon, dass er dem Pfalzgrafen eine absolute Neutralität bewilligt oder gar ihm versprochen habe, ihn bei derselben zu erhalten. Eine solche stehe im Widerspruch mit den Reichscon-

stitutionen und würde nur die völlige Zertrennung der noch übrigen getreuen Stände des Reichs zur Folge haben. Er erwarte, der Pfalzgraf werde sich nicht weigern, seine Truppen zu den kaiserlichen stossen zu lassen, wenn der Kaiser oder ein Bevollmächtigter desselben ihn darum ersuchen würde.[1])

Mit diesem Bevollmächtigten war ohne Zweifel Merode gemeint, der seit dem März 1633 gemeinsam mit dem Grafen von Isenburg am Rhein gegen die Schweden operirte. Bisher hatte sich der Pfalzgraf vergeblich bemüht, die Aemter Sinzig und Remagen von den spanischen Truppen zu befreien. Mitte März klagten die Einwohner von Heimersheim über die Bedrückungen durch das Merodesche Kriegsvolk, das dort nebst der Bagage einquartirt war, und als um den 20. März der Pfalzgraf im Begriffe war, Sinzig nebst einigen anderen Plätzen durch seine eigenen Truppen zu besetzen, quartierte sich kurz darauf (März 23) die Isenburgische Armee, welche sich von Andernach hierhin zurückgezogen hatte, dort ein. Ein Theil der Truppen wurde Ende des Monats nach Breisig gelegt, auch Sinzig um einige hundert Mann erleichtert, die mit dem Rest nach dem von den Schweden inzwischen verlassenen Andernach marschirten. Die Absicht war, Montabaur zu entsetzen.

Vergeblich suchte Wolfgang Wilhelm durch den Commissar Kolf und den Obersten Renesse, die er am 7. April nach Andernach zu Isenburg schickte, die Abführung der Truppen zu erreichen. Von der Infantin erwirkte er zwar ein Verschonungspatent, und Isenburg selbst gab den Abgesandten am 13. April die Erklärung, er werde das Volk wegführen, sobald er nach Köln komme, aber mit dem Abzug hatte es gute Weile. Noch am 17. April lagen in Breisig und Niederbreisig die Regimenter Roveroi und Metternich nebst der Isenburgischen Leibcompagnie mit der Bagage. Die Häuser, die Feldfrüchte und Weingärten waren zerstört; Pflug und Werkzeug lagen still, die Einwohner waren geflüchtet. Am 19. gab Isenburg auf erneutes Drängen des Pfalzgrafen wieder Befehl zur Abführung eines Regiments,

---

[1]) Wolfgang Wilhelm hatte dem Kaiser auch seine Vermittlung zum Zustandekommen des Friedens angeboten, worauf dieser — ebenfalls am 2. April — antwortete, er nehme das Anerbieten an, müsse indessen abwarten, welchen Verlauf die von dem Könige von Dänemark vermittelten Friedensverhandlungen nähmen und könne sich deshalb „disfals noch zu Zeit in nichts haubtsächlich resolviren".

aber von völliger Befreiung war man weit entfernt. Merode errichtete in Oberwinter einen Musterplatz; die Einwohner mussten die neu gemusterten Soldaten bezahlen und unterhalten. Noch am 7. Mai lag die Einquartierung in Breisig und von Aufbruch war keine Rede.

Auch das Herzogthum Berg war inzwischen von den Leiden des Kriegs nicht verschont geblieben. Graf Gronsfeld hatte zur Beihilfe bei dem Entsatz von Montabaur 6 Regimenter unter dem Obristen Bönninghausen geschickt, die am 5. April in Schlebusch, Dünwald, Stammen und Ohner eintrafen und mehrere Tage dort liegen blieben. Der Pfalzgraf erfuhr, bei Kurmainz und Kurköln bestehe die Absicht, diese Truppen überhaupt im Bergischen einzuquartieren. Er schickte den Marschall Weschpfennig und seinen Beichtvater an Kurfürst Ferdinand und schrieb ihm, er möge, so lieb ihm seine Freundschaft sei, die Einlagerung verhindern, die den Untergang seines Landes zur Folge habe, wie das in Neuburg bereits geschehen sei — „oder ich will mich hiemit von allem Onheil, so daraus volgt, bezeugt haben".

Aber man legte wenig Gewicht auf seine Drohungen, sondern wiederholte nur die Aufforderung, er möge seine Truppen Merode überlassen. Das Bönninghausensche Corps fiel auf seinem Rückmarsch am 14. April wieder in die bergischen Aemter Löwenberg, Lülsdorf und Porz ein und blieb bis zum 18. liegen. Dann endlich brach es auf, hielt zu Brück Rendezvous und marschirte bis Gladbach, Dünwald, Schlebusch und Fettehenne, wo Nachtquartier genommen wurde. Man hätte, wie die zu den Truppen gesandten Commissare berichteten, sehr wohl weiter marschiren können, musste aber auf den Bischof von Osnabrück warten, der sich mit Bönninghausen noch in Köln befand. Endlich am 19. zog das Corps über Wermelskirchen nach dem Pass zu Beyenburg. In diesen wenigen Tagen hatten die Soldaten sämmtliche Pferde und Kühe, die die Einwohner auf Borg hatten erwerben müssen, aus den drei genannten Aemtern weggetrieben und zum Theil in der Stadt Köln in Geld umgesetzt.[1])

Dem Pfalzgrafen blieb gegen alle diese Uebergriffe nichts übrig, als dem Kaiser sein Leid zu klagen über die Calumnien, mit denen man ihm zusetze, wenn er nicht alles thun wolle, was Anderen gut dünke und nicht seine Truppen denjenigen überlasse, die nichts zur

[1]) Merode erliess allerdings nachher einen schriftlichen Befehl zur Wiedererstattung.

Vertheidigung ihrer Lande thun, sondern aus anderer Leute Häuten Riemen schneiden wollten, ein unbezahltes und undisciplinirtes Volk in sein Land einführten, und dies aus seiner Unterthanen Schweiss und Blut unterhalten wollten, ja von ihm verlangten, dass er seine Residenz und besten Städte entblössen und seine Soldaten ihnen zuführen solle.

War es nun Merode auch nicht gelungen, den Pfalzgrafen hierzu zu bewegen, so brachten doch seine Werbungen dessen Armee insofern grossen Schaden, als die pfalzneuburgischen Soldaten in grosser Zahl, bei einzelnen Compagnieen bis zum vierten Theil, ja zur Hälfte des Bestandes den Werbeplätzen der geistlichen Fürsten und des Generals zuliefen.[1]) Es galt, dem weiteren Vordringen Georgs von Lüneburg und Wilhelms von Hessen durch eine grössere Unternehmung ein Ziel zu stecken und namentlich das durch den Herzog Georg und den schwedischen Feldmarschall Kniphausen belagerte Hameln zu entsetzen.

Gegen Ende Mai hatte Merode seine Werbungen beendet und war bereit, zur Verstärkung Gronsfelds nach der Weser abzurücken. Er richtete am 21. Mai an den Pfalzgrafen das Ansuchen um freien Pass durch Jülich und Berg und um Zusendung von Commissaren, mit denen er wegen Proviant und Fourage verhandeln könne. Der Pfalzgraf antwortete, er wolle ihm zwar den Pass nicht verweigern, bat aber, das Land nach Möglichkeit zu verschonen. Hierzu war indessen geringe Aussicht, da die beiden Kurfürsten, welche vergebens auf genügende pecuniäre Unterstützung von den Spaniern warteten, Mühe hatten, das Geld für den Musterungsmonat aufzubringen und die Soldaten infolge der ungenügenden Bezahlung und Verpflegung schlechte Disciplin bewiesen.

Am 11. Juni traf das Merodesche Corps im Amt Nideggen ein und marschirte von hier am 13. nach Nörvenich, am 14. nach Bergheim und Caster. Die Regierung in Düsseldorf — der Pfalzgraf befand sich damals wieder in Brüssel — bestrebte sich nach Kräften, Merode zu veranlassen, dass er bei Mondorf über den Rhein setze und dann durch die bereits früher in Mit-

---

[1]) Der Pfalzgraf schickte infolgedessen Joh. Wilh. von Hugenpoet am 19. Mai als Gesandten an Kurmainz, Kurköln, den Bischof von Würzburg und die Stadt Köln. — Am 17. Mai erliess er ein Patent, die durch fremde Werber abwendig gemachten und entlaufenen Soldaten, wenn sie sich stellten, wieder anzunehmen, ohne ihnen mehr als die Zeit ihrer Abwesenheit in Abzug zu bringen.

leidenschaft gezogenen Gegenden auf der Wermelskircher oder Wipperfürther Strasse marschire. Der Statthalter Wonsheim begab sich deshalb selbst nach Köln, um mit Merode zu verhandeln, während der Leibgardehauptmann Adrian von Neuland an den Kurfürsten Ferdinand abgesandt wurde.

Aber Merode zeigte sich wenig willfährig. Er beklagte sich, dass ihm die pfalzneuburgischen Commissare keinen Proviant verschafften und dass man keine Unterthanen zu Hause antreffe, weshalb man sich „elargiren" müsse, damit die Soldaten leben könnten. Er gedachte an den Steinen bei Düsseldorf über den Rhein zu gehen, dann Musterung zu halten und durch die noch unberührten bergischen Aemter nach der Kettwiger Brücke zu marschiren, weigerte sich aber entschieden, bei Mondorf überzusetzen. Endlich einigte man sich dahin, dass der Rheinübergang bei Hittorf stattfinden sollte, und Wonsheim erklärte sich bereit, auf zwei Nächte Proviant liefern zu lassen.

Der Pfennigmeister Caspars vermuthete, die bergischen Beamten, deren Aemter durch die Ueberfahrt bei Hittorf nicht betroffen würden, hätten Merode zu dieser Marschrichtung veranlasst, er fürchtete, dasjenige, was für die Hofhaltung bisher in den Aemtern Monheim, Solingen und Mettmann conservirt worden war, werde nun auch verloren gehen. Die Aemter seien auch nicht genugsam auf den Durchzug vorbereitet. Wenn Merode seine schlecht bezahlten und unzufriedenen Truppen in Berg mustern werde, müsse das Unterquartier auch ruinirt werden und er sehe dann nicht, wie er aus den Steuern die Mittel zum Unterhalt für die pfalzgräflichen Truppen hernehmen solle, da er selbst keinen Vorrath an Geld habe. Es werde ihm auch schwer fallen, die Mittel zur Beschaffung des geforderten Proviants für Merode aufzubringen. Dieser hatte für 5 Regimenter eine tägliche Lieferung von 84 Tonnen Bier, 9000 Pfd. Brot, 9000 Pfd. Fleisch, 116 Malter Hafer und Wein für die Officiere, und ebensoviel für 4 neugeworbene Regimenter gefordert.

Während nun der Statthalter Wonsheim die nöthigen militärischen Vorkehrungen für den Durchzug Merodes traf, an die pfalzgräflichen Hauptleute Befehle schickte, ihre Compagnieen zusammenzuhalten und vollzählig zu machen, die Garnison von Ratingen verstärkte und Besatzungen nach Elberfeld, Solingen und Mettmann legte, setzte Merode am 18. und 19. Juni bei Hittorf über den Rhein, worauf er seine Truppen im Amte Monheim in

Rheindorf, Hittorf, Monheim, Benrath, Richrath, Urdenbach, Himmelgeist und anderen Ortschaften einquartierte. Die bergischen Amtleute sorgten für die Provision und Vorspann für Merodes Geschütz. Aber dieser hatte es nicht eilig, fünf volle Tage blieb er in den Quartieren liegen und hielt vom 20. bis 22. Juni gleichsam vor den Thoren Düsseldorfs Musterungen über seine neugeworbenen Truppen, die durch Plünderungen und Abschneiden des Korns grossen Schaden anrichteten.

Endlich am 23. Juni brach er auf. Es war ursprünglich seine Absicht, geraden Wegs nach der Thönnisheide und Hattingen zu marschiren und das Herzogthum Berg zu verlassen. Aber der Unterherr von Hardenberg hatte ihm 500 Rthlr. für seine Verschonung verehrt, so dass Merode einen anderen Weg nach Hoerde ins Amt Wetter einschlug und noch am 24. einige Regimenter in Düssel, Wülfrath, Schöller und Neviges lagen. Bei dem Marsche herrschte die grösste Disciplinlosigkeit, Kirchen wurden ausgeplündert, Unterthanen erschossen. Noch nie habe er einen so unordentlichen Marsch gesehen, berichtete der Amtmann zu Beyenburg, Johann Wilhelm v. Bellinghausen. Es fehlte nicht viel, so wäre Mettmann erstürmt und geplündert worden. Merode hatte sich dort einquartieren wollen. Als ihm der Amtmann schrieb, die Freiheit sei von des Pfalzgrafen Truppen besetzt, welche die Pforten zuhalten würden, gerieth Merode dermassen in Zorn, dass er ein Regiment und die Artillerie commandirte und selber mitzog, um Mettmann einzunehmen und auszuplündern. Den dringenden Vorstellungen der pfalzgräflichen Commissare und des Paderborner Domdechanten von der Recke gelang es mit Mühe,[1]) ihn von seinem Vorhaben abzubringen.

Wenige Tage später, am 28. Juni, fiel er in der Schlacht bei Hessisch Oldendorf.

Sechstes Capitel.

Neutralitätsverhandlungen mit Schweden und dem Heilbronner Bund. 1633 April—September.

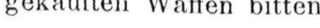
W. W. und die Generalstaaten. Weschpfennig nach dem Haag. — W. W. nach Brüssel. — Weschpfennig nach Frankfurt. — Audienzen bei Oxenstjerna und Bernhard von Weimar. — Resolution des Bundes.

[1]) Man machte ihn u. a. auf das wenig Rühmliche eines Sturmes auf Mettmann aufmerksam, indem man ihm sagte, „er werde am selbigen ort mauren besteigen, darvon die zeune krachen wurden", eine Anspielung auf die schwache Befestigung des Ortes.

Rückkehr Weschpfennigs — W. W's. Verhandlungen in Brüssel. — Resolution der Infantin. — Vermittlungsversuch W. W's. zwischen Ludwig XIII. von Frankreich und der Königin-Mutter. — Vorgänge in Neuburg. Beschwerdeschriften an den Kaiser. — Weschpfennig und Giese nach Frankfurt. — Zusammentreffen mit Landgraf Wilhelm von Hessen. — Audienz bei Oxenstjerna. Harte Antwort. — Ereignisse im Bergischen: Vorgehen der Schweden in Siegburg; Besetzung der Kettwiger Brücke und des Hauses Landsberg. Oberst Wendt von Cratzenstein. — Ungünstige Berichte der Gesandten aus Frankfurt. — Gesandtschaft an Landgraf Wilhelm. — Resolutionen des Bundes.

Nachdem die Mission des staatischen Gesandten Vossberg und der Plan einer Neutralisirung des Gebietes zwischen Maas und Weser gescheitert war, und sich dann auch die Bündnissverhandlungen mit Kurköln zerschlagen hatten, sah Wolfg. Wilhelm sich genöthigt, die Erreichung seines Zieles, Räumung von Siegburg durch die Schweden und der Grafschaft Ravensberg durch den Herzog von Lüneburg, durch eine Gesandtschaft an die Heilbronner Verbündeten zu versuchen. Sowohl Baudissin und Graf Philipp Reinhard von Solms, als Herzog Georg hatten sich auf Oxenstjernas Befehle berufen, ohne dessen Erlaubniss die occupirten Plätze nicht geräumt werden könnten. Unterdessen hatte der Commandant von Siegburg, Abraham von Loyson, nicht aufgehört, die bergischen Unterthanen zu bedrücken, er hatte sie zu Fortificationsarbeiten an der Abtei gezwungen, erhob aus dem Amte Steinbach Contributionen von Geld und Getreide unter Androhung militärischer Execution und liess gewaltsam das Vieh wegtreiben.

Um seinen Anträgen bei den Schweden grösseren Nachdruck zu geben, suchte Wolfgang Wilhelm wiederum die Unterstützung der Generalstaaten. Am 17. April 1633 empfing der Marschall Weschpfennig eine Instruction, die an Vossbergs Aufgabe anknüpfend ihn bevollmächtigte, im Haag um die Beihilfe des staatischen Gesandten Pauw zu bitten. In mehreren Nebenmemorialien erhielt er ferner den Auftrag, wegen des Einschlusses der jülich-bergischen Lande in den niederländischen Friedensvertrag zu verhandeln, von dem der Pfalzgraf irrthümlicherweise annahm, dass sein Abschluss nahe bevorstehe; ferner sollte er abermals die Abstellung der seit der Eroberung von Maastricht fortwährend stattfindenden Durchzüge staatischer Truppen durch jülichsches Gebiet fordern und um zollfreie Transportirung der von dem Pfalzgrafen in Lüttich gekauften Waffen bitten.



Ueber den Verlauf dieser Gesandtschaft sind wir nicht näher unterrichtet. Wenn sie überhaupt schon im April ausgeführt worden ist, war der Erfolg jedenfalls nicht zufriedenstellend; denn am 12. Mai beklagte sich Wolfgang Wilhelm dem Prinzen von Oranien gegenüber, dass die Staaten die Abordnung an Baudissin so lange verzögert hätten, dass er bis jetzt noch keine „versicherte Erklärung“ habe erhalten können. Trotz seines friedfertigen und unparteiischen Verhaltens fordere Loyson mehrere Tausend Thaler rückständiger Contribution von dem Amte Steinbach und führe die Unterthanen gefänglich fort, wenn er kein Geld erhalten könne. Herzog Georg von Lüneburg executire die Grafschaft Ravensberg. So lange er keine Versicherungserklärung von den Schweden und deren Alliirten habe, könne er sich nicht zu der von den Staaten geforderten Abdankung seines Kriegsvolkes verstehen. Auch die Truppen der Generalstaaten hörten nicht auf, Jülich zu beunruhigen. Kurz zuvor waren wieder 10 Compagnieen Reiter in das Land eingefallen, und 7 weitere Compagnieen nebst 400 Mann zu Fuss unter dem Commando des Grafen Heinrich von Berg hatten sich im Gladbacher Kirchspiel einquartirt. Er könne, schrieb der Pfalzgraf, den Beschwernissen nicht länger mehr zusehen. Wenn dieselben nicht aufhörten und man ihm alle Mittel nehmen wolle, so möge der Prinz ihn verständigen, wessen er sich von ihm zu versehen habe.

Die Staaten ihrerseits wollten die Durchzüge und Einlagerungen ihrer Truppen nur als berechtigte Retorsionsmassregeln gegen die Einlagerungen der Spanier und Kaiserlichen angesehen wissen und konnten sich keinen Vortheil davon versprechen, den Pfalzgrafen in die Arme ihrer Gegner zu treiben, und so finden wir am 26. Mai den Marschall Weschpfennig und den Düsseldorfer Rath Lic. Franz Voetz abermals im Haag. Kaum aber waren sie angelangt, als ein eiliges Schreiben des Pfalzgrafen sie erreichte, das Weschpfennig nach Düsseldorf zurückrief.

Dort war nämlich bald nach der Abreise der Gesandten am 25. Mai der dänische Kammersecretär Friedrich Günther eingetroffen, der den Pfalzgrafen auffordern sollte, die Bemühungen des Königs Christian um den Universalfrieden zu unterstützen und in diesem Sinne auf den Kaiser und die katholischen Fürsten einzuwirken. Zugleich sollte er die Ansichten des Plalzgrafen über die Grundlagen hören, auf welchen der Friede aufgebaut werden könnte. Am 27. Mai übergab Wolfgang Wilhelm, der auch bei früheren Vermittlungsversuchen eifrig mit-

gewirkt hatte[1]) und wegen der kurpfälzischen Frage an den Bestimmungen eines etwaigen Friedens persönlich sehr interessirt war, dem Gesandten eine die Ansichten des Pfalzgrafen darlegende Denkschrift. An demselben Tage rief er Weschpfennig zurück, jedenfalls in der Absicht, seine Sendung an Oxenstjerna zu beschleunigen und ihn mit ferneren Instructionen inbetreff des Friedens zu versehen.

Am 7. Juni erhielt Weschpfennig den Brief des Pfalzgrafen. Er zog es indessen vor, noch so lange im Haag zu bleiben, bis er die Vermittlung der Staaten erreicht hätte. Zunächst verspürte er nämlich wenig Neigung bei diesen, dem Pfalzgrafen die Unterstützung ihres Gesandten Pauw bei Oxenstjerna zu theil werden zu lassen. Eine Resolution, die er am 1. Juni empfangen hatte, befriedigte ihn nicht, und erst am 10. Juni erhielt er die erbetenen Befehle an Pauw, seine Anträge bei den Schweden nach Möglichkeit zu befürworten; wegen der Durchmärsche der staatischen Truppen empfing er tröstliche Zusicherungen. Während nun Voetz nach Düsseldorf zurückkehrte, entschloss sich Weschpfennig aus „erheblichen Ursachen“, vor seiner Reise nach Frankfurt mit dem Pfalzgrafen persönliche Rücksprache zu nehmen, und so reiste er vom Haag direct nach Brüssel, wo er am 14. Juni eintraf.

Am 2. Juni hatte sich nämlich Rheinberg, das von dem Prinzen Friedrich Heinrich seit dem 5. Mai belagert worden war, ergeben müssen. Der Pfalzgraf hatte dieses Ereigniss sofort benutzt, um seine alten Versuche, die Spanier zum Abtreten der von ihnen in Jülich occupirten Plätze, vor Allem der Festung Jülich zu bewegen, wieder aufzunehmen, und war am 3. Juni mit seinem Sohne Philipp Wilhelm nach Brüssel abgereist. Am 19. Juni erhielt Weschpfennig in Brüssel seine Instruction für Oxenstjerna, von dem er eine Erklärung erwirken sollte, dass, wenn der Kaiser und die Liga die neuburgischen und jülich-bergischen Lande verschonen würden, die Schweden und ihre Verbündeten dasselbe thun wollten; gleichzeitig erhielt er auch ein Memorial wegen der dänischen Friedensvorschläge.[2])

Am 29. Juni traf er in Frankfurt ein und hatte am 2. Juli Audienz bei dem schwedischen Reichskanzler, der

---

[1]) Vgl. Jahrb. X, S. 196; vgl. o S. 45, Anm. 1.

[2]) Ein Entwurf zu diesem Memorial wurde schon am 15. Juni in Antwerpen abgefasst.

ihm indessen mit dem grössten Misstrauen begegnete. Man wisse nicht, wie weit man sich auf die gerühmte Friedfertigkeit Wolfgang Wilhelms verlassen könne. Man rede auf pfalzneuburgischer Seite allerlei Sprachen, „dann rede man spanisch, dann italienisch, kaiserisch und ligisch.“ Ihm sei wohl bekannt, dass der Pfalzgraf mit seinen Gegnern unter einer Decke liege, deren Werbungen begünstige und ihnen sonst allen Vorschub leiste. Man könne es Schweden nicht verübeln, dass es in Berg festen Fuss fasse, noch den hessischen und lüneburgischen Officieren, dass sie den Feind dort verfolgten. Er glaube, Wolfgang Wilhelm warte nur darauf, dass die Schweden im Nachtheil seien, um dann loszubrechen und zu helfen, ihnen den Garaus zu machen. In Neuburg habe der Statthalter Spiering die Kaiserlichen und Bayerischen wieder eingelassen, nachdem Gustav Adolf die Stadt unter der Voraussetzung verlassen habe, dass sie neutral bleibe. In Neuburg sei der Anschlag auf Rein gemacht und durch die Garnison daselbst ausgeführt worden.

Inbetreff der Friedensvorschläge des Pfalzgrafen erklärte Oxenstjerna, er wolle mit den Alliirten reden. Am 11. Juli hatte aber Weschpfennig über diesen Punkt noch ein ausführliches Gespräch mit einigen aus dem consilium formatum. Auch hier fand er zunächst das grösste Misstrauen wegen des den Gegnern imputirten Grundsatzes „quod haereticis non servanda fides“. Man fragte den Gesandten, ob des Pfalzgrafen Friedensbestrebungen zu den Verhandlungen Wallensteins in Beziehung ständen. Weschpfennig, der in der That eine am 18. Juni in Brüssel ausgefertigte Vollmacht zu Verhandlungen mit Wallenstein bei sich führte, antwortete, sobald er von den Verbündeten die Verschonungserklärung erhalten habe, werde er sich zu dem gleichen Zwecke zu Wallenstein begeben, um dort zugleich seinen besten Fleiss für das Friedenswerk anzuwenden. Vorerst habe der Pfalzgraf nur an Wallenstein geschrieben. Hauptsächlich drehte sich das Gespräch um die Frage der Recompensation der eroberten und von Gustav Adolf an die Generale (Herzog Bernhard von Weimar, Horn und Baner) verschenkten Gebietstheile. Man werde, erklärten die Räthe, sich zu keiner Restitution verstehen, auf die Wallenstein auch bereits verzichtet habe; sie gaben aber dann inbetreff der besetzten geistlichen Stifter etwas nach. Nur Kurmainz, meinten sie, könne wohl einem Edelmann (d. h. also Oxenstjerna) verbleiben. Als Weschpfennig dagegen die Nothwendigkeit einer gleichen Ver-

theilung der Kurstimmen zwischen Geistlichen und Weltlichen hervorhob, meinten die Anderen, man könne ja eine achte oder neunte Kurstimme hinzufügen und auch den Pfalzgrafen mit dazu als einen katholischen Fürsten anstellen. Der Marschall entgegnete, sein Herr sei „zu solcher Dignitet nit frembd, sollte aber gern sehen, dass es bei der alten Verfassung nach Inhalt der guldenen Bull verpliebe“.

Es fehlte übrigens auch nicht an einzelnen Stimmen, die sich für den Pfalzgrafen günstiger aussprachen und ihm grösseres Zutrauen entgegenbrachten. Als die Räthe des consilium formatum die Schuld an allem Unheil den Spaniern und Jesuiten zuschoben, deren Ziel die Vernichtung der Ketzer, und deren Grundsatz es sei, Ketzern kein Recht widerfahren zu lassen, und als Weschpfennig darauf erwiderte, sein Herr billige das nicht, stellte der Graf von Brandenstein dem Pfalzgrafen das Zeugniss aus, er habe dem Kaiser „in vielem das oppositum gehalten, rationes movirt, inconvenientia providirt und remonstrirt, diewelche doch nicht hätten verfangen wollen“.

Auch Herzog Bernhard von Weimar, mit dem der Marschall am 30. Juni ein Gespräch hatte, zeigte sich dem Pfalzgrafen im allgemeinen geneigt und erbot sich, sein Möglichstes zu des Pfalzgrafen Diensten zu thun, aber er wusste ihm doch nichts anderes zu rathen, als „er solle helfen Frieden machen, oder Partei nehmen“.

Die Resolution Oxenstjernas, die Weschpfennig am 8. Juli empfing, lautete: Schweden und seine Alliirten seien zu dem Frieden wohlgeneigt, die Sache müsse aber an die einzelnen Bundesstände gebracht werden. Was die Neutralität des Pfalzgrafen anbetreffe, so könne Oxenstjerna, da sie bei dem König nicht zu Ende gebracht und bei dem Heilbronner Bund nicht nachgesucht worden sei, einseitig nichts vornehmen. Er wolle aber die Angelegenheit an die Alliirten bringen und sie diesen empfehlen. Inzwischen möge Alles in statu quo gelassen werden, der Pfalzgraf sich friedlich verhalten und den Unterhalt für die schwedischen Garnisonen herbeischaffen lassen. Er werde dann, soviel es der Stand des Krieges erlaube, von ferneren Feindseligkeiten verschont werden.

Trotz aller Gegenvorstellungen, trotz der Unterstützung des staatischen Gesandten Pauw und trotzdem der Marschall auch den am 13. Juli in Frankfurt eintreffenden französischen Gesandten de la Grange um seine Vermittlung ersuchte, konnte er keinen günstigeren Bescheid erreichen. Am 14. Juli hatte er bei dem Reichskanzler

seine Abschiedsaudienz und erfuhr bei dieser Gelegenheit von ihm, dass namentlich Kursachsen durchaus nicht in eine Verschonung der Jülicher Lande willigen wolle, sondern der Ansicht sei, „es müssten die Länder dieser Faction mit incorporirt und unter Contribution gebracht werden". Kurbrandenburg habe erklärt, es wolle mit Kursachsen der Verschonung wegen in Unterhandlung treten, bis jetzt aber sei noch nichts erfolgt.

Als Weschpfennig am 24. Juli wieder in Düsseldorf ankam, war Wolfgang Wilhelm noch immer nicht aus Brüssel zurückgekehrt. Von der Infantin am 8. Juni äusserst freundlich, wie immer, empfangen, hatte er doch beinahe 7 Wochen vergeblich auf einen günstigen Bescheid warten müssen. Er war bald nach seiner Ankunft in Brüssel mit dem Prinzen von Oranien in Verhandlungen getreten,[1]) der ihm die Zusicherung gab, keine Besatzung nach Sittard zu legen, wenn auch die Spanier die Stadt unbelegt liessen. Die Spanier waren mit diesem Vorschlage einverstanden. Mit der Einräumung von Jülich kam der Pfalzgraf dagegen um keinen Schritt weiter.[2]) Und doch war ihm gerade jetzt besonders darum zu thun, weil er eine Belagerung der Festung durch die Holländer befürchtete, die das ganze Fürstenthum in Mitleidenschaft gezogen hätte. Die Staaten wären wohl bereit gewesen, auf Jülich und das kurkölnische Rheinberg zu verzichten, aber nur unter der Bedingung, dass die Festungswerke geschleift würden. Dies mochte der Pfalzgraf nicht zugestehen, während auf der anderen Seite die Spanier das wichtige Jülich nicht aus den Händen lassen wollten, und so erklärte ihm die Infantin, die Festung ohne besonderen Befehl aus Spanien nicht einräumen zu können. Dagegen bearbeitete man ihn wiederum auf das eifrigste, seine Neutralitätspolitik aufzugeben und seine Truppen mit denen der katholischen Fürsten zu vereinigen.

Endlich am 24. Juli erhielt er die schriftliche Entscheidung der Infantin auf seine Vorstellungen. Sie erklärte, wegen der Ueberlassung von Jülich noch einmal ernstlich an den König von Spanien schreiben zu wollen. Inbetreff der von dem Pfalzgrafen geklagten Uebergriffe der Besatzungen von Jülich, Geldern, Stephanswerth u. a., sowie der Truppen bei Durchmärschen und Geleiten, ferner wegen seiner Bitte, dass die Unterthanen nicht zu Hand- und

---

[1]) Wie es scheint, hat er ihn persönlich aufgesucht (Briefwechsel mit seiner Gemahlin Kath.-Charlotte).

[2]) Ueber die früheren Versuche vgl. Jahrb. X, S. 203.

Spanndiensten von den Spaniern gezwungen würden und dass sie Lebensmittel und andere Waaren sowohl zu den spanischen als holländischen Besatzungen führen dürften, wurde er an Aitona verwiesen. Mit diesem sollte er auch über die geforderte Bezahlung seiner Leibgarde zu Pferd und des von Philipp Wilhelm früher innegehabten Regiments verhandeln. Wegen der übrigen Punkte (Abstellung der den freien Handel schädigenden Licenten in der Stadt Jülich, den Verkauf von Kerpen und Lommersum an den Pfalzgrafen, die Entscheidung der an dem Brüsseler Tribunal schwebenden Rechtsfälle, namentlich der Winnendael'schen Angelegenheit,[1]) Ertheilung des Titels als Herzog von Jülich-Cleve-Berg und Bestellung der Vormundschaft für seine Söhne) erhielt er tröstliche oder dilatorische Antworten. Er hatte also in der ganzen Zeit so gut wie nichts erreicht. Den Misserfolg schrieb er hauptsächlich den Verdächtigungen zu, welche Kurmainz und Kurköln am Brüsseler Hofe gegen ihn ausgestreut hätten.[2])

Seine Besorgniss für die Zukunft musste vermehrt werden durch eine Beobachtung, die ihm in Brüssel besonders nahe getreten sein mag, dass nämlich der Fall eines offenen Bruches zwischen der Krone Frankreich und dem Hause Habsburg in immer drohendere Nähe rückte, und dass die in Brüssel in der Verbannung lebende Königin-Mutter Katharina von Medici mit ihrem Anhang einen wesentlichen Einfluss auf den Gang der herannahenden Krisis zu üben imstande sei.

Wolfgang Wilhelm war ein Mann, dem kein Mittel zu klein war, um es in seinem Interesse zu verwenden, dem aber auch keine Aufgabe zu gross war, um sich nicht von einem Versuche der Lösung Erfolg zu versprechen. Leider waren Wort und Feder so ziemlich die einzigen Waffen, die er zu führen verstand; aber Enttäuschungen, Misserfolge, Geringschätzung schreckten ihn nicht ab, immer von neuem ans Werk zu gehen. Und so fasste er denn den Entschluss, eine Aussöhnung des französischen Königs mit seiner Mutter zu versuchen. Nicht mit Unrecht hoffte er dadurch die active Theilnahme Frankreichs am Kriege, von der zweifellos für ihn selbst eine neue Schädigung seiner Interessen zu erwarten stand, zu verhüten. Seine guten Beziehungen zu Katharina von Medici[3]) und eine allgemein gehaltene, belanglose Aeusse-

[1]) Vgl. Jahrb. X, S. 208.

[2]) Briefwechsel mit seiner Gemahlin.

[3]) Er suchte sie in Brüssel regelmässig auf. Vgl. Jahrb. d. Düsseld. Gesch.-V. X, S. 212.

rung Richelieus aus früherer Zeit, er möge sich die Erhaltung des Friedens angelegen sein lassen, mussten den Anknüpfungspunkt zu einem Briefe abgeben, den er am 4. Juli unter Beobachtung des tiefsten Geheimnisses[1]) an den Cardinal richtete und in welchem er diesen unter grossem Aufwand von schönen Worten und lateinischen Gemeinplätzen aufforderte, ihm zur Erreichung seines Zieles behilflich zu sein. Seine Gespräche mit der Königin und deren Gefolge hätten in ihm die Ueberzeugung wachgerufen, dass die Stimmung der Ersteren gegen den König ihren Sohn sowohl als gegen den Cardinal selbst derart sei, dass sie eine Versöhnung erhoffen lasse.[2]) Er empfahl die Sendung von Briefen seitens des Königs, in welchen die Sohnesliebe gegen die Mutter zum Ausdruck komme, und worin der Königin alle mögliche Genugthuung, freier und sicherer Aufenthalt in Frankreich nebst 60—70,000 Gulden Reisegeld zugesichert würden.

Und auf der anderen Seite suchte er in gleicher Weise auf die Königin-Mutter und Gaston von Orleans einzuwirken, indem er namentlich dem Letzteren wiederholt zuredete, sich mit seinem Bruder gütlich auseinanderzusetzen.[3]) Während aber hier, wo man von den Spaniern wenig rücksichtsvoll behandelt, des Aufenthaltes in Brüssel und der Verbannung aus Frankreich überdrüssig war, seine Worte auf fruchtbaren Boden fielen, hatte er in Paris nicht den geringsten Erfolg, da Richelieu, wie es scheint, den Brief ganz unbeachtet liess. Der Versuch des Pfalzgrafen bleibt aber bezeichnend für die damaligen Absichten der Königin, ohne deren Einwilligung dieser Schritt schwerlich geschehen ist und die ein halbes Jahr später den Versuch, mit Richelieu und ihrem Sohne anzuknüpfen, selbst wiederholte.[4])

Von Brüssel aus hatte er auch bei dem Kaiser seine Vorstellungen wegen Anerkennung der Neutralität mit um so grösserer Dringlichkeit erneuert, als inzwischen

[1]) Er liess den Brief durch einen Dritten (Luigi Lumaga) in Paris dem Cardinal aushändigen. Das eigenhändig geschriebene Concept versiegelte er, wie gewöhnlich bei geheim gehaltenen Schriftstücken, mit seinem Ringpetschaft und versah es mit einer chiffrirten Aufschrift.

[2]) Non ho trovato quella alteratione come io temevo, ma piu tosto un materno affetto verso la Maesta Christianissima suo carissimo figliolo, neanco un animo irreconciliabile verso l'Eminenza Vostra. P. B. 186a.

[3]) Später, im März 1634, äusserte er sich in einem Briefe an den Marschall Weschpfennig über diese Unterredungen.

[4]) Vgl. Lettres etc. de Richelieu IV S. 527, 530—32, 583.

seine oberdeutschen Besitzungen unter dem Kriege entsetzlich zu leiden hatten. Die Residenz Neuburg war im April von den Schweden wieder erobert worden, die in dem Lande nach Willkür schalteten und walteten, Beamte ein- und absetzten, die evangelische Religionsübung nach Möglichkeit wieder einrichteten und sogar an der Zollstation zu Lauingen das neuburgische Wappen durch ein schwedisches ersetzten. Dadurch, dass Aldringen Neuburg wieder belagerte, lastete der ganze Druck des Krieges auf dem Land.

Wolfgang Wilhelm suchte in einem ausführlichen Schreiben vom 28. Juni an den Kaiser seine Neutralitätspolitik und das Halten eigener Truppen aufs neue zu rechtfertigen und liess es weder an Vorwürfen gegenüber dem Kaiser selbst, als namentlich gegen den Kurfürsten Maximilian fehlen, die er für die Leiden seiner neuburgischen Unterthanen verantwortlich machte. Er habe, führte er aus, in der Zeit, als der Kaiser und die Liga siegreich gewesen seien, nicht den geringsten Vortheil von ihnen erlangt, vielmehr die Kurpfalz und die übrigen Länder der Heidelbergischen Linie, nach deren Aussterben er dem jus agnationis, den Familienverträgen und der goldenen Bulle zufolge der älteste und nächste Successor sei, bisher von aussen ansehen müssen. Die ihm gegebenen Vertröstungen auf eine gütliche oder rechtliche Erörterung der Frage seien bis jetzt ausser Acht gelassen worden. Die Jülicher Lande könnten bei der starken militärischen Stellung der Holländer ebensowenig vor diesen beschützt werden, als die neuburgischen Besitzungen vor den Schweden, solange die Städte Augsburg, Ulm und Nürnberg mit ihnen verbündet seien.

Die Ursache, dass der Kaiser seinen Vorstellungen bisher kein Gehör geschenkt hätte, fand er in den Intriguen Maximilians von Baiern, der den Unterthanen des Pfalzgrafen die Last des Krieges aufgeladen habe, um sein eigenes Land zu verschonen. Hätten Kaiser und Liga ihm die Verschonung bewilligt, so würden auch die Schweden keinen Pass durch Neuburg genommen haben, aber der Eigennutz habe Maximilian so verblendet, dass er seinen eigenen Vortheil nicht erkannt habe. Unterdessen hätten die Schweden viele Millionen an Geld und Geldeswerth aus Neuburg genommen und ihn seines ganzen Getreidevorrathes und seiner Einkünfte beraubt. Den grössten Schaden aber hätte die katholische Religion davon gehabt, denn die Schweden hätten die katholischen Pfarrer zwischen Ulm und Ingolstadt vertrieben und an

vielen Orten lutherische Prediger dafür eingesetzt. Die meisten Unterthanen (deren Bekehrung zur katholischen Kirche des Pfalzgrafen Stolz war) seien „theils aus Unverstand, theils aus Zagheit oder Furcht, andere aber gar aus Bosheit“ wieder abgefallen. Viele Tausende seien infolgedessen verstorben, „deren Seelen noch über diejenige, so an ihrem zeitlichen und ewigen Unheil schuldig, nachschreien, welches auch denselben an jenem grossen Tag desto beschwerlicher zu verantworten sein würd“.[1])

Die Vorgänge in Neuburg und die am 16. Juli von Maximilian von Baiern eingetroffene Erklärung, er wolle Neuburg neutral lassen, wenn die Schweden die gleiche Versicherung abgeben würden, veranlassten den Pfalzgrafen, mit um so stärkerem Nachdruck seine Anträge bei den Schweden und Alliirten zu wiederholen. Hinzu kam die Befürchtung, die Sieger von Oldendorf möchten sich nach dem Rhein wenden und gegen das Kölnische Erzstift und die Stadt Köln vorgehen.

Einige Tage nach Weschpfennigs Rückkehr von Frankfurt traf auch Wolfgang Wilhelm in Düsseldorf wieder ein (27. Juli), und der Marschall musste sich nun sofort zu einer neuen Reise nach Frankfurt rüsten, wo inzwischen die Bundes-Bevollmächtigten sich zu versammeln begannen. Diesmal begleitete ihn der neuburgische Hofkammerdirector Franz Giese. Eine am 31. Juli ertheilte Instruction gab den Gesandten auf, die Alliirten um einen Befehl zu bitten, wonach das Kriegsvolk aus den besetzten Orten abgeführt, oder doch die Verpflegung der Garnisonen anderwärts aufgebracht werden sollte. Ausserdem sollten

[1]) Entsetzliches müssen die Einwohner während dieser Kämpfe um Neuburg von den Kaiserlichen und Ligistischen, die noch viel ärger und undisciplinirter hausten, als die Schweden, zu erdulden gehabt haben. Ganze Dorfschaften fielen in Asche; den Bewohnern, die knieend um Gnade flehten, hieben die entmenschten Soldaten die Hände ab, zu Hunderten fand man sie todt liegen, zum Theil in den Wäldern, wohin sie sich schwer verwundet verkrochen hatten. Am 28. Juni 1633 schrieb W. W. an den Kaiser: „Allein im Kloster Bülenhofen, da E. K. M. jungst bei einer Jagd Malzeit gehalten, sind ausser denjenigen, welche hart verwundet in das Gewäld sich verkrochen und nach und nach todt gefunden worden, über 123 todt gefunden worden und viele Tage unbegraben liegen gelassen worden, die doch nichts gethan, als sich und ihr Weib und Kinder, Pferd und Vieh, auch was sie an Getreid und Mobilien zu ihrem nothwendigen Unterhalt noch übrig gehabt, salviren wollen“. Wer konnte, floh zu Schiffe ins Oesterreichische. Auch die pfalzgräflichen Beamten und Soldaten wurden nicht geschont. In der Vorstadt Neuburg wurden sie nebst den Bürgern von den Truppen Aldringens, ohne dass sie Gegenwehr geleistet hatten, niedergehauen, ihre Häuser ausgeplündert.

sie um eine Verschonungserklärung für die Zukunft nachsuchen. Ein vom 3. August datirtes Nebenmemorial bevollmächtigte sie, wenn sie zum zweiten- und drittenmal keinen willfährigen Bescheid erhielten, sollten sie eine kategorische, runde Erklärung verlangen, wessen sich der Pfalzgraf von den Verbündeten zu versehen habe. Er erwarte von ihnen als ehrlichen Leuten, dass sie, wenn sie ihn für Feind hielten, oder feindlich behandeln wollten, ihn vorher „gebührlich denunciren“ und ihm, wie billig, „platz und zeit lassen“ würden, sich dagegen in Defension zu stellen. Er hoffe, es würden sich auch sonst noch Leute finden, die ihn in Schutz nähmen.[1])

Am 8. August waren die Gesandten in Frankfurt. Unterwegs hatten sie den Landgrafen Wilhelm von Hessen getroffen,[2]) der sie, als sie ihm die Bedrängnisse durch die Schweden vorstellten, mit den Worten tröstete: „er sei im gleichen Spital krank“, und überhaupt grosse Bereitwilligkeit zeigte.[3]) Um so geringeres Entgegenkommen fanden sie dagegen bei Oxenstjerna.

Am 13. August war es ihnen endlich gelungen, zur Audienz zu gelangen, die in Gegenwart des jungen Oxenstjerna und des Grafen Philipp Reinhard von Solms stattfand. Der Reichskanzler erklärte, ohne die Bundesstände in einer so wichtigen Sache nicht vorgehen zu können und wies die vorgebrachten Beschwerden in der schroffsten Weise zurück. In Ravensberg habe man die Soldaten nach dem Sieg von Oldendorf, wie Kriegsgebrauch, etwas refraichiren müssen. Zur Erzwingung der Contributionen von Siegburg, Blankenberg und Windeck, die ratione status et belli nicht aufgegeben werden könnten, habe man selbst Veranlassung gegeben, weil man die Contributionen nicht geliefert habe. Es herrsche eben das Princip, dass die Soldaten da Unterhalt suchten, wo sie gerade lägen. Auch in Neuburg zeige man wenig guten Willen. Dem Herzog von Bayern könne man gar keinen grösseren Gefallen thun, als Neuburg zu verlassen, von wo aus man bequem in Bayern einmarschiren könne. Der

---

[1]) Eine zweite Nebeninstruction vom 3. August enthielt die Forderung der Gestattung von Holzzufuhr für den Rheinbau (in Wirklichkeit wohl für den Düsseldorfer Festungsbau) und der Ertheilung von Passzetteln für aus Neuburg zureisende Personen.

[2]) In Schwalbach Aug. 5. Die Audienz fand Aug. 6. statt.

[3]) Der Landgraf äusserte sich auch über die durch Christian von Dänemark ins Werk gesetzten Friedensverhandlungen, die in Breslau stattfinden sollten und meinte, er könne sich zur Reise dorthin noch nicht entschliessen, weil er die Absichten Kursachsens bisher nicht kenne; er werde auch schwerlich abkommen können.

Pfalzgraf habe dem väterlichen Testament zuwider die evangelischen Prediger „herausgeschmissen“, deshalb habe man Fug, die katholischen Prediger wieder herauszuschmeissen. Und, um die rechte Wahrheit zu sagen, die Ursache, weshalb es in Neuburg so zugehe, und weshalb man so zögere, ihm die Neutralität zuzugestehen, sei die, „es seie kein Fürst im Reich, der ein grösserer Verfolger ihrer Religion und der wider die so sehr tyrannisirt habe“, als gerade Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm. Die entgegengesetzten Versicherungen und den Versuch der Gesandten, das Vorgehen des Pfalzgrafen mit Berufung auf den Religionsfrieden zu rechtfertigen, wies der Reichskanzler mit den Worten ab, „er were nit da, umb zu disputiren, sondern resolvirt, im Namen seines Vaterlands sambt den alliirten Ständen die Sache mit dem Degen auszufechten“.

Als Wolfgang Wilhelm den Bericht der Gesandten über diese Audienz erhielt, hatte er bereits andere und nicht minder deutliche Anzeichen dafür empfangen, dass man seitens der Alliirten nicht Willens sei, Rücksicht auf ihn zu nehmen. Der Siegburger Commandant Abraham v. Loyson erliess am 31. Juli ein Ausschreiben an die Düsseldorfer Räthe wegen der säumigen Contribuenten und verlangte, die von ihm bereits citirten und nicht erschienenen Amtleute sollten nach Siegburg kommen und mit ihm wegen der Contributionen verhandeln. Graf Ludwig Heinrich von Nassau hatte von Oxenstjerna Weisung erhalten, mit seinem in Friedberg liegenden Regiment ins Bergische zu rücken, und forderte ebenfalls den Amtmann von Windeck auf, mit den benachbarten Amtleuten sich nach Siegburg zu verfügen, um wegen der Einquartierung zu berathen.[1]) Der Pfalzgraf schickte den schwedischen Truppen zwar eine Gesandtschaft entgegen, aber am 9. August fiel trotzdem der Oberstlieutenant des Nassauischen Regiments, Johann Konrad v. Selbach, mit seinem Reiterregiment und 6 Compagnieen Fussvolk in das Amt Windeck ein und nahm im Kirchspiel Leuscheid Quartier. Es kam Nachricht, noch mehr Volk sei auf dem Marsch. Die Ursache dieses Einmarsches war ein nächtlicher Angriff auf Siegburg, den der vertriebene Abt am 27. Juni mit Hilfe kurkölnischer Truppen in Scene gesetzt hatte, der aber von der wachsamen Besatzung abgewiesen worden war.[2]) Endlich erfuhr man auch, dass hessische und schwedische Truppen unter dem

[1]) Dillenburg, 1633 Juli 21.
[2]) Schwaben a. a. O. S. 77; Heinekamp S. 222.

Commando Peter Melanders nach Wesel gesandt werden würden, um den Staaten einen Reiterdienst zu thun, und so fürchtete man wieder die Schrecken eines Durchmarsches.

Wie sehr diese Ereignisse auf den Pfalzgrafen Eindruck machten, geht daraus hervor, dass er, noch ehe ihm Oxenstjernas Aeusserungen berichtet wurden, den Entschluss fasste, an den kaiserlichen Hof zu reisen. Er beauftragte am 14. August seine Gesandten, sie sollten in Frankfurt anfragen, ob man ihn und sein Geleite jederzeit ungehindert nach Neuburg oder, wenn nöthig, auch zum Kaiser reisen lassen wolle. Als Ursache zu dieser Reise gab er seine Absicht an, „sich zu Wiedererlangung und Stabilirung des Friedens zu interponiren". In Wirklichkeit verfolgte er wohl schon damals den Plan, zu Vertheidigungszwecken engere Beziehungen zu dem Kaiser anzuknüpfen; einen Monat später trat er thatsächlich mit diesem Versuche hervor. An Weschpfennig aber schrieb er am 27. August, nachdem er die Aeusserungen Oxenstjernas im einzelnen widerlegt hatte, er möge eine schriftliche Resolution verlangen, ob man denn die Absicht habe, ihn „aus dem Lande zu schmeissen".

Aber immer bedrohlicher wurde das Auftreten der schwedischen Truppen. Der schwedische Kriegscommissar Johann Engelbert Thylli verlangte zur Verproviantirung von Siegburg aufs neue grosse Mengen von Getreide, Vieh und Salz von den getreidearmen bergischen Aemtern, die selbst in guten Zeiten ihren eigenen Bedarf theilweise importiren mussten und in denen jetzt infolge der Kriegswirren nichts mehr vorhanden war. Dem Amtmann von Lülsdorf, v. Zweifel, wurde sein Sitz Wahn geplündert, weil man ihn des Einverständnisses mit dem Abt von Siegburg bezichtigte, und, was das schlimmste war, am 30. August Abends näherte sich von der märkischen Seite her ein aus 100 Soldaten zu Fuss und 40 Berittenen bestehender Trupp fremden Kriegsvolks — sie gaben sich für Hessen aus — der Ruhrbrücke bei Kettwig, besetzten dieselbe auf beiden Seiten und öffneten darauf gewaltsam das benachbarte feste Haus Landsberg, wohin die Unterthanen der Umgegend einen Theil ihrer Habe geflüchtet hatten. Die dort befindlichen Soldaten des Pfalzgrafen wurden entwaffnet, die Kisten erbrochen und geplündert. An die Aemter Angermund, Landsberg und Mettmann wurde eine Contribution ausgeschrieben.

Wolfgang Wilhelm entsandte sofort den Amtmann Johann Wilhelm von Hugenpoet nach Kettwig, wo dieser aber nur einen Corporal fand, der ihn nach Hattingen

an den Obersten Wendt zu Cratzenstein verwies, auf dessen Befehl die Occupirung der Brücke erfolgt sei. Wendt aber berief sich auf Befehle Oxenstjernas und des Landgrafen von Hessen, zeigte eine Ordre des Letzteren vor, sich der Ruhrpässe zu bemächtigen und ein wachsames Auge auf den Rheinstrom zu haben. Eine Ordre des Reichskanzlers (1633 Juni 7) trug ihm auf, ein Regiment zu Pferde im Lande Berg oder im Erzstifte Köln zu werben. Er fügte hinzu, er habe ausdrücklichen Befehl, das Land Berg in Contribution zu setzen.

Und hiermit machte er alsbald den Anfang. Als dem Contributions-Ausschreiben nicht Folge gegeben wurde, überfielen die Schweden eine Anzahl Dörfer (Lintorf, Huckingen und des Werdenschen Abts Kirche) und plünderten sie aus. Die Freiheit Mettmann wurde erstürmt, geplündert und eine Anzahl Einwohner und Pferde fortgeführt. Fast bis vor die Thore von Düsseldorf zogen die Streifenden.

Diesen Vorgängen entsprachen die weiteren Berichte, welche Weschpfennig und Giese von Frankfurt überschickten. Sie hatten sich nach Kräften bemüht, auf die Gesandten der einzelnen Bundesstände im Interesse des Pfalzgrafen einzuwirken, und fanden eine Hauptstütze an dem pfalz-zweibrückischen Gesandten Streif.[1]) Auch der württembergische Vicekanzler Dr. Jäger sprach sich anerkennend über die von dem Pfalzgrafen dem Hause Württemberg geleisteten Dienste, über seine Friedensliebe, selbst zu Zeiten, als die Katholischen im Vortheil waren, und über seine Thätigkeit bei dem Compositionstage zu Frankfurt vor zwei Jahren aus. Dagegen vermerkte die Heidelbergische Linie, deren Vertreter Blorer v. Geiersberg den Vorsitz im Bundesrath führte, dem Pfalzgrafen seine Haltung in der pfälzischen Kurfrage sehr übel[2]), und der Vertreter der unter badischer Vormund-

[1]) Die Ursache war wohl hauptsächlich die Verwandtschaft der beiden Häuser durch die Heirath Wolfgang Wilhelms mit Katharina Charlotte von Zweibrücken.

[2]) Am 3. und 5. Februar hatte der kurpfälzische Gesandte Kolb von Wartenberg, der nach dem Tode des Winterkönigs durch dessen Bruder Philipp Ludwig nach Holland und England geschickt worden war, auch mit dem Pfalzgrafen wegen der Restitution der Pfalz verhandelt. Wolfgang Wilhelm hatte aber eine ausweichende Antwort gegeben (Jülich-Berg, Familiensachen 70). Der staatische Gesandte Vossberg hatte darauf der Wittwe Friedrichs im Haag erzählt, W. W. wolle ihren Söhnen „quaestionem status moviren“, worüber sich diese sehr aufregte, da sie bis dahin immer die Zuversicht gehabt hatte, Wolfgang Wilhelm werde sich der Ihrigen annehmen.

schaft stehenden hinterlassenen Kinder des Pfalzgrafen August von Sulzbach, Dr. Schütz, bemühte sich aufs eifrigste und nicht ohne Erfolg, deren Ansprüche auf das Fürstenthum Neuburg geltend zu machen.[1]) Der holländische Gesandte Pauw unterstützte die Gesandten wiederum, so gut er konnte; aber das Empfehlungsschreiben des Prinzen Friedrich Heinrich an Oxenstjerna, welches der Pfalzgraf am 22. August zu Wege gebracht hatte, enthielt die Klausel, dass er Alles dem Gutbefinden des Reichskanzlers anheim stellen wolle, und auch dem Gesandten selbst hatte man in seine Instruction bezüglich der Vermittlung die Wendung gesetzt: „sonder nochtans de reputatie van desen staet t'engageren". Die Unterstützung der Staaten war also — wohl infolge des Reiterdienstes, welcher ihnen von den Verbündeten geleistet war — bei weitem nicht so energisch und unbedingt, als es in dem Wunsche des Pfalzgrafen lag und sein Interesse erforderte.

Trotzdem hatte Franz Giese am 29. August einen nicht ungünstigen Bericht gesandt.[2]) Die Stände hätten beschlossen, die Neutralität und Verschonung in den niederrheinischen Landen unter gewissen Bedingungen zu bewilligen, das Fürstenthum Neuburg zwar mit einer Contribution zu belegen, anderseits aber es zu schützen. Auf die Stadt Neuburg und auf Siegburg werde man schwerlich verzichten. Bereits am 22. August hatten sie von dem Grafen von Wittgenstein erfahren, Graf Ludwig Heinrich von Nassau habe Befehl erhalten, bis auf weiteren Bescheid mit der Einquartierung und dem Einfordern der Contributionen im Bergischen einzuhalten.

Sehr bald aber änderte sich die günstige Auffassung der Lage. Eine Räumung der Lande sei nicht zu hoffen, vielmehr würden Schweden und Hessen Winterquartiere verlangen; das war der Eindruck, den die Gesandten in den ersten Tagen des September empfingen.[3]) Bernhard von Weimar hatte sich trotz der Erklärung Maximilians aus strategischen Gründen geweigert, auf die Stadt Neu-

---

[1]) Vgl. Jahrb. X S. 193. Er reichte Oxenstjerna ein Memorial ein, in dem nachgewiesen wurde, W. W. habe sich des Fürstenthums unfähig und verlustig gemacht, und worin um Einsetzung der Kinder des Pfalzgrafen August in die Regierung gebeten wurde.

[2]) Weschpfennig war für einige Tage als Vertreter des Pfalzgrafen zum Begräbniss der am 30. Juli gestorbenen Pfalzgräfin-Wittwe Magdalena, Tochter des Herzogs Wilhelm von Jülich, nach Meisenheim abgereist.

[3]) Die Gesandten fügten hinzu: „welche klok villeicht jungsthin zu Cassel, als der hessische Succurs negotiirt, mag gegossen sein".

burg zu verzichten. Als einzige Möglichkeit einer guten Behandlung seitens der Alliirten stellte man ihm den Eintritt in den Bund dar. Auch die Staaten, die ihm noch kürzlich[1]) hatten versichern lassen, sie hätten den Wunsch, dass er dieser Beschwerden enthoben werden möge, hatten doch die ihnen gesandten schwedischen und hessischen Hilfstruppen einige Tage in der Herrschaft Ravenstein einquartiert. „Es scheinet", schrieb Wolfgang Wilhelm in einem eigenhändigen Briefe am 8. September an seine Gesandten, „sie haben sambtlich conjurirt, uns genzlich zu ruiniren".[2])

So schien er denn thatsächlich vor die Nothwendigkeit gestellt zu sein, sich gegen die Schweden vertheidigen und die Hilfe der katholischen Mächte anrufen zu müssen. Denn der Eintritt in den Heilbronner Bund war für ihn, den eifrig katholischen Fürsten, ein ungeheuerlicher Gedanke, den er entschieden von der Hand wies.[3]) Als

[1]) Sie hatten Rutger Huygens und Simon v. Beaumont an ihn und Kurköln geschickt, um den ihnen von den Schweden und Hessen geleisteten Succurs zu entschuldigen und zu verhindern, dass sie den Spaniern zu Hülfe kämen. (Aitzema a. a. O. II S. 66). Der Pfalzgraf hatte sich auch bereit erklärt, keine Truppen zu senden und dafür die Unterstützung der Staaten erbeten. — Auch die Frage des evangelischen Religionsexercitiums war wieder verhandelt worden.

[2]) Er fährt fort: „(Wir) wissen kein andere Ursach, als dass wir catolisch worden und scheinet dieser leut verblendet und verbittert gemüt desto mehr, weil sie alle libertatem religionis und ihr religion in ihrem gebüet zu befurdern desideriren und mir solches nit vergonnen wollen". Die Tyrannei werde aber nicht lange dauern. Gott werde die Ruthe, wenn er ihn genug für seine Sünden gezüchtigt habe, ins Feuer werfen.

[3]) In dem bereits erwähnten eigenhändigen Briefe an seine Gesandten vom 8. Sept. 1633. Einige charakteristische Stellen aus dem offenbar im höchsten Affect abgefassten Schriftstück führe ich im Folgenden an. Er sagt, er habe ihre Sorge, „dass man sub praetextu rationis belli et status" sein Land nicht räumen wolle, zwar ungern vernommen, „dank aber dem lieben Gott, dass wir darzu nit ursach gegeben, sondern den lieben frieden und eo ipso auch der Protestirenden wolfart und abwendung ihres fernern unheiles so getreulich und eufrig in acht genomen und gesucht habe. Und wan es nit anderst sein kan, so begert nur ein . . categorische resolution und von rechts und billikeit wegen zeit, dass wir nit uberschwellet werden, sondern uns in defension stellen mögen". Wenn man glaube, er habe Ursache zu dem feindseligen Verhalten der Verbündeten gegeben, so möge man die Angriffe aufschieben und ihm Zeit lassen, die wahre Beschaffenheit zu berichten. Er erklärte sich sogar bereit, selbst nach Frankfurt zu kommen, wenn man ihm Sicherheit verspreche und sein Land inzwischen unmolestirt lassen wolle. — „Wan sie sich nit scheuen", schreibt er aber später, „gegen uns die incivilitet zu verhengen, haben sie uns nit zu verdenken, dass wir uns zu defendiren suchen, so gut wir konnen,

daher die Uebergriffe des Obristen Wendt noch hinzu kamen, war er einen Augenblick lang wirklich entschlossen, Ernst gegen die Schweden zu gebrauchen. Der Oberstwachtmeister Johann Hackfort in Ratingen hatte durch Kundschafter erfahren, die Besatzung von Kettwig und Umgegend betrage in Allem nur 300 Mann, und schon fing der Pfalzgraf an, Befehle zu einer Einschliessung von Landsberg und zur Verfolgung der Plünderer zu entwerfen,[1]) als er sich doch noch eines anderen besann. Er schrieb an die hessischen Commandanten zu Dorsten und Dortmund und schickte den Marschall Franz von Spiring und Dr. Dietrich Althofen als Gesandte an den Landgrafen Wilhelm.[2]) Der Letztere hatte schon am 6. Sept. erklärt, er habe zwar vor einigen Wochen, als die Truppen Bönninghausens „daherum geschwebt", aus der Garnison zu Dortmund einen Officier und 40 Mann nach Hattingen abgeschickt, um diesen Pass neben Wendt zu besetzen, habe sie aber nachher wieder zurückgezogen. Befehle zur Erhebung von Contributionen und zur Besetzung der Kettwiger Brücke habe er nicht ertheilt. Dasselbe bestätigten die Commandanten zu Dortmund und Dorsten auch wiederholte es der Landgraf am 21. Septbr. in Hamm mündlich den Gesandten, die ihm dorthin gefolgt waren. Er erklärte, Wendt gehöre nicht unter sein Commando und gehe ihn nichts an, ebensowenig habe er mit den Garnisonen zu Siegburg, Blankenberg und Windeck zu thun; wenn die Gesandten in Frankfurt wegen der vorgebrachten Beschwerden an ihn gewiesen worden wären, so sei dies irrthümlich geschehen. Er habe keinen Befehl gegeben, des Pfalzgrafen Lande zu belästigen, und werde es auch sobald noch nicht thun. Dagegen zeigte auch er jetzt einen hohen Grad von Misstrauen. In der Kanzlei Merodes hatte man nach der Schlacht bei Oldendorf ein Handschreiben des Pfalzgrafen gefunden, in welchem

---

quia vim vi rebellere (!) licet. Ihr solt aber S. L. (d. h. dem Herzog Bernhard) und andern data occasione rund sagen, dass wir uns mit ihnen zu conjungiren nit gemeint, und da sie uns nit neutral lassen wolten, so müssten wir uns zur anderen partei schlagen, dann wir (uns) mit die catholische geistlich gutern nit gedenken zu bereichern; und sie werdens ehelang ersehen, wan sie nit nachlassen, dass sie ihnen werden bekommen, wie dem hund das gross fressen, und dass wir den wein nit begeren zu theilen, weil sich Gott nit spotten lesst". P. B. 80 II.

[1]) Das betreffende Concept ist unvollendet.

[2]) Instruction vom 17. Sept. Eine frühere Instruction für Neuland und Althoven vom 12. Sept. scheint nicht benutzt worden zu sein.

Merode und Bönninghausen aufgefordert wurden, das Land zu räumen, weil sein Volk ebenso gut zu des Kaisers Dienst geworben sei; auch glaubte man, Truppen des Pfalzgrafen hätten unter Merode bei Oldendorf gekämpft. Vor kurzem hatte Wolfgang Wilhelm das Haus Broich besetzt, um nicht auch diesen Ruhrpass in die Hände der Schweden oder Hessen fallen zu lassen, und man vermuthete, er habe dadurch die Contribuirung der zu dem Stifte Essen gehörigen Unterthanen verhindern wollen. Auch Landgraf Wilhelm gab deshalb statt bestimmter Zusicherungen nur den Rath, der Pfalzgraf möge sich den allgemeinen Frieden angelegen sein lassen.

In Frankfurt hatten unterdessen die Gesandten die Resolution des Bundes empfangen (Aug. 28 a. St.). Sie begann mit einem Protest gegen den Titel „Kurfürst", der Maximilian von Bayern von dem Pfalzgrafen gegeben war, und sprach das Bedauern aus, dass Wolfgang Wilhelms Bemühungen um den Frieden nicht von besserem Erfolg seien. Die Quittirung der Stadt Neuburg wurde wegen des den Verbündeten dadurch zu befürchtenden Nachtheils abgelehnt. Es sei billig, dass das Herzogthum auch das Seinige zur Wiedererlangung des Friedens beitrage, es solle den Ländern der Conföderirten gleich gehalten werden und künftig nach der Reichsmatrikel die Kriegslasten tragen. Dafür wurde ihm der Schutz des Bundes und möglichste Verschonung von Einquartierung zugesichert. Die geklagten Uebergriffe gegen die Beamten sollen abgeschafft, die Garnison so weit möglich, aus der Stadt Neuburg genommen werden. Man erwarte dagegen, dass der Pfalzgraf die Evangelischen bei ihrem Religionsexercitium lassen und die wegen ihrer Religion Vertriebenen wieder aufnehmen werde. Inbetreff der Jülicher Lande würde man dem Pfalzgrafen gern willfahren, man sei aber in Sorge, der Feind möchte sich ihrer gegen die Conföderirten bedienen. Das Thunlichste und Sicherste für den Pfalzgrafen sei, wenn er „sich mit den conföderirten Ständen in societatem belli wollte einlassen", wozu sie ihn hiermit einladen wollten. Seine Klagen gegen den Landgrafen Wilhelm möge er bei diesem selbst vorbringen.

Diese Antwort war um so demüthigender für den Pfalzgrafen, als sie die Klausel enthielt, dass den evangelischen Fürsten, Ständen und Privaten, die eine rechtmässige Praetension an das Fürstenthum Neuburg haben möchten, nichts benommen sein solle, womit natürlich die oben erwähnten Ansprüche der Söhne seines Bruders August gemeint waren.

5*



Die Gesandten bemühten sich nach Kräften, eine Aenderung der Resolution zu erreichen, aber sie hatten keinen Erfolg. Als sie am 11. September dem Reichskanzler einen Brief des Pfalzgrafen[1]) hatten einhändigen lassen und um eine Audienz baten, liess Oxenstjerna, der in diesen Tagen mit dem sächsischen Gesandten Arnim wichtigere Dinge zu verhandeln hatte, antworten, der Brief enthalte nur Klagen, es gebe keine Zeit zur Audienz, sie sollten sich an einen aus dem consilium formatum wenden. Aber hier verwies man sie wieder an Oxenstjerna. Sie hörten, den Hessen seien bereits Winterquartiere in des Pfalzgrafen Land zugewiesen — „hier gilt nur ratio belli", berichteten sie am 12. September nach Düsseldorf. Eine kategorische Erklärung hatten sie zwar in ihrer schriftlichen Replik vom 10. Sept. ihrer Instruction gemäss gefordert, aber sie erfuhren, „man werde sich categorice nit erklären", sondern darauf bedacht sein, zur Stärkung und Unterhaltung der Armee jederzeit den Zutritt zu des Pfalzgrafen Land offen zu halten. Pauw, der sich aufs eifrigste für den Pfalzgrafen bemüht und dem Reichskanzler stark zugesetzt hatte, er möge sich nicht noch mehr Feinde machen, als bisher, erklärte, er wisse nicht, was man mit dem Pfalzgrafen im Sinne habe, er könne nichts mehr thun.

Die Finalresolution, welche den Gesandten am 22. September übergeben wurde, war zwar wohlwollender gehalten, aber sie änderte wenig an dem ersten Beschluss. Neuburg war inzwischen durch Aldringen erobert worden: um so weniger könne man Lauingen und Hochstädt einräumen, war die Erklärung des Bundes. Wenn aber Neuburg von Kaiserlichen und Ligisten quittirt und nicht wieder besetzt würde, könne man eine zufriedenstellende Erklärung in Aussicht stellen. Inbetreff der Jülicher Lande nähmen sie allerdings an, der Pfalzgraf werde ihnen aus denselben keinen Schaden zuziehen, sie sähen indessen nicht, „wie sie dessen auch vor dem Feind können gesichert bleiben". Wolfgang Wilhelm werde es ihnen hoffentlich nicht verübeln, wenn sie sich dort in Sicherheit stellten, doch nur so viel die „ratio belli" und „die

[1]) Vom 10. September. Der Pfalzgraf beschwerte sich darin über das Vorgehen des Obersten Wendt und schloss damit, man könne ihm, nachdem er das Aeusserste versucht habe, nicht verdenken, wenn er bei Zeiten sich vorsehe, dass es in seinen niederrheinischen Landen nicht so gehe, wie im Fürstenthum Neuburg, und er um seinen Unterhalt gebracht werde.

rechtmässige Defension" unumgänglich fordere. Im übrigen sollte es bei der ersten Resolution verbleiben.

Sehr deutlich sprach sich das Misstrauen Oxenstjernas gegen den Pfalzgrafen darin aus, dass er ihm den erbetenen Pass zur Reise nach Wien abschlug. Er trage „der Zeitverhältnisse wegen" Bedenken, war die Begründung.

Siebentes Capitel.

Neue Conjunctionsverhandlungen. Der Vertrag von Löwen. 1633 Sept. — Nov.

Annäherungsversuch an den Kaiser. H. Ch. v. Griesheim. — Neue Rüstungen. — Geldmangel. — Joh. Bertr. v. Sinzig nach Brüssel. — Französische Anerbietungen. — Neue Conjunctionsverhandlungen. Abneigung des Pfalzgrafen. — Verhandlungen mit Oxenstjerna. Dr. Erasmus. — W.W. in Köln. — Aitonas Erklärungen. — Verhalten der hessischen, schwedischen und ligistischen Truppen. — Stimmung auf hessischer und schwedischer Seite gegenüber dem Pfalzgrafen. — Antwort des Kaisers. Dessen Absichten. — Reise des Pfalzgrafen zu Aitona. — Vertrag von Löwen.

Die ungünstigen Ergebnisse der Verhandlungen in Frankfurt und die sich immer mehr befestigende Ueberzeugung, dass man auf evangelischer Seite entschlossen sei, ihn „aus seinen Landen zu setzen", hatten in dem Pfalzgrafen schon Mitte August den Gedanken einer Annäherung an den Kaiser geweckt. Als nun Ende August schwedisch-hessische Truppen sich in Kettwig und Landsberg festgesetzt hatten, aus den seiner Residenz benachbarten Aemtern gewaltsam Contributionen erhoben und die Nothwendigkeit eines Bruches immer näher rückte, brachte er diesen Gedanken zur Ausführung.

Dem kaiserlichen Rath Heinrich Christoph von Griesheim, der auf der Durchreise Düsseldorf berührte, machte er am 8. September, unter dem unmittelbaren Eindruck jenes neuen Einbruchs in Berg und der ungünstigen Nachrichten aus Frankfurt[1]), die Eröffnung, dass er bereit sei, dem Kaiser zu dienen, wenn dieser ihn brauchen könne und ihm eine Armee anvertrauen wolle. Das Memorial, welches er über diese Unterredung niederschrieb, ist

[1]) Es ist bemerkenswerth, dass der oben (S. 65 Anm. 3) erwähnte Brief an seine Gesandten in Frankfurt an demselben Tage abgefasst ist, an welchem die Verhandlungen mit Griesheim stattfanden.

äusserst charakteristisch für die Politik des Fürsten; denn während er versicherte, er werde dem Rufe des Kaisers bereitwillig Folge leisten, zur Abwendung des gemeinsamen Unheils in dem geliebten Vaterlande Leib und Leben nicht schonen und alle Kräfte aufbieten, damit „der beharrlichen Absonderung der Stände des Reichs“ von dem Kaiser vorgebeugt werde, bat er doch eindringlich, der Kaiser möge ihn verschonen, so lange es irgend möglich sei. Um ganz sicher zu gehen und die letzte Brücke zur Neutralität nicht abzubrechen, knüpfte er die Bedingung an sein Anerbieten, dass seine Bemühungen um Verschonung seiner Lande bei den Schweden keinen Erfolg hätten. Das Schriftstück trägt den Stempel der Unentschlossenheit und Engherzigkeit.[1]) Das tiefste Geheimniss bat der Pfalzgraf in der Angelegenheit zu bewahren. Es sollte nichts darüber geschrieben werden, bis er selbst bei dem Kaiser gewesen sei oder Letzterer einen Bevollmächtigten an ihn gesandt habe. Denn käme der Plan zu Tage, ehe der Pfalzgraf zum Widerstand gefasst sei, so wäre er, sein Land und die katholische Religion in demselben ruinirt. Wenn der Kaiser ihn brauchen wolle, möge er ihn, seine Gemahlin und seinen Sohn zu sich bitten, etwa zu der bevorstehenden Kindtaufe am Hofe,[2]) oder auch könne er ihn zu sich fordern, um wegen Friedensverhandlungen sich mit ihm zu besprechen.[3]) Auf jeden Fall müsse das kaiserliche Schreiben so gestellt sein, dass er es den Schweden vorlegen und daraufhin Passbriefe

---

[1]) Der Pfalzgraf sagt unter anderem, um seine Bitte, ihn so lange als möglich zu verschonen, zu rechtfertigen, er sei des Kriegsdienstes wenig erfahren, der Kaiser könne sich von seiner Person nicht viel Vortheil versprechen, er, der Pfalzgraf, aber es nicht verantworten, sich zum Kriegsdienst einzulassen, wofern er nicht „augenscheinlich eine proprio motu herfliessende divinam et humanam vocationem von Gott und I. Kais. Majestät würde zu verspüren haben.“ Er sei in seinem Gewissen versichert, es wäre dem Kaiser, ihm selbst und seinen Landen am zuträglichsten, wenn er „sich usque ad meliora still halten thäte.“ Trotzdem soll der Kaiser, wenn es ihm an Leuten mangelt und der Pfalzgraf die Verschonung seiner Lande nicht erhalten kann (diese letzte Bedingung ist von dem Pfalzgrafen vorsichtigerweise nachträglich noch hinzugesetzt), und wenn der Kaiser ihm „eine Armee wolten vertrauen, auch die dabei notige auctoritet und mittel allergnedigst beizuordnen . . resolvirt, so einem General wirkliche erspriessliche dienste zu leisten vonnöten“ — ihn dazu von Herzen bereit und gehorsam finden.

[2]) Der erste Sohn des Königs Ferdinand wurde an demselben Tage geboren, als der Pfalzgraf das Schriftstück niederschrieb.

[3]) Diesen Vorwand hatte er bereits Oxenstjerna gegenüber gebraucht, um einen Pass nach Neuburg und Wien zu erhalten. Vgl. o. S. 62.

erhalten könne. Ja, er bat, der Kaiser möge nicht einmal seinen, d. h. den kaiserlichen Räthen mittheilen, wie weit er (der Pfalzgraf) sich eröffnet habe. Wenn er aber inmittelst angegriffen werden sollte, möge ihm der Kaiser 10—12000 Mann seiner eigenen Armada zu Hilfe schicken, über die ihm das Verfügungsrecht zustände.

Gleichzeitig hatte Wolfgang Wilhelm eine namhafte Vermehrung seiner eigenen Truppen begonnen. Unmittelbar nach der Besetzung der Kettwiger Brücke durch Wendt hatte er Johann Wilhelm von Blankart zu Entzen zum Obersten über ein neues Regiment (10 Compagnieen) zu Pferd bestellt und Franz von Rantzau beauftragt, 3000 Mann deutsches Fussvolk zu werben. [1])

Aber nun stellte sich ein sehr fühlbarer Geldmangel bei ihm ein; die Landstände hatten über die eigenmächtig von ihm ausgeschriebenen Steuern bei dem Kaiser Beschwerde erhoben, die Stadt Köln, von der er durch seinen Beauftragten, den Kölner Domdechanten Johann Bertram von Görz gen. Sinzig, zwei Mörser, Munition und ein- bis zweitausend Mann Soldaten zu erhalten suchte, [2]) machte Schwierigkeiten [3]), und so entschloss er sich auf Sinzigs Zureden, [4]) sich an die Infantin zu wenden. Der Domdechant ging selbst nach Brüssel und hatte am 19. October seine erste Audienz bei Isabella.

Aber er stiess zunächst auf grosse Schwierigkeiten. Man hatte den Pfalzgrafen im Verdacht, dass er ebenso

---

[1]) Des Ersteren Bestallung vom 5. Sept. Anscheinend infolge eines Irrthums lautet in dem Concept der Name: Otto Ludwig v. Blankart Amtmann zu Monjoie. Rantzaus Werbungen fanden, um möglichst unbemerkt zu bleiben, von Lüttich aus statt; am 3. October war er damit zu Ende. P. B. 102.

[2]) Vgl. Ennen, Geschichte der Stadt Köln V, S. 629 f. Nach den Rathsprotokollen fanden die Verhandlungen Sept. 12 und 14 statt.

[3]) Am 22. und 27. Sept. berichtet Sinzig, er habe noch keine Resolution von der Stadt, und Nov. 2. entschuldigt er sich wegen des schlechten Erfolgs seiner Kölner Mission. „Die Franzosen stecken den herrn vom rath im herzen, warten nur auf die conjunction". Diese Begründung traf allerdings für diese Zeit nicht mehr zu; vgl. Ennen a. a. O. S. 658.

[4]) Dieser schrieb am 22. Sept., dem stadtkölnischen Gesandten seien von Aitona 7 Monate lang 20000 Kronen versprochen. Da die Schweden sich Berg immer mehr näherten und es nun einmal gewiss und wahr sei, dass man in Frankfurt beschlossen habe, den Pfalzgrafen „aus diesen Landen zu setzen und nur ihres gewissen streichs erwarten", so sei es hohe Zeit, dass sich auch der Pfalzgraf um Geld- und eventuell auch um Volkshilfe im Geheimen bewerbe. „Denn dergestalt ferner zuzusehen, ist nit ratsam und welcher under den Wolfen ein Lamb ist, wird gefressen."

wie Kurköln den Franzosen die Abtretung fester Plätze am Rhein zugesagt habe,[1]) und Briefe, welche bei einem nach Jülich gefänglich eingebrachten Prediger Münch gefunden worden waren, lauteten sehr compromittirend für Wolfgang Wilhelm. Aber dieser erklärte, ihm sei zwar ein Bündniss mit Frankreich von dem kölnischen Weihbischof (Otto Gereon) zugemuthet worden, er habe darauf aber deutlich zu verstehen gegeben, dass ihm „solches keineswegs thunlich" sei. Wenn Münch zugegen wäre, würde er ihm dasselbe unter ausführlicher Begründung sagen. Durch den Weihbischof und den von Kurköln an ihn gesandten Grafen von Königseck habe er auch ausdrücklich vor „Alliancen mit auswärtigen Potentaten" warnen lassen.

In der That scheint das Verhalten Wolfgang Wilhelms dieser Darstellung entsprochen zu haben. Als ihm nämlich von Sinzig mit Bestimmtheit versichert wurde, Kurköln sei entschlossen, Frankreich Andernach und Kaiserswerth einzuräumen,[2]) folgte er einer Anregung des Domdechanten und gab ihm auf, die Einlösung des letztgenannten Ortes[3]) von Kurköln und vor Allem die Aufbringung der dazu nöthigen Geldsumme bei den Spaniern zu betreiben. Es kam ihm also darauf an, die Franzosen von seinem Gebiete fernzuhalten, wie dies ja nicht nur seinem augenblicklichen Verhältniss zum Kaiser entsprach, sondern auch, wie wir sehen werden, bei einer späteren Gelegenheit als Ziel von ihm festgehalten wurde.

Bald nach Sinzig erschien auch der kurkölnische Abgesandte von Hüllinghoven in Brüssel. Der Kurfürst hatte die Verhandlungen mit Frankreich abgebrochen und bemühte sich nun, Spanien gegenüber sich deswegen zu rechtfertigen.[4]) Zugleich suchte er wieder Geld für neue Rüstungen zu erhalten und liess ausserdem durch

---

[1]) Ueber die damaligen Verhandlungen der französischen Beauftragten mit dem Kurfürsten und der Stadt Köln vgl. Ennen a. a. O. S. 647 ff.; Fagniez, le père Joseph et Richelieu II S. 152—155.

[2]) Düren 1633 Oct. 8. Der Dechant befand sich also damals schon auf der Reise nach Brüssel.

[3]) Ueber das verwickelte Pfandschaftsverhältniss vgl. „Actenmässige facti species . . . cum deductione jurium . . . in sachen S. Ch. D. zu Pfaltz als hertzogen zu Gülich und Berg etc. contra Ihro Ch. D. und ein hochw. Thumb-Capitul zu Cölln citationis Kayserswerth betr." Düsseldorf 1722.

[4]) Sinzig berichtet am 19. Oct. aus Brüssel „Kurcöln ist allerdings schwarz alhie. Der von Hüllinghoven ist auf der Reis und albereit zu Lüttig angelangt, umb seinen Herren wegen der Frantzosen alhie zu purgieren, aber es ist eine Krankheit, welche sich mit Worten nit curiren lasset, es gehört viel Schwitzens darzu."

Hüllinghoven den spanischen Ministern vorstellen, die alleinige Schuld an dem ungünstigen Stand der katholischen Waffen im Westfälischen Kreis trage der Pfalzgraf, da er sich zur Vereinigung seiner Truppen bisher nicht habe verstehen wollen. Der Zweck dieser Taktik war nicht nur, sich selbst von der Schuld an den Misserfolgen reinzuwaschen, sondern man suchte auch durch Spanien einen starken Druck auf Wolfgang Wilhelm auszuüben, um ihn nun endlich zum Bündniss mit der katholischen Partei zu bringen.

Man hatte nämlich inzwischen die im Frühjahr abgebrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen. Die beiden Kurfürsten von Mainz und Köln und die Bischöfe von Würzburg und Osnabrück, denen Wolfgang Wilhelm infolge seiner neuen Werbungen wieder besonders begehrenswerth erscheinen mochte, schickten (unterm 21. Oct.) eine Gesandtschaft nach Düsseldorf und liessen am 25. Oct. dem Pfalzgrafen darlegen, Bönninghausen habe sich, nachdem er in Hessen gute Fortschritte gemacht, in das Gebirge zurückziehen müssen und werde, wenn man ihm keine Truppen, namentlich Infanterie, zusende, seine Retirade bis zum Rhein nehmen. Die Gesandten stellten ihm den Nachtheil, den dies für seine Lande haben werde, vor Augen, und suchten ihn davon zu überzeugen, dass die Schweden entschlossen seien, in des Pfalzgrafen Landen Winterquartiere zu nehmen. Er möge Bönninghausen von seinem angeworbenen Volk einen Succurs schicken, dafür solle ihm die Hilfe der Liga zur Verfügung stehen und er in Gemeinschaft mit Kurmainz und Kurköln das Directorium haben und das Recht, einen Kriegsrath zu deputiren.

Aber die Geneigtheit des Pfalzgrafen, seine Truppen ausser Landes zu schicken, war gerade jetzt geringer, als je zuvor. Die übele Lage Bönninghausens konnte ihn nur zu grösserer Vorsicht, nicht zu thatkräftiger Hilfe veranlassen. Der Landgraf von Hessen aber war, nachdem er in Westfalen siegreich gekämpft und am 14. October die Stadt Werl erobert hatte, jeden Augenblick bereit, das Herzogthum Berg zu überschwemmen, sobald der Pfalzgraf Miene machte, sich zu seinen Gegnern zu schlagen.[1]) Die Vorbereitungen dazu waren getroffen. In Siegburg wurde auf Oxenstjernas Befehl so viel Vorrath

[1]) Am 27. Oct. schrieb Oxenstjerna an den Landgrafen, falls der Herzog von Neuburg sich mit Spanien verbinde, möge der Landgraf an den Rhein ziehen, sich des Landes Berg bemächtigen und des Herzogs neue Quartiere aufschlagen. Aus: Rommel, Geschichte von Hessen VIII, S. 273, Anm. 349.

gesammelt, „um im Nothfalle ein ganzes Heer verproviantiren zu können“ [1]) und der dortige Commandant hatte Befehl, den Landgrafen von allen Schritten Wolfgang Wilhelms zu unterrichten. Auf der anderen Seite hatte aber Wilhelm von Hessen dem Pfalzgrafen versichert,[2]) er sei niemals der Meinung gewesen, dessen Land und Leuten etwas Feindliches zuzumuthen und er werde auch künftig dabei verharren „wo nicht durch des Feindes“ oder des Pfalzgrafen „selbsteigene Veranlassung oder auch sonsten ein anderes an Hand zu nehmen.“

Wolfgang Wilhelm hütete sich, diesen Fall eintreten zu lassen, und antwortete den Gesandten der katholischen Fürsten am 26. October, er könne seine Truppen, die in schwachem Stande seien, nicht entbehren, sie würden auch, selbst wenn sie mit Bönninghausen verbunden wären, nicht hinreichen, um gegenüber den Hessischen, Lüneburgischen und Schwedischen aufzukommen. Man möge Bönninghausen verbieten, seine Retirade nach dem Rheine zu nehmen. Er machte dem Kurfürsten Ferdinand den Vorwurf, dadurch, dass dieser sich geweigert habe, zur Unterhaltung der Truppen beizusteuern, habe er ihn, den Pfalzgrafen, genöthigt, bei den gegnerischen Parteien um Enthaltung von aller Feindseligkeit nachzusuchen und sich zu verpflichten, seine Truppen nicht mit Anderen zu vereinigen. Er habe von Hessen, von Kniphausen und Melander beruhigende Erklärungen erhalten, und es sei nicht seine Absicht, mit diesen mächtigen Parteien Streit anzufangen. Schliesslich kam er auf seine alten Vorschläge einer Defensionsverfassung zurück.

Der kurkölnische Gesandte in Brüssel hatte inzwischen erreicht, dass Aitona erklärte, die von dem Pfalzgrafen geforderte Geldunterstützung könnte nur unter der Bedingung bewilligt werden, wenn er sich mit den Fürsten vereinige, und da auch diese sich bereit erklärten,[3]) über

---

[1]) Rommel a. a. O. S. 273.

[2]) Kassel 1633 Oct. 4 praes. Düsseldorf, Oct. 23.

[3]) Düsseldorf 1633 Nov. 2 durch die Gesandten, welche dem Pfalzgrafen aber gleichzeitig vorstellten, dass durch Bönninghausens Rückzug der Feind erwünschte Gelegenheit bekommen werde, sich der Plätze an der Weser und in Westfalen vollends zu bemächtigen und des Pfalzgrafen Lande um so stärker zu belästigen. Der im Elsass und in Sachsen bedrängte Feind werde sich ebenfalls nach dem Rhein begeben und sich mit den übrigen vereinigen. Die Lande müssten dann die Kosten tragen. Könne dagegen durch des Pfalzgrafen Hilfe Bönninghausen an die Weser gebracht werden, so werde Geleen Gelegenheit bekommen, sich mit den Truppen im Bisthum Münster zu vereinigen, der Pfalzgraf aber sich den Kaiser und die katholischen Fürsten verpflichten.

die Defensionsverfassung weiter zu verhandeln, begab sich Wolfgang Wilhelm am 8. November nach Köln.

Unterdessen hatte er aber auch seine Verhandlungen mit Oxenstjerna durch Vermittlung seines Agenten in Frankfurt Dr. Erasmus fortgesetzt und von dem Prinzen von Oranien einen abermaligen Befehl an den staatischen Gesandten Pauw ausgewirkt, die Neutralitätsbestrebungen des Pfalzgrafen bei den Schweden zu unterstützen. Auf die Generalstaaten und nicht weniger auch auf den schwedischen Reichskanzler hatten die neuen Werbungen Wolfgang Wilhelms entschieden Eindruck gemacht[1]) und man trug doch Bedenken, sich ihn ohne Noth zum Feinde zu machen, als man sah, dass es ihm ernstlich um die Erhaltung der Neutralität zu thun war. Auf der anderen Seite wollte man aber auch nicht endgiltig für alle Zukunft auf die Quartiere in Berg und auf die Pässe, die man schon im Besitze hatte, verzichten.

Es begann also nun eine Politik des Hinhaltens: Oxenstjerna erklärte Pauw, er wolle mit den Herren vom consilium formatum in Frankfurt näher verhandeln „bis zur Ausfindung solcher Conditionen, darauf eine gute Neutralität in den niederrheinischen Landen möchte gefestigt werden.“ In diesem Sinne schrieb er auch an den Pfalzgrafen, der seinerseits die Verhandlungen mit den vier geistlichen Fürsten so lange in die Länge zu ziehen suchte, bis er die Befreiung seiner Lande von den Schweden erreicht hätte, und sich inzwischen bemühte, durch den Domdechanten Sinzig das Geld für seine Truppen von den Spaniern zu erhalten.

Zu diesem Zwecke gab er Erklärungen ab, welche in den in Köln tagenden Fürsten wirklich die Ueberzeugung erwecken mussten, er sei bereit, die Vereinigung der Truppen zu vollziehen, wenn man seine Bedingungen erfülle. Als ihn in der ersten Sitzung der Fürsten am 8. November Anselm Kasimir von Mainz fragte, was er denn bezüglich der Conjunction endgiltig zu thun gemeint sei, gab er die gewundene Antwort, wenn aus seiner bisherigen Erklärung „soviel abzunehmen, dass er sich der Conjunction halber schon so weit erklärt, dass wenn man sich der Conjunctionspunkten halber verglichen, so hab dasselbig so viel auf sich, dass man auch das Volk conjungire.“ Aber es lag in seiner Hand, die Be-

---

[1]) Oxenstjerna hielt dem staatischen Gesandten entgegen, warum W. Wilhelm so starke Werbungen machte, die nicht allein zur Defension seiner Landen nöthig wären, sondern weiter sähen

dingungen so zu stellen, dass die Einigung über dieselben immer wieder hinausgeschoben wurde. Und dies fiel ihm um so weniger schwer, als er sich dabei auf seine früheren Forderungen und Vorschläge beziehen konnte. Thatsächlich entsprach es auch durchaus nicht seinem Charakter, wirkliche oder vermeintliche Rechte, wie den Anspruch auf das Kreisoberstenamt, preiszugeben, oder sich unter das Commando eines Anderen zu stellen; am wenigsten aber unter das Maximilians von Bayern, der für ihn seit dem Auftauchen der pfälzischen Kurfrage ein Gegenstand der Besorgniss und Abneigung geworden war. Schon dies würde ihn — ganz abgesehen von seiner Abneigung, entschieden Partei zu ergreifen — vom Eintritt in die Liga abgehalten haben.[1]) Man kann deshalb auch nicht sagen, dass die Bedingungen, die er den Fürsten stellte, seiner wirklichen Ueberzeugung nicht entsprochen hätten.

Er entwarf wieder eine Defensionsverfassung, welche nichts anderes bezweckte, als eine auf die Kreisverfassung begründete bewaffnete Neutralität unter seiner Leitung. Der frühere Plan der Generalstaaten, alle Feindseligkeiten zwischen Weser, Maas und Mosel zu beseitigen, wurde von ihm wieder aufgenommen. Er verlangte das Generalat und Directorium, nur Kurköln und die Stadt Köln sollten Räthe dazu abordnen. Die vier Fürsten dagegen wiesen dem Pfalzgrafen in überzeugender Weise die Unmöglichkeit und Unzweckmässigkeit seines Planes nach. Sie zeigten ihm ein weitgehendes Entgegenkommen inbetreff des Generalats, welches er neben Kurmainz und Kurköln haben sollte, und versprachen ihm, in der Jülicher Erbfolgefrage gegen Kursachsen und Kurbrandenburg für ihn einzutreten, wenn er sich zum Eintritt in die Liga und zur Vereinigung seines Heeres entschliessen wolle.[2]) Oxenstjerna werde nicht dazu zu bringen sein,

---

[1]) 1633 Nov. 15 schrieb er geradezu an seinen Gesandten Sinzig nach Brüssel, dass er hauptsächlich wegen Kurbayerns Oberbefehl, gegen den er „so starke praetensiones" habe, Bedenken trage, in die Liga einzutreten. — Kurköln an Franz Wilhelm von Osnabrück Nov. 13, er verstehe nicht, dass der Pfalzgraf sich einlassen werde, aber nichts mit Kurbayern zu thun haben wolle. (Staatsarch. Osnabrück.)

[2]) Kurfürst Ferdinand hatte bereits am 30. Oct. auf diesem Standpunkt gestanden. Er schrieb damals an Franz Wilhelm von Osnabrück, man solle unter Bönninghausens Commando dem Pfalzgrafen sammt Kurmainz und Kurköln die Direction des Kriegswesens deferiren, so lange der Krieg dauere. Wenn die Katholischen den Sieg gewönnen, werde man ihm inbetreff seiner Particularpraetensiones behilflich sein (Staatsarch. Osnabrück).

das Land zwischen Rhein, Weser, Mosel und Maas aufzugeben, das zeigten die von Wallenstein geführten Verhandlungen. Kurköln und der Bischof von Osnabrück würden ihm allerdings ihre Stimme für das Kreisobersten-amt geben, aber die Truppen in Westfalen und an der Weser seien kaiserliche und Bundes-Truppen und ausserdem sei die grösste Eile nothwendig, wodurch sich die Berufung eines Kreistages verbiete, und was der Gegengründe, die Conjunction auf der Kreisverfassung aufzubauen, mehr waren.

Der Pfalzgraf dagegen blieb auf seiner Ansicht bestehen. Er stellte der Antwort, welche ihm die vier Fürsten am 11. November auf seinen Entwurf ertheilten, am 19. November eine abermalige ausführliche Auseinandersetzung entgegen, die in der Forderung gipfelte, Kurmainz und Kurköln sollten ihm das Generalat über die kaiserlichen und ligistischen Armeen überlassen. Die Fürsten erklärten daraufhin am 25. November, das Commando über die kaiserlichen Truppen stehe dem Kaiser zu, das über die Bundestruppen könne nur ein Bundesverwandter führen.

Unterdessen hörte Aitona nicht auf, in dem gleichen Sinne auf den Pfalzgrafen einzuwirken. Er erklärte zwar dessen Anspruch auf das Generalat für gerechtfertigt, „jedoch dass auch Kurmainz und Kurköln rathen.“ Der Gesandte selbst rieth Wolfgang Wilhelm zu, die Bedingung Aitonas anzunehmen und die Vereinigung der Truppen zu vollziehen, „der Mark wird den Kauf schon lehren, wan E. D. nur a cavallo und die Waffen in handen haben.“ Am 11. November wurde Sinzig und dem kurkölnischen Gesandten v. Hüllinghoven eröffnet, man sei bereit, beiden Fürsten monatlich 40000 Kronen unter der Bedingung reichen zu lassen, dass das mit diesen Mitteln geworbene Volk im Nothfalle den Spaniern zuziehen solle. Aitona erklärte sich bereit, dem Pfalzgrafen alsbald das zur Werbung von 3000 Mann zu Fuss und 500 zu Pferd erforderliche Geld zu schicken — jedoch unter des Königs von Spanien Patent und Besoldung.

Während nun beide Theile, die Fürsten und der Pfalzgraf, das spanische Geld zu erhalten suchten, gaben sie sich gegenseitig Schuld, dass Aitonas Bedingung, die Vereinigung der Truppen, nicht erfüllt wurde. Wolfgang Wilhelm beschwerte sich über den Kurfürsten Ferdinand, der Köln gleich wieder verlassen habe und nun Würzburg und Osnabrück nach sich zu ziehen suche, damit sie mit ihm nicht zu vertraulich würden; Kurköln aber wies auf des Pfalzgrafen Verhandlungen mit Oxenstjerna

hin und mit dem besten Erfolg. Man wusste in Brüssel, dass auch „der Hess und Lüneburger wieder gute Worte gegeben hatten“, und war fest entschlossen, ihm kein Geld zu geben, so lange er „mit Schweden neutralisire“. Man theilte dies Sinzig mit, trotzdem der Pfalzgraf hatte sagen lassen, wenn die Antwort der Schweden, die occupirten Plätze zu räumen, widrig ausfalle, so wolle er dem Kaiser und den Spaniern mit allem seinem Volk gegen sie gern und willig beistehen, und wenn die Staaten sich darein mischen und ihn angreifen wollten, so sollte es „gegen sie eine gleiche Meinung haben.“

Wolfgang Wilhelm gerieth immer mehr in die Enge. Oxenstjernas Antwort blieb aus. Die Stadt Köln hatte sich auf nichts eingelassen. Aitona wollte nur Geld gegen die Schweden, als Spaniens Feinde, geben, und forderte Vereinigung mit den ligistischen Fürsten. Er liess dem Pfalzgrafen sagen: Wäre er dem Kaiser gegen die Schweden zur Hand gegangen, so würde er „investituram aller gülischen Lande exclusis Saxone et Brandenburgo auf diese stund unfelbar haben.“ Allgemein war man der Ansicht, er halte die Fürsten nur „mit langen Schriften und Tractaten, auch Begehrung unthunlicher Conditionen“ hin[1]), und kam schliesslich auf dem Punkte an, die Verhandlungen mit ihm als aussichtslos fallen zu lassen.[2]) Wolfgang Wilhelm selbst, von Natur misstrauisch,

---

[1]) Domdechant Sinzig an W. W. Brüssel 1633 Nov. 27 mit dem Hinzufügen, die Gemüther hätten sich in Brüssel sehr gegen ihn geändert. — Kurf. Ferdinand äusserte sich dem Bischof von Osnabrück gegenüber am 12. Nov. (aus Brühl), wenn sein Vetter Neuburg „bei dem concipiren, revidiren, corrigiren bleibt und nit von den anwesenden Fürsten dazu gebracht wird, wird die Conjunction erst dann geschehen, wenn die occasio vorbei“. Und gegen Ende des Monats klagte er: Wäre Bönninghausen (mit dessen Kriegführung er äusserst unzufrieden war) gleich anfangs drauf gegangen, so wäre er längst an der Weser gewesen „und hätte mit der Conjunction des v. Geleen den Feind besser können testa machen, als mit der sch . . . . (E. L. verzeihn mirs umb Gotts willen) mit dem von Neuburg, welcher uns am Narrenseil so lang herumgeführt . . . . Wann er nichts thun will, so muss man letztlich einmal teitsch mit ihme reden. Wenn man den Bönninghausen über den Rhein will lassen, so lege mans ihme in sein Land, bis die kaiserlichen Truppen, so bei den Spaniern sein, wieder zu den Unserigen gestossen.“ (Staatsarch. Osnabrück.)

[2]) Sinzig berichtet übrigens noch am 7. Dec., der kurkölnische Gesandte habe „sich noch gestern bemüht, den herrn marchesen zu überreden, sein principal seie mit E. D. und den anderen chur- und fürsten einig und alles verglichen. Vermeint dadurch in der eile gute expedition für seinen herrn zu erreichen.“ Sinzig habe ihm aber „den Deckel vom Hafen gethan,“ er habe jetzt bessere Hoffnung, als jemals.

verfiel auf den Gedanken, dass man ihn, wie er an Sinzig schrieb,[1]) „mit den zugeschriebenen Vertröstungen zu der Conjunction habe induciren wollen, daraus ich darnach, wann es geschehen, mich nit wider mit Reputation haben extriciren können, sondern Andern ihr Liedlein singen.“ Diese Aeusserung charakterisirt trefflich seine politische Tendenz, in den Verhandlungen nie so weit zu gehen, dass ihm nicht stets eine Hinterthüre offen bliebe.

Die Folgen dieser Politik des Zauderns, der Unbestimmtheit und übertriebenen Vorsicht hatten sich bereits wieder, wie schon so oft, zum Nachtheil seines Landes und zu seinem eigenen Schimpfe gezeigt.

Auf Seiten der Evangelischen hatte man für die Verhandlungen des Pfalzgrafen in Köln nur die eine Deutung, er beabsichtige den Abschluss eines Offensivbündnisses und den Eintritt in die Liga. Sehr bald berichteten die Zeitungen als feststehende Thatsache, er habe das ligistische Generalat übernommen.[2]) Schon Anfang November hatte Melander seine gesammte Reiterei nach Werl beordert, weil er hörte, dass sich die Gegner mit dem Pfalzgrafen und den Spaniern sammelten.[3]) Hier und da beging man offenbare Feindseligkeiten. Am 14. November überfiel ein Trupp Hessen, der an dem Niederländischen Succurs theilgenommen hatte, auf der Rückkehr unter anderen Orten die Stadt Elberfeld, überstieg die Wälle und Mauern, entwaffnete den dort liegenden pfalzneuburgischen Capitain nebst seinen Soldaten und zog ihnen die Kleider aus. Zum Spott des Pfalzgrafen schnitt man noch ein Stück Tuch aus dem Fähnlein. Einige Häuser wurden geplündert, mehrere Bürger erschossen.[4]) Eine andere, etwa 3000 Mann starke Partei versuchte mit guten Worten in Lennep eingelassen zu werden, sie wurde aber von dem dort liegenden Capitainlieutenant Schindeler

---

[1]) Die als Antwort auf ein Schreiben des Gesandten vom 23. Nov. abgefasste undatirte und nicht vollzogene Reinschrift ist anscheinend nicht abgegangen. — Der Pfalzgraf scheint Sinzig, der allerdings immer dringender zu der Conjunction rieth, im Verdacht gehabt zu haben, er handle im Interesse der Spanier, und forderte ihn zuletzt wiederholt in nicht sehr gnädiger Weise zur Abreise aus Brüssel auf.

[2]) Theatr. Europ. III. S. 135.

[3]) Oxenstjernas Skrifter och brefvexling II. 7. S. 442. Anm.

[4]) Von einer vorübergehenden Besetzung von Elberfeld und Solingen durch Landgraf Wilhelm am 25. Oct. berichtet Rommel a. a. O. VIII. S. 274. — Vgl. Sattler, Reichsfreiherr Dodo zu Innhausen und Knyphausen S. 477 f.

abgewiesen. Kurz vorher waren pfalzneuburgische Geleitsmannschaften zersprengt und ihnen das für des Pfalzgrafen Soldaten bestimmte Geld abgenommen worden.

Sehr schroff gingen die Schweden in Siegburg gegen die bergischen Aemter vor, welche bisher die geforderten Proviantlieferungen noch nicht geleistet hatten. Oberstlieutenant Loyson und Kriegscommissar Thylli erliessen am 7. November ein Ausschreiben an die Amtleute zu Blankenberg, Steinbach, Windeck, Löwenberg und Porz. Sie hätten bisher die längst ausgeschriebenen Fruchtlieferungen „vorsätzlicher und betrüglicher Weise“ trotz vielen falschen Vertröstungen aufgeschoben und die Contributionen aufwachsen lassen. Man wolle aber bei dem nunmehrigen offenbar feindlichen Beginnen des Landesherrn und seiner Beamten keine Stunde länger Aufschub geben. Binnen drei Tagen solle deshalb nicht allein die ganze hinterständige Contribution bezahlt, sondern auch 3000 Malter Korn, 2000 Malter Hafer, 500 Malter Gerste, 100 Centner Flachs oder Werg und 30 Wagen zum Holzfahren auf 8 Tage geliefert werden, oder man werde sich an ihre eigenen Personen halten und sich an den Unterthanen nach militärischem Brauch bezahlt zu machen wissen. Und man zögerte nicht, diese Drohung wahr zu machen. Schon anfangs November waren von den Schweden, die unter Knyphausen den flüchtigen Bönninghausen bis nach Wipperfürth verfolgten,[1]) in der Aussenbürgerschaft dieser Stadt Pferde weggenommen worden, mit dem Bedeuten, wenn man sich in Siegburg der Contribution wegen nicht einstelle, werde damit fortgefahren werden. Als die Lieferungen nicht geleistet wurden, bemächtigte man sich der Amtleute von Blankenberg, Steinbach und Windeck[2]) und setzte sie in Siegburg gefangen. Den Gesandten, welche Wolfgang Wilhelm in deren Interesse nach Siegburg und von da nach Frankfurt zu Oxenstjerna schickte, erklärte der Commissar Thylli am 18. Dec., man wisse wohl, und habe sogar Abschrift von dem, was der Pfalzgraf in Köln mit den Feinden Schwedens verhandelt und beschlossen, und dass er sich in die Liga eingelassen habe; er habe im

---

[1]) Vgl. Sattler a. a. O. S. 476.

[2]) Gumprecht von Geverzhain, Hans Georg v. Bellinghausen zu Altenbernsau und Wilhelm v. Hillesheim. Diese richteten unterm 5. Dec. einen Klagebrief an den Pfalzgrafen und baten, sie aus den „verarretirten Losamenten“ in dem durch ansteckende Krankheiten inficirten Siegburg durch Zahlung der von den Schweden geforderten Summe zu befreien (P. B. 95).

Namen der in Köln versammelten Fürsten eine Reise nach Brüssel und womöglich noch weiter auf sich genommen. Man sieht, mit welchem Misstrauen man auf dieser Seite alle seine Schritte beobachtete.[1])

Im Herzogthum Neuburg, wo Bayern und Schweden um den Besitz der festen Plätze kämpften, ging es ähnlich zu wie im Bergischen. Bernhard von Weimar hatte wahrscheinlich nach der Einnahme von Regensburg den Jesuitenrector zu Neuburg und den Statthalter Spiring nebst den Räthen gefangen setzen und nach Nürnberg führen lassen.

Zu gleicher Zeit liessen aber auch die Ligisten den Pfalzgrafen ihren Zorn über das abermalige Misslingen der Conjunctionsverhandlungen in der deutlichsten Weise fühlen. Bönninghausen hatte sich thatsächlich vor Knyphausen nach dem Rhein zurückgezogen. Nachdem er bereits Ende October wiederholt auf seinen Hin- und Herzügen bergisches Gebiet betreten und den oben erwähnten Zug Knyphausens nach Wipperfürth veranlasst hatte, kam er Anfang November an der bergischen Grenze an[2]) und sandte starke Cavallerieabtheilungen in das Land, um mit sich zu nehmen, was sie brauchen konnten. Am 6. erschien er im Amte Porz und quartierte seine Truppen in die Dörfer bis nach Mülheim hin, wo der Pfalzgraf kurz zuvor auf der Reise nach Köln den Rhein überschritten hatte. Die noch im Amte vorhandenen Pferde wurden weggenommen; die Unterthanen flüchteten ihre Habe, so gut sie konnten, nach Köln und auf die linke Rheinseite. In Wiesdorf, unterhalb Mülheim, kam am 11. November der Oberst Eremit (Johann Bracht) mit 7 Compagnieen an, oberhalb Deutz legten sich gleichzeitig vier Regimenter in die bergischen Aemter bis nach Obercassel hin ins Quartier. Die Truppen des Pfalzgrafen und die Schützen hatten zwar die Pässe besetzt, aber sie wagten nichts gegen Bönninghausens plündernde Schaaren zu unternehmen. Den Beamten gelang es nicht, wie der Pfalzgraf befohlen hatte, sie mit guten Worten abzuweisen, nur ein Theil unter Eremit wurde auf die linke Rheinseite in kölnisches Gebiet geschafft.

Endlich am 22. November setzte es Wolfg. Wilhelm bei den ligistischen Fürsten durch, dass Bönninghausen Befehl erhielt, aus des Pfalzgrafen Land aufzubrechen. Am 24.

---

[1]) Vgl. über die Stimmung auf schwedisch-hessischer Seite gegenüber dem Pfalzgrafen Sattler a. a. O. S. 479 f.

[2]) In Attendorn, Olspe, Wolshagen, Velbert, Meinerzhagen. Bericht der Stadt Wipperfürth vom 3. Nov. (P. B. 95).

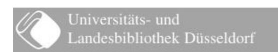
überschritt Eremit bei Mülheim abermals den Strom und die Truppen setzten sich über Wipperfürth nach der Ruhr zu in Bewegung. Von der Stadt Elberfeld wurde bei dieser Gelegenheit durch den kaiserlichen Obersten Wippart eine Geldsumme erpresst. Aber es gelang Bönninghausen nicht, weiter vorzudringen. In Beyenburg an der Ruhr angelangt, blieb er an der Grenze liegen und musste sich sogar zeitweise wieder in der Richtung auf Köln zurückziehen.

Des Pfalzgrafen Vorstellungen bei den Fürsten in Köln[1]) und bei Bönninghausen selbst blieben erfolglos. Die ersteren glaubten bei dem Verhalten W. Wilhelms keinen Grund zur Schonung zu haben: „Man lege es ihm in sein Land“, hatte Kurfürst Ferdinand gerathen, dem natürlich am wenigsten damit gedient war, wenn die Armee in das Erzstift zurückgezogen wurde. Bönninghausen selbst, dem der Pfalzgraf den Landschreiber Peter v. Eger zuschickte, war thatsächlich ausser stande, dessen Vorstellungen nachzugeben. In der Nacht vom 14. zum 15. December versuchte er nochmals mit seiner ganzen Armee einen Vorstoss gegen Knyphausen, indem er bei Wenigern die Ruhr überschritt. Aber obgleich es ihm gelang, einen kleinen Vortheil über die Schweden zu gewinnen, musste er sich doch wieder zurückziehen. Er gab sogar seine Stellung an der Ruhr auf und rückte bis nach Lennep und ins Amt Bornefeld. Gross war der Schaden, den seine Truppen in diesen von den Durchzügen bisher noch weniger berührten Gegenden an Mobilien, Pferden, Rindvieh und durch Gelderpressungen anrichteten. Auch Barmen wurde auf dem Durchmarsche durch 50 Reiter ausgeplündert.

Es war dasselbe Spiel wie zu Beginn des Jahres, als sich die Conjunctionsverhandlungen zum erstenmal zerschlagen und die Ligisten — einem Ausdrucke des Pfalzgrafen nach — aus seiner Haut Riemen geschnitten hatten. Neben dem Schaden, den Bönninghausens Truppen seinem Lande zugefügt hatten und den er am 9. Dec. auf 50—60000 Thaler berechnete, musste er gewärtigen,

---

[1]) An diese wurden 1633 Dec. 5 Statthalter Wonsheim und Marschall Weschpfennig abgesandt. W. W. wies auf die Gefahr hin, dass sich die Staaten „in das Spiel mischen“ würden und verlangte die sofortige Abberufung Bönninghausens, andernfalls wolle er dagegen protestirt haben, da er sich Bönninghausens nicht annehmen, noch demselben wider seine mächtigen Verfolger beistehen könne, wie er sich dessen vor dem Kaiser und der ganzen Welt entschuldigt haben wolle. P. B. 97.



dass Knyphausen die Kaiserlichen noch tiefer in das Bergische hinein verfolgen werde.

In der That liess der Commissar Thylli nicht nach, diesem die Nothwendigkeit klar zu machen, das Fürstenthum Berg anzugreifen und den Krieg auf die linke Rheinseite hinüberzuspielen. Aber sei es nun, dass Knyphausen wirklich damals ausser stande war, grössere Unternehmungen auszuführen, wie er Thylli gegenüber erklärte, sei es, dass er Weisungen erhalten hatte, den Pfalzgrafen vorläufig zu schonen, — er liess es bei der am 23. Nov. an diesen gerichteten Mahnung bewenden, Bönninghausen aus seinem Lande fernzuhalten und ihm keinen Vortheil aus demselben zu gewähren.[1]) Man hat den Eindruck, als ob man auch auf hessischer Seite die Streitkräfte und die Energie des Pfalzgrafen erheblich überschätzt und deshalb ein weiteres Vordringen nach dem Rheine zu gescheut habe. Auch lehnte Knyphausen Thyllis Vorschläge, sich des Stromes zu bemächtigen, mit der Begründung ab, dass man nicht „bastant an Volk" sei; er meinte, den Pfalzgrafen würde der Erfolg Bernhards von Weimar in Regensburg und die Nähe der Generalstaaten hindern, in die Liga einzutreten.[2])

Oxenstjerna selbst liess es sich damals sehr angelegen sein, den Pfalzgrafen von dem Anschluss an die Liga abzuhalten,[3]) und gab ihm tröstliche Zusicherungen. Auch die Generalstaaten warnten ihn dringend vor einer Verbindung mit der Liga. Die Schweden würden dann leicht Mittel finden, nach dem Fürstenthum Jülich überzusetzen. Sie richteten am 23. Nov. an ihn die Anfrage, wessen sie sich von ihm zu versehen hätten. Gleichzeitig liessen sie aber durch ihren Gesandten Pauw bei Oxenstjerna aufs neue Fürsprache für W. Wilhelms Neutralität einlegen und vorstellen, welche Gefahr für Schweden und Evangelische entstehen würde, wenn er sich mit den Gegnern vereinigte. Und so gab denn schliesslich der Reichskanzler

[1]) Sattler a. a. O. S. 480.

[2]) Nach einem Berichte Weschpfennigs über aufgefangene Briefe, die ihm Anselm Kasimir am 19. Dec. 1633 in Köln zu lesen gab. P. B. 104.

[3]) Der schwedische Gesandte Camerarius schrieb am 18./8. Nov. an den hess. Generalproviantmeister v. Uffeln in einem aufgefangenen, auch dem Pfalzgrafen bekannt gewordenen Brief: „Bei jetziger conjunctur wurde verstendiger leut judicio nach wol geschehen, wan durch discrete dienliche mittel der herr pfalzgraf zu Düsseldorf von der Liga ab und also vor sich separirt erhalten wurde, dahin ich spire, dass die Staaten auch sehen." P. B. 81 V.

in Uebereinstimmung mit dem consilium formatum dem Pfalzgrafen die Erklärung ab, dass die endgiltige Abhandlung der Neutralität bis zur nächsten Bundesversammlung (im März 1634) verschoben werden müsse, dass aber die Truppen der Conföderirten aus des Pfalzgrafen Landen mit Ausnahme von Siegburg, Blankenberg und Windeck abgeführt werden und alle Feindseligkeiten gegen ihn unterbleiben sollten. Wilhelm von Hessen, dem Oxenstjerna am 21. Dec. hiervon Mittheilung machte, erklärte sich einverstanden und versprach, entsprechende Befehle zu geben.[1])

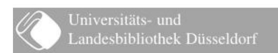
Wenn nun auch alle diese Umstände den Pfalzgrafen in seiner Abneigung gegen den Anschluss an die Liga bestärkten, so gaben sie ihm doch keine Gewähr, dass nicht ein plötzlicher Stimmungs- und Systemwechsel bei Oxenstjerna und den Verbündeten eintrat; für diesen Fall sah er sich gänzlich isolirt. Denn die Erwartungen, die er an seine durch Griesheim eingeleiteten Verhandlungen mit dem Kaiser[2]) geknüpft hatte, begannen eben damals sich in nichts aufzulösen und den alten Befürchtungen Platz zu machen.

Während er in Köln mit den vier Fürsten verhandelte, war (Nov. 13) die Nachricht von dem Erfolge Wallensteins in Schlesien bei Steinau angekommen. Das Glück des Kaisers schien im Steigen und W. Wilhelm hatte sich alsbald der neuen Sachlage angepasst, indem er am 18. Nov. dem Kaiser zu dem Siege Glück wünschte und um Befehle an die seinem Lande sich nähernden Generale bat, ihm auf Erfordern 16000 Mann oder mehr zu Hilfe zu schicken und diese unter sein Commando zu stellen. Denn die Schweden setzten ihm, wie er sich ausdrückte, ungeachtet ihrer süssen Worte hart zu, und es scheine, so schrieb er gleichzeitig an Wallenstein, dass sie ihn „apertamente wollten feindlich attaquiren". Kaum hatte er dieses Schreiben abgesandt, als er auch (19. Nov.) die Antwort auf seine dem Kaiser gemachten Anerbietungen erhielt. Griesheim selbst überbrachte ihm ein kaiserliches Schreiben (Ebersdorf 1633 Oct. 19), worin er des „geneigten Willens und förderlicher Assistenz", mit welcher der Kaiser schon „im Werk begriffen" sei, versichert wurde.

Aber die mündlichen Eröffnungen, die der Gesandte machte, entsprachen, so freundlich sie auch klangen, keineswegs dem, was der Pfalzgraf erwartet hatte. Der

---

[1]) Oxenstjernas skrifter och brefvexling II 7 S. 462/3.
[2]) S. o. S. 69 ff.



Kaiser berief sich auf den günstigen Zustand seiner Waffen, der ihn in den Stand setze, sich nunmehr auch des niedersächsischen und westfälischen Kreises anzunehmen. Er sprach die Hoffnung aus, man werde nun auch am Niederrhein nicht feiern, sondern dem Feind vielmehr von allen Seiten zusetzen. Um den Pfalzgrafen ganz zu sich herüberzuziehen und ihn namentlich von dem Freund aller Neutralen, der Krone Frankreich, fernzuhalten, liess er ihm mittheilen, der französische König habe dem sächsischen Kurfürsten zugesagt, ihm zum Besitz der jülich-clevischen Lande zu verhelfen, wenn er den Krieg mit dem Kaiser fortsetze.[1]) Die Verschonung von dem Kriegsvolk für die Länder des Pfalzgrafen solle, sobald ratio belli es zulasse, erfolgen; es sei auch billig auf Mittel zu denken, wie er „aus der rebellen land und leuten ihres erlittenen schadens wegen ergetzung haben könnte“. Um ihm seine übergrosse Neigung zur Friedensvermittlung zu benehmen, wurde darauf hingewiesen, dass der Kaiser den ganzen Sommer hindurch Versuche in dieser Richtung gemacht habe, es sei jedoch bekannt, dass Kursachsen und Kurbrandenburg, die sich anfangs geneigt gezeigt hatten, „umgeführt“ worden seien. Wessen solle man sich daher von den Uebrigen versehen, die durch die Fortsetzung des Krieges nur im Trüben fischen wollten? Auf den angebotenen Besuch des Pfalzgrafen in Wien verzichtete man — der Kaiser würde ihn zwar gern sehen, rathe ihm aber von der gefährlichen Reise ab, dagegen wolle er ihm demnächst einen besonderen Gesandten nachschicken. Er schlug „vier heupter in diese creise“ vor: die Grafen Egon von Fürstenberg, Philipp von Mansfeld, Salentin von Salm und den Obristen zu Tieffenbach. Der Pfalzgraf und die in Köln anwesenden Fürsten möchten einen von diesen bezeichnen, der ihnen zusage. Dieser solle dann angewiesen werden, dem Pfalzgrafen in seinen Landen allen Respect zu leisten, ihm zu Hülfe das noch übrige und eventuell noch mehr Volk zuzuführen und es

[1]) Diese Stelle in der von Griesheim auf des Pfalzgrafen Wunsch schriftlich aufgesetzten und diesem am 22. November in Köln präsentirten Antwort des Kaisers lautet: „Es wüsten I. K. M. aus bestendigen grunde, dass der König in Frankreich durch eine ansehnliche botschaft Chursachsen versichern lassen, wan dieselbe bestendig fortsetzen würden, so wolte die von Frankreich selbige zu den gülichischen und anderen incorporirten landen vollig verhelfen, und damit sie desto sicherer gingen, hetten sie dero vorgezeigt etlicher E. hochfürstl. Durchl. mit eid und pflichten zugethanen vieleicht den widrigen religionverwanten landstenden parole; wer aber und wie viel deren sein, hat man eigentlich nicht wissen können“.

Ein Kenner der Politik Wolfgang Wilhelms würde schon aus diesen Zusätzen einen Schluss auf den Eifer gezogen haben, der den Pfalzgrafen beseelte, sein Versprechen zu erfüllen, und würde den Verdacht nicht unterdrückt haben, dass es sich nur um ein Mittel handelte, die durch den Vertragsbruch hervorgerufene ungünstige Meinung abzuschwächen und die nöthige Unterstützung und Entschuldigung dem Kaiser gegenüber zu erlangen. Hierauf, auf die Bestätigung des Vertrags von Hasselt durch den König und auf materielle Unterstützung zielten seine wiederholten Eingaben an den Cardinalinfanten, nicht ohne die teuflische Bosheit seiner Neider zu beklagen, die die besten Absichten misszudeuten versuchten.

Sehr bezeichnend ist ferner, in welcher Weise er sich dem jungen König Ferdinand gegenüber einige Tage später (am 7. und 14. November) über seinen „Hinaufzug mit einem guten Theil seiner Truppen“ äusserte. Der Cardinalinfant habe die Gesandten, welche mit ihm „der Gelt- und anderer Assistentien halber“ verhandeln sollten, noch nicht abgeschickt und auch seine nach Düren beschriebenen Landstände, von denen er zu dem gedachten Zwecke eine Beisteuer habe erhalten wollen, seien nicht beisammen geblieben. Ohne Geld könne er aber die schlecht bekleideten Soldaten, zumal in der gegenwärtigen Jahreszeit, nicht fortbringen. Sobald er aber von dem Cardinalinfanten die verlangte Beihilfe an Geld, Soldaten und anderer Kriegsnothdurft erhalten habe und nicht genöthigt sei, seine Truppen in seinem eigenen Land gegen die Schweden und deren Alliirte zu gebrauchen, sobald er auch von seinen Landständen ergiebige Mittel bekommen könne, werde er nicht säumen, sich bei dem Könige einzufinden, um — Vorschläge wegen Verwendung seiner Truppen zu machen. Durch so viel Clauseln und Bedingungen gedeckt, konnte er jederzeit ohne Mühe einen Grund finden, die Ueberlassung der Truppen beliebig lange hinzuhalten. Und bei alledem liess er durch Ritter Stick die Unterhandlungen mit Oxenstjerna fortsetzen. Er konnte nicht im Ernst glauben, dass dieser mit der Abführung der Truppen nach Oberdeutschland und mit der auf die niederrheinischen Lande beschränkten Gegenversicherung einverstanden sein werde. Offenbar sollte dieser Vorschlag, den er dem Kanzler Mitte October gemacht hatte,[1]) auch nur ein Mittel sein, um ihn zur völligen Räumung von Neuburg zu veranlassen.

---

[1]) S. o. S. 129.

um einen Vorschuss für seine Truppen ersucht. Aber bei den Verbündeten Schwedens war natürlich zu diesem Zwecke nichts zu haben, und sein Gesandter in Brüssel, Sinzig, wusste nichts anderes zu melden, als: zuerst die Vereinigung der Waffen.[1]) Da entschloss er sich, selbst nach den spanischen Niederlanden zu gehen. Seine Gönnerin, die Infantin Isabella, hatte am 1. December das Zeitliche gesegnet, deshalb bat er den Leiter der Politik in Brüssel, Marchese Aitona, um eine Zusammenkunft, die am 20. oder 21. December in Löwen stattfand,[2]) und der auch Präsident Rosa beiwohnte.

W. Wilhelm unterbreitete ihnen die Actenstücke, welche von der Bereitwilligkeit der Generalstaaten, ihn neutral zu erhalten, und von ihren Bemühungen, die Räumung seines Landes bei den Schweden durchzusetzen, Zeugniss ablegten; wirklich gelang es ihm auch, Aitona zu folgenden Vertragspunkten zu bestimmen:[3]) Aitona und Rosa wollen auf den Kaiser und die in Köln tagenden Fürsten einwirken, die Truppen Bönninghausens und überhaupt die der katholischen Mächte aus des Pfalz-

---

Antwort der Schweden widrig ausfalle, wolle er dem Kaiser und den Spaniern wider die Schweden mit allem seinem Volke gern und willig beistehen und selbst Hand mit anlegen, und wenn die Staaten sich darein mischen würden, „so wird's gegen sie gleiche Meinung haben," Sinzig möge nur Sorge tragen, dass das Geld nicht ausbleibe. — Man muss allerdings berücksichtigen, dass diese Worte nicht allein durch die Geldnoth des Pfalzgrafen dictirt, sondern auch unter dem frischen Eindrucke des Wallensteinschen Erfolges bei Steinau geschrieben worden sind. Vgl. o. S. 84. Unter anderen Zeitverhältnissen wählte er seine Worte weit vorsichtiger, namentlich, wenn die Generalstaaten in Betracht kamen.

[1]) Noch am 11. Dec. berichtete Sinzig: „conjunctione ante omnia est opus". Die Bedingungen Aitonas waren im einzelnen diese: 1. dass Aitona einerseits, die vier geistlichen Fürsten und der Pfalzgraf andererseits die Kosten der aufzustellenden Armee je zur Hälfte tragen sollten. Die Fürsten können statt des Geldes Brod und Fourage liefern. 2. Die Armee soll je nach Bedürfniss beiden Theilen gegen die Schweden zur Verfügung stehen. 3. Neue Werbungen sollen nicht stattfinden, vielmehr die Regimenter Metternich, Graf Isenburg und de Grange ebenso wie Bönninghausens Truppen ergänzt und mit der Cavallerie des Pfalzgrafen zu einem Corps vereinigt werden. 4. Die Plätze am Rhein, namentlich Kaiserswerth, sollen gut besetzt werden. P. B. 88.

[2]) Das vom Pfalzgrafen eigenhändig niedergeschriebene Protokoll über die Verhandlungen zu Löwen ist undatirt; er schreibt indessen an seine Gemahlin am 20., dass er diesen Abend Aitona und Rosa in Löwen erwarte.

[3]) Eine eigentliche Vertragsurkunde findet sich nicht unter den Acten des Pfalzgrafen. Mir liegen die in der vorigen Anmerkung erwähnten eigenhänd. Aufzeichnungen vor. P. B. 46.

grafen Land zurückzuziehen. Wenn dem Pfalzgrafen die an Oxenstjerna und die Verbündeten gerichteten Forderungen erfüllt werden, sind Beide es zufrieden, dass er mit seinem Lande in Ruhe bleibt. Sie halten es für nöthig, dass der Pfalzgraf, wenn die Intervention der Generalstaaten den gewünschten Erfolg nicht haben sollte, seine eigenen Truppen behält und möglichst verstärkt, da gewisse Schwierigkeiten einer Conjunction mit der Liga entgegenstehen. Aitona verspricht dem Pfalzgrafen innerhalb einer gewissen Frist eine gewisse Geldsumme [1]) und, wenn es zum Bruche zwischen ihm und den Schweden kommt, die Hälfte des Soldes für seine sämmtlichen Truppen wie auch für den Artillerietrain und die Munition zu zahlen; der Pfalzgraf besorgt die Fourage und wird keine Schwierigkeiten machen, nach der Säuberung seines Landes von den Schweden und deren Verbündeten, die mit spanischem Geld geworbenen sowie seine eigenen Truppen, soweit er sie nicht zur Besetzung seiner festen Plätze nöthig hat, dem König von Spanien gegen die Schweden und deren Verbündete zu überlassen und ihm überhaupt gegen dieselben hilfreiche Hand zu bieten. Wird der Pfalzgraf vor Vollendung seiner Rüstungen von den Schweden etc. angegriffen, so sendet ihm Aitona in wenigen Tagen eine ausreichende Truppenzahl zu Ross und zu Fuss nebst der zugehörigen Artillerie zu Hilfe, die ihm mit demselben Eifer, als ob es für den König wäre, beistehen sollen. Wenn Oxenstjerna innerhalb drei Wochen [2]) die Forderungen des Pfalzgrafen erfüllt, und sich Schwierigkeiten finden, die für diesen nicht mehr nöthigen Truppen dem König zu überlassen, so soll das bereits gezahlte Geld als Abschlagszahlung von dem Restbetrage der Löhnung für die Garde des Pfalzgrafen und von der Pension des Prinzen Philipp Wilhelm verrechnet werden, wenn es der König nicht vorzieht, auf die Rückzahlung Verzicht zu leisten. Wenn wider Erwarten die Holländer den Schweden beistehen und den Pfalzgrafen angreifen, will Aitona ihm zu Hilfe kommen.

---

[1]) Die Zahlen sind in dem Entwurfe nicht enthalten.

[2]) In dem Protokolle ist keine bestimmte Frist angegeben, sondern es heisst unbestimmt „senza molta dimora"; aus den späteren Verhandlungen mit Aitona ergiebt sich indessen, dass sich W. W. zu der kurzen Frist von 3 Wochen verpflichtet hatte.

Achtes Capitel.

Neue Verhandlungen mit den Generalstaaten und dem Heilbronner Bund. 1634 Febr.—Juli.

Neue Rüstungen. — Wirkung derselben auf die Heilbronner Verbündeten und das Verhalten der schwedischen Truppen in Berg. — Weschpfennigs Sendung an die Generalstaaten. — Staatische Gesandtschaft an W. W. — Oxenstjerna. — Einstellung der Werbungen. — Aitonas Weigerung. — Schwedische und französische Einflüsse im Haag. — Der jüngere Oxenstjerna. — Erklärung der Staaten. — — Gesandtschaft nach Frankfurt. — Pauw und Feuquières. — Ungünstige Berichte. — Die Schweden in Berg und Neuburg. — Gegenströmungen in Frankfurt. — Landgraf Wilhelm v. Hessen — Resolution des Bundes.

Der Vertrag von Löwen bedeutete für den Pfalzgrafen zunächst einen entschiedenen Erfolg. Durch seine Ueberredungskunst war es ihm gelungen, Aitona seinen Anschauungen geneigt zu machen und ihm den Glauben beizubringen, dass sich das Verhältniss zu den Schweden in kürzester Frist klären werde. Während der Gouverneur zuversichtlich darauf rechnen mochte, dass die für spanisches Geld geworbenen Truppen des Pfalzgrafen über kurz oder lang der spanisch-österreichischen Sache dienen würden, glaubte Wolfgang Wilhelm nunmehr einen festen Rückhalt für seine Selbständigkeits- und Neutralitätspolitik gewonnen zu haben. Aitonas Hilfe sollte ihn in die Lage setzen, mit seinen Rüstungen fortzufahren, ohne dass er gezwungen wurde, sich zu dem Kaiser oder der Liga in ein Abhängigkeitsverhältniss zu begeben, das er, wie wir sahen, mehr als alles andere scheute.

Die Werbungen wurden alsbald begonnen und Patente für drei Regimenter Infanterie ausgetheilt. Einige Compagnieen Cavallerie sollten später angeworben werden.[1])

Sollte es aber verhütet werden, dass er in die Zwangslage kam, den Spaniern den ausbedungenen Preis für ihre Unterstützung zahlen zu müssen, so durfte jetzt unter keinen Umständen die Räumung seines Landes von den Truppen der Schweden und Conföderirten länger hinausgeschoben werden, zumal da die Frist nur drei Wochen betrug. Er selbst zweifelte, wie es scheint, nicht daran,

---

[1]) 1634 Jan. 30 befahl der Pfalzgraf dem Jülicher Pfennigmeister Bleimann, dem Obersten Franz Dietrich v. Paland zur Anwerbung von 5 Compagnieen Reiter, 500 Mann stark, als Anrittgeld 8000 Rthlr. aus den Jülicher Steuergeldern zu zahlen.

dass es ihm gelingen werde, dieses Ziel in Kürze zu erreichen. Zeigten doch jetzt nicht nur die Generalstaaten sondern auch Oxenstjerna selbst sowie auch Wilhelm von Hessen ein weit grösseres Interesse als früher, ihn von dem Anschluss an die Liga zurückzuhalten, schätzten doch der Landgraf und Knyphausen des Pfalzgrafen Streitmacht für bedeutend genug, um den Verbündeten im Ernstfalle erhebliche Schwierigkeiten zu machen. Und diese Anschauung, die Wolfgang Wilhelm nicht verborgen geblieben war, behielt die Oberhand, trotzdem der schwedische Resident Camerarius im Haag sowohl als Thylli in Siegburg, der die Schwäche des Pfalzgrafen am besten beobachten konnte, aufs entschiedenste zu einem aggressiven Vorgehen riethen.

Wolfgang Wilhelm war sich des augenblicklichen Vortheils, in den ihn die Ueberschätzung seitens der Verbündeten setzte, wohl bewusst und begann mit merklicher Entschiedenheit aufzutreten. Zunächst sandte er, als er die Erklärung Oxenstjernas vom 19./29. Dec. 1633[1]) in Händen hatte, (unterm 11. Januar 1634) identische Briefe an die conföderirten Fürsten und Städte mit der Aufforderung, den schwedischen Reichskanzler zur Räumung der von den Verbündeten besetzten Plätze zu bestimmen, ehe es zu spät sei, d. h. ehe er, der Pfalzgraf, die Vereinigung mit ihren Gegnern vollzogen habe. Seine Absicht ging dahin, jedenfalls noch vor der Eröffnung des Bundestages zu seinem Zwecke zu kommen; und nicht allein Aitonas wegen, sondern namentlich auch, weil die Ankunft des kaiserlichen Bevollmächtigten unmittelbar bevorstand, von dem er, wie oben ausgeführt, nur neues Drängen zur Ueberlassung seiner Truppen und zum Aufgeben seiner Neutralitätspolitik erwarten musste. Auch auf Oxenstjerna, den er in diesen Monaten mit einer wahren Fluth von Schreiben überschüttete, redete er, wenn auch bei weitem nicht in so entschiedener Weise, ein, die Abführung der Truppen noch vor dem März zu bewerkstelligen.

Indessen zeigte sich bald, dass die Rechnung des Pfalzgrafen keineswegs genau stimmte. Die Gegenströmung auf Seiten der Verbündeten, die jede Rücksichtnahme auf ihn verwarf, war stärker als er glaubte. Der Oberst Wendt von Cratzenstein blieb trotz des ausdrücklichen Befehls des Kanzlers und trotz wiederholter mündlicher und schriftlicher Mahnungen des Pfalzgrafen an der Kettwiger Brücke und in Landsberg liegen. Ja, er trotzte

[1]) S. o. S. 84.



sogar einer zweiten gemessenen Ordre, die Oxenstjerna auf mehrfaches Drängen Wolfgang Wilhelms am 6. Febr. von Halberstadt aus erlassen hatte. Er habe Gegenbefehl von seinen Vorgesetzten, liess er dem Pfalzgrafen sagen, und setzte seine Uebergriffe im Bergischen unbeirrt fort, indem er unter heftigen Drohungen Contributionen forderte und Anstalten machte, zwei neue Reiterregimenter anzuwerben, deren Kosten namentlich auch hinsichtlich des Pferdematerials das Land tragen musste. Und ebenso hörten auch die Schweden in Siegburg nicht auf, Proviant und Contributionen für diesen festen Platz gewaltsam beizutreiben. Die Werbungen Wolfgang Wilhelms und seine Bemühungen, allen Proviant aus den am meisten bedrohten Aemtern Blankenberg und Windeck fortzuschaffen, trieben Loyson und Thylli zu immer schärferen Gegenmassregeln.[1]) Als Entschuldigung dienten ihnen Oxenstjerna gegenüber die offenbar feindseligen Absichten des Pfalzgrafen, der rings um Siegburg Musterplätze für 5 Regimenter errichtet habe und seinen Verkehr mit den Feinden Schwedens eifrig fortsetze.

Um dieselbe Zeit (Jan. 1634) setzten sich die Hessen in dem clevischen Ruhrort fest, von wo aus sie über den Rhein hinüber wiederholte Einfälle in jülichsches Gebiet unternahmen. In Mark und Ravensberg blieben die hessischen und lüneburgischen Truppen nach wie vor liegen und setzten die Beamten und adligen Landsassen so lange gefangen, bis die geforderten Contributionen[2]) beigebracht wurden.[3]) Die Schreiben, welche infolge der gemeinsamen Vorstellungen Kurbrandenburgs und des Pfalzgrafen die Generalstaaten an den Landgrafen Wilhelm wie an Knyphausen gerichtet hatten, waren also ohne Erfolg geblieben.

Auch die Antworten, die mittlerweile von den conföderirten Ständen einliefen, zeigten nicht diejenige Bereitwilligkeit, auf die Wünsche des Pfalzgrafen einzugehen, die dieser erwartet hatte. Man bezog sich auf Oxenstjerna,

---

[1]) Loyson verbot unterm 1. Febr. unter scharfen Drohungen die Abführung der Kornfrüchte aus dem Amt Blankenberg.

[2]) Sie betrugen allein in Ravensberg über 13000 Thaler monatlich.

[3]) Den Grund dafür fand Wilhelm von Hessen in dem Aufenthalt der ligistischen Truppen im Bergischen, in dem Verkehr des Pfalzgrafen und vor Allem in seinen neuen Truppenwerbungen. — Schreiben Lippstadt $\frac{\text{1633 Dec. 31}}{\text{1634 Jan. 10}}$. Auch er mahnte übrigens W. W. davon ab „sich auf des Feindes Seite einzulegen oder gefehrlicher weis mit ihm zu correspondiren.“

dem das Directorium zustehe, man empfahl Geduld bis zu dem Convent und ermahnte ihn, sich nicht zu Feindseligkeiten hinreissen zu lassen, sondern vielmehr seine Bemühungen um den Universalfrieden fortzusetzen.[1])

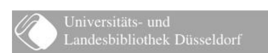
Nun galt es, das besondere Interesse, das die Generalstaaten an seiner Nichtbetheiligung am Kriege nahmen, mit allen Kräften auszunutzen und durch einen möglichst starken Druck ein noch energischeres Eintreten für seine Wünsche den Verbündeten gegenüber herbeizuführen, als dies bisher der Fall gewesen war. Wieder war es der Marschall Weschpfennig, dem diese Aufgabe zufiel. Er ging Mitte Februar nach dem Haag.

Hier waren die Löwener Verhandlungen W. Wilhelms mit Aitona natürlich nicht unbemerkt geblieben. Diese und seine neuen Werbungen, die bei seinem notorischen Geldmangel nur mit spanischem Gelde durchgeführt sein konnten, hatten bei den Staaten lebhafte Besorgniss hervorgerufen. Dem Pfalzgrafen kam es darauf an, sie zu zerstreuen und zugleich geschickt zu benutzen; und so nahm Weschpfennig in seinem Vortrage, den er am 22. Febr. den Generalstaaten hielt, eine recht zuversichtliche Haltung an. Er machte die Republik gewissermassen für alles Geschehene verantwortlich. Lediglich auf das Ansuchen der Staaten und im Vertrauen auf ihren Beistand habe W. Wilhelm sich bisher der Vereinigung mit der Liga enthalten; jetzt, forderte er, möge man mit Hintansetzung aller anderen Rücksichten dafür Sorge tragen, dass noch vor dem Zusammentritt des Convents die Wünsche des Pfalzgrafen erfüllt würden. Ja er liess es nicht an versteckten Drohungen fehlen. Wenn die Beschwerden nicht bald aufhören würden, müsse sich sein Herr seines Schadens an Anderen, die zu seinem Ruin cooperirt, „oder doch solches suo voto divertirn kunnen [und] nicht thun wollen," so gut er könne, erholen; er werde gedrungen, die so lange aufgeschobene Conjunction endlich zu vollziehen.[2])

---

[1]) Sein Schwiegervater Johann von Zweibrücken versicherte ihm übrigens (1634 Jan. 23 praes. Febr. 17), dass er nichts wegen der angedeuteten Privation des Fürstenthums Neuburg vernommen habe, und, wenn er etwas erfahren sollte, alle Mittel dagegen anwenden würde.

[2]) Ausser diesem Hauptpunkt hatte Weschpfennig noch eine Reihe von besonderen Beschwerden und Forderungen vorzubringen. Er sollte Abstellung der Excursionen der staatischen Besatzungen in Rheinberg, Orsoy, Venlo, Roermond, Kerpen und Erkelenz, und freie Passage für die unter des Pfalzgrafen Geleit stehenden Kaufmannswaaren fordern. Diesem möge auch die Bestrafung der in



Diese Eröffnung blieb zunächst nicht ohne Wirkung auf die Generalstaaten. Man sah voraus, dass, wenn es zum Bruche mit Schweden kam, die Vereinigung Wolfgang Wilhelms mit den Spaniern nicht ausbleiben werde.[1]) Man entschloss sich daher, eine besondere Gesandtschaft — Gerhard von Arnheim und Wilhelm Ripperda — nach Düsseldorf zu schicken, und fand vielleicht zu dieser Massregel um so mehr Anlass, weil am 24. Februar der junge Oxenstjerna im Haag angekommen war und ohne Zweifel auch inbetreff des Pfalzgrafen die Absicht seines Vaters dargelegt hatte. Bis zum 13. März dauerten die Verhandlungen der Gesandten mit Wolfgang Wilhelm und verliefen für den Letzteren nicht ungünstig, wenn sie auch keineswegs ganz seinen Forderungen entsprachen. Die Staaten erklärten sich — so viel geht aus dem von dem Pfalzgrafen abgefassten Protokoll hervor — bereit, die Abführung sämmtlicher Truppen der Conföderirten aus Jülich, Cleve, Berg, Ravensberg und Ravenstein in . . Tagen[2]) zu bewirken. Nur Siegburg soll bis zum Beginn des Frankfurter Conventes besetzt bleiben, aber in längstens drei Wochen ebenfalls geräumt werden. Das Gleiche soll mit der Grafschaft Mark der Fall sein. Inbetreff des Herzogthums Neuburg soll mindestens eine Eventualversicherung herbeigeführt werden. Auf der andern Seite verpflichtete sich der Pfalzgraf, wenn in 8—14 Tagen von dem Frankfurter Convent eine Approbation der vorerwähnten Punkte oder eine Garantieerklärung der Staaten stattfindet, dass noch vor Ausgang des Monats oder doch in drei Wochen die völlige Satisfaction und ein Eventualversprechen wegen Neuburg erfolgen werde, sein neugeworbenes Volk abzudanken, es an keinen der kriegführenden Theile abzutreten und sich jeder Conjunction und Feindseligkeit wider Schweden und dessen Alliirte

flagranti ertappten Strassenräuber ebenso, wie dies seitens Aitonas geschehen sei, zugestanden werden, da die staatischen Officiere derartige Delicte ungestraft hingehen liessen. Grossen Werth legte W. W. auf die freie Einfuhr bezw. Durchfuhr von Getreide, Wein, Bier und Malz, auch Pferden, ohne Erhebung eines Aufschlags. Diese Bitte war hauptsächlich veranlasst durch die von den Staaten in Kerpen neuerdings errichteten Licenten, welche namentlich den Handel der Stadt Düren benachtheiligten.

[1]) Man machte Weschpfennig auf die Gefahr eines Krieges für W. W. aufmerksam, aber der Marschall erklärte (Febr. 26), sein Herr habe Alles reiflich erwogen und sehe die grosse Gefahr vor Augen „hette aber kein ander remedium in der allerhindersten ratscammer finden kunnen, als die extremitet der waffen."

[2]) Die Anzahl der Tage ist in dem Protokoll ausgelassen.

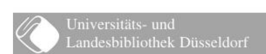
zu enthalten. Wenn die Räumung und Restitution des Geraubten erfolgt ist, will er auch seine übrigen Truppen, soweit sie nicht zu Besatzungen nöthig sind, entlassen.

Inzwischen hatte er es doch für gut befunden, seine Drohung gegen die, welche die Uebergriffe der Schweden „suo voto divertirn kunnen und nicht thun wollen", insofern zu mildern, als er den Gesandten in Uebereinstimmung mit einem Schreiben an die Staaten vom 25. Febr. erklärte, die vereinigten Provinzen hätten keine Ursache, gegen den Pfalzgrafen den geringsten Verdacht zu hegen.

Und auch den Schweden gegenüber änderte er sein anfangs so zuversichtliches Auftreten, als er einsah, dass seine neuen Werbungen auf die Verbündeten nicht den geringsten Eindruck machten, sondern der baldigen Räumung von Berg und Neuburg eher hinderlich waren. Oxenstjerna hatte zwar Febr. 6/16 dem Obersten Wendt die Räumung der Kettwiger Brücke anbefohlen, aber nicht, ohne den Pfalzgrafen wegen seiner Rüstungen ernstlich zu verwarnen. Am 17./27. Febr. schrieb er ihm, wegen der Neutralität bleibe es bei seinem früheren Entschluss. Wolfgang Wilhelm halte mit den Feinden Schwedens stete Communication und Consultationen, er treibe offenbare Kriegsvorbereitungen durch seine Werbungen. Der Kanzler forderte deren Abstellung; in diesem Falle würden die Conföderirten „sich nach Billigkeit erzeigen." Sollte er sich aber der Feindseligkeiten mehr belieben lassen, so müsse die Sicherheit der Conföderirten in Acht genommen werden, der Pfalzgraf aber die Kosten dafür bezahlen. Wolfgang Wilhelm hatte daher brieflich und durch Vermittlung des staatischen Gesandten Pauw erklärt, er werde seine Werbungen einstweilen einstellen und keine neuen Patente austheilen, wenn ihm zu keinem Anderen Veranlassung gegeben werde.

Zu diesem vorsichtigen Rückzug hatte er aber eine besondere Veranlassung. Es zeigte sich, dass er auch die Wirksamkeit des Löwener Vertrags und die Lenksamkeit und Freigebigkeit Aitonas weit überschätzt hatte. Es gelang ihm durchaus nicht, den Gouverneur zu weiteren Geldzahlungen[1]) zu bewegen. Trotzdem er ihn sowohl als den Präsidenten Rosa in zahlreichen Briefen mit den dringendsten Vorstellungen und in oft geradezu flehent-

[1]) Wie es scheint ist eine Zahlung erfolgt; in den Briefen des Pfalzgrafen ist immer von „olteriori denari" die Rede. Wahrscheinscheinlich war eine Soldzahlung für das früher mit spanischer Hilfe unterhaltene Leibregiment geleistet worden.



lichen Ausdrücken um Geld bat, ohne das er seine drei Regimenter zu Fuss und 500 Reiter unmöglich aufbringen könne — Aitona blieb hart wie Stein und wich nicht von der Bedingung: Vorheriger Bruch mit den Schweden. Die im Löwener Vertrag gesetzte Frist war längst verflossen, und die Dialektik des Pfalzgrafen, welche die Fortführung der Verhandlungen als nothwendig und nützlich hinzustellen suchte, glitt ab an der kühlen, fast hochmüthigen Ueberlegenheit des Spaniers, der die in kurzen Zwischenräumen einlaufenden Schreiben Wolfgang Wilhelms kaum einer Antwort würdigte und dessen Bevollmächtigten gegenüber — es waren die Agenten Ringoult und Rougemont, sowie der Oberstlieutenant Schirrich[1]) — auf seiner Bedingung und auf dem Buchstaben des Löwener Vertrags stehen blieb (Febr. 19). Nur das eine Tröstliche konnten die Beauftragten ihrem Herren melden, dass der König von Spanien diesen Vertrag genehmigt habe. Zu dessen Abänderung sei aber, so erklärte Aitona, eine nochmalige Erlaubniss aus Madrid nöthig.

Je bescheidener nun aber der Ton war, den Wolfg. Wilhelm unter diesen Umständen den Generalstaaten gegenüber anschlug, um so weniger war man dort geneigt, seine Angelegenheit den Schweden und Alliirten gegenüber in einer Weise zu vertreten, die deren Interesse widerstrebte. Immer stärker zeigte sich auch der Einfluss der dem Pfalzgrafen ungünstigen Kreise im Haag. Camerarius und der hessische Commissar Wasserhuhn fuhren fort, auf die Heerführer in agressivem Sinne einzuwirken[2]) und die Staaten von zu weit gehenden Zugeständnissen dem Pfalzgrafen gegenüber abzuhalten.

---

[1]) Schirrich, der Commandant des 700 Pferde starken Leibregiments, leistete übrigens seinem Herrn noch einen schlechten Dienst, indem er auf eigene Faust mit dem Marchesen über die Bedingungen unterhandelte, unter denen das Regiment in spanischen Dienst übertreten sollte. Der Pfalzgraf war äusserst ungnädig und liess Schirrich den Entwurf der Bedingungen abnehmen.

[2]) Camerarius an den hess. Generalproviantmeister v. Uffeln Febr. 17/7: 7 spanische Regimenter aus Luxemburg marschirten nach dem Rhein, um sich mit Bönninghausen zu vereinigen. Ob Neoburgicus seine Truppen dazu stossen lasse, werde sich bald zeigen. Cam. wünscht Nachricht über die Gegenmassregeln „und ob man nit praeveniendo am Rhein ex utraque ripa einen oder anderen Ort einnehmen und fortificiren, also sedem belli über Rhein deferiren (?) könte." — Wasserhuhn an Generallieutenant v. Holtzappel Febr. 17/7: „Monsieur le Prince m'a asseuré, que si les Espagnols se joignissent aux Ligistes, qu'il nous assistera de toutes forces. Tout le monde dit et crie, que le duc de Neuburg a des tres mauvais desseings et pour les rompre il faudrait mettre pied ferme sur les terres de Juilliers et n'avoir esgard a la neutralité

Auch die französische Politik betrachtete damals mit lebhaftem Misstrauen die Haltung Wolfgang Wilhelms und seine freundschaftlichen Beziehungen zur Königin Mutter. Man behauptete, er sei während der Verhandlungstage in Löwen mit Leuten aus der Umgebung des Herzogs von Orléans zusammengetroffen, und brachte dies ohne Zweifel in Verbindung mit der antifranzösischen Liga, zu der gerade in jener Zeit in Brüssel Entwürfe und Vorbereitungen gemacht wurden.[1]) Es gelang indessen Weschpfennig, den Argwohn der beiden französischen Gesandten Beaugé und Charnacé zu zerstreuen, die denn auch alsbald jene Haltung uneigennützigen Wohlwollens annahmen, welche Richelieu den deutschen Fürsten gegenüber für zweckmässig hielt, während andererseits der Pfalzgraf und sein Gesandter sich bemühten, seiner allerchristlichsten Majestät den Schaden, den die katholische Religion durch das Vorgehen Schwedens und seiner Verbündeten erleiden müsse, in das rechte Licht zu setzen.[2])

Die Anwesenheit des jungen Oxenstjerna im Haag muss namentlich hinsichtlich der Quittirung Siegburgs und des Herzogthums Neuburg durch die Schweden die Bereitwilligkeit der Staaten zum Eintreten für Wolfgang Wilhelm gehemmt haben. Im übrigen zeigen seine Gespräche mit Weschpfennig, dass auch auf evangelischer Seite und nicht zum wenigsten bei dem schwedischen Kanzler die Anschauung, der Pfalzgraf sei nur simulirt katholisch und verfolge die Religionsverwandten wider seine Ueberzeugung, Wurzel geschlagen hatte. So erklärt sich der Antrag zum Anschluss an den Heilbronner Bund, den

---

exterieurement, pour commettre tout plus aisement." Es sei nöthig „de communiquer en hast le tout avec mon. le marechal de camp de Kniphausen et songer a une subite conjunction en tout cas et cependant pourvenir les places qu'il la croit tennables." — Beide Schreiben wurden aufgefangen und auch dem Pfalzgrafen mitgetheilt.

[1]) Vgl. Ranke Franz. Geschichte Bd. II, S. 410. — Man sprach auf französischer Seite von einem in Löwen geschlossenen Bündniss des Pfalzgrafen mit Spanien gegen Frankreich und die Generalstaaten. W. W. theilte indessen Weschpfennig (März 24) mit, er sei in Löwen seines Wissens nicht mit Anhängern des Herzogs von Orleans zusammengekommen, wohl aber habe er ihm während seiner letzten Anwesenheit in Brüssel zugeredet, sich mit seinem Bruder, dem König, gütlich zu verständigen. Vgl. o. S. 57.

[2]) Er beauftragte Weschpfennig wiederholt, die französischen Gesandten auf das Vorgehen der Schweden in Neuburg aufmerksam zu machen, wo „die catholische religion, welche wir daselbst durch gottliche gnad und beistand mit grosser muhe und sorgfeltigkeit einpflanzen lassen," ausgetilgt werde (März 24). — In ähnlichem Sinne schrieb er selbst an den König.

man ihm von Frankfurt aus im vorigen Jahre gemacht hatte; und auch jetzt wiederholte der Sohn die Mahnung, der Pfalzgraf möge Partei ergreifen, allerdings nicht ohne ihm zugleich seine „spanische Intelligenz“ und seine Abneigung gegen Schweden vorzuwerfen.[1])

Schliesslich muss auch die durch Wallensteins Ermordung herbeigeführte Veränderung der allgemeinen politischen Lage für die Absichten Wolfgang Wilhelms ungünstig gewesen sein — „der colpo mit Fridland hat den compas, wie scheint, verrückt,“ berichtete Weschpfennig am 20. März, und so dehnten sich dessen Verhandlungen mit den Staaten und sein Aufenthalt im Haag bis in den April hinein aus. Man hatte gleich von Anfang an Bedenken getragen, die Düsseldorfer Abmachungen vom 13. März zu ratificiren und zog nun, wie es scheint absichtlich, die Angelegenheit in die Länge, indem die Möglichkeit erwogen wurde, ob man es dem Pfalzgrafen gestatten könne, seine Truppen in Neuburg zur Wiedereroberung der dort besetzten Plätze zu verwenden, während die niederrheinischen Besitzungen neutral bleiben sollten. Dann brachte man die religiöse Frage aufs Tapet, zu der die eben damals erfolgte Vertreibung evangelischer Prediger in Mülheim a. Rh. und anderwärts, und der Versuch des Pfalzgrafen die staatischen Gesandten „durch List in die Messe zu bringen“[2]) Veranlassung bot.[3]) Sehr ungehalten zeigte sich namentlich auch der Prinz Statthalter über den kürzlich erfolgten Durchzug des in spanischen Diensten stehenden Grafen Johann von Nassau durch Jülicher Gebiet, und drohte mit Retorsionsmassregeln, — der Pfalzgraf scheine ein Vergnügen daran zu finden, dass sich die Spanischen in des Pfalzgrafen Land „ein fetten Mund holen, sich refraichiren und geniessen möchten“, während er von den staatischen Truppen alles intolerabel finde.

---

[1]) S. o. S. 67. Auch diesmal antwortete ihm Weschpfennig, allerdings nur im nicht officiellen Gespräch, „Wan mans so haben wolle, so sei [der Pf.] resolvirt, bei I. Kais. Mt. und der catholischer religion, zu welcher [er] sich nit fictitie, sondern durch gottes gnad ex animo convertirt, . . . gut und blut aufzusetzen, es gehe [ihm] auch darüber, wie es wolle.“

[2]) Ueber einen ähnlichen Versuch des Pfalzgrafen dem kurbrandenburgischen Gesandten Burgsdorf gegenüber im J. 1647 vgl. Urkdn. und Actenst. zur Gesch. des Kurfürsten Friedr. Wilhelm Bd. 4, S. 273 f.

[3]) Bericht Weschpfennigs vom 23. März. Erst habe man dem Pfalzgrafen die Spanier und das spanische Geld zum Vorwurfe gemacht, „jetzt kommen sie angezogen mit der religion.“ Er halte die Reversale nicht und verfolge die Religionsverwandten in Jülich-Berg, deren sich dort über 50000 Communicanten befunden.

Seine Forderungen, erklärte man, seien nur ein Vorwand, um Ursache zu haben, sich mit den Spaniern zu vereinigen, und besonders verübelte man ihm die Fortsetzung seiner Werbungen und die kürzlich erfolgten Befehle zur Musterung des Landvolkes und die Beschreibung der Lehenleute. Die Spanier würden ihn nicht mit Geldmitteln unterstützen, wenn sie nicht wüssten, warum. So calculirte man ganz richtig.

Und so war denn das Resultat der weitschweifigen Verhandlungen, statt der in kurzer Frist erwarteten Abführung der schwedischen Truppen und der Garantieerklärung der Staaten, nichts als deren Versprechen, die Abführung aus den dem Pfalzgrafen unmittelbar gehörigen niederrheinischen Landen nach Möglichkeit zu befördern; in betreff Siegburgs wollte man ebenfalls vermitteln. Neuburg aber sollte jetzt und künftig in den Verhandlungen über die Verschonung von den übrigen Besitzungen getrennt werden. Trotzdem verlangte man vom Pfalzgrafen, er solle seine Truppen inzwischen weder mit Anderen vereinigen, noch sie gegen die Schweden und Verbündeten verwenden. Der schwedische Einfluss im Haag hatte also den Sieg davongetragen.

Dieses Ergebniss eröffnete trübe Aussichten auf die Verhandlungen, die nunmehr mit dem Frankfurter Convent zu führen waren und von deren Verlauf die endgiltige Entscheidung darüber abhing, ob der Pfalzgraf sich activ an dem Kriege betheiligen würde, oder nicht. So mussten wenigstens beide Parteien nach seinen bisherigen Erklärungen annehmen.

Der ursprünglich auf den 1/11. März angesetzte Beginn des Conventes hatte sich infolge des Aufenthalts Oxenstjernas im niedersächsischen Kreis unerwartet lange hinausgeschoben. Endlich am 24. März / 3. April erschien der Reichskanzler, den Wolfgang Wilhelm inzwischen mit Klagen und Mahnungen bestürmt hatte,[1]) in Frankfurt; der siebente Punkt der an die Bundesstände gerichteten Proposition vom 28. März / 7. April enthielt thatsächlich den Vorschlag, zu erwägen, „ob und in welcher Gestalt man dem Neutralitätsgesuche des Pfalzgrafen, soviel dies ohne Nachtheil geschehen könne, sich willfährig erzeigen solle“.

Indessen so langsam erschienen die Gesandten der Bundesstände, dass es zu Hauptverhandlungen einstweilen

[1]) Der Reichskanzler beantwortete die Schreiben des Pfalzgrafen vom 11., 22., 25. März, 1. und 5. April erst am 13. April aus Frankfurt.

noch nicht kam und der Pfalzgraf erst am 20. April seine Gesandtschaft nach Frankfurt abordnen konnte. An deren Spitze stand Goswin Freiherr von Spiring, der Statthalter von Neuburg, ein energischer, staatskluger Mann und eifriger Katholik, unter allen Dienern des Pfalzgrafen vielleicht derjenige, dessen Rath für seinen Herrn am meisten bestimmend war. Ihn begleiteten Weschpfennig und Dr. Dietrich Althoven. Ihre Instruction gab ihnen auf, die Abführung des schwedischen und conföderirten Kriegsvolkes aus allen Landen des Pfalzgrafen „ohne Reservatexception realiter et cum effectu," ferner Restituirung des durch die Truppen Abgenommenen und Verschonungspatente für die Zukunft zu verlangen.

Auf der Hinreise sprachen die Gesandten in Köln und Brühl bei den Kurfürsten von Mainz und Köln vor, um sie von dem Zweck ihrer Sendung in Kenntniss zu setzen. Offenbar kam es dem Pfalzgrafen darauf an, im Hinblick auf die täglich erwartete Ankunft des kaiserlichen Bevollmächtigten ein möglichst gutes Verhältniss zu diesen beiden Gliedern der Liga herzustellen und jedes Misstrauen zu beseitigen. Die Gesandten luden Anselm Kasimir zur Taufe der kürzlich geborenen Prinzessin nach Düsseldorf und brachten ausserdem noch einmal die Vossbergsche Idee der Neutralisirung des Gebietes zwischen Maas und Weser zur Sprache. Die Aufnahme bei beiden Fürsten war kühl. Anselm Kasimir lehnte die Einladung zur Taufe ab, da er Mansfeld erwarte, und prophezeite, die Schweden würden den Pfalzgrafen nur hinhalten. Kurfürst Ferdinand zweifelte vor Allem an der Bereitwilligkeit Hessens, der Herstellung einer neutralen Zone zuzustimmen. Auch der Kaiser habe eine unbefriedigende Antwort ertheilt, als ihn der Kurfürst seinerzeit von dem Plane in Kenntniss gesetzt habe.

Am 26. April kamen die Gesandten in Frankfurt an. Gleich der erste Eindruck war der, dass der Verlauf des Conventes sehr langwierig sein werde. Die kursächsischen Gesandten waren noch nicht erschienen, es ging das Gerücht, sie seien auf der Reise gewesen und wieder zurückberufen worden, Kurbrandenburg trage infolgedessen Bedenken, in die Verhandlungen einzutreten. Trotzdem die Letzteren auf diese Weise noch immer hinausgeschoben wurden, gelang es den Gesandten in den ersten Tagen nicht, zu einer Audienz zu gelangen. Erst am 2. Mai wurden sie von Oxenstjerna, am 3. von den Ständen und am 7. von Bernhard von Weimar empfangen.

Die kräftigste Unterstützung fanden sie wieder bei dem staatischen Gesandten Pauw, der inzwischen bereits mit Eifer die Angelegenheit des Pfalzgrafen dem schwedischen Kanzler gegenüber vertreten hatte.[1]) Auch der zweibrückische Gesandte Streif liess sich, wie im Jahre vorher, infolge der verwandtschaftlichen Beziehungen des neuburgischen und zweibrückischen Hauses die Sache Wolfgang Wilhelms angelegen sein und erwies sich dessen Gesandten namentlich dadurch nützlich, dass er sie über die Vorgänge innerhalb des Conventes auf dem Laufenden erhielt. Die kurbrandenburgischen Vertreter erklärten sich ebenfalls bereit, die Forderungen des Pfalzgrafen zu unterstützen, da sie an der Verschonung der Grafschaften Mark und Ravensberg ein gleiches oder noch grösseres Interesse hatten.[2])

Eine wirksame Hilfe fanden die Bestrebungen der neuburgischen Räthe schliesslich auch an dem französischen Gesandten Feuquières, der Richelieus kluges System, die katholischen Fürsten Deutschlands zu neutralisiren, auch dem Frankfurter Convente gegenüber zur Geltung brachte.[3]) Zunächst freilich erklärte er, keinen officiellen Auftrag hinsichtlich Wolfgang Wilhelms zu haben, er wolle indessen aus eigener Initiative dessen Wünsche befürworten. Er

---

[1]) Oxenstjerna hatte, wie Pauw erzählte, zu diesem gesagt, er sei gar zu sehr Neuburgisch, ob er denn so starke Commission hätte, des Pfalzgrafen partes so inständig zu treiben. Auch die Neutralisirung des Gebietes zwischen Mosel und Weser hatte Pauw zur Sprache gebracht, aber der Kanzler hatte entgegnet, „sie bedürften vieler Quartiere, könnten sich dieses Vortheils nicht begeben".

[2]) Ein Formalienstreit mit den kurbrandenburgischen Gesandten war durch Vermittlung Pauws beigelegt worden. Die Neuburgischen erhielten (Mai 10.) von ihnen u. a. die interessante Mittheilung, nach der Schlacht bei Hameln sei ein Originalschreiben des Kaisers an Merode gefunden worden, worin der Erstere dem Letzteren die Grafschaft Mark zum Geschenke gemacht habe.

[3]) Ueber das Verhältniss Kurkölns zu Frankreich machte der zweibrückische Gesandte Streif den Gesandten wiederholt Mittheilungen. Ende April erzählte er (Bericht von Mai 1, P. B. 103), Frankreich wolle durch seinen Gesandten die Neutralität für Kurköln und restitutionem catholicorum in Deutschland eifrig urgiren lassen. Kurköln habe durch seinen Gesandten (von Finff), welcher zweimal bei dem König gewesen sei, stark sollicitiren lassen. Frankreich wolle Bonn, Münster und Dorsten besetzen. — Am 22. Mai wussten die Gesandten zu berichten, die Einräumung der drei Städte sei gegen Erhandlung der Neutralität von den Gesandten des Kurfürsten bewilligt worden. Es hätte zwar Kurköln anstatt eines der drei Plätze Kaiserswerth vorgeschlagen und sich erboten, 600 französ. Soldaten darin aufzunehmen und zu besolden, es wäre aber solches nach dem Tode Wallensteins stecken geblieben.

empfahl eine Gesandtschaft nach Frankreich. Den gleichen Vorschlag hatte bereits der ausserordentliche Gesandte Frankreichs im Haag Charnacé gemacht, als der neuburgische Agent von der Veeken ihm die Bitte um Vermittlung bei den Schweden ausgesprochen hatte. Aber der Pfalzgraf trug Bedenken, sich durch einen solchen Schritt den Argwohn des Kaisers und der Spanier zuzuziehen und wollte Erörterungen über ein Schutzverhältniss zu Frankreich vermeiden, das, wie er aus Erfahrung wusste,[1]) in der Abtretung von festen Plätzen an diese Macht bestehen sollte. Er meinte, die Fürsprache der Gesandten werde genügen. Und in der That erwähnte Feuquières in seiner Proposition vom 21. Juni, die, von Friedensworten überfliessend, die Verbündeten zum energischen Kampfe gegen den Kaiser und zur Einräumung von Philippsburg an seinen König ermahnte, auch das Neutralitätsgesuch Wolfgang Wilhelms und empfahl im Namen seines Königs, man möge die Anzahl der Feinde vermindern und Denjenigen, welche aufrichtig die Neutralität nachsuchten, sie nicht nur bewilligen und halten, sondern ihnen auch wieder zu dem verhelfen, was sie verloren hätten.

Trotz diesen Unterstützungen wussten die Gesandten bald nach jenen ersten Audienzen wenig Günstiges über den Fortgang ihrer Werbung zu melden. Alle Anmahnungen und Memorialien, alles Drängen des Pfalzgrafen von Düsseldorf aus brachten ihre Abfertigung nicht zu Wege. Sie verspürten, berichteten sie am 19. Mai, dass man die Sache immer nur protrahire und den Pfalzgrafen aufzuhalten gedenke. Dieser werde geringe Satisfaction zu erwarten haben, da man dem Vernehmen nach nicht gemeint sei, Siegburg zu evacuiren. Auch Pauw wisse nicht mehr zu rathen. Keine Antwort sei auch eine Antwort; sie würden sich, fürchteten sie, ohne Bescheid von hinnen begeben müssen. Und Tags darauf sprachen sie die Vermuthung aus, man halte sie hin, um den Verlauf der jetzigen Kriegsunternehmungen abzuwarten und nach deren Ausfall die Antwort zu formuliren.

Die so lange schon versprochene und von Oxenstjerna wiederholt befohlene Räumung von Landsberg und Kettwiger Brücke war noch immer nicht erfolgt. Oberst Wendt, an den Wolfgang Wilhelm Ende April eine Gesandtschaft abordnete, berief sich auf Melander, der ihm noch keine anderen Quartiere angewiesen habe; dieser erklärte, ihn gehe die Sache nichts an, der Reichskanzler

[1]) S. o. S. 72.

habe darüber zu entscheiden. So blieb alles beim alten, da von Oxenstjerna statt eines unbedingten Befehles nur eine abermalige durch „evidens necessitas“ und „ratio belli“ verclausulirte Ordre zu erreichen war.

Sehr ungünstig lauteten auch die Nachrichten, die aus dem Herzogthum Neuburg einliefen. Dort hatte der schwedische Obrist Speerreuter die Contributionen erhöht, von den Zöllnern und Einnehmern die Register eingefordert und ihnen verboten, die Einkünfte an den Pfalzgrafen abzuliefern, da er Feind der Krone Schweden sei. Jesuiten und katholische Pastoren waren ausgewiesen, Beamte ab- und eingesetzt, neue Zolltafeln mit dem schwedischen Wappen aufgerichtet und schwere Lieferungen von den Unterthanen beigetrieben worden.

Diese Berichte und Ereignisse veranlassten den Pfalzgrafen am 18. Mai zu der entschiedenen Weisung an die Gesandten in Frankfurt, eine endliche Erklärung zu verlangen, wessen sich der Pfalzgraf zu versehen habe, und um ihre Entlassung zu bitten, wenn sie die gewünschte Willfahrung nicht zu erhoffen hätten. Sie sollten anzeigen, dass eine verclausulirte Resolution, die die Abführung von der „ratio belli“ abhängig machte, für ihn unannehmbar sei. Aber bald zog er gelindere Saiten auf. Als ihn die in Köln anwesenden Fürsten aufs neue zur Conjunction drängten und Mansfelds Besuch in Düsseldorf bevorstand, spannte er seine Forderungen insoweit herab, als er (am 31. Mai) nur die Evacuirung der niederrheinischen Lande forderte und die Besetzung einiger Plätze in Neuburg bis zu erfolgter Erklärung des Kaisers, dieselben ebenfalls verschonen zu wollen, nicht für unbillig erklärte. Indessen fast gleichzeitig (Mai 29) ging ein Bericht der Gesandten ab, der ihre Befürchtung enthielt, die gewünschte Erklärung werde wohl nicht erfolgen, man ziehe sie noch immer hin und verweise sie von Einem zum Anderen (Juni 5).

Welches die Gegenströmungen waren, die einen günstigen Verlauf ihrer Werbung hinderten, blieb den Gesandten bei ihrem Verkehr mit Streif und Pauw nicht unbekannt. Die Bestrebungen des Dr. Schütz, der mit Eifer die Ansprüche der hinterlassenen Kinder des Pfalzgrafen August auf Neuburg verfocht, waren nicht von allzugrosser Bedeutung, da der Convent sich für incompetent erklärte[1]). Dass Kursachsen sich überhaupt nicht

[1]) Ein Protest, den der Pfalzgraf von Lautereck übergeben liess wegen der Session und der pfälzischen Kur, zu der er um einen

auf Verhandlungen über die Neutralität von Jülich-Cleve-Berg einliess,[1]) war deswegen für den Augenblick ohne Belang, weil Johann Georg sich von dem Bunde abwandte, wiewohl allerdings Wolfgang Wilhelm bei den Ansprüchen Kursachsens auf die Erblande und bei seinem stetigen Misstrauen auf dessen Absichten ganz besonderen Werth auf eine Anerkennung der Neutralität gerade durch Johann Georg legte. Bernhard von Weimar weigerte sich, wohlwollend in der Form, Neuburg zu räumen, da das Herzogthum in diesem Falle sofort von Maximilian von Bayern besetzt werden würde, ein Grund, der sogar auf Wolfgang Wilhelm nicht ohne Eindruck blieb.

Derjenige aber, dessen Widerspruch den Bestrebungen des Pfalzgrafen hauptsächlich entgegenwirkte, war Landgraf Wilhelm von Hessen. Dies zeigte sich mit vollster Deutlichkeit in der Audienz, die die Neuburger Abgeordneten am 6. Juni bei ihm hatten. Er behauptete, dem Pfalzgrafen sei es mit der Neutralität nicht Ernst, das gehe aus seiner starken Armatur und daraus hervor, dass er unmögliche Forderungen stelle, um nur einen Grund zum Bruch zu haben. Denn er fordere Wiedererstattung des Fortgenommenen und Räumung von Siegburg und der Grafschaft Mark. Siegburg gehöre nicht zu Berg, Mark sei brandenburgisch. Die dortigen Plätze habe er, der Landgraf, jure belli occupirt, er könne und wolle sie nicht verlassen. Wenn der Pfalzgraf diese beiden Forderungen fallen lasse, sei er (der Landgraf), bereit, dessen Neutralität befördern zu helfen.[2]) Die Beschaffenheit der Quartiere war bei der damaligen Weise der Kriegführung allerdings von vitaler Bedeutung und erklärt zur Genüge den hartnäckigen Widerstand Wilhelms von Hessen gegen alle Versuche, ihn zur Räumung der von ihm besetzten märkischen Plätze zu bewegen[3]), den er auch in den folgenden Ver-

---

Grad näher berechtigt sei, als der Pfalzgraf und die zweibrückische Linie, war ohne Bedeutung und wurde von dem zweibrückischen Gesandten zurückgewiesen.

[1]) Die sächsischen Gesandten waren am 2. Mai in Frankfurt angekommen und erklärten den neuburgischen, sie hätten keine Instruction erhalten.

[2]) Er rieth aber den Gesandten, stark darauf zu dringen, da „unterschiedliche Kriegsofficieren ach den Gülicher Quartieren sehr verlangten und gegen deren Assignation 3 Monate Sold fallen zu lassen sich erboten hätten.“ Vgl. das, was oben S. 83 u. 95 über die Vorschläge Thylli's, Camerarius' und Wasserhuhn's gesagt worden ist.

[3]) Vgl. auch die Aeusserung Oxenstjerna's S. 100, Anm. 1. Auch bei den letzten Verhandlungen im Haag hatte sich der Widerstand gegen die Räumung der Grafschaft Mark geltend gemacht.

handlungen des Conventes den kurbrandenburgischen Gesandten gegenüber bethätigte. Siegburgs strategische Bedeutung hielt man allerseits für gross genug, um auch den Vorschlag des Pfalzgrafen, die Befestigungen zu schleifen,[1]) von der Hand zu weisen. Man vertröstete ihn vielmehr darauf, dass es mit der Stadt Köln, die man Seitens des Bundes zu neutralisiren wünschte, „in einen anderen Stand kommen werde“[2]), in diesem Falle würde seinen Wünschen auch in dieser Hinsicht Rechnung getragen werden können.

Wolfgang Wilhelm aber hielt zähe an seiner Forderung, die gesammten Erblande und die Abtei Siegburg in die Neutralität einzubeziehen, fest. Eine Nachgiebigkeit in diesem Punkt hätte ja den Anschein erwecken können, als ob er gesonnen sei, endgiltig auf Cleve und Mark zu verzichten, und nichts lag ihm ferner, als dieses Anrecht preiszugeben und die Provisionalvergleiche als endgiltige Theilungsverträge anzusehen.

So zogen sich die Verhandlungen immer weiter in die Länge. Mansfeld war am 11. Juni in Düsseldorf erschienen und immer noch war keine Entscheidung in Frankfurt erfolgt, da Oxenstjerna Anfang Juni nach Mainz abgereist war. Die Gesandten, schon längst ungeduldig und wiederholt um die Erlaubniss zur Abreise nachsuchend, erhielten den früheren Weisungen zuwider Befehl, in Frankfurt zu bleiben. Endlich gelang es ihnen, eine schriftliche Erklärung, die am 28. Juni ausgefertigt war, zu erhalten. Dr. Althoven brachte sie selbst am 8. Juli nach Düsseldorf, während er die beiden anderen Räthe in Frankfurt zurückliess.

Diese Resolution war nichts weniger als eine kategorische und endgiltige Erklärung, wie sie Wolfgang Wilhelm verlangte und bedurfte. Die neuburgischen Plätze und Siegburg einzuräumen gestatte status publicus und ratio belli nicht. An der Regierung und Nutzniessung der Gefälle in Neuburg solle ihm kein Eintrag geschehen und das Herzogthum so viel als möglich verschont werden. Eine günstigere Resolution stellte man

---

[1]) Auch der Abt von Siegburg, der um diese Zeit in Düsseldorf gewesen war, hatte sich mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt.

[2]) Bericht vom 17. Juni. Später, am 27. Juli berichteten die Gesandten: „Man hat hier ein starkes Aug auf die Stadt Collen und diejenige Oerter, so im Stift Cöln noch übrig sein zu occupiren.“ Wenn Köln aus der Hostilität in den Stand, als sie vor Baudissins Angriff auf Deutz gewesen, gestellt werden könne, „das solte ihnen wohl im sin sein.“

— auch hinsichtlich Siegburgs — in Aussicht, sobald sich die allgemeine Lage ändere, sprach aber die Erwartung aus, der Pfalzgraf werde „einen und anderen der confoederirten Stände und dero Hauses Anverwandten was sie aus solchen Landen agnationis oder successionis jure oder in andere Weg rechtmessig zu praetendiren“, keinen Eintrag thun wollen.[1]) Die „jülich-clevischen etc. Lande“ sollten neutral sein und mit Ausnahme von Siegburg geräumt werden, vorausgesetzt, dass aus dem Lande den Verbündeten keine Feindseligkeiten geschähen und der Feind die gleiche Neutralität beobachte. Die Grafschaft Mark war in der Resolution nicht ausdrücklich erwähnt; und doch war es ihm gerade hinsichtlich dieser um eine positive Erklärung zu thun. Der Pfalzgraf sollte sich auf der andern Seite verpflichten, sein Kriegsvolk abzudanken. Trüge er Bedenken, es dem Bunde zu überlassen, so könne man sich deswegen noch näher vergleichen.

Um zu erkennen, wie sehr der Pfalzgraf durch das lange Aufschieben des Bescheides und durch dessen Inhalt in die Enge gerieth, wie gross die Gefahr war, dass er sich seinem eigenen Ausdrucke nach zwischen zwei Stühle setzte, dazu ist es nöthig sich zu vergegenwärtigen, wie sich sein Verhältniss zu der katholischen Partei, zu dem Kaiser, den Ligisten und zu Spanien inzwischen gestaltet hatte.

Neuntes Capitel.

Die Commission des Grafen Philipp von Mansfeld. 1634 Juni—November.

Beziehungen W. W.'s zum Kaiser. — Die Ernennung des Grafen Phil. v. Mansfeld zum kais. Commissar. Widerstand des Pfalzgrafen. — Die Landstände von Jülich-Berg. — Durchzüge der Kaiserlichen.

---

[1]) Die religiöse Frage wurde offen nicht berührt, sie mochte aber wohl in diesem Anhang verborgen sein, wenigstens schrieb Dr. Erasmus, sonst auch Agent des Pfalzgrafen, an dessen Bruder Hans Friedrich am 17. Juni, ein Vertreter aus dem Consilium formatum habe ihm, Erasmus, eröffnet, Herzog Hans Friedrich brauche wegen des Religionspunktes ausser Sorge zu sein, da die Neutralität noch nicht verwilligt, sondern nur die Regierung nebst den Gefällen reservatis juribus aliorum eingeräumt werde. Daher könne Hans Friedrich und die sulzbachische junge Herrschaft die Religion augsburgischer Confession anstellen und frei haben. Wenn Wolfgang Wilhelm ein Anderes versuchen wolle, so werde man erst durch Gesandte, dann mit Gewalt sich der Sache annehmen. — Der Brief war in die Hände Maximilians von Bayern gefallen und wurde von diesem (Regensburg Juli 17) an W. W. gesandt.

Besetzung von Hückeswagen. — Abermalige Annäherung von Kurmainz und Kurköln. — Mansfelds Ankunft. — Antwort W. W.'s. — Verhandlungen mit Aitona. Gesandtschaft des Agostino Spinola. — Vertrag von Hasselt. — Ritter Stick. — Drängen Mansfelds. — Bönninghausen im Bergischen. Widerstaud des Landvolkes. — Mansfeld beruft die Stände und schreibt Contributionen aus. — Sendung Wonsheims. — Erlasse Mansfelds. Heftiger Briefwechsel zwischen dem Pfalzgrafen und ihm. — Seine Absichten auf Siegburg. — Conflicte zwischen dem neuburgischen Militär und den Unterthanen. — Die Mansfeldischen im Jülichschen. Raubzug Bönninghausens. — Aufhebung Sticks durch die Kaiserlichen. — Zusammenkunft W. W.'s mit Mansfeld in Mülheim a. Rh. — Gereizter Briefwechsel. — W. W. sucht Aitona bei Maastricht auf. — Sticks Erfolge. Erklärung des Heilbronner Bundes. — Wirkung der Schlacht bei Nördlingen. — Rheinübergang Mansfelds. Marsch durch Jülich. — Oxenstjernas Erklärung. — W. W.'s Zusammenkunft mit Mansfeld und den ligistischen Fürsten in Brühl, mit Aitona in Tervueren. Anerbieten des Pfalzgrafen. — Ankunft des Cardinalinfanten. Zusammenkunft mit W. W. und Reise nach Jülich. — Mansfelds Aufenthalt im Jülichschen. Der Graf von Fürstenberg im Bergischen. — Mansfeld verlässt das Land.

Nachdem im November 1633 der Annäherungsversuch Wolfgang Wilhelms an den Kaiser gescheitert war,[1] hatte sich alsbald zwischen Beiden wieder Spannung und Misstrauen gezeigt. Dem kaiserlichen Commissar Velbrück, der im Stifte Essen Werbe- und Musterplätze errichtet, waren von Seiten der neuburgischen Behörden Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden, da die eigenen Rüstungen des Pfalzgrafen dadurch geschädigt wurden. Der Kaiser machte ihm darüber Vorhaltungen, der Pfalzgraf replicirte. Hatte er sich nach dem Siege bei Steinau lebhaft über die schwedischen Uebergriffe beschwert, so lenkte er nun plötzlich wieder ein. Die Schweden, schrieb er 1634 Jan. 24, seien nicht weiter vorgerückt als Siegburg, Blankenberg, Windeck, Landsberg und Kettwiger Brücke, und von diesen Plätzen sei nur Siegburg von Bedeutung. Der Kaiser möge Velbrück nicht glauben, wenn dieser ihn beschuldige, er begünstige die Schweden, und er möge ihn seiner Vertheidigungsmittel nicht berauben, ihm vielmehr einige Regimenter zu Hilfe schicken, wenn die Schweden keine genügenden Erklärungen über die Verschonung abgeben würden und bei den Ständen des westfälischen Kreises dahin wirken, dass sie ihn zum Kreisobersten wählten. Er kam also auf seine alten Forderungen zurück.

---

[1]) S. o. S. 84 ff.

Wenn er damals fürchtete, der Kaiser werde Velbrück Vollmacht ertheilen, ihm seine Soldaten abwendig zu machen und sich der jülich-bergischen Lande in derselben Weise zu seinem Vortheil zu bedienen, wie dies die Schweden thaten, so erfuhr er bald, dass die Absichten des Kaisers — allerdings nur hinsichtlich der Personalfrage — andere seien: Am 1. Februar empfing er die förmliche Mittheilung (d. d. Wien 1634 Jan. 3), der Obristfeldzeugmeister Graf Philipp von Mansfeld werde in kurzem zur Uebernahme des Generalcommandos in der dortigen Gegend abreisen. Der Graf werde sich den Schutz der Jülicher Lande besonders angelegen sein lassen und dem Pfalzgrafen in Feindesgefahr beistehen.

Aus allen Kräften sträubte sich der Pfalzgraf, gedeckt durch den Löwener Vertrag, gegen diese nicht erbetene Hilfe, er verwies auf die schwedische Provisionalerklärung und sprach die Hoffnung aus, der Kaiser werde die jülich-clevischen Lande verschonen. Immer in Furcht vor den Sequestrirungsabsichten des Kaisers, bat er um den Befehl an Mansfeld, sich weder in Jülich-Berg noch in Cleve-Mark einzulagern, da die Letzteren an dem Bündnisse Kurbrandenburgs mit Schweden unschuldig seien. Mit unendlich vielen Worten wiederholte er die alten Gründe, weshalb man den Bruch der Neutralität und das Eingreifen der Generalstaaten vermeiden müsse, wobei er namentlich auch die Gefahr für die katholische Kirche nicht vergass.

Aber man war in Wien nicht willens, sich von dem Pfalzgrafen länger hinhalten zu lassen. Kurmainz und Kurköln hatten das ihrige dazu gethan, den Kaiser von der Zwecklosigkeit weiterer Verhandlungen mit ihm zu überzeugen. Zudem setzte man in seine religiöse Beständigkeit, trotz dem gegenreformatorischen Eifer, den er entwickelte, nur sehr geringes Vertrauen[1]), namentlich seit seiner Heirath mit einer calvinistischen Prinzessin. Ueberhaupt aber wollte man nicht ihn, der eingestandenermassen von der Heerführung wenig verstand, sondern seine Soldaten, und zwar womöglich ohne jede Gegenleistung.

---

[1]) Mansfeld selbst äusserte bei seiner Anwesenheit in Düsseldorf, dass wegen des Pfalzgrafen Beständigkeit in der katholischen Religion zur Zeit seiner Abreise von Wien dort „stark hab gezweifelt werden wollen." Und noch bei seinem Aufenthalt in Wien im Jahre 1635 wurde er am dortigen Hofe ermahnt, sich von seiner Gemahlin nicht calvinisch machen zu lassen. Vgl. o. S. 96.

Waren die früheren Versuche erfolglos verlaufen, so glaubte man jetzt ein geeignetes Mittel gefunden zu haben, um seinen Widerstand zu brechen. Die Landstände von Jülich-Berg hatten sich, nachdem der Pfalzgraf die von ihnen bewilligten Steuern eigenmächtig erhöht, sich Neuerungen in der Art der Erhebung erlaubt und die sogenannten Monatsgelder ausgeschrieben hatte, abermals klagend an den Kaiser gewandt. Unterstützt wurde die ständische Opposition durch die lebhafte Missstimmung, die im ganzen Lande gegen die Soldaten des Pfalzgrafen herrschte. Wurden sie doch, so sagte man, zu nichts anderem als zur Beitreibung der Steuern verwendet. Die Rolle des Schiedsrichters, die dem Kaiser hier zufiel, war ausserordentlich geeignet, sich der Truppen des Pfalzgrafen zu bemächtigen. Er brauchte nur die Klagen der Stände als berechtigt anzuerkennen. Zunächst allerdings musste versucht werden, den Pfalzgrafen zur gutwilligen Ueberlassung seines Heeres zu bestimmen. Wenn dies gelang, konnte die kaiserliche Entscheidung so ausfallen, dass das Land zwar die Truppen selbst los wurde, aber die Kosten dafür bezahlen musste. Im anderen Falle konnte man die Ansicht der Stände unterstützen, die Steuerausschreibungen als verfassungswidrig hinstellen, die Beitreibung derselben verbieten und so dem Pfalzgrafen die Mittel zum Unterhalt seiner Soldaten entziehen; diese würden dann schon von selbst unter die kaiserlichen Fahnen eilen. Im ungünstigsten Falle blieb noch die Anwendung von Gewaltmassregeln übrig, und dazu setzte man Mansfeld in die Lage durch die Ernennung zum Oberbefehlshaber der kaiserlich-ligistischen Truppen, die allerdings zunächst und hauptsächlich den Zweck verfolgten, den durch die Competenzstreitigkeiten der Heerführer veranlassten Misserfolg der katholischen Waffen wett zu machen.

Ehe indessen Mansfeld am Niederrhein ankam — seine Abreise wurde, wie es scheint, durch den Conflict Wallensteins mit dem Kaiser hinausgeschoben —, machten noch einmal Ende Mai die beiden Kurfürsten von Mainz und Köln von sich aus den Versuch, den Pfalzgrafen zum Eingreifen in den Krieg zu veranlassen.

Die ligistischen Feldherren hatten in Westfalen mit wechselndem Kriegsglück gekämpft. Anfang April hatten sie ihre Truppen zusammengezogen, um Hildesheim zu entsetzen, und mehrere Erfolge davongetragen. Höxter, Beckum, Hamm und Lünen waren in ihre Hände gefallen. Dann aber hatten sich die lüneburgischen und hessischen

Truppen vereinigt, und Geleen musste vor ihnen nach dem Rheine zurückweichen.[1]) Wiederholt war in dieser Zeit das Herzogthum Berg von den Durchzügen der kaiserlich-ligistischen Truppen berührt worden. In Hückeswagen, das allerdings an Graf Adam von Schwarzenberg abgetreten war, hatte der kaiserliche Commissar Velbrück neugeworbenes Volk eingelegt, das die Umgegend unsicher machte, und der Ort blieb trotz dem Proteste des Pfalzgrafen und des Grafen Adam besetzt, ja es war sogar zu Zusammenstössen zwischen kaiserlichen und neuburgischen Truppen gekommen.[2]) Auch sonst fehlte es nicht an den gewöhnlichen Heimsuchungen des platten Landes durch die Soldaten, an Viehraub und Plünderung.

Als sich indessen Geleen dem Rhein immer mehr näherte, fürchtete der Pfalzgraf eine Belagerung der durch die Schweden besetzten Plätze. Dies musste den Erfolg seiner Verhandlungen auf dem Frankfurter Convente in Frage stellen, und so begab er sich, um dem Schauplatz näher zu sein, am 9. Mai nach Mülheim. Hier war er auch in unmittelbarer Nähe der beiden ligistischen Kurfürsten, an die er das Ansuchen stellte, sie möchten Geleen den Befehl ertheilen, sich des Attentirens und Attaquirens im Herzogthum Berg enthalten. Es sei Sache eines jeden Fürsten, so schrieb er dann unterm 18. von Düsseldorf aus, die Recuperation der in seinem Lande gelegenen Plätze selbst an die Hand zu nehmen, und drohte, wenn ihm der Krieg in das Land gezogen werde, so wisse er, bei wem er sich des Schadens zu erholen habe. Er sei ohnedies entschlossen, wenn die Abführung der Schweden nicht gutwillig zu erhalten sei, sich „omnibus viribus dagegen zu setzen und zu solchem End sich um ergibige Conjunction und Beistand zu bewerben."[3])

Diese Andeutung, zunächst nur mit dem Hinweis auf Mansfelds bevorstehende Ankunft beantwortet, veranlasste die Kurfürsten am 30. Mai, als nach dem Falle von Hamm und Lünen sich Geleen nach Münster hatte zurückziehen müssen, und die Gefahr vor den Lüneburgern und Hessen

[1]) Am 11. Mai hatte der neuburgische Capitainlieutenant von Bellinghausen mit 50 Mann den k. Commandanten von Hückeswagen de Coxie überfallen, was ihm eine Verwarnung des Pfalzgrafen zuzog. — Der neuburgische Commandant in Mülheim Daniels hatte im März plündernde kaiserliche Reiter gefangen gesetzt, so dass Bönninghausen mit Repressalien an bergischen Unterthanen drohte.

[2]) Theatr. Europ. III. S. 222 ff.

[3]) Die letztere Bemerkung in dem Schreiben von 1634 Mai 9. P. B. 104.

immer grösser wurde, den Pfalzgrafen aufs dringendste um die Conjunction seiner Truppen zu ersuchen. Man fürchtete für die Stadt Köln. Wenn er Geleen nicht direct unterstützen wolle, so möge er wenigstens sein Volk an der bergischen Grenze zusammenziehen und auf diese Weise die Absichten des Feindes durchkreuzen. Wolfgang Wilhelm liess die beiden Kurfürsten das moralische Uebergewicht, welches ihm der Augenblick ihrer Gefahr gab, in sehr nachdrücklicher Weise fühlen. Ihr Missgeschick war nach seiner Ansicht nur die Folge davon, dass sie nicht auf seine Pläne zur Verhinderung des Neutralitätsbruches eingegangen waren. Er machte sie verantwortlich für den Nachtheil, den er durch die Einlagerungen in Mark und Ravensberg erfuhr, und führte auch die Verluste, die er im Fürstenthum Neuburg erlitten hatte, auf ihre „falschen und erdichteten Angaben" zurück, durch die sie Schweden und Holländer gegen ihn animirt hätten. Die Conjunction lehnte er ab. Wenn er trotzdem behauptete, er setze die bisherigen Differenzpunkte nur auseinander, damit er um so eher von ihnen Eventualnachrichtung bekomme, ob und wie sie für den Fall, dass er sich zur Conjunction entschliessen würde, die „Difficultäten nunmehr zu remediren gewillt und gemechtiget seien," so konnte dies angesichts der Verhandlungen, die er mit den Schweden führte, nur den Zweck weiteren Hinausschiebens haben. Für den äussersten Nothfall war er ja jetzt durch den Vertrag mit Aitona gedeckt und im übrigen konnten derartige Aeusserungen und Verhandlungen nur von der Absicht dictirt sein, dem Kaiser und der katholischen Partei gegenüber sagen zu können, an seinem guten Willen habe es nicht gefehlt, die Schuld des Misserfolges liege an dem mangelnden Entgegenkommen der Anderen. Besonders im Hinblick auf Mansfelds Eintreffen mochte ihm ein solches Verfahren zweckmässig erscheinen.

Dieser hatte sich zunächst zu Aitona begeben und war am 15. April in Brüssel eingetroffen. Ende Mai befand er sich in Lüttich und endlich am 5. Juni kam er nach Köln. Am 11. erschien er in Düsseldorf,[1]) wo er, mit allen Ehren eines kaiserlichen Gesandten unter Losbrennung des groben Geschützes vom Pfalzgrafen eingeholt, sich seines Auftrages entledigte. Anknüpfend an jene geheimen Anerbietungen, die Wolfgang Wilhelm durch

---

[1]) In Begleitung von General Gronsfeld und Agostino Spinola. Vgl. Theatr. Europ. III, S. 244.

Griesheim dem Kaiser hatte überbringen lassen, setzte er die Bedenken auseinander, die der Ueberlassung des Commandos an den Pfalzgrafen im Wege ständen, die Rücksicht auf die anderen Fürsten (Kurmainz, Kurköln etc.) und auf die Generalstaaten, die das offene Eingreifen des Pfalzgrafen als einen Neutralitätsbruch betrachten könnten. Als Auskunftsmittel schlug er vor, das Commando über die neuburgischen Truppen dem Prinzen Philipp Wilhelm „neben Bestellung und Adjungirung guter Kriegsofficirer“ zu lassen, jedoch unter Mansfelds Leitung. Auf diese Weise würde der Prinz in militärischen Dingen geübt und das Kriegsvolk aus dem Lande gebracht. Der Kaiser aber werde, wie es in Mansfelds Instruction hiess, Gelegenheit erlangen, seine Affection gegen den Pfalzgrafen „in andere Wege zu demonstriren“.

Durch seinen Aufenthalt in Brüssel und Köln auf die Geschicklichkeit Wolfgang Wilhelms, Auswege zu suchen und die Dinge in die Länge zu ziehen, vorbereitet und durch den Misserfolg Merodes im vorigen Jahre gewarnt, drängte er auf schleunige Entscheidung und liess sich sehr deutlich über die Massregeln aus, die er im Falle einer ablehnenden oder unentschiedenen Antwort ergreifen wolle. Er habe Vollmacht, die Truppen des Pfalzgrafen, dessen Landstände, ja den Prinzen selbst „zu debouchiren“, und sei willens, die Stände nach Köln zu citiren. Und wenn er sich auch, wie er dem Pfalzgrafen erklärte, „mit Thränen in den Augen“ von dessen Beständigkeit in der katholischen Religion beim Kirchgang und anderswo überzeugte, so hinderte ihn das doch nicht, rücksichtslos auf sein Ziel loszugehen.

Zu einem kleinen Aufschub musste er sich allerdings doch bequemen. Am 13. Juni erhielt er die Antwort auf seine Werbung. Sie war natürlich nichts weniger, als ein einfaches Ja oder Nein. Hatte man den Pfalzgrafen an den durch Griesheim vermittelten Anträgen festzuhalten versucht, so entschlüpfte dieser jetzt durch die Hinterthüre, die er sich offengehalten hatte, indem er die damals vorbehaltenen Bedingungen und die Unzweckmässigkeit, sich in den Krieg zu mischen, hervorhob. Thatsächlich hatte er auch jetzt um so weniger Veranlassung, dem Kaiser zu Diensten zu sein, als sein Misstrauen gegen dessen Absichten erst kürzlich neue Nahrung erhalten hatte. Sollte doch Ferdinand II. Merode die Grafschaft Mark zum Geschenke gemacht haben.[1]) Er dankte daher

[1]) Vgl. o. S. 100, Anm. 2.

dem Kaiser höflich für die Bereitwilligkeit, ihn mit persönlichen Kriegsdiensten zu verschonen und suchte zu beweisen, es sei nöthig, dass er sein Volk in Händen behalte. Durch ein anscheinendes Entgegenkommen war er bedacht, den üblen Eindruck seiner Ablehnung zu verwischen und Frist zu gewinnen. Im Falle einer widrigen Erklärung des Frankfurter Conventes sei er bereit, sich zu vergleichen, „wie ein Theil dem anderen pro communi causa secondiren oder Volk zuschicken solle", und welches die Grenzen sein sollten, in denen jeder Theil das Commando zu führen habe, wobei er seinen Anspruch erneuerte, im westfälischen Kreis, oder doch wenigstens in den Jülicher Erblanden zu befehligen. Gleichzeitig aber traf er Vorsichtsmassregeln, um das angedrohte „Debouchiren" seiner Soldaten zu verhindern, indem er noch an demselben Tage den Befehl ertheilte, sie zu mustern.[1])

Auch seine bisherigen Verhandlungen und Abmachungen mit Aitona gab er Mansfeld gegenüber als Grund zum Aufschub an, obgleich gerade der Marchese nicht aufgehört hatte, ihn zum endlichen Bruche mit den Schweden zu ermuntern. Wolfgang Wilhelm hatte ohne Unterbrechung seine Bemühungen, von den Spaniern Geld zu erhalten[2]), fortgesetzt. Wenn ihm Aitona mittheilen liess, er werde dem Löwener Vertrage pünktlich nachkommen, sobald der Bruch mit den Evangelischen oder die Vereinigung mit den ligistischen Truppen vollzogen sei, und dem Pfalzgrafen zu Gemüthe führte, dass statt der festgesetzten Frist von drei Wochen nun bereits fünf Monate verstrichen seien, klagte Wolfgang Wilhelm über des Gouverneurs Härte und liess mit Bitten nicht nach, bis jener schliesslich (Anfang Juni) Don Agostino Spinola an ihn abordnete. Schon glaubte der redegewandte Pfalzgraf den Gesandten überzeugt zu haben, dass der gegenwärtige Augenblick unzweckmässig zum Bruche mit den Schweden sei, und bat schriftlich nochmals um die

---

[1]) Die Standquartiere der drei neu geworbenen Regimenter waren folgende: Regiment Neuland in Oberwinter und Remagen, Euskirchen, Düren, Gangelt, Sittard, Süsteren, Heinsberg, Waldniel je eine Compagnie; Regiment Zweifel in Honnef, Lülsdorf, Dollendorf je eine, in Solingen zwei, in Gräfrath, Monheim, Mettmann, Gerresheim je eine Compagnie; Regiment Bellinghausen in Rade vorm Wald zwei Compagnieen, in Wipperfürth und Neuenberg eine, in Lennep und Elberfeld je drei Compagnieen. P. B. 102, fol. 152.

[2]) S. o. S. 94 f.

Zahlungen für seine Truppen[1]), indem er erklärte[2]), es sei ihm nicht länger möglich, das Geld für dieselben aufzubringen, und es sei Gefahr vorhanden, dass sie auseinanderliefen. Aber auch jetzt blieb Aitona unerbittlich und stellte ihm am 13. Juni (praes. 16. Juni) dreierlei zur Wahl: Kriegserklärung an die Schweden, Abtretung seiner Truppen an die Liga, oder an ihn, Aitona. Sonst werde er keinen Heller erhalten[3]).

Alles schien dem Pfalzgrafen zu misslingen; seine Verlegenheit wurde immer grösser. Mansfeld drängte auf Entscheidung[4]), Aitona blieb fest auf seiner Forderung bestehen, und die Berichte der Gesandten am Frankfurter Convent stellten die Erfüllung der vom Pfalzgrafen erhobenen Forderungen immer mehr als unwahrscheinlich hin.

Jetzt galt es, abermals einen Aufschub zu erlangen, und zwar durch eine persönliche Einwirkung auf Aitona. Mansfeld theilte er mit, die erwartete Antwort des Marchese sei schlecht ausgefallen, und die Schweden seien zwar zur Räumung bereit, aber unter beschwerlichen Bedingungen; es sei rathsam, so meine auch Spinola, Aitona die Sache vorzustellen. Ende des Monats reiste er nach dem Feldlager bei Hasselt ab, wo es am 30. Juni abermals zum Abschluss eines Vertrages kam, der von dem Präsidenten Rosa schon mehrere Wochen vorher ausgearbeitet worden war. Der Pfalzgraf verpflichtete sich durch denselben, keine Neutralität mit den Schweden und deren Verbündeten zu halten, wenn innerhalb dreier Monate die Räumung der von ihnen besetzten Plätze nicht erfolgt sei. Im Fall des Bruches versprach Aitona die Unterhaltung der Hälfte der Truppen und für den Nothfall auch Succurs gegen die Schweden sowie gegen die Holländer, wenn diese sich mit jenen gegen den Pfalzgrafen verbündeten. Dessen Wünsche inbetreff des Commandos im westfälischen Kreis wollte der Gou-

---

[1]) Er führte am 6. Juni als augenblicklichen Bestand an 3 neue Regimenter, jedes zu 1100—2000 Mann, 18 Compagnieen zu Pferde und 2 alte Regimenter.

[2]) Unterm 12. Juni.

[3]) „Como V. A. pero difficultando de cumplir una destas tres cosas, declaro aviertamente, que yo no dare nigun dinero, pareciendome, que de ninguna manera seria cosa acertada dar lo para tener esta gente siempre en sus quartales sin emplearla y sinsacar ningun provecho della, teniendo tanto adonde acudir y obrar para la causa commun."

[4]) Juni 21, nach dem Eintreffen der Couriere von Brüssel und Frankfurt.

verneur bei den in Köln versammelten Fürsten unterstützen, und ebenso sagte er seine Unterstützung bei dem Kaiser, dem König von Böhmen und Ungarn, sowie bei Maximilian von Bayern zu. Auch in anderen weniger wesentlichen Punkten kam er den Wünschen Wolfgang Wilhelms entgegen.[1]) Die Angabe eines bestimmten Termins in dem Hauptpunkt des Vertrages hatte dieser ursprünglich umgehen wollen, aber Aitona und Rosa hatten auf einer einmonatlichen Frist bestanden; erst auf die Vorstellungen des Pfalzgrafen hin hatte sie Rosa — und zwar anscheinend nach der Unterzeichnung des Vertrags — neben anderen Correcturen in eine dreimonatliche umgewandelt.[2])

Einige Zeit war demnach für Wolfgang Wilhelm wieder gewonnen. Nun galt es, sie auszunutzen und mit neuen Kräften einen abermaligen Versuch zu machen, die Schweden zur Räumung zu bewegen. Wie sollte er sonst, durch so klare Bestimmungen gebunden, der Gefahr des Krieges entgehen? Eine geeignete Persönlichkeit zur Durchführung dieser Aufgabe glaubte er bereits gefunden zu haben. Es war ein Holländer, der Ritter Dr. Christoph Stick, dem Pfalzgrafen aus der kurzen Zeit der gemeinsamen kurbrandenburgisch-pfalz-neuburgischen Regierung bekannt, in der er als brandenburgischer Rath fungirt hatte, und den eine besondere Veranlassung dazu antrieb, dem Neuburger seine Dienste anzubieten.[3]) In halb-

---

[1]) So versprach er, auch bei dem König von Spanien einen Beitrag zu den vom Pfalzgrafen beabsichtigten Befestigungsbauten in Düsseldorf und Neuburg zu beantragen. In Düsseldorf wollte W. W. auf dem linken Rheinufer gegenüber der Stadt ein Fort anlegen und so die Verbindung der beiden Ufer durch eine Brücke sichern.

[2]) Die ursprüngliche Fassung des ersten Paragraphen lautet: „El señor de Neuburg no tendra neutralidad con los Suecos ni sus adhaerentes, sino promitiendo ellos de restituir dentro de un mes todo lo, que han usurpardo en sus estados, assi de Neuburg como otros"; daraus corrigirte Rosa: „sino restituendo ellos de utro de tres meses a lo mas largo todo lo, que" etc. In Beziehung auf die geforderte factische Abtretung war die zweite Fassung allerdings auch wieder eine strengere, als die erste, die nur ein Versprechen der Schweden zur Bedingung machte. — Eine noch frühere Fassung, die bereits Agostino Spinola am 6. Juni dem Pfalzgrafen vorlegte, lautete: „sino restituyendo ellos quanto antes a su Alt." etc.

[3]) Johann Sigismund hatte ihm in der Conflictszeit (1615 Jan. 22) die flandrische Herrschaft Breskesand übertragen. W. W. hatte gegen diese einseitige Schenkung protestirt. Nach den Verträgen von 1629 und 1630 hätte die Herrschaft Pfalz-Neuburg eingeräumt werden sollen. Stick hatte sich dagegen gesträubt und W. W. hatte sie dem Greffier der spanischen Niederlande Musch auf 20 Jahre

officieller Eigenschaft, zugleich Beauftragter des Prinzen von Oranien, dem die Neutralisirung des Pfalzgrafen sehr am Herzen lag, und Wolfgang Wilhelms, reiste nun Stick zwischen dem Haag, Düsseldorf und Frankfurt (später auch Worms) hin und her und betrieb mit unermüdlichem Eifer nicht ohne Erfolg die schwierige Angelegenheit. Der Pfalzgraf zog auch jetzt die Erreichung seines Zieles durch diplomatische Künste vor, trotzdem seine Räthe — und unter diesen Goswin von Spiering — die Verhandlungen für zwecklos hielten, und trotzdem sogar der Gesandte der Generalstaaten Pauw der Ansicht war, man müsse „andere canones, als persuasiones, interpositiones und remonstrationes" gebrauchen.

Wenn aber Wolfgang Wilhelm glaubte, Mansfeld und die Fürsten, von denen namentlich Anselm Kasimir den Grafen aufs eifrigste zum rücksichtslosen Vorgehen reizte,[1]) würden sich länger mit zweifelhaften Vertröstungen hinhalten lassen, so sollte er sich schwer täuschen. In der That waren auch die Erfolge ihrer Feinde nicht geeignet, sie geduldig zu machen. Nach der Rückkehr des Pfalzgrafen von Aitona benachrichtigte ihn Mansfeld von der Einnahme von Borken durch den Gegner, der seine Artillerie in Ruhrort und an der Kettwiger Brücke zusammenziehe; vermuthlich sei ein Einfall im Bergischen beabsichtigt. Und am 3. Juli schickte er ihm den Sergeantmajor Bertel zu, um ihn zum Entsatze von Kaiserswerth, das man durch die Lüneburgischen bedroht glaubte, zu veranlassen. Der Pfalzgraf antwortete mit halben Zusagen und Gegenforderungen, die Mansfeld und die Fürsten nur noch mehr reizen mussten.[2]) „Neuburg führt uns alle an der Nase herum, und merito, wenn wir es zulassen",

---

gegen das Versprechen verpachtet, ihm zu ihrem Besitze zu verhelfen. Die Dienstleistungen, zu welchen sich Stick nun dem Pfalzgrafen erbot, sollten der Preis dafür sein, dass ihm dieser Breskesand liess. In der That befahl später (am 6. Nov. 1634) der Pfalzgraf die Einstellung des Processes gegen Stick. Musch wurde dann mit 18000 Gulden abgefunden und Stick empfing am 24. November 1637 wegen geleisteter Dienste die Belehnung. (Jülich-Berg, Herrschaften u. s. w. No. 1).

[1]) Auch die jülich-bergischen Stände hatte der Kurfürst nicht nur zum Widerstand gegen den Pfalzgrafen angestachelt, sondern auch mit Rath und That unterstützt.

[2]) Düsseldorf, Juli 7. Er verlangte eine kategorische Erklärung inbetreff des von ihm geforderten Kriegsdirectoriums. Wenn ihm diese gegeben werde, wolle er sein Volk nach dem Rhein rücken lassen. Die Kurfürsten sollten ihre bei Kaiserswerth befindlichen Truppen in die kurkölnischen Städte oder doch auf die linke Rheinseite führen, damit seine Unterthanen nicht beschwert würden.

schrieb am 5. Juli der Kurfürst von Köln an Franz Wilhelm von Osnabrück. „Was macht man so viel trangs mit ihm, ist doch sein eigen Land gegen ihn!"

Da erschienen, verfolgt von der gegnerischen Reiterei, in der Nacht vom 7. bis 8. Juli auf der Wipperfürther Strasse 6 kaiserlich-ligistische Cavallerieregimenter, meist neu geworbene und schlecht disciplinirte Truppen [1]), unter dem Commando Bönninghausens, dessen Name für die bergische Bevölkerung von seinen letzten Einlagerungen her einen furchtbaren Klang hatte, in der Gegend von Mülheim a. Rh. Mansfeld wies ihnen nicht in kurkölnischem Gebiete, sondern in den bergischen Aemtern Porz und Lülsdorf — das Hauptquartier war in Buchheim — Quartiere an. Wieder hausten die Kaiserlichen in der zügellosesten Weise [2]), zerstörten die Feldfrucht und trieben in förmlichen Treibjagden das in die Wälder geflüchtete Vieh, das sich die Bauern seit der letzten Heimsuchung mit Mühe und Noth und meist auf Borg wieder erworben hatten, zusammen. Der Schaden war um so grösser, als man sich gerade vor der Ernte befand. Kurz darauf, am 11. Juli, erschienen im Amte Steinbach abermals drei Regimenter zu Pferde und 700 Mann zu Fuss [3]), während schon einige Tage zuvor die ehemalige Besatzung von Borken in Kaiserswerth eingetroffen war und das benachbarte Amt Angermund unsicher machte. [4])

So zeigte sich abermals das wiederholt beobachtete Schauspiel: Durch die Einlegung von Truppen suchten die katholischen Fürsten den Widerstand des Pfalzgrafen gegen den Anschluss an sie zu brechen. Zwar schickte er alsbald nach dem Eintreffen der Bönninghausenschen Reiter den eben von Frankfurt angelangten Dr. Altenhoven an Mansfeld und die Fürsten. Aber der Graf erklärte ausdrücklich, er könne die Truppen nicht aus dem Land führen, und der Unterhalt für dieselben müsse daraus beschafft werden. Der Pfalzgraf habe dies voraussehen können. Wolle er sich dagegen morgen mit ihm vereinigen, so sollten übermorgen die Truppen aus dem

---

[1]) Vgl. Theatr. Europ. III, S. 244.

[2]) Zu erwähnen ist die Ausraubung des dem jülich-bergischen Kanzler von der Horst gehörigen Hauses Mielenforst.

[3]) Heimgesucht wurden besonders die Kirchspiele Overath und Engelskirchen. Bericht des Amtmanns v. Bellinghausen von 1634 Juli 16, der ausserdem die „Schwächung" des Eisengewerks auf der Kaldenbach als Folge dieses Einfalls bezeichnet.

[4]) Hier schritt allerdings das neuburgische Militär ein. Der Obristwachtmeister Franciotti setzte auf der Plünderung ergriffene kaiserliche Soldaten in Ratingen fest.

Land geführt werden. An neuen Ermahnungen und verlockenden Verheissungen liess er es nicht fehlen.[1])

Was half es Wolfgang Wilhelm, dass er im höchsten Zorne mit Repressalien, mit Einmarsch in kurkölnisches Gebiet drohte und äusserte, er lasse sich nicht gegen seinen Willen zur Conjunction drängen, sondern wolle sich lieber mit denen herumschlagen, die ihn dazu nöthigen wollten? Man wusste zur Genüge, was von diesen Drohungen zu halten war und fürchtete sie nicht. Am 13. Juli fand zwar eine Verschiebung der Quartiere statt, indem die Truppen in die Gegend von Lülsdorf, Zündorf, Niedercassel und Rheydt marschirten, angeblich in der Absicht, bei Mondorf und Zündorf den Rhein zu überschreiten. Aber die Hauptmasse des Kriegsvolkes blieb im Lande. Nicht einmal die von den neuburgischen Soldaten belegten Quartiere blieben von der Einquartierung verschont. Schliesslich griff das Landvolk — insgeheim unterstützt von den Pfalzgräflichen — zur Selbsthilfe. Es bildeten sich in der Gegend von Brück, Bensberg etc. ganze Banden von Bauernsöhnen, die unter einem gewählten Anführer den umherstreifenden Parteien der Kaiserlichen auflauerten und sie niedermachten, und ebenso hatten sich im Fürstenthum Jülich — hier mit gutem Erfolg — die Unterthanen einer versuchten Einquartierung widersetzt, indem sich in der Eifelgegend über 1000 Bauern zusammenthaten und 60 Mann Kaiserliche bis gegen Köln hin vor sich her trieben.

Aber inzwischen hatte Mansfeld seiner ersten Zwangsmassregel weitere folgen lassen. Am 10. Juli berief er die Stände von Jülich und Berg nach Köln, um mit ihnen über die Mittel zu berathen, wie sie von den Truppen des Pfalzgrafen befreit werden könnten. Er schrieb Contributionen in die Aemter Miselohe, Mettmann und Monheim aus und ertheilte Patente zur Werbung von zwei neuen Regimentern — Alles, ohne dem Fürsten auch nur eine

---

[1]) Altenhoven an W. W. Juli 9 und an die Gesandten in Frankfurt Juli 15 (P. B. 104 und 81 III). „Es stunde jetzo bei E. F. D. selbsten“, referirt A. in dem ersteren Schreiben die Worte des Grafen, in conjungirung Ihrer truppen nicht allein diese remediirung, sondern auch Sich entweder bei land und leuten erblich zu behalten und noch ein mehrers, als Sie jetzo einhetten, hernegst zu bekommen, oder aber sich ganz und gar umb alles zu pringen“. Die Gelegenheit sei jetzt da, sich mehr als je bei dem Kaiser obligirt zu machen. — Die beiden Kurfürsten leugneten, Bönninghausen einen Befehl ertheilt zu haben, aber dieser selbst zeigte 2 Ordonnanzen Mansfelds vor, sich nach dem Rhein zurückzuziehen, nachdem die Feinde sich Kaiserswerth genähert hätten.

Mittheilung zu machen. Die Sendung des Statthalters Wonsheim,[1]) der den Grafen und die Stände von ihrem so tief in des Pfalzgrafen landesherrliche Rechte eingreifenden Vorhaben abbringen sollte, war fruchtlos. Mansfeld ging noch weiter. Unterm 22. Juli liess er Patente drucken und allenthalben anschlagen, welche den Beamten verboten, die bereits erhobenen, ohne Bewilligung der Landstände ausgeschriebenen Monatsgelder abzuführen, und unterm 30. verbot er auf dieselbe Weise den Unterthanen, die nichtbewilligten Gelder zu bezahlen.

Am 24. Juli war Wolfgang Wilhelm selbst abgereist, um von Mülheim aus die Verhandlung mit den Fürsten, mit Mansfeld und seinen aufsässigen Ständen zu erneuern. Aber vergeblich. Die Stände erschienen nicht, und von dem Bischof von Würzburg, der nach Mülheim gekommen war, erfuhr er, dass man in Köln nicht willens sei, von dem Wege der Gewalt abzuweichen.[2]) Die Seele dieser Politik war Kurfürst Anselm Kasimir, der aus seiner Gesinnung auch gar kein Geheimniss machte, und auf ihn entlud sich nun der ohnmächtige Zorn Wolfgang Wilhelms in ebenso langen als heftigen Schriftstücken. Auf ihn wälzte er die Verantwortung für die durch die Einlagerung der Bönninghausischen veranlassten Greuelthaten, ihn bezichtigte er der Verhetzung seiner Unterthanen, der Verdächtigung bei dem Kaiser und den Fürsten. Wenn der Kurfürst seinen Zweck erreicht und ihm die Mittel zur Unterhaltung seines Kriegvolkes entzogen haben werde, so bleibe für ihn, den Pfalzgrafen, nichts übrig, als „bei den Schwedischen misericordia zu bitten," sich ihrer Gnade zu übergeben, oder „neben der catholischen Religion ausser diesen Landen zu exuliren." Er verlangte Vorlegung des kaiserlichen Befehls, der sie zu einem solchen Vorgehen berechtige, im andern Falle wolle er sich der Mittel bedienen, „die Gott, die Natur und alle Rechte zulassen." Er pochte auf seine Beziehungen zu Aitona. Spanien habe ihm über 20 Jahre beigestanden und niemals zugelassen, dass ihm an seinen Besitzungen und Rechten Eintrag geschehe.

Aber sein Zorn machte der Bestürzung Platz, als er erfuhr, dass Mansfeld damit umgehe, Siegburg zu belagern. Die Quartiere der kaiserlichen Truppen waren in das

---

[1]) Ihn begleitete der Rath Dr. Droif.

[2]) W. W. an seine Gemahlin, Mülheim Juli 27, Würzburg habe ihm mitgetheilt, „wie man gefehrliche sachen wüder mich vorhabe." Gemeint sind wohl die Patente Mansfelds.

Amt Löwenberg verlegt worden und umgaben bereits im Bogen die Feste. Geschütze wurden nach Köln geschafft. Eiligst sandte er (Aug. 10) Wonsheim und Weschpfennig, der mit Goswin von Spiring am 26. Juli von Frankfurt in Mülheim eingetroffen war, an die Fürsten, um das Vorhaben zu hintertreiben, das mit Sicherheit die Lüneburger und Hessen ins Land geführt hätte. Hatte doch der Aufenthalt der Bönninghausischen Truppen im Bergischen, die Reise des Pfalzgrafen nach Mülheim und die Verstärkung der dortigen Garnison um einige Compagnieen so wie so schon den Unwillen Wilhelms von Hessen erregt und das Gerücht erzeugt, Wolfgang Wilhelm habe sich mit Mansfeld vereinigt.[1])

Noch schlimmer war es, dass dem Gerücht zufolge Aitona, auf dessen Hilfe er sich eben erst mit solcher Zuversicht berufen hatte, die Stadt Jülich dem Grafen von Mansfeld einzuräumen beabsichtigen sollte. Dies hätte nicht nur die wichtigste Festung seines ganzen niederrheinischen Besitzes in die Hände des Kaisers gebracht, sondern würde auch zweifellos von den Generalstaaten als Neutralitätsbruch aufgefasst worden sein. Alles schien sich gegen ihn verschworen zu haben.[2]) Sofort beschloss er, Aitona selbst aufzusuchen und das Vorhaben zu hintertreiben. Er reiste am 31. Juli ab, hat aber, aller Wahrscheinlichkeit nach, seinen Weg nach den Niederlanden nicht fortgesetzt, wohl weil die Nachricht von der Einräumung Jülichs sich schon vorher als falsch erwies. Auch die Belagerung von Siegburg kam nicht zur Ausführung.

Das Verhältniss zu Mansfeld gestaltete sich durch die Veröffentlichung der Patente immer schroffer. Wenn auch der Pfalzgraf sie durch Befehl vom 6. August wieder entfernen und durch Gegenpatente ersetzen liess, so waren sie doch nicht ohne Erfolg geblieben. Es kam zu Conflicten zwischen dem Militär und den Unterthanen, da die Letzteren sich weigerten, die auf sie assignirten Gelder zu bezahlen; so in den Städten Münstereifel und Euskirchen.[3])

---

[1]) Den Briefwechsel der beiden Fürsten aus diesem Anlass s. in „Oxenstjernas skrifter" etc. II 7 S. 525 Anm.

[2]) W. W. an seine Gemahlin: Mülheim Juli 27 „In summa sie haben alle zusammen geschworen (ausser Wirtzburg), sie wollen mich nothigen, dass ich mit den Schwedischen brechen oder doch der K. M. mein Volk uberlasse, darzu ich keinen sin, auch nit gemeint bin, mich nöthigen zu lassen".

[3]) Am 15. Aug. befahl W. W. dem Oberstwachtmeister Ingenhoven, wenn der Vogt daselbst die Gelder nicht liefern wolle, solle er ihn gefangen setzen und nach Düsseldorf schicken; wenn Bürger-

Dort drohte man den Soldaten offen, sie mit Gewalt zu entfernen, man verweigerte ihnen in einem Falle den Eintritt und entfernte die Patente des Pfalzgrafen von den Thoren.[1]) Und die Dürener erklärten, sie wollten sich lieber den Kopf abschlagen lassen, als die nicht bewilligten Monatsgelder bezahlen.[2]) Auch auf dem Lande thaten sich die Bauern zusammen und leisteten den die Gelder einziehenden Soldaten Widerstand. Mansfeld selbst schickte einigen neuburgischen Officieren nochmals Mitte August die strenge Warnung zu, den Befehlen des Kaisers nicht zuwider zu handeln und die Unterthanen nicht mit Militärexecution zu beschweren.

Indessen machte er selbst es nicht besser und schrieb für die Seinigen schwere Contributionen aus.[3]) Die Folge dieses Zwiespaltes war, dass die Unterthanen nun von drei Seiten in Anspruch genommen wurden, da auch die Schweden in Siegburg und Kettwig nicht feierten. Die im Herzogthum Berg liegenden kaiserlichen Truppen waren bei alledem noch um zwei Regimenter und mehrere Compagnieen verstärkt worden, die in den Dörfern um Mülheim einquartiert wurden.[4]) Auch im Fürstenthum Jülich, das bisher noch wenig durch die Mansfeldischen heimgesucht war, kam es zu Plünderungen und Gewaltthätigkeiten. Am 31. Juli bemächtigte sich Mansfeld des dem Abte von Cornelimünster zuständigen Hauses und der Unterherrlichkeit Niedercastenholz, und am 12. August wurde das Haus Landscron von Reitern des Mansfeldischen

---

meister und Rath Schwierigkeiten machten, solle er Früchte, Pferde und Vieh wegnehmen und verkaufen, bis die Zahlung erfolgt sei. Würden ihm die Thorschlüssel zu Euskirchen nicht gutwillig zur Hälfte ausgeliefert, so solle er sich derselben völlig bemächtigen.

[1]) Die letzteren Nachrichten aus einem Schreiben W. W.'s an Aitona aus Grevenbroich, das das falsche Datum all prima di Juglio trägt, während es vom 1. September ist und Ereignisse erzählt, die im August vorgefallen sind.

[2]) W. W. an seine Gemahlin 1634 Oct. 2. Der Pfalzgraf hatte sich damals selbst nach Düren begeben, um dem Stadtrath ins Gewissen zu reden.

[3]) Von dem Amt Beyenburg z. B. forderte er wöchentlich 204½ Reichsth.

[4]) In diesem damals befestigten Platz erschien sogar ein kaiserlicher Oberstlieutenant, der in Abwesenheit des Commandanten die Wälle beging und Aufzeichungen machte. Die Nachricht von der vorübergehenden Einnahme Mülheims durch Mansfeld, die zu Landgraf Wilhelm von Hessen gelangt war (vgl. Oxenstjernas Skrifter II 7 S. 527 und 530 Anm.), scheint indessen nicht zutreffend zu sein, da W. W. sich vom 8.—10. August selbst dort befand und am 6. der Ort noch in den Händen des Commandanten Daniels war.

Obersten Steckenberg erbrochen, geplündert und Contributionen von den benachbarten Orten (Wadenheim, Ringen, Leimersdorf etc.) erzwungen. Die ausgesetzten Landschützen des Pfalzgrafen waren machtlos und mussten flüchten. Da wo die Kaiserlichen und Neuburgischen nahe zusammenlagen, versuchte man ausserdem, und nicht ohne Erfolg, die Soldaten des Pfalzgrafen abwendig zu machen und erregte dadurch ernste Conflicte der beiderseitigen Officiere.

Einen förmlichen Raubzug unternahm Bönninghausen am 25. August unter dem Vorwand eines Hilfszuges nach Attendorn. Zuerst ging es in das Amt Porz, von da in das Amt Steinbach nach Overath, dann von der Herrlichkeit Wildenberg nach Olpe. Dort machte er kehrt, rückte in das Amt Windeck, wo die Kirchspiele Eckenhagen, Odenspiel, Morsbach u. A. spoliirt wurden, und nahm sein Quartier wieder in Overath. Hier wurde, trotzdem der Graf nur 3 Häuser entfernt wohnte, die Kirche ausgeraubt. Endlich kehrte er in die alten Quartiere bei Deutz zurück. Ueber 3000 Stück Rindvieh waren die Beute. Man fürchtete sogar einen Versuch, Düsseldorf zu nehmen und verstärkte die dortige Garnison.

Trotz allen diesen im Namen des Kaisers ausgeführten Bedrückungen und Uebergriffen blieb der Pfalzgraf fest, und um so fester, je mehr man seine Pläne durchkreuzen wollte. Man hatte den von dem Haag zurückgekehrten Ritter Stick, der am 28. Juli von Mülheim abgereist war, um mit Oxenstjerna weiter zu verhandeln, aufheben und ihm seine Briefschaften abnehmen lassen, trotzdem er Pässe von Bönninghausen besass.[1]) Am 8. August war er in Mülheim mit Mansfeld noch einmal persönlich in Unterhandlungen getreten, denen auch der Bischof von Würzburg und der Graf von Fürstenberg beiwohnten.[2]) Er suchte nachzuweisen, dass der ihm gemachte Vorwurf, als wenn er einer Conjunction überhaupt abgeneigt wäre, falsch sei und legte als Beweis den Vertrag von Hasselt vor. Sein Zögern entschuldigte er damit, er habe Stick sein Wort gegeben, nicht eher etwas zu unternehmen, als bis die endgiltige Antwort Oxenstjernas erfolgt sei.

[1]) Unter seinem Schutze reisten auch eine Hofdame der Pfalzgräfin und der reformirte Hofprediger der letzteren Johannes Hundius. Auch sie wurden geplündert. Der Pfalzgraf hielt den Erzbischof von Mainz für den Anstifter dieses Ueberfalls.

[2]) Kurf. Ferdinand an Bischof Franz Wilhelm von Osnabrück, Lüttich 1634 Aug. 11, 14 und 18. Staatsarch. Osnabrück.

Das Scheitern dieses nochmaligen Versuches hatte die bereits angedeuteten Uebergriffe der kaiserlichen Truppen und einen sehr gereizten Briefwechsel zwischen dem Pfalzgrafen und Mansfeld im Gefolge. Dieser fand in dem Abreissen seiner Patente und in den fortgesetzten Executionen der neuburgischen Truppen Anlass zu Drohungen gegen Wolfgang Wilhelm und dessen Officiere, während der Pfalzgraf seinen Obersten den Schutz der Unterthanen gegenüber den Mansfeldischen anbefahl und dem Grafen erwiderte, er werde „seine Gegennothdurft in Acht nehmen“ und ihn ferner nicht mehr nach Belieben in seinem Lande schalten und walten lassen. Mit Aitonas Hilfe wolle er diejenigen, die sich zur Beschwerung seiner Unterthanen noch länger im Lande aufhalten wollten, hinausweisen, er habe deshalb nicht nöthig, sich mit Mansfeld zu vereinigen.

Wenn er sich auf Aitonas Hilfe bezog, so hatte es damit doch eine wesentlich andere Bewandtniss. Die Einlagerung der Mansfeldischen Schaaren in seinem Lande hatte die Holländer veranlasst, ihm am 15. August den Gesandten Huygens nach Düsseldorf zu schicken, und dessen Vorstellungen[1]) weckten in dem Pfalzgrafen den Entschluss, Aitona in dem Lager bei Maastricht aufzusuchen und sich vom 21.—31. August in seiner Nähe aufzuhalten. Aber während er den Spaniern gegenüber vorgab, seine Absicht sei, sich über die nähere Ausführung des Vertrags von Hasselt zu berathen, und während er dem Kaiser am 16. August schrieb, er sei fest entschlossen, die Recuperation der von den Schweden besetzten Plätze vi armorum zu versuchen, wenn in Monatsfrist die Räumung nicht erfolgt sei, so kam es ihm doch im wesentlichen darauf an, Aitona zu gewinnen, damit dessen Einfluss auf Mansfeld den Abzug der kaiserlichen Truppen zuwege brächte.[2]) So konnte es nur ein Scheinmanöver sein, wenn er Aitona eine Denkschrift von nicht weniger als 46 Punkten über die Ausführung des Vertrages von Hasselt vorlegte, denn man kann sich bei der Durchsicht dieses Actenstückes des Eindrucks kaum erwehren, er habe eine solche Menge von Specialforderungen, deren Erfüllung nicht zu

---

[1]) Ihr Inhalt ist aus den Düsseldorfer Acten nicht ersichtlich. — Dass indessen die Reise zu Aitona eine Folge der staatischen Gesandtschaft war, steht ausser Zweifel. Der Pfalzgraf forderte den Gesandten auf, seine Rückkehr in Düsseldorf zu erwarten. Auch an den Kaiser berichtete er darüber.

[2]) Diese Absicht spricht er in den Briefen an seine Gemahlin wiederholt aus.

erwarten stand,[1]) nur gestellt, um späterhin einen Grund zu haben, den Bruch mit den Schweden abermals hinauszuschieben. Er war also vorsichtig genug, bereits jetzt die Möglichkeit ins Auge zu fassen, dass Ritter Stick bis zum Ende der gesetzten Frist, d. h. bis Ausgangs September, sein Ziel nicht erreichen würde. Wirklich lehnte Aitona weitere Zusagen ab, ehe der Bruch mit den Schweden erfolgt sei, sagte ihm aber zu, in dem gewünschten Sinne an den Kaiser, an die Fürsten in Köln und an Mansfeld zu schreiben.[2])

In der That sollte es sich bald zeigen, wie wenig begründet die Zuversicht auf eine baldige Befriedigung seiner Forderungen seitens der Schweden gewesen wäre. Stick war in der Zwischenzeit unermüdlich thätig gewesen. Ihm und der Vermittlung des Prinzen von Oranien, sowie dem unaufhörlichen Drängen W. Wilhelms selbst, war es schliesslich gelungen, Oxenstjerna zum Verzicht auf Siegburg zu bewegen. Allerdings in die Hände des Pfalzgrafen wollte er den Platz doch nicht geben. Man verhandelte darüber, ihn einer dritten Macht, etwa den Franzosen, anzuvertrauen; dann erklärte man sich schwedischerseits bereit, ihn durch staatische Truppen besetzen zu lassen.

Dem Pfalzgrafen verbot schon die Rücksicht auf die Spanier, auf diesen Vorschlag einzugehen; aber Stick wusste mündlich zu berichten, man werde diesen Punkt nach dem Wunsche Wolfgang Wilhelms ändern. Am 1./11. September 1634 verpflichtete sich wirklich der Frankfurter Convent dazu, dass das Kriegsvolk aus Siegburg und aus allen anderen Orten von Cleve, Berg, Mark und Ravensberg abgeführt und diese Länder künftig verschont werden sollten. Trotz der Versicherung Sticks knüpfte aber Oxenstjerna an diese so günstig lautende Erklärung[3]) abermals die Bedingung, dass Siegburg

---

[1]) So verlangte er — um ein Beispiel anzuführen — Geld für die Befestigung von Düsseldorf und für die Anlage eines Forts der Stadt gegenüber (vgl. o. S. 114 Anm. 1), indem er diese Fortificationsarbeiten als einen nothwendigen Bestandtheil seiner Rüstungen und also als eine Vorbedingung des Bruches mit den Schweden hinstellte.

[2]) W. W. an seine Gemahlin in verschiedenen Schreiben aus Geuel vom 20.—30. August. Er musste so lange fortbleiben, weil Präsident Rosa anfangs nicht zugegen war. — In dieser Zeit erhielt er die Nachricht, Mansfeld habe Münstereifel besetzt, was aber später dementirt wurde. Allerdings klagte einige Zeit darauf die Stadt über die durch Mansfeld gehabten Einquartierungslasten. Vgl. unten Cap. 12.

[3]) Vgl. den Text des Bundestagsabschiedes im Theatr. Europ. III S. 292 ff.

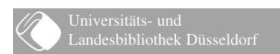
staatische Besatzung erhalten müsse, und ferner sollten die Grafschaften Mark und Ravensberg erst dann von den hessischen und lüneburgischen Garnisonen befreit werden, wenn man sich deswegen mit Kurbrandenburg auseinandergesetzt haben würde. Man wollte den Pfalzgrafen glauben machen, es komme hier lediglich auf einen Antrag von Seiten Kurbrandenburgs als des zeitigen Besitzers der Grafschaft an, während in Wirklichkeit die Rücksicht auf Hessen diese Clausel veranlasst hatte.[1])

Und der neuburgischen Lande war in der Erklärung des Bundes überhaupt nicht gedacht worden! Zwar gab sich der Pfalzgraf nochmals die grösste Mühe, bis zum Ablauf der Frist die Räumung zu erlangen, er schrieb am 16. Sept. an die kurbrandenburgischen Gesandten in Frankfurt, die Abführung der hessischen Truppen aus der Grafschaft Mark zu beantragen, nachdem er schon am 6. Sept. Oxenstjerna mitgetheilt hatte, wenn die Einräumung bis zum 15. oder 16. nicht erfolgt sei, so müsse er sich seinem Versprechen gemäss „der kaiserlichen allergnädigsten Verordnung bequemen“, d. h. sich am Kriege betheiligen. Aber eine völlige Befreiung seines Landes von den Schweden vor Ende September konnte er auch im günstigsten Falle nicht mehr erhoffen.

Immerhin hielt er es für zweckmässig, die Erklärung des Bundes für jeden Fall der andern Partei gegenüber zu verwerthen. Nachdem die Spannung zwischen ihm und dem Kurfürsten Anselm Kasimir so weit gediehen war, dass jeder directe briefliche Verkehr der beiden Fürsten aufgehört hatte, war es der Vermittelung des Bischofs von Würzburg gelungen, wieder ein erträgliches Verhältniss herzustellen und am 21. September reiste der Pfalzgraf nach Mülheim und Köln.[2]) Jedenfalls hat dort eine persönliche Zusammenkunft mit den ligistischen Fürsten stattgefunden, deren Resultat war, dass er am 23. September von ihnen die schriftliche Zusicherung erhielt, sie würden auch ihrerseits die Abführung der kaiserlichen und Bundestruppen aus den jülich-bergischen Landen und deren künftige Verschonung bewirken, wenn vor Ausgang des Monats die Räumung durch die Schweden erfolgen werde. Werthvoll war dieses Zugeständniss in jedem Falle, da es indirect eine Anerkennung der von

[1]) Man hatte sie so allgemein gefasst, damit die Neutralitätserklärung seitens der Kaiserlichen und Ligisten ohne Schwierigkeit zu erlangen wäre.

[2]) Sept. 21 war er nach Mülheim abgereist und Sept. 26 kehrte er von Köln zurück. W. W. an seine Gemahlin.



ihm verfolgten Neutralitätspolitik enthielt und er sich künftig darauf beziehen konnte.

Wenn er also nach dieser Seite hin der kaiserlichen Partei gegenüber einen diplomatischen Erfolg zu verzeichnen hatte, so war ihm doch sein nächstes Ziel, die Fortschaffung der Mansfeldischen aus seinem Lande, immer noch nicht gelungen. Aber auch in diesem Punkte trat mit Beginn des September eine Wendung ein. Die Folgen der Schlacht bei Nördlingen, welche das Kräfteverhältniss der Kriegführenden so gewaltig zu Gunsten des Kaisers verschob, machten sich an der nordwestlichen Grenze Deutschlands in eigenthümlicher Weise fühlbar. Im Mittelpunkt des Interesses stand die bevorstehende Ankunft des Cardinalinfanten, der, nachdem er an dem Nördlinger Siege wesentlichen Antheil genommen hatte, nunmehr mit seinen verfügbar gewordenen Truppen nach den Niederlanden abrückte, um der langen Zwischenregierung daselbst ein Ende zu machen. Welche Politik er verfolgen, welche Schritte er zunächst unternehmen würde, dabei waren nicht allein die Holländer, sondern auch die katholischen Fürsten in Köln und Mansfeld auf der einen, die Schweden, Hessen und Lüneburger auf der andern Seite interessirt, nicht zum wenigsten aber der Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm.

Mansfeld mochte die Ankunft des Cardinalinfanten als den Zeitpunkt betrachten, wo er seine undankbare Commission beenden konnte. Er war der Verhandlungen mit dem Pfalzgrafen und dessen Landständen längst überdrüssig.[1]) Die Letzteren erhoben nicht weniger Beschwerde über die Bedrängungen durch die Kaiserlichen, als über die pfalz-neuburgischen Truppen und hatten um so weniger Ursache, den Grafen mit Geldmitteln zu unterstützen, als dieser sich thatsächlich ausser stande zeigte, sie gegen den Pfalzgrafen nachdrücklich zu schützen, und Landgraf Wilhelm von Hessen sie aufs ernsteste warnte, seinen Feinden durch Geldbewilligungen oder sonstwie Vorschub zu leisten. Unter grossen Schwierigkeiten hatte Mansfeld ein Corps zusammengebracht, das fortwährend durch Desertionen geschwächt wurde und über dessen Verwendung nunmehr Bestimmung getroffen werden musste. Auch inbetreff der Abtretung

[1]) Bereits Ende Juli, als Wonsheim in Köln war (S o. S. 118), ging diesem — wie es scheint, aus Versehen — ein an den Bischof von Würzburg gerichtetes Billet des Grafen v. Mansfeld zu, in welchem der Letztere äusserte „die Stende und andere mehr sein mir uber die massen inportun und kan mich nicht lenger aufhalten".

der pfalz-neuburgischen Truppen, die er bisher weder in Güte noch mit Gewalt erreicht hatte,[1]) musste die Ankunft des Cardinalinfanten Entscheidung bringen.

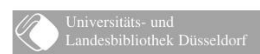
Anfangs September traf er die Vorbereitungen zum Uebergang auf die linke Rheinseite. Er wollte einer Aufforderung Aitona's zufolge mit neun Regimentern zu diesem stossen und dann dem Cardinalinfanten entgegenziehen, der auf dem Wege durch Lothringen und Luxemburg erwartet wurde.

Als Wolfgang Wilhelm am 12. September die Nachricht von dem Rheinübergang Mansfelds erhielt,[2]) gerieth er in die grösste Aufregung. Musste er doch befürchten, dass Jülich, das einzige seiner Länder, aus dem ihm noch nennenswerthe Einkünfte zuflossen, nun ebenfalls in die Hände des Grafen fallen würde, den er beschuldigte, er fordere von seinen Unterthanen so viel, um sich und anderen Commissaren die Taschen zu füllen. Seine Erregung war so gross, dass ihn auch die gerade eingetroffene Nachricht von dem Siege der Kaiserlichen bei Nördlingen nicht abhielt, dem Kaiser gegenüber einen beinahe drohenden Ton anzuschlagen. Mit kräftigen Farben schilderte er diesem die Uebergriffe Mansfelds, der zehnmal mehr seiner Unterthanen habe ums Leben bringen lassen, als die Schweden.[3]) Er wolle dem Grafen nach Jülich folgen und wenn er ihn nicht in Gutem aus dem Lande bringen könne, so werde er, wie er zu verstehen gab, andere Mittel ergreifen müssen. Der Kaiser könne durch ein Verbot an Mansfeld und andere Führer „vielen Inconvenientien, welche der Zeit nit alle zu erdenken“ zuvorkommen. Diese Sprache erklärt sich durch die beständige Besorgniss vor den Sequestrirungsgelüsten des Kaisers, die eben damals wieder neue Nahrung erhielten. Der Kaiser schrieb nämlich auf die wiederholten Beschwerden Wolfgang Wilhelms über die Einlagerung der Manfeldischen am 30. August, die Ein-

[1]) Das einzige, was er erreichte, war, dass er eine Anzahl Officiere und Soldaten zu sich herüberzog. Dies liess ihm W. W. u. a. am 6. September durch J. B. v. Gerzen und Weschpfennig vorhalten.

[2]) Das Schreiben Mansfelds vom 9. September, worin dieser seine Absicht ankündigte und um Verpflegungsordonnanzen bei dem Durchmarsch durch Jülich bat, war nicht rechtzeitig angekommen.

[3]) Charakteristisch ist die Beschwerde des Pfalzgrafen, Mansfeld habe den an ihn abgeschickten Gesandten die „schimpfliche Antwort“ gegeben, er hätte wohl ein Jahr zu thun, die Schreiben W. W.'s zu beantworten.



lagerung werde „ex inevitabili belli necessitate“ erfolgt sein und könne um so weniger verweigert werden, als sie sogar den offenen Feinden des Kaisers „in unseren und des h. Reichs gülich- und bergischen Landen“ gestattet werde. Daran knüpfte sich die Erwartung, der Pfalzgraf werde sich inzwischen der Neutralitätsverhandlungen mit den Reichsfeinden entschlagen und die „in unserm namen in unsern und des h. Reichs Fürstenthumben Gülch und Berg geworbene und darin versamblete Regimenter“ conjungirt habe. Deutlicher konnte es kaum zum Ausdruck kommen, dass man in Wien von einer Anerkennung seiner Ansprüche auf die niederrheinischen Erblande weit entfernt sei.

Indessen schienen die Befürchtungen des Pfalzgrafen zunächst gegenstandslos zu sein und die Berichte der an Mansfeld abgeschickten Gesandten und Commissare[1]) lauteten durchaus befriedigend. Bei dem Rendez-vous in Frechen wurden Plünderungen im Gebiet des Fürstenthums Jülich bei Lebensstrafe verboten und der Marsch nach Pyr im Amte Jülich und in das Gebiet von Aachen ging in guter Ordnung vor sich.[2]) Vier Compagnieen pfalz-neuburgischer Reiter unter dem Befehle des Oberstlieutenant Schirrich gaben den Mansfeldischen zur Verhütung von Unordnungen das Geleite.

Dann aber kamen Klagen über die nach dem Hauptquartier zu Hoengen und nach Aachen verlangten Contributionen, über Ausplünderung des Amtes Wehrmeisterei und die Beraubung der Kirche zu Gressenich, während gleichzeitig das Amt Born abwechselnd durch Einlagerungen der Spanier unter Marquis Celada und durch die staatische Besatzung von Maastricht heimgesucht wurde. Der Weitermarsch verzögerte sich und erfuhr eine Aenderung, da der Cardinalinfant nunmehr über den Westerwald erwartet wurde. Es bestand der Plan, dass Generalfeldzeugmeister Graf von Fürstenberg sich mit Feldmarschalllieutenant Frhr. v. Geleen und den in Westfalen noch vorhandenen Truppen vereinigen[3]) und

---

[1]) Hofmeister Philipp Heinrich von Benting und Arnold Raitz von Frenz.

[2]) Zwei Regimenter wurden vor dem Aufbruche, vermuthlich infolge der Nachricht von der Schlacht bei Nördlingen, nach Berg zurückgesandt.

[3]) Die hierdurch hervorgerufenen Truppenbewegungen veranlassten u. a. am 20. September den Einfall kaiserlicher Truppen in die Aemter Angermund (namentlich bei Velbert) und Mettmann, sowie in die Herrschaft Hardenberg. Die Artillerie blieb auf der

nach dem Westerwald ziehen sollte. Mansfeld theilte deswegen unterm 23. September den bergischen Landständen mit, dass die bisher erhobenen Contributionen aufgehoben seien. Aber die erhoffte Abführung erfolgte immer noch nicht. Am 2. October trafen Mansfeld und Fürstenberg in Köln zusammen, wo sie dem an sie abgeschickten Marschall Weschpfennig als Gründe angaben, die Regimenter seien noch nicht beisammen, man erwarte den Bescheid des Pfalzgrafen wegen der zur Fortschaffung der Artillerie erbetenen 300 Pferde und wolle zunächst wissen, wie es mit der Ueberlassung der pfalzgräflichen Truppen bestellt sei.

Tags zuvor war der Termin abgelaufen, den Wolfgang Wilhelm mit Aitona vereinbart hatte, und nach dem Wortlaute des Vertrags von Hasselt war er nunmehr zum Bruche mit den Schweden verpflichtet. Seine Bemühungen, dieser Verpflichtung zu entrinnen, hatte er inzwischen allerdings mit Eifer fortgesetzt. Während er in Köln mit den Fürsten unterhandelt hatte, war ihm Ritter Stick zu Aitona vorausgeeilt. Von Oxenstjerna hatte er am 26. September die weitere Erklärung erhalten, dass er auch mit der Demolirung von Siegburg einverstanden sei, wenn der Prinz von Oranien zustimme, und ebenso hatte er wegen Neuburg und der Grafschaft Mark Verschonungserklärungen in Aussicht gestellt, wenn das gleiche vom Kaiser geschehe. Dies musste den Anknüpfungspunkt für weitere Verhandlungen mit Aitona abgeben.

Zunächst begab sich Wolfgang Wilhelm nach Brühl,[1] wo er am 3. October Mansfeld und den ligistischen Fürsten seine Antwort an Oxenstjerna vorlegte; von da eilte er zu Aitona nach Tervueren, um diesen für einen weiteren Aufschub der Feindseligkeiten zu gewinnen. Er wandte wiederum ein sehr charakteristisches Mittel an, um ihn zufrieden zu stellen und seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Er setzte ihm auseinander, dass die Erklärung Oxenstjernas im Grunde durchaus zufriedenstellend sei, da Neuburg, das sich nur noch zum kleinsten Theil in den Händen der Schweden befinde, kaum noch in Betracht komme, und nur noch die geringe Schwierigkeit wegen Siegburg bestehe, deren Beseitigung aber in der Hand

---

Thönisheide. Bericht des Richters zu Angermund Rutger von Arnsberg, P. B. 104. — Vgl. Theatr. Europ. III, S. 297 über den Marsch Fürstenbergs über die Brücke zu Opladen.

[1]) W W. an seine Gemahlin. Brühl, 1634 Oct. 3. Vgl. Theatr. Europ. III, S. 298 zu Sept. 12/22.

des Prinzen von Oranien liege und zuverlässig in Kürze zu erwarten sei. Ausserdem aber erbot er sich, einen Theil seiner Truppen, nämlich diejenigen, welche er zur Besetzung der niederrheinischen Plätze nicht nöthig habe, nach Oberdeutschland zu König Ferdinand zu schicken, um sie dort zur Wiedereroberung der noch von den Feinden festgehaltenen Orte zu verwenden. Mit diesem Vorschlag hoffte er sich nicht allein die Gunst des jetzt so mächtigen Kaisers und des jungen Königs von Böhmen und Ungarn zu erwerben, der ihn nach der Nördlinger Schlacht sehr dringend zum Anschluss seiner Truppen aufgefordert hatte, sondern damit konnten auch die Spanier und die Generalstaaten zufrieden sein. Die Letzteren hatten ja selbst früher einmal[1]) diesen Gedanken in Anregung gebracht. Dass sich dagegen die Schweden jetzt eher als vordem auf eine solche Bedingung einlassen würden, konnte er unmöglich voraussetzen, und die Zukunft sollte zeigen, dass sein Anerbieten in der That nur ein Schachzug war, darauf berechnet, den Unwillen der katholischen Partei über seine Wortbrüchigkeit zu besänftigen.

Mit Aitonas und Rosas Zustimmung schickte er an Oxenstjerna das Concept der von ihm verlangten Gegenversicherung, die sich lediglich auf die niederrheinischen Gegenden bezog, aus denen die Schweden keinen Angriff und Nachtheil erfahren sollten. Wenn die ratio belli die Räumung von Neuburg verbiete, so könne man auch ihm es nicht verdenken, dass er sein Kriegsvolk nicht entlasse, sondern zur Recuperirung seines Landes verwende.[2])

Wenn er indessen gehofft hatte, auf diese Weise Geld von Aitona zu erhalten, so war dies ein Irrthum. Der Marchese verwies auf den Cardinalinfanten,[3]) der endlich am 19. October zu Schiffe in Bonn eintraf. Der Pfalzgraf war ihm frühzeitig entgegengereist, um zu verhindern, dass ihm von Anderen „böser Wind eingeblasen“ werde und hatte ihn nach Bonn begleitet. Auf des Cardinalinfanten Wunsch hatte er sich aber nach Köln zurückbegeben, da dieser daselbst in der Stille ankommen wollte. Auch dort war es dem Pfalzgrafen kaum möglich, sich allein Gehör zu verschaffen, er musste vielmehr wahrnehmen, dass die beiden Kurfürsten und Agostino Spinola eine

[1]) Vgl. o. S. 97.
[2]) Düsseldorf, 1634 Oct. 14.
[3]) Diese Verhandlungen in Tervueren schilderte der Pfalzgraf u. a. später in seiner dem Kaiser in Wien 1635 März 11 übergebenen Proposition.

wenig günstige Stimmung für ihn erweckten.[1]) Vor Allem quälte ihn die Besorgniss, der Cardinalinfant könne sich durch die ligistischen Fürsten bestimmen lassen, die von den Schweden besetzten Plätze im Bergischen anzugreifen. Damit wäre jede Aussicht auf die Erhaltung seiner Neutralität geschwunden. Er liess deshalb dem Infanten ein Memorial überreichen,[2]) in welchem er ihn bat, mit den in Köln anwesenden Fürsten nichts hinsichtlich der Truppen zu beschliessen, die mit ihm in die dortigen Lande gekommen seien, bevor er sich bei Aitona informirt habe, und die Fürsten von dem Plane abzubringen, einen Angriff auf die Schweden in Berg zu unternehmen. Die Kaiserlichen und die Ligisten hätten seinem Lande mehr Schaden zugefügt, als deren Feinde. Thatsächlich unterblieb auch das geplante Unternehmen gegen Siegburg.

Am 22. October geleitete W. W. den Cardinalinfanten nach Jülich,[3]) wo am 23. auch Aitona mit dem Prinzen

---

[1]) Er schreibt an seine Gemahlin, Köln Oct. 20: „[Ich] verspier, dass der Spinola und die Colnischen und villeicht noch ein anderer, den ich E. L. nennen will (gemeint ist wohl Kurmainz), böse dienst mir thun und all mein thun dem Cardinal übel einbilden und ausdeuten.“ Und Oct. 21: Es sei nöthig, dass er sich in der Nähe des Cardinals aufhalte, „weil die Colnische und etliche andere geistliche herren, so allhie sein, wie mich dunket, alles was ich guts vorhabe, zu verkeren sich bemühen und muss etwa im flug ein halb stindlein gewinnen, dass ich zu ihm dem Cardinal, allein kommen kann, dann sie auch vilfiltig zu ihm kommen oder schicken“.

[2]) Am 3. October durch den Statthalter Goswin von Spiring und den Kammerherrn von Hugenpoet.

[3]) Bei dieser Gelegenheit, ebenso wie schon vorher bei der Fahrt des Cardinalinfanten zu Schiffe, trat der seit alter Zeit zwischen den Erzbischöfen von Köln und den Herzogen von Jülich herrschende Streit um die Geleitsgerechtigkeit in recht drastischer Weise in die Erscheinung. Kurkölnischerseits hatte man das Schiff — der Pfalzgraf spricht von einer Gallione — mit blau-weissen Fähnlein versehen und auch die Ruderer in blau und weiss gekleidet, „damit man meine, das Schiff gehöre dem Kurfürsten“ (W. W. an seine Gemahlin). Wolfgang Wilhelm aber verwies dies den Kurkölnischen, liess rothe Fähnlein aufstecken und die Gallione roth ausschlagen, setzte sich auch noch vor dem Kurfürsten in das Schiff und geleitete den Cardinalinfanten bis Bonn. — Ueber den Auszug aus Köln berichtet er seiner Gemahlin: „Wiewol sich Cöln im gleid wüdersetzen wollen, auch zu solchem end 300 pferd oder 3 compagnien daselbst vor der porten halten lassen, so haben sie doch, weil die meine von dem von mir habenden befelch nit aussetzen wollen (dabei der statthalter Spirink das beste gethan), endlich gewichen; aber der Churfürst, welcher neben Churmeintz L. und meiner mit dem Cardinal zum Thor ausgefahren, mit protestiren, betroen und in andere weg sich sehr unnütz gemacht. Aber ich hab ihm wieder vor dem Cardinal und Churmentz die meinung dergestalt angezeigt, dass ers bei dem nechst hat bleiben lassen und ist Gott lob mein gleides gerechtigkeit erhalten worden.“

Thomas von Savoyen und dem ganzen Brüsseler Hofe eintrafen.[1]) Auch dort gelang es ihm nicht, einen günstigen Bescheid für sich zu erwirken, da der Cardinalinfant erklärte, in Abwesenheit des Präsidenten Rosa keine Entscheidung treffen zu können. Er versprach dem Pfalzgrafen indessen, er werde Rosa oder den Rath Gavarelles an ihn abordnen, und sicherte ihm auch zu, Mansfeld solle, sobald er, der Cardinal, nach Brüssel abgereist sei, das Land räumen.

Aber trotz der erhaltenen Weisung, in grossen Tagemärschen durch Jülich auf Andernach zu ziehen, nahm Mansfeld sich die Zeit, hielt sich Ende October in der Gegend von Düren auf und suchte mit seinem durch spanische Truppen verstärkten Heere namentlich die Aemter Nideggen und Münstereifel heim, während gleichzeitig der Graf zu Fürstenberg mit Geleen und dem Generalwachtmeister Metternich sich wieder vor Melander von Holzappel an die Grenze des Bergischen zurückzog, vom 24.—28. October im Amt Beyenburg lag und dann nach Lennep und Wermelskirchen marschirte. Wieder kamen die dringendsten Klagen aus den heimgesuchten Aemtern[2]) und der Pfalzgraf richtete (Grevenbroich Oct. 29) eine sehr energisch gehaltene Beschwerde an die ligistischen Fürsten, in der er erklärte, er werde sich durch Mansfelds impertinente und durch die Reichsconstitutionen verbotene Mittel, mit denen er ihm bisher zugesetzt habe, nicht zu seinem Willen nöthigen lassen, „oder ehe gedrungen werden, eine andere Resolution zu suchen.“

Am 20. October, also zu derselben Zeit, als der Cardinalinfant in Köln weilte, war dort der französische Gesandte Beauregard mit Wolfgang Wilhelm zusammengetroffen und hatte ihm den Schutz Ludwigs XIII. angeboten.[3]) Anselm Kasimir verstand deshalb sehr gut,

[1]) Während des Aufenthaltes daselbst wurden nach der Angabe des Pf. „1000—1300 Mäuler“ aus seiner Küche, „auf dem Lande aber über 40000 Mäuler an Menschen gespeist.“ W. W. an seine Gemahlin.

[2]) Der kaiserliche Commissar Lerchenfeld verlangte von den Amtleuten Beisteuer, da die Quartiere erschöpft seien. Infolge der Uebergriffe der Mansfeldischen — sie erpressten Geld und Vieh, trotzdem die Unterthanen contribuirten — kam es sogar zu kleinen Scharmützeln zwischen kaiserlichen und neuburgischen Soldaten. — Im Bergischen war namentlich der Schaden an Vieh gross, das die Kaiserlichen schon vor dem Durchzug wiederholt in das Märkische getrieben und dort geschlachtet hatten. Nun wurden Häuser und Scheunen ausgeplündert. Das Getreide droschen die Soldaten selbst aus, liessen es mahlen und verkauften es theilweise an die Unterthanen, denen sie es vorher abgenommen hatten.

[3]) Ich komme später auf diese Verhandlungen zurück.

welcher Art diese „andere Resolution“ sein sollte, mit der der Pfalzgraf drohte und hielt es für gerathen, Mansfeld den Befehl zum Abzug zu ertheilen (Oct. 31). Aber auch jetzt noch zögerte dieser, indem er den Mangel an Artilleriepferden und Wagen vorschützte, und erst als Wolfgang Wilhelm in einer persönlichen Zusammenkunft in Mülheim dem Grafen eine Verehrung von 4000 Thalern anbot, erklärte sich dieser zum sofortigen Abzug bereit. Da aber die Zahlung nicht alsbald erfolgte,[1]) erklärte Mansfeld am 9. November, er werde keinen Fuss aus dem Lande setzen, bis er das Geld erhalten habe — endlich am 10. November brach das Heer auf[2]) und marschirte über das Maifeld nach Andernach, um später den Einfall in Hessen auszuführen.

Dies war das Ende der „Mansfeldischen Commission.“ Sie war, was den Pfalzgrafen, die Ueberlassung seiner Truppen an die kaiserlich-ligistische Partei und den Streit des Pfalzgrafen mit den Landständen von Jülich und Berg betraf, gänzlich resultatlos verlaufen. Das Land hatte unendlichen Schaden davongetragen und der Einzige, der Vortheil aus dem Auftrage gezogen hatte, war Mansfeld selbst. Er hatte sich, wie ihm der Pfalzgraf nicht mit Unrecht zum Vorwurf machte, die Gelegenheit trefflich zu nutze gemacht, um seine Taschen zu füllen.

Zehntes Capitel.

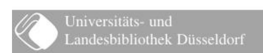
Die Reise nach Wien 1635.

Versuche W. W.'s den Cardinalinfanten zu gewinnen. Dessen ablehnende Haltung. — Beziehungen zu Frankreich. Angebliche Heirathspläne Philipp Wilhelms mit Maria von Mantua. Anerbietungen Beauregards. — Benutzung dieses Umstandes gegenüber dem Heilbronner Bund und dem Cardinalinfanten. — Reise zu dem Letzteren. W. W. in Tervueren. — Erklärung des Heilbronner Bundes: Worms 1635 Dec. 15. — Die Pirnaer Friedensverhandlungen. — Bestrebungen W. W.'s am Frieden mitzuwirken. — Plan einer Familienverbindung mit dem Kaiserhause. Sonstige Zwecke der Wiener Reise. — Die Reise. — Zustände in Neuburg. — Aufenthalt

---

[1]) Der Pfalzgraf wollte sich die Summe erst von seinen Landständen bewilligen lassen.

[2]) Noch am 22. November kamen aber Klagen über Einlagerungen der Mansfeldischen aus Neuenahr. — Gleichzeitig mit Mansfeld war auch Fürstenberg auf der rechten Rheinseite aufwärts gezogen, that aber, obgleich man versprochen hatte, die Hauptweinlande des Pfalzgrafen zu schonen, namentlich in Dollendorf und Honnef grossen Schaden.



in Wien. — Verschonungserklärung des Kaisers und andere Vergünstigungen. — Französiche Verschonungserklärung — Weitere Forderungen W. W.'s. — Der Prager Friede. — Die pfälzische Kurfrage. — Sträuben W. W.'s, dem Frieden bedingungslos beizutreten. — Annahme des Friedens.

Nachdem Mansfeld und die kaiserlichen Truppen das Land verlassen hatten, war das Bestreben des Pfalzgrafen darauf gerichtet, die im günstigen Fahrwasser befindlichen Verhandlungen mit den Schweden und deren Verbündeten möglichst rasch zu ihrem Ziele zu führen und gleichzeitig die Zustimmung des Kaisers zu dieser Politik zu erhalten. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass es ihm bei seinen Beziehungen zu den Spaniern nicht allein auf materielle Unterstützung ankam — wiewohl auch dieser Factor von grosser Bedeutung für ihn war — und auf eine Sicherstellung für den äussersten Fall, sondern dass er dort einen festen Halt dem Kaiser gegenüber finden wollte. Konnte er auf bestimmte Abmachungen hinweisen, die ihn an die Spanier fesselten, so durfte er auf rücksichtsvolle Behandlung in Wien rechnen.

Seine augenblickliche Lage war um so schwieriger, als er trotz allen Bemäntelungsversuchen als vertragsbrüchig dastand, und der Cardinalinfant liess ihn deutlich fühlen, dass sein Credit infolge dieses Verhaltens tief gesunken war. Wohl suchte er sich in seiner Weise zu rechtfertigen, indem er auf jenes Memorial zurückgriff, das er am 26. August Aitona in Geuel bei Maastricht mit der wohlberechneten Absicht vorgelegt hatte, einen Grund zu weiterem Zaudern zu haben.[1]) Er bat den Cardinal infanten (Grevenbroich Oct. 29) um Beantwortung der darin aufgestellten Punkte, „damit er zeigen könne, dass er wirklich bereit sei, dem Kaiser zu dienen.“ Dadurch gab er zu verstehen, die Schuld der Nichterfüllung sei nicht bei ihm. Als besonders anerkennenswerth suchte er die nicht zur Ausführung gekommene Absicht hinzustellen, dem Infanten mit seinen Truppen nach dem Elsass entgegenzuziehen, und sein Erbieten, einen Theil seines Heeres dem jungen König Ferdinand nach Oberdeutschland zuzuführen, wo es zur Wiedereroberung von Neuburg, zur Vertheidigung dieses Herzogthums und zur Rache an denjenigen gebraucht werden sollte, welche seine Immunität nicht anerkennen wollten und welche das dortige Unheil verursacht hätten.

[1]) S. o. S. 122.

Ein Kenner der Politik Wolfgang Wilhelms würde schon aus diesen Zusätzen einen Schluss auf den Eifer gezogen haben, der den Pfalzgrafen beseelte, sein Versprechen zu erfüllen, und würde den Verdacht nicht unterdrückt haben, dass es sich nur um ein Mittel handelte, die durch den Vertragsbruch hervorgerufene ungünstige Meinung abzuschwächen und die nöthige Unterstützung und Entschuldigung dem Kaiser gegenüber zu erlangen. Hierauf, auf die Bestätigung des Vertrags von Hasselt durch den König und auf materielle Unterstützung zielten seine wiederholten Eingaben an den Cardinalinfanten, nicht ohne die teuflische Bosheit seiner Neider zu beklagen, die die besten Absichten misszudeuten versuchten.

Sehr bezeichnend ist ferner, in welcher Weise er sich dem jungen König Ferdinand gegenüber einige Tage später (am 7. und 14. November) über seinen „Hinaufzug mit einem guten Theil seiner Truppen“ äusserte. Der Cardinalinfant habe die Gesandten, welche mit ihm „der Gelt- und anderer Assistentien halber“ verhandeln sollten, noch nicht abgeschickt und auch seine nach Düren beschriebenen Landstände, von denen er zu dem gedachten Zwecke eine Beisteuer habe erhalten wollen, seien nicht beisammen geblieben. Ohne Geld könne er aber die schlecht bekleideten Soldaten, zumal in der gegenwärtigen Jahreszeit, nicht fortbringen. Sobald er aber von dem Cardinalinfanten die verlangte Beihilfe an Geld, Soldaten und anderer Kriegsnothdurft erhalten habe und nicht genöthigt sei, seine Truppen in seinem eigenen Land gegen die Schweden und deren Alliirte zu gebrauchen, sobald er auch von seinen Landständen ergiebige Mittel bekommen könne, werde er nicht säumen, sich bei dem Könige einzufinden, um — Vorschläge wegen Verwendung seiner Truppen zu machen. Durch so viel Clauseln und Bedingungen gedeckt, konnte er jederzeit ohne Mühe einen Grund finden, die Ueberlassung der Truppen beliebig lange hinzuhalten. Und bei alledem liess er durch Ritter Stick die Unterhandlungen mit Oxenstjerna fortsetzen. Er konnte nicht im Ernst glauben, dass dieser mit der Abführung der Truppen nach Oberdeutschland und mit der auf die niederrheinischen Lande beschränkten Gegenversicherung einverstanden sein werde. Offenbar sollte dieser Vorschlag, den er dem Kanzler Mitte October gemacht hatte,[1]) auch nur ein Mittel sein, um ihn zur völligen Räumung von Neuburg zu veranlassen.

---

[1]) S. o. S. 129.

Der Cardinalinfant liess sich thatsächlich durch die Winkelzüge des Pfalzgrafen in seiner kühl ablehnenden Haltung nicht irre machen, seine Gesandten erschienen nicht und er erklärte, mit der Beantwortung des am 25. August überreichten Memorials habe es Zeit bis zu besserer Gelegenheit. So reifte in dem Pfalzgrafen der Entschluss, selbst nach Brüssel zu gehen und er versprach sich von dieser Reise um so mehr Erfolg, als er jetzt ein Mittel zu besitzen glaubte, das seine Wirkung auf den Cardinal nicht versagen werde.

Man erinnert sich, in welcher Weise die französische Politik die Neutralitätsbestrebungen Wolfgang Wilhelms im Herbst 1633 auszunutzen versucht hatte,[1]) und wie sie dieselben später dem Frankfurter Convente gegenüber unterstützte.[2]) War damals der Pfalzgraf den Protectionsgelüsten Richelieus in richtiger Erkenntniss seiner eigentlichen Absichten ausgewichen, so hatte dieser doch nicht aufgehört, sein Ziel im Auge zu behalten. Ja, als Ende August oder Anfang September 1634 der ausserordentliche Gesandte der Generalstaaten, Heemstede, mit dem Beauftragten des Königs von Frankreich, Bullion, die Stellung Wolfgang Wilhelms besprach und mit Besorgniss auf dessen Besuch bei Aitona im Lager vor Maastricht (im August) hinwies, wusste Bullion unter dem Siegel der Verschwiegenheit zu erzählen, der Pfalzgraf habe eine Heirath zwischen seinem Sohne, dem Prinzen Philipp Wilhelm und der Prinzessin Maria von Mantua vorgeschlagen, und sich unter dieser Bedingung bereit erklärt, seine Länder unter den Schutz des Königs zu stellen. Auf diese Weise werde er mit einemmal von den Spaniern abgesondert.[3])

Es findet sich von diesem Heirathsplan in den Acten des Pfalzgrafen keine Spur, wie auch darin jeder directe Nachweis fehlt, dass in dieser Zeit über ein Schutzverhältniss zu Frankreich Verhandlungen geführt worden sind. Es steht allerdings fest, dass, wie später zu erwähnen sein wird, Wolfgang Wilhelm sich kurze Zeit darauf nach einer Gemahlin für seinen damals 19jährigen einzigen

---

[1]) S. o. S. 72.
[2]) S. o. S. 101.
[3]) Aitzema, Saken van staet en oorlogh II, S. 115. Das Gespräch muss dem Zusammenhange der Erzählung nach kurz vor dem Eintreffen der Nachricht von der Schlacht bei Nördlingen und nach dem Besuche des Pfalzgrafen bei Aitona, also etwa zwischen 1. und 12. September, stattgefunden haben.

Sohn[1]) umsah, und so erscheint die Erzählung Bullions, soweit sie das Eheproject betrifft, glaubwürdig. Dagegen nehme ich keinen Anstand, seine angebliche Bereitwilligkeit, sich unter den Schutz Ludwigs XIII. zu stellen, als blosse Folgerung und Wunsch der französischen Politiker zu bezeichnen. Es entspricht durchaus dem Charakter und der Politik des Pfalzgrafen, dass er, um ein Ziel zu erreichen, in dem andern Theile Vorstellungen und Erwartungen erweckte oder zuliess, die er keineswegs zu erfüllen die Absicht hatte. Aber jedenfalls würde ein solcher Schritt nicht in Einklang zu bringen sein mit seinem ganzen Charakter, der, zumal nach den Erfahrungen, die er mit den Spaniern gemacht hatte, jeder Einmischung in seine eigenen Angelegenheiten, jeder Art von Abhängigkeit aufs äusserste widerstrebte. Er würde dadurch einen völligen Bruch mit den Spaniern und mit seiner ganzen politischen Vergangenheit vollzogen haben, die seit 20 Jahren in dem Verhältniss zu Spanien ihren hauptsächlichsten Angelpunkt hatte. Ein solcher Schritt würde aber auch, selbst vor der Schlacht bei Nördlingen, der Beweis einer politischen Uebereilung und Unklugheit gewesen sein, die dem stets vorsichtigen, oft übervorsichtigen Pfalzgrafen nicht zuzutrauen ist; denn so gross für Frankreich der Vortheil gewesen wäre, hier am Niederrhein festen Fuss zu fassen, so schwerwiegend wären die Folgen für das Fürstenthum Jülich gewesen, wo die Spanier die hauptsächlichste Festung, Jülich, im Besitz hatten. Zweifellos hätte sich dorthin der Krieg gewendet; und gerade von dort, der einzigen noch nicht versiegten Quelle seiner Einkünfte, hatte der Pfalzgraf die Kriegswirren nach Möglichkeit fern zu halten gesucht.

In der That aber kam die in jener Aeusserung Bullions zu Tage getretene Hoffnung der französischen Politik unmittelbar nach dem erwähnten Gespräche officiell zum Ausdruck in der Abordnung des Herrn von Beauregard an den Pfalzgrafen. Seine Vollmacht ist Montreaux den 11. September datirt. Am 20. October traf Wolfgang Wilhelm mit Beauregard in Köln zusammen und nahm dort die Vorschläge des Königs entgegen, der sich erbot, die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche die Schweden und deren Verbündete bezüglich der Neutralität des Pfalzgrafen machten. Er sei bereit, zu diesem Zwecke

[1]) Der Sohn von seiner zweiten Gemahlin Catharina Charlotte, Ferdinand Philipp, geboren 7. Mai 1633, war schon am 21. Sept. desselben Jahres gestorben.



seine Person und seine niederrheinischen Staaten in seinen Schutz zu nehmen und sie gegen Jedermann zu vertheidigen.[1]) Für den Fall, dass die Schweden in Neuburg wieder Herren würden, so würden sie auch für dieses Herzogthum ein Verschonungsversprechen leisten. Schliesslich wurde ihm im Nothfall militärische Hilfe in Aussicht gestellt, wenn er auch nach der anderen Seite hin stricte Neutralität beobachten werde.

Während Richelieu die augenblickliche Verlegenheit des Pfalzgrafen zu benutzen suchte, um ihn zu Frankreich in ein ähnliches Verhältniss zu bringen, wie den Kurfürsten von Trier und andere Reichsstände, kam dieses officielle Anerbieten auch dem Pfalzgrafen nicht ungelegen, indem er es geschickt nach beiden Seiten hin zu verwenden gedachte. So wenig er willens war, den Franzosen feste Plätze seines Landes einzuräumen, so angenehm war ihm die angebotene Vermittlung bei Oxenstjerna, die sich schon bei dem Frankfurter Bundestag als nicht unwirksam erwiesen hatte. Er erklärte dem König, seine Vermittlung sei die letzte Auskunft, ihn vor der Theilnahme am Kriege zu bewahren. Nur um bei dem Kaiser und den katholischen Fürsten kein Misstrauen zu erregen, habe er am 30. Juni versprochen, seine Truppen mit den kaiserlich-ligistischen zu vereinigen, wenn die Schweden nicht innerhalb dreier Monate seine sämmtlichen Länder geräumt hätten; diese Frist sei verflossen und er werde nun zum Anschluss gedrängt. In dieser Darstellung war eine Ablehnung des angebotenen Schutzverhältnisses zwar nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber sie liess sich doch ungezwungen daraus folgern. Und während später (Nov. 9) Beauregard ihm die französische Schutzfreundschaft dadurch schmackhaft zu machen versuchte, dass er auf das Schutzverhältniss des Elsass zum Könige und auf die zum Theil erfolgreichen Verhandlungen, die im gleichen Sinne mit Württemberg, Baden-Durlach, der Pfalz geführt wurden, auf die Besetzung von Mannheim und anderer festen Plätze durch die Franzosen und auf die voraussichtliche Aufnahme französischer Truppen in Strassburg und Mainz hinwies, so vergrösserte er dadurch nur die Abneigung des Pfalzgrafen, sich auf ähnliche Weise in Unabhängigkeit zu begeben. Sein Misstrauen in die Uneigennützigkeit des Königs spricht sich nicht undeutlich in der Antwort

[1]) **La dite Majesté s'offre de prendre sa personne et ses estates, qui sont autour du Rhin, en sa protection et de defendre et maintenir elle et ses dites estates envers et contre tous.**

aus, die er an Beauregard am 18. November[1]) aufsetzte und worin er der Erwartung Ausdruck gab, jene Fortschritte des Königs und die dadurch bewirkte Einmischung in die Angelegenheiten des Reiches würden die Trennung zwischen dessen Haupt und Gliedern nicht vergrössern, sondern auf den allgemeinen Frieden und auf die Wiedereinsetzung der Reichsfürsten in ihre Länder hinzielen. Er erreichte aber in der That, dass die französischen Gesandten, namentlich Feuquières, sich nochmals und diesmal mit grösserem Erfolg bei den Schweden und deren deutschen Verbündeten seiner Angelegenheiten annahmen.

Die Absendung der Beauregard ertheilten Antwort vom 18. November war nicht an diesem Tage erfolgt, sondern war auf Befehl des vorsichtigen Pfalzgrafen aufgeschoben worden, weil er zunächst sehen wollte, mit welchem Erfolg das französische Anerbieten dem Cardinalinfanten gegenüber verwandt werden könnte. Der Lohn für die Ablehnung der Vorschläge Ludwigs XIII. und die Anerkennung seiner hierdurch bewiesenen verdienstvollen Haltung und indirecten Unterstützung der habsburgischen Interessen musste, so berechnete er, die materielle und moralische Unterstützung der Spanier sein. Die Angelegenheit war wichtig genug, um ihn wieder einmal zu einer Reise nach Brüssel zu veranlassen. Am 16. December verliess er Hambach, wohin er der in Düsseldorf grassirenden ansteckenden Krankheit wegen den Hof verlegt hatte, am 21. traf er in Löwen ein.[2]) Dort empfing ihn der Präsident Rosa und geleitete ihn nach Tervueren. In Brüssel konnte man ihn, angeblich wegen mangelnden Raumes,[3]) nicht beherbergen und so musste er in dem Schlosse zu Tervueren, fern von dem Cardinalinfanten, mit den an ihn abgeordneten Räthen Rosa und Gavarelles die Verhandlungen führen.

Aber weder die französischen Annäherungsversuche, noch die Entschuldigungen Wolfgang Wilhelms, noch sein Erbieten, zwischen dem Hause Habsburg und Frankreich den Vermittler zu spielen, machten den erwarteten Ein-

---

[1]) Das eigenhändig vom Pfalzgrafen concipirte Schreiben trägt das Datum 1634 Nov. 18, ist aber mit der Notiz versehen: „ist zwar begriffen gewesen, aber ratsamb befunden worden, solches nit abgehen zu lassen, bis I. F. D. zuvorderst in Brussel tractirt."

[2]) Unterwegs, in Lüttich, hatte man dem Pfalzgrafen, wie er an seine Gemahlin schrieb, von der Brüsseler Reise abgerathen.

[3]) Die Pfalzgräfin Katharina Charlotte fasste die Unterbringung ihres Gemahls in Tervueren, wohl nicht ganz mit Unrecht, so auf, dass man ihn in Brüssel „nicht haben wolle."

druck auf die spanischen Staatsmänner. Auf die zahllosen Punkte, die der Pfalzgraf nach seiner Gewohnheit aufstellte, antwortete ihm der Cardinalinfant am 4. Januar nur: da Wolfg. Wilhelm nach dem Ablauf jener drei Monate keine grosse Neigung gezeigt habe, mit den Schweden zu brechen, sondern vielmehr seine Bitten um Neutralität bei dem Wormser Convente fortgesetzt habe, so sei auch das in dem Vertrag von Hasselt in Aussicht gestellte Geld nicht so sehr nothwendig. Die Bewilligung wurde jetzt, wie früher, von dem vorherigen offenen Bruche mit den Feinden abhängig gemacht und dabei blieb es, wenn auch der Cardinalinfant sich schliesslich zu dem Zugeständniss bewegen liess, im Interesse der Wünsche des Pfalzgrafen nach Madrid und an den Kaiser schreiben zu wollen.[1])

Während Wolfgang Wilhelm in Tervueren diese Verhandlungen pflog, empfing er zwei Nachrichten von der grössten Wichtigkeit, die ihn veranlassten, trotz der ungünstigen Jahreszeit an den kaiserlichen Hof zu reisen, um dort persönlich mit grösserem Nachdruck seine Geschäfte betreiben zu können. Es war die Erklärung des Wormser Conventes, die endlich Stick mit Unterstützung des Königs von Frankreich und des Prinzen von Oranien zu Wege gebracht hatte, und die Nachricht von dem Abschluss der Vorverhandlungen über den Frieden, die Kursachsen mit dem Kaiser in Pirna geführt hatte.

Am 5./15. December 1634 erklärten die in Worms versammelten conföderirten Stände und Abgesandten der vier oberen Reichskreise: 1. Sie seien bereit, Siegburg an Wolfgang Wilhelm abzutreten unter der Bedingung, dass die Garnison an einen sicheren Ort geleitet und die Fortificationen geschleift würden, und gegen eine Gegenversicherung des Pfalzgrafen und der ligistischen Fürsten, in deren Namen Kurmainz und Kurköln zeichnen sollten, sowie gegen Verschonungserklärungen des Kaisers, der

---

[1]) Eine schriftliche Finalresolution habe ich nicht gefunden. W. W. berichtete aber am 15. Januar an seine Gemahlin, wie aus deren Antwort hervorgeht, dass der Cardinalinfant sich zu allem bereit erklärt habe, was in seinen Kräften stände, und nach Madrid und Wien schreiben wolle. Dem Kaiser gegenüber äusserte er am 11. März über die damaligen Verhandlungen, er habe „in wehrender handlung so viel vernomen, dass an den vorhandenen geltmitteln und zum beischuss meines volks unterhalt und beförderung obbemeltes meines intents und heraufzugs [d. h. zu der angeblichen Vereinigung seiner Truppen mit dem König Ferdinand] nichts übrig“ sei, sondern was vorhanden, zum Unterhalt der Truppen des Infanten nöthig sei; der Cardinal sei aber willens, nach Spanien zu schreiben.

Spanier und Maximilians von Bayern, die Wolfgang Wilhelm binnen sechs Monaten zuwege bringen sollte. 2. Gegen die Abführung der hessischen und lüneburgischen Truppen aus Ravensberg und Ravenstein hatten die Stände nichts einzuwenden, wenn diese Gebiete von Kurbrandenburg oder den Landständen mit wenigstens 600 Mann besetzt würden, sodass den Schweden und ihren Verbündeten kein Schade daraus zu befahren sei. Die Besetzung sollte so lange dauern, bis der Pfalzgraf von dem Kaiser, den Spaniern, Ligisten und Bayern entsprechende Erklärungen zu Wege brächte. 3. Mit der im Entwurfe überschickten Gegenversicherung Wolfgang Wilhelms war man, abgesehen von einigen weniger wichtigen Aenderungen, einverstanden, nur sollte darin „der neuburgischen Lande auch gedacht“ und ebenso wie Siegburgs wegen Gegenversicherungen der andern Partei herbeigeführt werden. Die Stände zweifelten nicht daran, dass Kursachsen, Kurbrandenburg, sowie die ober- und niedersächsischen Kreisstände eine ebenmässige Versicherung abgeben würden. 4. Neuburgs wegen erklärten sich die Stände bereit zu willfahren, jedoch unter der Bedingung, dass der Pfalzgraf sein Volk abgeredetermassen abdanken und den conföderirten Truppen Geleit geben werde.

Oxenstjerna fügte der Wormser Erklärung (Mainz, 1634 Dec. 10/20) die Abschriften von Befehlen an die Commandanten der besetzten Plätze im Bergischen und der Stadt Weyden in der Oberpfalz bei, diese Plätze dem Pfalzgrafen abzutreten und sich nach Niederlahnstein zu begeben. Die Originale schickte er ebendahin, wo sie Wolfgang Wilhelm gegen die verlangten Gegenversicherungen in Empfang nehmen könne. Zugleich theilte der Kanzler den Beschluss des Bundes dem Landgrafen von Hessen und dem Herzog Georg von Lüneburg mit dem Ersuchen mit, die eroberten Orte an der Lippe, in den Graf- und Herrschaften Mark, Ravensberg und Ravenstein zu räumen und durch kurbrandenburgisches oder landständisches Volk bis zu der geforderten Gegenversicherung besetzen zu lassen. Auch diese Briefe theilte er dem Pfalzgrafen abschriftlich mit.

Für Wolfgang Wilhelm erwuchs jetzt die schwierige Aufgabe, von dem Kaiser die ausbedungene Verschonungserklärung seiner Länder zu erhalten. Ferdinand II. hatte sich stets als entschiedenen Gegner seiner Neutralitätsbestrebungen gezeigt, weshalb der Pfalzgraf auch immer ängstlich das Wort „Neutralität“ vermieden und nur von „Verschonung“ gesprochen hatte. Es war die Frage, ob

der Kaiser jetzt, wo seine Angelegenheiten so günstig standen, die pfalz-neuburgischen Sonderbestrebungen in der verlangten Weise unterstützen würde. Und um so schwieriger musste das Verhältniss zum Kaiser werden, als er von der versprochenen Zuführung seiner Truppen zu dem König von Ungarn-Böhmen nach der Erklärung des Heilbronner Bundes natürlich absehen musste. Es kann kein Zweifel sein, dass er dessen Weigerung, sich auf eine derartige Verwendung seiner Truppen in Oberdeutschland einzulassen, vorausgesehen hatte und dass ihm dies sehr willkommen war,[1]) aber es galt jetzt um so mehr, durch persönliches Eingreifen sein Verhalten zu rechtfertigen.

Nach dem Wormser Beschlusse hätte es einer kaiserlichen Verschonungserklärung (Gegenversicherung) für den Augenblick nicht bedurft, um die sofortige Räumung des Landes durch die Schweden herbeizuführen. Dagegen mochte es dem Pfalzgrafen nach den Zugeständnissen und Versprechungen, die er dem König Ferdinand gemacht hatte, gewagt erscheinen, ohne die Zustimmung des Kaisers seinerseits den von den Schweden verlangten Gegenrevers auszustellen, der ausdrücklich die Verpflichtung enthielt, seine Truppen abzudanken, ohne sie den Gegnern der Verbündeten zu überlassen.

Die Nachricht von dem Abschluss der Pirnaer Friedensverhandlungen empfing er am 30. December in Tervueren.[2])
Wie sehr er auch den allgemeinen Frieden wünschen mochte, so erfüllte ihn doch die Besserung der Beziehungen des Kaisers zu Kursachsen, seinem stets gefürchteten Rivalen um die clevische Erbschaft, mit lebhafter Besorgniss. Wer konnte wissen, ob nicht eben die clevischen Erblande der Preis waren, um den der Kurfürst die schwedische Sache verliess? Er musste den Angelegenheiten nahe sein, um jeden Augenblick seine Rechte zur Geltung bringen zu können und seine Mitwirkung an dem Friedenswerke zu sichern.

Den Frieden womöglich zu einem allgemeinen zu machen, lag, wie wir wissen, von jeher in seinem Wunsche

---

[1]) S. o. S. 129 und 134.

[2]) Er schreibt unter diesem Datum an seine Gemahlin: „Gleich jezo werde ich bericht, dass die fridhandlung . . wegen eines generalfridens in guten terminis stehe“, und am 2. Januar: er habe gestern Nachricht empfangen, „daraus gute apparenz erscheinet, dass wir bald den friden haben.“

und Interesse. Sein Gesandter, Secretär de Witte,[1]) hatte ihm von gewaltigen Rüstungen der Franzosen erzählt; über ihre diplomatischen und thatsächlichen Erfolge hatte ihn Beauregard unterrichtet. Das active Eingreifen auch dieser Macht in den Kampf musste aber für lange hinaus die Wogen des Krieges in Bewegung erhalten, eine Erwägung, die den Wunsch in ihm wachrief, das Mögliche zu versuchen, um das neue Feuer, das namentlich auch den Niederrhein bedrohte, noch vor seinem Ausbruche zu dämpfen. Er hatte daher schon am 27. December seine Absicht, sich zu dem Kaiser zu begeben, dem Cardinalinfanten gegenüber ausgesprochen und dessen Rath erbeten, indem er meinte, der König von Frankreich als katholischer Fürst könne dem Frieden nicht ganz abgeneigt sein; noch Beauregard habe ihm versichert, Ludwig XIII. erstrebe nichts Anderes, als die Erhaltung der Reichsfürsten in ihrem Bestande und beanspruche in diesem Falle keinen Fussbreit deutschen Landes!

Dass der Pfalzgraf sich die Gelegenheit nicht entschlüpfen lassen werde, ausser diesen Dingen von mehr actueller Bedeutung auch seine übrigen Desiderien, vor Allem die jülich-clevische Erbfolgesache, die pfälzische Kurfrage und seinen Streit mit den jülich-bergischen Landständen in Wien zu betreiben, war selbstverständlich. Unter den nicht ausdrücklich ausgesprochenen Zielen, die ihm bei der Wiener Reise vorschwebten, ist aber noch eines, das besonders hervorgehoben zu werden verdient; denn hätte er es erreicht, so würde sein Verhältniss zum Kaiserhause dadurch wesentlich umgestaltet worden sein.

Wie ich schon erwähnte, beschäftigte den Pfalzgrafen damals der Plan, seinen Sohn zu verheirathen. Ob Maria von Mantua für ihn wirklich in Betracht kam, ist mehr als zweifelhaft. Wahrscheinlich ist aber, dass er während seines Aufenthaltes in Tervueren mit dem Cardinalinfanten über die Heirathspläne verhandelt hat.[2]) Nach Wien

[1]) W. W. hatte ihn nach Frankreich geschickt, um anzuzeigen, dass er dem Cardinalinfanten entgegenziehen wolle.

[2]) Er schreibt am 30. Dec. 1634 an seine Gemahlin: „Was meines sohns fortreis betrifft, bin ich des herrn Cardinals bedenken noch gewertig, damit ich mich auf einen oder anderen weg darnach zu richten“. Philipp Wilhelm war um den 20. December mit seinem Vater auf dessen Reise nach Tervueren in Lüttich zusammengetroffen und mit ihm nach Tervueren weitergereist. Dass politische Zwecke mit der Reise des Prinzen in Verbindung standen, geht aus der vorstehenden Aeusserung hervor.

begleitete ihn der Gedanke, für den Prinzen Philipp Wilhelm um Maria Anna, die 1610 geborene Tochter des Kaisers Ferdinand zu werben.[1]) Es bedarf keiner weiteren Ausführung, dass eine solche Verbindung die Bahn seiner Politik nicht unbedeutend verschoben hätte. Der Kaiser würde seinem Schwiegersohn weder die clevischen Erblande noch die pfälzische Kur vorenthalten haben, so mochte der Pfalzgraf seine Berechnung stellen. Der Versuch misslang, wie gleich jetzt vorgreifend bemerkt sein mag, weil ihm auch hier sein glücklicher Rivale, Maximilian von Bayern, mit Erfolg in den Weg trat, der, zweiundsechzigjährig, am 15. Juli 1635 selbst die Kaisertochter heimführte.

Mitte Januar brach Wolfgang Wilhelm auf und nahm seinen Weg über Namur, Bastogne, Trier, Zweibrücken, Bitsch und Hagenau nach Strassburg. Die französischen Commandanten, die er unterwegs antraf, bestärkten ihn durch die Versicherung von der Friedensliebe ihres Königs in der Hoffnung, für den allgemeinen Frieden thätig sein zu können.[2]) Wahrscheinlich förderte auch sein Aufenthalt bei dem Kurfürsten von Trier, der ihn herzlich empfangen hatte, den Entschluss, noch von Zweibrücken aus die ersten Schritte zu der Vermittlung zu thun. Er richtete am 26. Januar an den König, an Richelieu und den Pater Joseph Dankschreiben für die erfolgreiche Unterstützung seiner Sache bei den evangelischen Ständen und knüpfte daran seinen Wunsch, in Wien im Interesse des Friedens thätig sein zu können. Für diesen Zweck werde

[1]) Diese Absicht geht aus einem Briefe hervor, den des Pfalzgrafen Gemahlin am 19. Mai 1635 als Antwort auf einen Brief vom 11. April an ihn schrieb. Sie sagt: „E. L. herr sohn habe ich vexiret, dass des Kaisers döchter eine ein hochzeiterin sein soll, und sein i. L. doch noch ein weinich roht worden; wollen aber nicht gestein, dass sie sollen durch den korp gegabt (!) sein. Ich hab i. L. getröst, E. L. werden sich vielleicht nach einer ander umbsehen, sonderlich des Betelem Gabor seine witwe; soll aber wohl vor i. L. zu alt sein; aber vexier i. L. damit, weil sie lieber eine junge hetten, als eine alte". Dass hier nicht lediglich von einer Neckerei die Rede ist, zeigt eine andere Stelle desselben Briefes: „E. L. herr sohn befind sich gottlob auch gar wohl, muss sich itzund leyten dessewegen, so E. L. mir geschrieben haben. Ich hoffe E L. werde ihm dagegen wider eine ander ausgesehen haben und ihm die gute botschaf dargegen mitbringen". — Ueber spätere Heirathspläne vgl. die Beilage zu Nov. 15.

[2]) Seiner Gemahlin schrieb er unterwegs, er hoffe, das Mittel zum Frieden zu sein. Nach der Antwort Katharina Charlottes von 1635 Febr. 28, in der auch die Nachricht von den Aeusserungen der französischen Commandanten und über die Aufnahme bei Kurtrier enthalten ist.

es sehr förderlich sein, wenn er dem Kaiser eine sichere Auskunft über die friedlichen Absichten des Königs geben könnte und über dessen Bereitwilligkeit, die besetzten Plätze wieder abzutreten.[1]) Die Briefe wurden am 27. Januar von Bitsch aus an den zweibrückischen Kanzler Streif abgeschickt, der sich damals in Paris befand.

Von Strassburg aus, wo er Ende Januar eingetroffen war, reiste er über Rastatt weiter und betrat am 7. Februar den Boden seines Herzogthums Neuburg[2]), das er in einem unbeschreiblich trostlosen Zustande fand. Kriegsdrangsale und Hungersnoth hatten die Bevölkerung in den Städten bis zu einem Sechstel, auf dem platten Lande gar bis zu einem Zehntel der ehemaligen Stärke gelichtet. Einzelne Dorfschaften waren völlig menschenleer, das Land fast unbestellt, die Bewohner von Neuburg im Begriffe, vollends ins Oesterreichische auszuwandern.[3]) Nach kurzem, durch den Eisgang der Donau veranlassten Aufenthalt in Neuburg begab er sich zu Schiffe nach Regensburg (März 2) und von hier nach Braunau, wo er mit dem Kurfürsten Maximilian von Bayern zusammentraf, der ihm wegen Abführung der Truppen aus dem Herzogthum Neuburg tröstliche Zusicherungen machte. Am 9. März endlich kam Wolfgang Wilhelm in Wien an.

---

[1]) In dem Briefe an den König heisst es: „Ma potendosi avenire, che con commodita di questo mio viaggio congiuntamente io potessi procurare qualche avanzamento per la pace universale in Allamagna, in che giovarebbe molto, quando io con fondamento potrei dare sicurta alla Mta Caesarea della ottima intentione di V. Mta (dellaquale non solamente me ne ha dato parte il cavagliere Beauregarde mandato da V. Mta a me, ma ancora il medesimo m'e stato riferito in quel mentre ch'io me ne trovo in camino da parecchie persone di qualita di haverlo inteso dalli ministri di V. Mta) con particolare contestatione, che la Mta Vra con la Sua armatura potente non pretende altro que la pace et la conservatione delli principi d'Allamagna in suoi paesi et preeminenze et che a tal caso la Mta Vra non vorebbe tener un piede di terra in Allamagna in sue mani, ma che lei stia inclinata di restituire tutti li luoghi presidiati con la soldatesca di Vra Mta, et per cio ho pigliato l'ardire di penetrare sopra questo proposito la intentione di Vra Mta, per poterla praedicare nelle occorrenze et in luoghi dove si puo fare con buon effetto et insieme supplicarla di non pigliare per male, ch'io ho pigliato l'animo d'informarmi in cio della intentione di Vra Mta" etc. P. B. 116.

[2]) Ueber Gundelfingen, Lauingen, Höchstädt, Donauwörth, wo er allenthalben fremde Besatzungen antraf, gelangte er etwa am 12. Februar nach der Hauptstadt Neuburg.

[3]) Briefwechsel mit seiner Gemahlin; W. W. an Oxenstjerna 1635 Febr. 19, an den Kaiser März 11.

Von diesem Tage bis zum 22. Februar 1636, also beinahe ein ganzes Jahr, hielt sich der Pfalzgraf fast ununterbrochen am kaiserlichen Hofe auf. Memorialien und mündliche Verhandlungen mit den kaiserlichen Räthen, Audienzen bei dem Kaiser und Besuche bei einflussreichen Persönlichkeiten, Hoffestlichkeiten jeder Art, namentlich in der Fastenzeit, und die Theilnahme an den Jagdfahrten Ferdinands II., der als leidenschaftlicher Jäger bekannt ist, und dabei eine überaus eifrige Correspondenz mit seinen Räthen in Neuburg und namentlich in Düsseldorf füllten die Zeit des rührigen und fleissigen Fürsten aus. Wiederholt war er im Begriffe aufzubrechen, aber immer wieder traten Ereignisse ein, die ihn zu längerem Bleiben veranlassten. Das im Anhang veröffentlichte Tagebuch giebt interessanten Aufschluss über seine Theilnahme am Hofleben, wie über die Art, sich zu beschäftigen, und die umfangreichen Actenstösse aus der Zeit seines Wiener Aufenthaltes legen Zeugniss ab von der Arbeitsamkeit des Fürsten, der einmal seiner Gemahlin klagt, er müsse jetzt häufig in einem Tag das Arbeitspensum von zwei Tagen erledigen.

In wenig vortheilhafter Weise schildert Bischof Franz Wilhelm von Osnabrück das Verhalten des Pfalzgrafen in Wien, dem er allerdings nichts weniger als wohlgesinnt war. „Neuburg verhindert mich viel," schreibt er am 18. April 1635 an den Kurfürsten von Köln, „dass ich mich bei Ihren Majestäten nit recht insinuiren kan, wie es im feld wol gelegenheit gibt, und I. K. M. mir selbst angedeitet, aber man kan Neuburg nit in terminis halten, und sicht's der Kaiser nit gern. Er macht auch, das nuncius und hispanischer legatus fast alleweil von hof pleiben, dan es alleweil ein gezenk gibt, ohnerachtet der Kaiser ihme stark untersagen lassen, und wan man ein ding verbeut, scheint, das er es eher thun wolle. In summa er ist uberall exos, mantenirt sich gleichwol sua impotestate und gibt jederman zu thuen." [1]) Diese Schilderung ist zwar etwas parteiisch, sie kennzeichnet aber die weniger liebenswürdigen Seiten in dem Wesen des Pfalz-

[1]) Der Bischof macht sich ferner darüber lustig, dass W. W. bei einem Banket verschiedene kaiserliche und spanische Räthe über sich gesetzt und selbst unten an gesessen habe. „Dies thut er ex capritio und vermaint vil dardurch zu erlangen. Wird ihm aber feelen. Es hat ihn gewaltig verdrossen, dass ich ihne in Paschate also bezahlt; alle cavalieri haben mir recht gegeben und ihme wol gegonnt." Auf welchen Vorgang der Bischof damit hindeutet, vermag ich nicht anzugeben.

grafen nicht unrichtig. Kleinliche Präcedenzhändel[1]) wurden von ihm mit Hartnäckigkeit durchgefochten und veranlassten beispielsweise, dass er der Hochzeitsfeier Maximilians von Bayern nicht beiwohnte, sondern „nur einmal in einem Cabinet der Comödie zusah.“ Sein beinahe zudringlich zu nennender Uebereifer in dem Vorbringen zahlloser Forderungen und Ansprüche, denen er keine ernstliche Gegenleistung an die Seite zu stellen wusste, seine Hartnäckigkeit in der Wiederholung seiner Petita, die ihm scharf und deutlich abgeschlagen waren, veranlassten den Kaiser mehr als einmal zu dem dürren Ersuchen, ihn „mit weiterer unnothwendiger behölligung zu verschonen.“

Seine erste 10 Bogen lange Eingabe, die er am 11. März dem Kaiser übergab, schilderte die früheren Bestrebungen des Pfalzgrafen, sich von dem Kriege fern zu halten, schob die ganze Schuld an dem Bruche der ihm 1630 bewilligten Neutralität auf Maximilian von Bayern und lief in die Bitte um eine Verschonungserklärung des Kaisers aus. Ferdinand II. schlug dieses Ansuchen zunächst rundweg ab, tadelte die Verhandlungen mit den Reichsfeinden und vermisste die Nothwendigkeit, dass Wolfg. Wilhelm nach dem Siege von Nördlingen, „durch welchen der Schweden Macht zimblich gebrochen,“ einen derartigen Accord, der im wesentlichen doch auf eine Neutralität hinauslaufe, habe schliessen müssen.

Eine ausführliche Replik, die der Pfalzgraf nun am 24. März einreichte und die sehr wirksam mit einer drastischen Schilderung der Gewaltthätigkeiten der kaiserlichen Truppen im Neuburgischen[2]) begann, führte dann aber am 11. April zu mündlicher Verhandlung mit dem Vicekanzler v. Stralendorf und dem Kriegsrathspräsidenten Grafen von Schlick, der am 19. April die schrift-

---

[1]) 1635 Mai 22 lehnte der Kaiser es schriftlich kurzerhand ab, bei dem Papst und dem König von Spanien wegen der Praecedenz des Pfalzgrafen zu vermitteln. — Vgl. auch die Beilage zu Febr. 2 und 3.

[2]) Die damals geübten Gräuelthaten gegen die neuburgischen Unterthanen konnten kaum überboten werden. Auch mehrere hochgestellte Beamte, unter ihnen der Geheime Rath und Landvogt von Höchstädt Frhr. v. Graveneck, ein 70jähriger Mann und eifriger Katholik, sowie des Pfalzgrafen alter Landmarschall und Oberstjägermeister Tobias Herstenski, Pfleger zu Berathshausen, wurden gemartert und umgebracht. Neuburg und Höchstätt wurden nun zum drittenmal ausgeraubt, die Märkte Berathshausen und Pleistein niedergebrannt.

liche Erklärung des Kaisers folgte, die jülich-cleve-bergischen Lande sollten künftig von Einquartierungen, Sammel- und Musterplätzen unter der Bedingung verschont werden, dass alles feindliche Kriegsvolk, es seien Franzosen, Schweden oder andere, abgeführt und nicht wieder eingelegt werden würde.

Das Mittel, welches Wolfg. Wilhelm anwandte, um die kaiserlichen Räthe umzustimmen, war recht sophistischer Natur. Jene forderten die Abtretung des Volkes; der Pfalzgraf erwiderte, die Schweden bestünden auf dessen Entlassung. Aber wenn er auch seine Truppen den kaiserlichen Officieren nicht zuweisen könne, so würden diese doch „selbst zu vigiliren wissen, wie sie deren etlich, wan sie von (dem Pfalzgrafen) abgedankt, in I. K. Mt. Dienst zu bekommen.“ Wie stimmt hierzu seine den Schweden am 24. Apr. ausgestellte Gegenversicherung, worin er sich verpflichtete, seine Soldaten, soviel er deren nicht zur Besatzung der Städte etc. und zum Schutze der Unterthanen auf dem platten Lande bedürfe, abzudanken und anderen nicht zuzuweisen?

Nach der Verschonungserklärung vom 19. April brachte Wolfg. Wilhelm in der folgenden Zeit noch eine Reihe von kaiserlichen Documenten zustande, die ebenfalls den Schutz seiner Lande bezwecken sollten, so eine besondere Salvaguardia für Neuburg, weil der Pfalzgraf dem Kaiser „jederzeit treu geblieben,“ und eine solche für Jülich-Berg, worin aber bezeichnenderweise der Name des Pfalzgrafen nicht genannt ist; ferner besondere Befehle an seinen Sohn, den König Ferdinand, sowie den Generallieutenant Grafen von Gallas, das Land des Pfalzgrafen nach Möglichkeit zu verschonen, allerdings mit der bedenklichen Clausel, „soviel ratio belli und die Conjuncturen es zuliessen.“ Am 22. Juli wandte er sich auch an Maximilian von Bayern mit dem Ersuchen, die von Wolfg. Wilhelm begehrte Verschonungserklärung ebenfalls auszustellen, worauf der Kurfürst endlich am 8. August die von den Schweden verlangte Urkunde vollzog. Schliesslich stimmte auch der Kaiser am 28. Juli in einem Schreiben an den König Ferdinand der Bitte des Pfalzgrafen zu, dass den Schweden in Siegburg freies Geleit zu theil werden solle.

Mit Zustimmung des Kaisers hatte sich der Pfalzgraf auch an den König von Frankreich mit der Bitte um eine ebenmässige Verschonungserklärung gewandt, nachdem am 19. Mai 1635 der Krieg an Spanien erklärt worden war, und Ludwig XIII., der, wie es scheint, das Anerbieten

des Pfalzgrafen zur Friedensvermittlung[1]) gänzlich ignorirt hatte, leistete am 21. Juli in St. Germain dessen Verlangen in sehr liebenswürdiger Form Folge, indem er gleichzeitig den Marschällen de Chatillon und de Brézé befahl, die Neutralität des Pfalzgrafen zu wahren und ihren Untergebenen keinen Act der Feindseligkeit zu gestatten. Beinahe gleichzeitig hatten auch die Generalstaaten eine entsprechende Erklärung abgegeben.

Zur Abreise aus Wien hatte der Pfalzgraf inzwischen noch keine Anstalten gemacht. Es waren hauptsächlich zwei Dinge, die ihn festhielten, die Friedensverhandlungen mit Sachsen und die Klagen, die eine Deputation seiner jülich-bergischen Landstände beim Kaiser erhoben hatte, nachdem Mansfelds Mission vollständig gescheitert war.

Wolfgang Wilhelm hatte die günstige Stimmung, die er nach den Verhandlungen mit Stralendorf und Schlick im April 1635 gegen sich verspürte, zunächst dazu benutzt, um dem Kaiser eine Reihe von Wünschen vorzutragen (Apr. 16), hauptsächlich den, ihm ein Decret auszustellen, wonach die confiscirten Güter seiner Agnaten und Landsassen, um die sich andere bemühten, in erster Linie ihm und seinem Sohne zufallen sollten. Ausserdem bat er um die kaiserliche Genehmigung zur Erhöhung seiner Zölle und um Zollfreiheit für 200 ungarische und 1000 Zugochsen, sowie für Getreide und Wein,[2]) womit er dem gänzlich ruinirten Herzogthum Neuburg aufhelfen wollte.[3])

Als sich die Friedensverhandlungen mit Sachsen ihrem Abschlusse näherten und als gleichzeitig von den niederrheinischen Landen ungünstige Nachrichten über das Vorgehen der Schweden bei ihm eintrafen, hielt es Wolfgang Wilhelm für zweckmässig, sich in doppelter Weise sicher zu stellen, indem er (Wien Mai 8) den Kaiser um einen Befehl an König Ferdinand und die Generale bat, ihm eventuell mit 6—10000 Mann, oder, wo nöthig, mit der ganzen Armee zu Hilfe zu ziehen. Er bat ferner, die Vollziehung des Vertrags von Hasselt, namentlich die Auszahlung der Subsidiengelder bei dem Cardinalinfanten und dem König von Spanien zu befürworten. Dagegen verpflichtete er sich, ohne Zustimmung des Kaisers, des Königs von Spanien und des Cardinalinfanten sich in

[1]) S. o. S. 143 f.
[2]) Im Betrage von 17000 Thalern.
[3]) Die Zollfreiheit wurde ihm am 19. Mai zugestanden.

keinen Vergleich einzulassen und „seine Truppen dem gemeinen Wesen zum Besten mit anführen und gebrauchen zu lassen."

Der Kaiser sicherte ihm in der That am 22. Mai die verlangte Hilfe zu, „soviel es ratio belli zulassen wird", falls die Feinde die Lande nicht quittiren oder dieselben feindlich behandeln würden, und versprach auch, die gewünschten Vermittlungsschreiben abgehen zu lassen.[1])

Nach der Veröffentlichung des Prager Friedens gestaltete sich indessen das anscheinend so günstige Verhältniss des Pfalzgrafen zum Kaiser völlig um. Der Friede verknüpfte die pfälzische Kurwürde dauernd mit Maximilian von Bayern und seiner Descendenz. Die stets gehegte Hoffnung, dass diese Frage doch noch zu seinen und seines Hauses Gunsten geregelt würde, schien dadurch zu nichte zu werden. Ferner drohte die Bestimmung, dass es fortan nur e i n e Armee im Reiche geben sollte, nämlich die des Kaisers, ihn völlig um die Früchte seiner Neutralitätspolitik zu bringen. Er sollte sich erklären, ob er den Frieden annehmen, seine Truppen dem Kaiser überlassen wolle, und die Landstände von Jülich-Berg unterstützten durch ihre Commissare ebenso wie früher diese Forderung des Kaisers. Aber die Entlassung seiner nicht zur Besetzung der festen Plätze nöthigen Soldaten war ja eine der Bedingungen gewesen, unter welchen die Schweden die Räumung des Landes versprochen hatten. Wenn er trotzdem den Frieden annahm, stand er als wortbrüchig da, und nicht nur den Schweden gegenüber. Was würden die Generalstaaten, was der französische König dazu sagen, die er eben erst um Verschonungserklärungen ersucht hatte!

Und so bot der Pfalzgraf alle Mittel der Beredsamkeit, seine ganze Federfertigkeit auf, um sich der Nothwendigkeit des Beitritts zum Prager Frieden zu entziehen und seine Rechte geltend zu machen, indem er die eigenthümliche Taktik verfolgte, dass er eine Menge von sonstigen Forderungen und Beschwerden vorbrachte, in der Hoffnung, dadurch eine günstige Stimmung für das zu erwecken, worauf es ihm hauptsächlich ankam, oder weil er den Grundsatz haben mochte, dass der am meisten

---

[1]) W. W. übersandte die betreffenden Schreiben des Kaisers am 13. Juni an König Ferdinand mit der Bitte, das, was er, der Pfalzgraf, an den Kaiser und den König wegen des Succurses geschrieben, „noch derzeit in höchster geheim" zu halten, ihm aber gleichwohl die betreffenden Patente zuzuschicken.

erhält, welcher am meisten fordert. Ausführlich setzte er sein Recht auf die Kur und die Pfalzgrafschaft am Rhein auseinander und wiederholte seine Bitte um eine „Ergetzlichkeit“ aus den pfälzischen Landen, sowie um die Genehmigung zur Erhöhung der Zölle. Er forderte, der Kaiser möge seine klagenden Stände zur Devotion verweisen, beanspruchte die Vormundschaft über die hinterlassenen Kinder seines Bruders August und brachte die Jülicher Successionssache zur Sprache. Indem er verlangte, der Kaiser möge nach geschlossenem Frieden die Sache in die Hand nehmen und die Angelegenheit zur Entscheidung bringen, bemerkte er, er könne keine Ursache ermessen, weshalb der Kaiser es bis dahin aufgeschoben habe, ihm ebenso wie es Kursachsen geschehen sei, die Belehnung der jülich-clevischen Lande zu ertheilen. Dabei beschwerte er sich über das von den geistlichen Fürsten am Niederrhein gehandhabte militärische Commando, indem er um die Beförderung seiner Erwählung zum Kreisobersten nachsuchte. Als sein Schwiegervater Johann von Pfalz-Zweibrücken gestorben war, verwandte er sich (Oct. 7) für seine Schwiegermutter, die Pfalzgräfin Luise, wegen der Verschonung ihres Wittums Meisenheim, bat aber zugleich, ihm das Fürstenthum in Verwaltung zu geben, wenn der 19jährige Sohn Friedrich, der französische Kriegsdienste genommen hatte, sich dem Kaiser nicht unterwerfen wollte, auf jeden Fall aber das Land keinem Anderen als ihm selbst zu schenken.

Aber der Kaiser liess sich durch diese Vorstellungen, die fast durchweg abschlägig beschieden wurden, nicht davon ablenken, von ihm den Anschluss an den Frieden und demgemäss die Abtretung seiner Soldaten zu verlangen. Es ergiebt sich aus den Verhandlungen, die monatelang wegen dieser Angelegenheit geführt worden sind, wie wenig Bedeutung im Grunde die kaiserliche Verschonungserklärung vom 19. April 1635 hatte, wie man in Wien kein Bedenken trug, sie zu umgehen, sobald man es für wünschenswerth hielt. Jene Erklärung, so eröffnete der Kaiser am 17. Sept. dem Pfalzgrafen, sei nur aus der Absicht hervorgegangen, die Lande aus väterlicher Fürsorge zu verschonen, nicht sie in eine völlige Neutralität gegen die Feinde des Reichs zu stellen. Nur den Staaten von Holland gegenüber solle es bei den Regensburger Bestimmungen von 1630 bleiben. Dem Pfalzgrafen sei ja damals mündlich erklärt worden, „dass I. K. Mt. dennoch in Nothfällen und wann es ratio belli nicht anders leiden würde, sich zu solcher verschonung nicht praecise obligiren wolte“.

Die Zähigkeit, mit der der Pfalzgraf den wiederholten Aufforderungen, sich vorbehaltlos dem Prager Frieden anzuschliessen, Widerstand leistete, ist erstaunlich. In seine kunstvoll gebauten Erklärungen suchte er immer wieder Bedingungen, Vorbehalte, Reservate hineinzuschmuggeln, um sich dadurch an der Nothwendigkeit vorbeizuwinden, seine Truppen abtreten zu müssen, oder doch eine endgiltige Erklärung so lange zu verschieben, bis seine Düsseldorfer Räthe die Räumung bewirkt und die Abdankung der Soldaten vollzogen hätten.

In der That gelang es ihm auf diese Weise, trotzdem der Kaiser wiederholt kategorisch eine unverclausulirte Erklärung gefordert und sich seine lästigen Memorialien verbeten hatte, bis zum October die Entscheidung hinauszuziehen. Noch Ende dieses Monats verhandelte er mit Stralendorf und Schlick über die Zahl der von ihm eventuell abzutretenden und der zur Besetzung der festen Plätze nöthigen Truppen. Er gab als die Summe der von ihm unterhaltenen Soldaten 5000 zu Fuss und 1200 zu Pferde an, von diesen habe er 2000 zu Fuss und 300 zu Pferde nöthig, die übrigen wolle er dem Kaiser abtreten; jedoch müsse er sich vorher bei den Generalstaaten versichern, dass von diesen kein Einfall in sein Land gemacht werde. Als aber der Kaiser auch diesen Aufschub nicht zugestehen wollte (October 25), sondern erklärte, wenn die Holländer einfallen würden, werde man den Landen zu Hilfe kommen, nahm er noch im October endlich den Frieden an; allerdings, wie es scheint, nur durch eine mündliche Erklärung gegenüber dem Vicekanzler von Stralendorf. Die schriftliche Erklärung trägt das viel spätere Datum des 7. Januar 1636.[1])

In ebendenselben Tagen, in welchen endlich Wolfgang Wilhelm, dem Drucke des Kaisers sich fügend, bedingungslos den Prager Frieden annahm, war es end-

[1]) Eine beglaubigte Copie der Urkunde befindet sich im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv, dessen Direction die Güte hatte, mir den Wortlaut mitzutheilen. Sie enthält folgenden bemerkenswerthen Zusatz: „Wiewol ... E. K. Mt. geheimer rath und vicekanzler, der freiherr von Stralendorf, albereit in jüngstvergangnem monat Octobri mir die anzeig gethan, das E. K. Mt. mit meiner damaligen gethanen acceptationserclerung des zwischen Ihro und des herrn churfürsten zu Sachsen Liebden getroffenen friedens allergnedigst zufrieden seien, nachdem jedoch E. K. Mt. haben wollen, das ich obgedachts datum, an welchem ich obgesetzte erclerung der fridens acceptation underschrieben, dareinsetzen lasse, so hab ich dero allergnedigsten bevelch hiemit vollenziehen wollen". — Vgl. dazu das Tagebuch in der Beilage zu Jan. 10, 11 u. 12.

lich, wie das folgende Capitel zeigen wird, den Bemühungen der Düsseldorfer Regierung gelungen, die Räumung des Herzogthums Berg durch die Schweden zuwege zu bringen.

Elftes Capitel.

Die Räumung des Herzogthums Berg durch die Schweden. 1635.

Uebergriffe der schwedischen Truppen im Bergischen nach der Wormser Erklärung. — Einnahme der Kettwiger Brücke durch die Besatzung von Kaiserswerth und Wiedereroberung durch die Hessen. — Einfälle staatischer Truppen. — Neuer Auftrag für Stick. — Austausch der Vertragsurkunden zwischen W. W. und dem Bunde nach vielen Schwierigkeiten. — Weigerung der schwedischen und hessischen Commandanten, abzuziehen. — Auftrag für Oberstlieutenant Moretti. — Capitulation von Landsberg. — Einnahme der Kettwiger Brücke durch die Neuburgischen. — Wonsheims Verhandlungen mit Loyson. — Vertrag. — Räumung von Siegburg.

Die Wormser Erklärung vom 15. Dec. 1634 hatte auf das Verhältniss der im Bergischen einquartierten Schweden zu den Landesbewohnern zunächst keine praktische, jedenfalls keine wohlthätige Wirkung geübt. Gerade in jener Zeit kamen lebhafte Klagen aus den Aemtern Angermund, Landsberg und Mettmann über die an der Kettwiger Brücke liegenden Soldaten, die mit Contribuiren, Rauben, Wegführen und Ranzioniren von Menschen und Pferden das Land heimsuchten.[1])

Als am 3. Januar 1635 die Einwohner von Lüttringhausen und Radevormwald unter dem Geleite von Amtsschützen Hafer nach Düsseldorf führten, wurden sie bei Sonnborn (bei Elberfeld) von 60 Mann überfallen und ausgeplündert. Viele wurden verwundet und den Schützen das Gewehr abgenommen. Obgleich der Tumult und das Schiessen über zwei Stunden dauerte, rührte sich der neuburgische Officier, der an der Kupferbrücke die Wache hatte, nicht, und ebensowenig kamen die Einwohner von Sonnborn ihren Landsleuten zu Hilfe.

---

[1]) Im Januar 1635 forderte der Oberstlieutenant Korter von der Kettwiger Brücke u. a. von den Aussenbürgern des Städtchens Ratingen, das schon mit neuburgischen Truppen belegt war, eine wöchentliche Contribution von 20 Rthlr., im Kirchspiel Schlebusch wurden wegen rückständiger Contributionen Einwohner gefangen fortgeführt und ebenso fanden (März) im Kirchspiel Hubbelrath Erpressungen und Fortschleifung von Eingesessenen statt. P. B. 122.

Besonders litt dieser Theil des Landes durch die Plänkeleien zwischen den Schweden und der kaiserlichen Besatzung zu Kaiserswerth, welche am 7. Febr. sogar zu einer Ausplünderung des nur eine Stunde von Düsseldorf gelegenen Städtchens Gerresheim führten, trotzdem hier eine neuburgische Garnison unter dem Hauptmann Ingermann lag.[1])

Neue Werbungen, die Oberst Wendt von Cratzenstein im Januar von Hattingen und der Kettwiger Brücke aus unter gewaltsamer Heranziehung von bergischen Unterthanen[2]) anstellte, sowie die Anlegung neuer Befestigungswerke in Landsberg und der Kettwiger Brücke, zu welchen das Landvolk durch Holzlieferungen und Schanzarbeiten beitragen musste, erhöhten die Besorgniss der Düsseldorfer Regierung. Die Besatzung der Hauptstadt wurde im Januar 1635 verstärkt, aber im März erklärte der Commandant Oberst Neuland, er sei wegen Mangels an Pulver nicht imstande, die Stadt länger als sechs Tage zu vertheidigen.

Die Schweden in Siegburg hatten in der Zwischenzeit nicht nur in der bisherigen Weise ihre Contributionen fortgesetzt, sondern dieselben mit Beginn des Jahres 1635 erheblich erhöht. Von dem Amt Steinbach allein forderten sie 4000 Rthr. Um diese Uebergriffe abzustellen,[3]) schickte man von Düsseldorf aus den Secretär Rohde an den Oberstlieutenant Korter auf der Kettwiger Brücke (Febr. 26), den Hauptmann Daniels in Mülheim an Loyson (Anfang

---

[1]) Eine Patrouille von 15 Mann Kaiserlichen war am 6. Febr. Abends in Gerresheim angekommen, um dort für Geld in der Herberge zu zehren. Sie hatten ihre Feuerrohre abliefern müssen. Andern Morgens erschienen 150 Schweden, geführt von einigen zu ihnen übergelaufenen ehemaligen Soldaten des neuburgischen Hauptmanns Ingermann und nahmen nicht nur die Kaiserlichen gefangen, sondern plünderten auch eine Anzahl von Bürgerhäusern aus. Acht Bürger wurden in Ketten fortgeführt und in Kettwig gefangen gesetzt. Die neuburgische Besatzung sah zu. Nicht mit Unrecht beschwerte sich das Städtchen, das seit dem 28. Aug. 1634 nicht weniger als 1100 Rthlr. ohne Holz, Baugeld und Licht an die Schweden hatte zahlen müssen, dass Ingermann keine Wachen ausgestellt, auch die Einwohner gegen die Plündernden nicht geschützt habe. Dieser entschuldigte sich, seine Soldaten hätten weder Kraut noch Loth und könnten sich nicht vertheidigen!

[2]) Am 6. März klagte die Düsseldorfer Regierung den Generalstaaten, den Einwohnern seien Knechte und Jungen aus den Häusern gezogen und durch „Bastiniren und Prügeln" zum Kriegsdienst gezwungen worden.

[3]) Ritter Stick hatte im Auftrage der Düsseldorfer Regierung auch an Oxenstjerna wegen Abstellung der Uebergriffe geschrieben, aber nur eine ziemlich kühle Antwort erhalten.

März) und später (März 19) den Amtmann zu Beyenburg, Johann Wilhelm von Hugenpoet, an Wendt nach Hattingen. Aber die Officiere weigerten sich, die Plätze aufzugeben, ehe ihnen entsprechende Befehle im Original vorgelegt würden; ebensowenig wollten sie auf die Erhebung der Contributionen verzichten. Loyson empfing Daniels, als dieser um den 23. März zum zweitenmal in Siegburg erschien, sehr unwillig und verwies auf die in der Wormser Erklärung enthaltenen Vorbedingungen: Gegenversicherung, Abdankung der neuburgischen Truppen u. s. w. Oberst Wendt war zwar bereit, die Pressung der Unterthanen zum Kriegsdienste und andere Uebergriffe abzustellen, erklärte aber im übrigen, ihm seien die Aemter Angermund, Landsberg und Mettmann ausdrücklich zugewiesen;[1]) ohne Gegenbefehl könne er keine Aenderung treffen. Die Befestigung der Kettwiger Brücke sei nothwendig wegen der Versuche der Kaiserswerther Garnison, sich dieses Platzes zu bemächtigen.

Dieses Argument erwies sich in der That als stichhaltig, denn am 11. April gelang es wirklich den beiden Kaiserswerther Compagnieen unter Oberstlieutenant Possmann, sich des wichtigen Ruhrpasses durch Ueberrumpelung zu bemächtigen; allerdings nur für kurze Zeit, denn schon am 12. Abends verstanden es die Gegner, durch einen Handstreich den Pass wieder zu nehmen. Es waren hessische Truppen, denen der Anschlag gelang und die nun an Stelle der lüneburgischen Truppen die Brücke besetzt hielten. Für das Land war dieser Wechsel deshalb nachtheilig, weil nunmehr der neue Commandant Thomas Sieger in Gemeinschaft mit den Befehlshabern zu Abtsküche (bezw. Haus Hetterscheid), Capitain von Holten, und Landsberg, Wilh. Strien,[2]) gleichsam mit frischen Kräften Contributionen unter Bedrohung militärischer Execution ausschrieb.

Und noch eine andere schädliche Wirkung hatten die Kämpfe um den Ruhrpass für das Land im Gefolge. Auf die Nachricht von der Einnahme der Brücke durch die Kaiserlichen kam eine Abtheilung holländischer Truppen der Weseler Garnison, 500 Mann stark, in das Land und verweilte mehrere Tage plündernd und Geld erpressend

[1]) Wendt berief sich auf das, was er vor einigen Monaten den Abgesandten des Pfalzgrafen, Amtmann Schöller und Dr. Giese, unter Vorzeigung seiner Ordre erklärt hatte, in deren Gegenwart ihm der Generallieutenant Melander bezeugte, dass von ihm nichts ohne Ordre geschehen sei.

[2]) Der Name ist unsicher, er wird auch „Heien“ angegeben.

in Hittorf, Rheindorf, Mondorf (April 19), Wald und Gräfrath (April 20), sowie in den Aemtern Mettmann und Angermund (Apr. 24), während gleichzeitig das Land Jülich durch wiederholte Einfälle staatischer Truppen Aehnliches, ja Schlimmeres zu leiden hatte.[1])

Der Statthalter v. Wonsheim hielt die Lage für ernst genug, um dem Pfalzgrafen dringend eilige Rückkehr aus Wien zu rathen. Aber Wolfgang Wilhelm hatte inzwischen die Verschonungserklärung des Kaisers erhalten, und glaubte nun nicht zweifeln zu dürfen, dass die Räumung seines Landes wie dessen völlige Neutralisirung in der nächsten Zeit erfolgen werde.

Wieder war es der Ritter Stick, der es auf sich nahm, die noch nöthigen Geschäfte, vor Allem den Austausch der verschiedenen Urkunden, zu besorgen. Er sollte, wie Wolfg. Wilhelm am 25. April an ihn[2]) und die Räthe schrieb, zunächst die Verschonungserklärung des

---

[1]) Hier hatten die staatischen Durchmärsche und Einlagerungen besonders seit Ende 1634 sehr zugenommen, und Marschall Weschpfennig war aus diesem Anlass im December 1634 nach dem Haag geschickt worden. Trotz der Zusicherungen, Recht und Justiz ergehen lassen zu wollen (Erklärung von 1635 Febr. 10), wiederholten sich die „Refraichirungsmärsche" grösserer Truppenkörper im Jülichschen im März und April in verstärktem Maasse. Vom 11. bis 15. März verweilte Generallieutenant Stackenbroich mit 60 Compagnieen der Garnison zu Nymwegen, die barbarisch hausten, in den Aemtern Brüggen, Caster, Jülich und Grevenbroich; am 5. April wurden die Aemter Jülich und Boslar durch die Besatzung von Erkelenz heimgesucht, aus Roermond fand ein Einfall im Amte Wassenberg statt; am 15. April rückten 9 Compagnieen ins Amt Boslar, am 17. April traf ein Raubzug das Amt Wilhelmstein, wobei das Haus Junkersdorf, dem Ritter von Lövenich gehörig, in Asche gelegt und der Besitzer aufs schmählichste misshandelt wurde. An 80 Personen aus den Aemtern Nideggen, Nörvenich und Pier kamen ums Leben, als sie sich sammelten und den Bedrängten Hilfe bringen wollten. Im Amte Düren, zu Dietrichsweiler, Lendersdorf und in der Herrschaft Gürzenich wurden 24 Personen erschlagen, 60 verwundet. — Die neuburgischen Soldaten waren für die Unterthanen nicht der geringste Schutz. Die Holländer nahmen ihnen das Obergewehr ab mit den höhnischen Worten: „Neutrale Soldaten dürfen kein Obergewehr tragen." Im Mai ging deshalb Weschpfennig nochmals nach dem Haag und hatte am 16. Audienz bei dem Prinzen von Oranien, am 21. bei den Staaten. Wieder wurde ihm Abhilfe zugesagt. Der Prinz entschuldigte die Vorfälle dadurch, dass die Bauern sich bewaffnet hätten.

[2]) W. W. schrieb Stick, er möge sich dadurch nicht irre machen lassen, dass er auf das Drängen derjenigen, denen er die Herrschaft Breskesand auf eine Reihe von Jahren übergeben habe, den Befehl zur Fortführung des suspendirten Processes gegen Stick (s. o. S. 114, Anm. 3) habe ertheilen müssen. Er, der Pfalzgraf, werde sich, der Process möge nun ausgehen wie er wolle, erkenntlich zeigen.

Kaisers den Generalstaaten vorzeigen und von ihnen eine neue Aeusserung bezüglich der 1630 versprochenen Neutralität zuwege bringen, worauf er sich zu Oxenstjerna begeben sollte. Inzwischen sollten Wonsheim und Weschpfennig bei Kurmainz und Kurköln die Erneuerung der am 23. Sept. 1634[1]) ertheilten Erklärung, aber ohne Clausel, betreiben. Von dem Kurfürsten Maximilian hoffte Wolfgang Wilhelm selbst in Kürze die verlangte Zusicherung zu erhalten. Diese Urkunden nebst der kaiserlichen Resolution sollte Stick in vidimirter Abschrift nebst der Originalgegenversicherung des Pfalzgrafen dem schwedischen Kanzler einhändigen und dafür die Verschonungserklärung des Bundes, sowie die Befehle an die betreffenden Commandanten in Empfang nehmen. Schliesslich sollte von den Letzteren der Abzug verlangt und danach die Demolirung der Festungswerke in Angriff genommen werden.

Aber die Ausführung dieser Vorschrift ging keineswegs glatt und leicht von statten. Kurmainz und Kurköln[2]) machten Schwierigkeiten, die erbetene Erklärung zu ertheilen; sie stellten alles Maximilian von Bayern anheim, der seinerseits dem Pfalzgrafen gegenüber sich darauf berief, vorerst mit den beiden Kurfürsten verhandeln zu müssen. Erst am 13. August empfing Wolfgang Wilhelm das Verschonungspatent.[3])

Stick hatte den Befehl des Pfalzgrafen in der ersten Hälfte des Juni erhalten. Es traf sich günstig, dass Oxenstjerna damals gerade aus Frankreich im Haag angekommen war, Stick konnte daher die Reise zu ihm sparen. Aber die Vollziehung seines Auftrages war ihm unmöglich, da der Kanzler erklärte, die Acten nicht zur Hand zu haben, und obgleich er versprach, dem schwedischen Gesandten Camerarius die betreffenden Urkunden nach dem Haag zu schicken, musste Stick vergeblich warten.

Unterdessen war die Düsseldorfer Regierung ihrerseits mit dem Consilium formatum und dem Vicedirector

---

[1]) S. o. S. 121.

[2]) Am 8. Juni gingen Wonsheim und Weschpfennig nach Köln und Bonn, am 30. Juli suchte Weschpfennig noch einmal den Kurfürsten Anselm Kasimir in Köln auf.

[3]) Schon am 5. Juli hatte Maximilian im Einverständniss mit den beiden Kurfürsten erklärt, die Räumung und Verschonung werde zwar von den Schweden schwerlich zu erlangen sein; auf diesen Fall aber wollten die 3 ligistischen Fürsten „ihnen nicht zuwider sein lassen, E. L. eine gleichmessige erklerung, wie von der Kai. Mai. albereit beschehen, zu ertheilen.“

des Bundes, dem Wild- und Rheingrafen Otto, direct in Verbindung getreten, während der Pfalzgraf seinen Agenten Dr. Erasmus in Frankfurt mit der Beförderung der Angelegenheit betraute. Da aber auch dies nicht zum Ziel führte, musste Stick Ende Juli doch nach Frankfurt reisen.

Hier gab es neuen Aufenthalt, da der Secretär Varnbüler zu König Ferdinand von Ungarn-Böhmen nach Heilbronn gereist war und den Schlüssel der Kiste mitgenommen hatte, in welcher die Urkunden vermuthet wurden. Diese wurden aber auch nach Varnbülers Rückkehr nicht gefunden, weshalb man sich endlich Anfang September entschloss, sie aufs neue auszufertigen. Sie wurden durch den Rheingrafen Otto vollzogen, worauf Stick den Herzog Bernhard in Mainz aufsuchte, um mit ihm über den Ort zu verhandeln, nach welchem die schwedischen Besatzungen abziehen sollten.

Während man mit den Schweden wegen der Räumung von Berg endlich unter grossen Schwierigkeiten bis zu dem Punkte des Austausches der Urkunden gekommen war, kam man wegen Mark und Ravensberg um keinen Schritt vorwärts. Landgraf Wilhelm von Hessen hatte gegen die dem Pfalzgrafen in Worms bewilligte Neutralität der Grafschaft Mark bei Oxenstjerna protestirt[1]) und weigerte sich auf das wiederholte Ansuchen des Pfalzgrafen nach wie vor entschieden, seine dortigen Quartiere zu räumen, indem er auf seinem Standpunkte beharrte, der Feind habe zuerst die Neutralität gebrochen, habe das Haus Limburg occupirt und mit Garnison belegt. Er seinerseits würde es bei der Besetzung von Lippstadt gelassen haben, als aber der Feind Hamms und Lünens sich bemächtigt, habe er ihn heraustreiben müssen. So schrieb er noch am 25. September mit dem Hinzufügen, er stehe mit dem König von Ungarn in Verhandlungen wegen des Friedens; ehe diese zum Abschluss gekommen seien, sei es nicht rathsam, sich „allerdings aus der Positur zu begeben.“ Ueberdies sei ja auch die von Oxenstjerna und den vier Oberkreisen bewilligte Räumung, namentlich von Siegburg, nicht zur Ausführung gelangt.

Aber wenigstens in diesem Punkte beschloss man nun in Düsseldorf zum Ende zu kommen. Nach dem Abschluss des Prager Friedens lag alles daran, dass wenigstens Berg von den Schweden befreit und die Neutralität

---

[1]) Lgrf. Wilhelm an Oxenstjerna Kassel 1634 Dec. 28, Oxenstjernas skrifter och brefvexling II, 7 S. 572.

gewahrt wurde, ehe die Kaiserlichen zum Angriff auf Siegburg vorgingen, damit Wolfgang Wilhelm nicht durch die Annahme des Friedens genöthigt wurde, seine Truppen an den Kaiser abzutreten, sondern sie vertragsmässig entlassen konnte.

Bereits am 5. August war auf des Pfalzgrafen Anregung in Düsseldorf ein geheimer Kriegsrath abgehalten worden, wie man die besetzten Orte am besten erobern könne im Falle die Herausgabe der Verschonungsurkunden länger verschoben würde, oder die Commandanten sich weigerten, abzuziehen. Aber die endlichen Erfolge Sticks schienen die Anwendung des von Wonsheim sorgfältig ausgearbeiteten Feldzugsplanes überflüssig zu machen, dessen Erfolg auch bei der ausserordentlich günstigen Lage von Siegburg ein zweifelhafter gewesen wäre.

Mitte September kam Stick mit den Originalschriftstücken in Düsseldorf an. Sofort wurden der Hauptmann Matthias Daniels und der Secretär Rohde nach Siegburg geschickt, um die Räumung zu veranlassen. Aber Abraham Loyson fand sich trotz der stricten Befehle Bernhards von Weimar keineswegs zur Räumung bereit. Er machte allerhand Ausflüchte, das Consilium formatum habe nur die Copie, nicht das Original des Befehls Oxenstjernas vom December 1634 beigefügt, Herzog Bernhard habe Siegburg „Kloster“ titulirt, er wisse vielleicht nicht, dass es ein fester Platz sei; der Pfalzgraf habe auch sein Volk noch nicht entlassen. Er liess aber schon jetzt erkennen, dass es ihm im wesentlichen auf eine Verehrung für sich und auf 2 Monate Sold für seine Truppen ankam. Könne man sich hierzu nicht verstehen, so müsse er die weitere Entschliessung Oxenstjernas abwarten.

Am 23. September ging daher der Statthalter v. Wonsheim in Gemeinschaft mit dem Ritter Stick selbst nach Siegburg. Er fand den Platz so wohlbefestigt und mit Proviant und Munition so im Ueberfluss versehen, dass er einsah, er werde vor Ablauf des Jahres unter keinen Umständen eingenommen werden können. Eine goldene Brücke schien ihm unter diesen Umständen zweckmässiger, als eine Belagerung, und er erklärte sich deshalb zu einem „Recompens“ bereit, wozu er sich um so mehr veranlasst sah, als der Abt von Siegburg Loyson 4000 Thaler angeboten hatte, wenn er ihn nur in die Kirche lassen wollte. Die Angabe Loysons, der Kurfürst von Köln habe ihm 10 000 Ducaten für die Auslieferung des Ortes angeboten, bezweifelte Wonsheim, wenn auch Kurfürst

Ferdinand thatsächlich Verwahrung dagegen erhob, dass der Pfalzgraf von Siegburg, dem „patrimonium Annonis“, Besitz ergreife.

Die Forderungen Loysons erwiesen sich indessen als so übertrieben, dass Stick, den Wonsheim von Mülheim aus am 28. September abermals nach Siegburg gesandt hatte, sich alsbald nochmals auf die Reise zu Oxenstjerna und Herzog Bernhard machte, um schärfere Befehle auszuwirken.

Unterdessen hatte sich Marschall Weschpfennig am 18. September nach Landsberg, wo etwa 100 Mann lagen, und der Kettwiger Brücke begeben, um gleichfalls die Räumung zu verlangen. Aber auch hier fand man Widerstand. Der Commandant in Landsberg, Wilhelm Strien, bezog sich, wie früher, auf seinen Vorgesetzten, den Obersten Wendt von Cratzenstein, und verwies auf die noch rückständigen Contributionen aus dem Unteramte Mettmann und dem Gerichte Creuzberg. Thomas Sieger, der hessische Commandant von Werden und der Kettwiger Brücke, erklärte, ohne ausdrücklichen Befehl seiner Obrigkeit könne er Werden und die vom Feinde mit dem Schwert genommene Brücke nicht im Stiche lassen.

Als Beide sogar fortfuhren, Contributionen auszuschreiben und unter Vergewaltigungen der Bauern einzutreiben, beschloss man in Düsseldorf endlich Ernst zu machen. Nach einer Berathung zwischen dem Prinzen, Wonsheim, dem Kanzler Horst, Weschpfennig und dem Hofmeister Graveneck erhielt der Oberstwachtmeister Balthasar Moretti Befehl, die beiden Plätze einzunehmen. Dieser brach am 30. September in der Nacht mit 300 Musketen und 50 Piken sammt der Leibcompagnie zu Pferde von Düsseldorf auf und kam mit Tagesanbruch vor Landsberg an, wohin inzwischen auch der Oberstwachtmeister Ingenhoven, sowie die Rittmeister Merode und Sommer mit ihren Compagnieen commandirt waren. Auch die sogenannten Landschützen der Aemter Angermund, Solingen, Mettmann und Monheim waren aufgeboten worden. Eine Halbkanone und ein Feldstück wurden am andern Tage nachgeschickt. Moretti versuchte es zunächst wieder mit Unterhandlungen, die allerdings erst Erfolg hatten, als er drohte: wenn man warte, bis die Kanonen angekommen seien, werde er kein Quartier geben. So capitulirte Strien am 2. October.

In die Schanze vor der Kettwiger Brücke war in der Nacht vom 1. zum 2. October der ebenfalls zu Wendts Regiment gehörige Hauptmann Papenfeind, der bis dahin

im Hause Cleef gelegen hatte, eingerückt. Er zog indessen ab, als Moretti am 3. früh eine Kanone löste und begab sich unter den Schutz des Commandanten von Werden, worauf Moretti die Schanze besetzte.

Die Hessen auf der Brücke, welche nun zum Abzug aufgefordert wurden, weigerten sich entschieden, den Platz ohne vorherige Befehle des Generallieutenants Melander zu verlassen. Sie würden die Brücke bis zum letzten Blutstropfen vertheidigen. Nun wurde eine Kanone aufgepflanzt, worauf die Hessen das Feuer eröffneten. Moretti liess jetzt seine Stücke ebenfalls spielen; als indessen die Gegner noch immer nicht wichen, wurde das eine Geschütz gegenüber dem Zollhaus aufgepflanzt, dann eine aus Cavallerie und Infanterie gemischte Abtheilung an einer andern Stelle über die Ruhr geschickt und hierauf die Brücke von beiden Seiten attackirt, bis sich schliesslich die Hessen auf Gnade und Ungnade ergeben mussten. Ein Fähnrich und 35 Mann fielen als Gefangene in die Hände der Neuburgischen. Die Brücke wurde bis auf die Pfeiler abgebrochen und die Schanze geschleift.

Dies war der Verlauf der an sich unbedeutenden Expedition, die nur deshalb bemerkenswerth ist, weil sie die einzige Kriegsthat darstellt, die damals von den pfalzgräflichen Truppen ausgeführt wurde.

Nun blieben noch die Schweden in Siegburg, Blankenburg und Windeck übrig. Stick war auf dem Wege zu Bernhard von Weimar schon in Monheim wieder umgekehrt, weil der Herzog nicht in Coblenz, sondern in Metz weilte. Eine Blockade Siegburgs wurde abermals erwogen und abermals als langwierig und unsicher befunden. Nochmals ging Stick am 7. October dorthin, ohne etwas auszurichten, — da endlich entschloss sich die Düsseldorfer Regierung bis zu 12000 Thlr. an Loyson zu zahlen.

Am 10. October begaben sich Wonsheim und Stick nach Siegburg. Loyson empfing sie vor dem Thore, aber der Statthalter erklärte, nicht eher werde er in die Stadt oder auf das Schloss (die Abtei) gehen, als er mit ihm abgehandelt habe; denn Eile that um so mehr noth, als Wonsheim aus Bonn benachrichtigt worden war, die Kaiserlichen seien auf Antrieb der geistlichen Fürsten Vorhabens, den Ort zu belagern. Auf den Wällen promenirend, wurde man nun über folgende Bedingungen einig: Am 27. October sollte der Platz Wonsheim eingeräumt werden, ebenso Blankenberg und Windeck.

Officiere und Soldaten sollten freies Geleit bis Coblenz[1]) oder Niederwesel erhalten. Loysons Frau, die ein Landeskind war, und den Kindern des Obersten wurde sicherer Aufenthalt im Lande zugestanden. Wagen zum Fortschaffen zweier Feldstücke, der Munition und des Proviantes sollten geliefert werden, Loyson 7000 und das Regiment 2000 Reichsthaler erhalten. Hierauf begaben sich die Neuburgischen mit Loyson zu Tische, wo der Obrist die Gesundheit des Pfalzgrafen, seiner Gemahlin und der Prinzen, jedesmal unter dem Donner der Geschütze ausbrachte. Dann wurde der Vertrag unterzeichnet.

Am 27. October, Morgens zwischen 10 und 11 Uhr, verliessen die Schweden Siegburg, das sie über drei Jahre lang in Besitz gehabt hatten, und marschirten, geleitet von sechs Compagnieen neuburgischer Reiter unter dem Commando des Oberstwachtmeisters Hackfurt, nach Dorsten zu ab, da der König von Ungarn den freien Pass nach Coblenz verweigert hatte.[2])

Anstatt nun die vertragsmässige Schleifung der Festungswerke auszuführen, fasste Wonsheim den Plan, Siegburg als Festung vorläufig dem Pfalzgrafen zu erhalten. Die bereits bestellten 400 Schanzarbeiter wurden unter einem Vorwande nach Hause geschickt und der Platz mit einer Compagnie unter dem Commando des Hauptmanns Dietrich von Aachen besetzt.[3])

Der Abt war sofort nach Abzug der Schweden erschienen, hatte Einlass in die Abtei begehrt und die Schlüssel zur Stadt und zum Kloster gefordert, die er

---

[1]) Niederlahnstein war inzwischen von den Kaiserlichen genommen worden.

[2]) Das Geld, welches Loyson erhielt, streckte Wonsheim grösstentheils aus seiner Tasche vor. Er erbat sich dafür vom Pfalzgrafen den Gouverneurposten.

[3]) Mit ihrem Gewissen fanden sich Wonsheim und der Pfalzgraf, der dies Vorgehen nachher durchaus billigte, durch den Hinweis darauf ab, dass die Grafschaft Mark (in der doch nur Hessen lagen) noch nicht geräumt sei, und dass der schwedische Oberst Speerreuter neuerdings Contributionen in Ravensberg ausgeschrieben habe, dass also die Schweden auch ihrerseits die Vertragsbedingungen nicht erfüllt hätten. Gründe für das Nichtschleifen der Werke waren: Einen festen Platz mehr zu haben, wenn man dem Pfalzgrafen wegen der Annahme des Prager Friedens zusetzen wollte, wenn die Staaten als Repressalie für die zu besorgenden kaiserlichen Winterquartiere in Jülich, in Berg Quartiere nehmen wollten, damit ferner der Platz nicht durch einen Dritten besetzt und wieder fortificirt würde und schliesslich um Kurköln und anderen Nachbarn Respect einzuflössen. P. B. 130 II.

immer besessen habe, auch als spanisches und kaiserliches Volk da gelegen habe. Aber Wonsheim stellte nach längst eingeholter Instruction des Pfalzgrafen seine Bedingungen. Zwar bestand der Abt darauf, wegen der geforderten Rückerstattung sich nach Wolfgang Wilhelms Rückkehr mit diesem persönlich zu benehmen, aber er musste ihn am 17. November schriftlich als Schutz- und Schirmherrn anerkennen und ihm den Genuss der Rechte, die des Pfalzgrafen Vorfahren dort gehabt hatten, zugestehen. Auch verpflichtete er sich, die Schleifung der Werke zuzulassen und den Platz künftig nicht wieder zu befestigen.

So war endlich das Fürstenthum Berg von den lästigen Gästen befreit. Und nicht nur dies, der Pfalzgraf befand sich auch im Besitze der lange erstrebten Vogteirechte von Siegburg, ja er hatte diesen strategisch wichtigen Platz sogar militärisch in seiner Gewalt. Aber schon thürmten sich an einer andern Stelle gefahrdrohende Wolken auf, die für ihn und sein Land bei weitem mehr Unheil bringen sollten, als es die schwedischen Besatzungen je verübt hatten.

Zwölftes Capitel.

Piccolomini und Caretto in Jülich und Berg. 1635 Oct.—1636 März.

Sendung Piccolominis in die Niederlande. — Durchmarsch durch Jülich. — Kaiserliche Erklärungen. — Bestimmung des Herzogthums Jülich zum Winterquartier. — Gesandtschaften an den Cardinalinfanten und Piccolomini. — Oberstlieutenant v. Hohenrechberg und Oberst v. Metternich als Gesandte des Cardinalinfanten in Düsseldorf. — Geldanerbieten der Düsseldorfer Regierung. — Aufbruch Piccolominis von Gennep. Einmarsch in Jülich. — Piccolomini nach der Schenkenschanze. — Verhandlungen der Regierung mit Generalwachtmeister Beck. — Becks Marsch in das Amt Münstereifel. — W. W.s optimistische Auffassung der Lage. — Beck im Amte Thomberg, in der Herrschaft Kerpen und den Aemtern Lechenich und Nörvenich. — Piccolominis Rückmarsch nach Jülich. — Hauptquartier in Düren. — Drohender Einmarsch Carettos in Berg. — Weitere Verhandlungen des Pfalzgrafen in Wien. — Beschluss des Kaisers, sich der Truppen W. W.s zu bemächtigen. — Die Landstände von Jülich - Berg. — Zustand der pfalz-neuburgischen Truppen. — Verhandlungen Piccolominis und der Düsseldorfer Regierung mit den Commandeuren. — Die kaiserlichen Mandate. — Vereinigung der Truppen. — Verhandlungen mit Caretto. — Einquartierung in Berg. — Die Generalstaaten. —

Gefährliche Lage der Düsseldorfer Regierung. Geldmangel. Drohende Haltung der Düsseldorfer Garnison. — Siegburg. — Neue Austheilung der Truppen Piccolominis. Besetzung der festen Plätze. — Kosten der Einquartierung. — Vergebliche Verhandlungen.

Durch das Bündniss, welches die Generalstaaten am 8. Febr. 1635 mit Frankreich gegen Spanien geschlossen hatten, war Prinz Friedrich Heinrich von Oranien in die Lage versetzt, den Krieg gegen den Cardinalinfanten in grösserem Maassstabe zu führen, so dass der Letztere den Kaiser um Hilfe bitten musste, der ihm den Grafen Piccolomini mit einem Corps zuschickte.

Mit Sorge betrachteten der Pfalzgraf und die Regierung zu Düsseldorf diesen Verlauf der Dinge, von dem die jülich-bergischen Lande kaum unberührt bleiben konnten. Denn wenn auch der Kaiser am 19. April 1635 Verschonungserklärungen gegeben hatte, so war es doch nach den bisherigen Erfahrungen sehr zweifelhaft, ob sie auch thatsächlich gehalten wurden. Zunächst fürchtete man den Durschmarsch der Kroaten Piccolominis. Zwar bemühte sich Kurfürst Ferdinand von Köln, den Marsch der Kaiserlichen, die Ende Mai bei Andernach den Rhein überschritten, von den kölnischen und jülicher Landen abzuhalten und über den „hohen Weg" zu lenken; aber nichtsdestoweniger musste das Herzogthum, wenn auch nur wenige Tage lang, die Last des Durchzugs tragen und dem Obristen Isolano Proviant und Früchte contribuiren.

Um Gegenmassregeln der Holländer und Franzosen zu verhüten, die sich um den 10. Juli bei Roermond der Grenze näherten, hatten die Düsseldorfer Räthe eine Gesandtschaft an den Prinzen Friedrich Heinrich und die französischen Marschälle gesandt, denen man Wildpret und Wein verehrte. Während Chatillon sich liebenswürdig zeigte und eine Salvaguardia für das Amt Wassenberg ausstellte, machte Brezé Schwierigkeiten, forderte Proviant und drohte mit Execution. Erst am 21. August, als Marschall Weschpfennig, nachdem er vorher den Prinzen besucht hatte, dem Marschall in Nymwegen die Verschonungserklärung seines Königs vom 21. Juli[1]) vorlegte, erklärte jener, keine Feindseligkeiten gegen den Pfalzgrafen unternehmen zu wollen, wenn man auch neuburgischerseits die Neutralität wahre.

---

[1]) S. o S 148.

Weit gefährlicher aber gestaltete sich die Lage, als der Feldzug des Jahres 1635 beendet war, und sich die Frage erhob, wo die kaiserlichen Hilfstruppen in das Winterquartier gelegt werden sollten.

Nach der Einnahme der Schenkenschanze durch die Spanier am 26. Juli hatten beide Theile den Neutralitätsbestimmungen von 1630 zuwider in clevischem Gebiet Befestigungen angelegt, und wenn auch die von dem Statthalter Wonsheim schon damals ausgesprochene Besorgniss, die Belagerung des genannten Platzes durch den Prinzen von Oranien werde das Land Jülich stark in Mitleidenschaft ziehen, sich zunächst nicht in dem Maasse erfüllte,[1]) so trug doch gerade dieser Umstand viel dazu bei, dass nun das Land Jülich die Last der Winterquartiere zu tragen hatte. Piccolomini hatte mit deren Austheilung gezögert, weil er sich scheute, den Verschonungserklärungen des Kaisers und des Königs Ferdinand entgegen die Lande des Pfalzgrafen zu belegen; als aber um den 20. October 1635 der Oberst Seneschall vom König Ferdinand den Bescheid zurückbrachte, er überlasse dem Cardinalinfanten die Disposition über die Quartiere des kaiserlichen Hilfscorps, zögerte man nicht länger. Zwar hatte der König dem Feldmarschall auf das Drängen des Pfalzgrafen die Verschonung der jülich-bergischen Lande empfohlen, aber man hatte doch zugegeben, dass die Lande „im Falle der Noth" nicht eximirt bleiben sollten.

---

[1]) An Uebergriffen der Kaiserlichen fehlte es auch in der Zwischenzeit nicht. Schon am 18. Juli verlautete, Piccolomini wolle einige Compagnieen in die Stadt Sittard legen und ihnen dieselbe zur Plünderung freigeben. Die Regierung schickte den Amtmann Benting, dem es anscheinend gelungen ist, die Gefahr abzuwenden. Ende Juli erschienen Kroaten vor Erkelenz und beunruhigten das flache Land; vor Venlo trieben sie das Vieh fort. Die Forderung des Obristen Bredow an die Städte Grevenbroich und Caster, seine neugeworbenen Soldaten zu unterhalten (Mitte September) scheint ebenfalls keinen Erfolg gehabt zu haben. Ernster war ein Zusammentreffen, das am 20. September der Amtmann Friedrich von Schaesberg mit kaiserlichen Truppen hatte, welche in der Stärke von 3000 Dragonern und Reitern fouragirenshalber geldrische und benachbarte jülichsche Dörfer heimsuchten. Schaesberg, der sich in der Begleitung des Vogts von Brüggen auf der Reise zum Cardinalinfanten befand, hatte, zum Theil mit Erfolg, versucht, die Kaiserlichen zurückzuhalten. In Bossheim aber wurde er selbst überfallen, der Vogt und sieben Diener bis aufs Hemd ausgezogen die Bagage und 400 Thaler Reisebaarschaft abgenommen. Die Salvaguardia des Cardinalinfanten riss man ab und trat sie mit Füssen, dem Amtmann riss man Koller und Seitengewehr sammt Schärpe ab und schoss nach ihm.

Dieser Nothfall war ein dehnbarer Begriff und machte die vorhergegangenen Verschonungserklärungen völlig werthlos. Der Amtmann Schaesberg, der von Wonsheim nicht lange vorher im Interesse der Verschonung an den Cardinalinfanten, den Herzog von Lerma und Piccolomini abgesandt war und die schönsten Zusicherungen empfangen hatte, war der erste, der die unerwartete Nachricht von der bevorstehenden Einquartierung nach Düsseldorf brachte (Oct. 21). Acht Regimenter (67 Compagnieen) Kürassiere sollten nach dem Quartierzettel im Fürstenthum Jülich eingelegt werden. Fast zu gleicher Zeit kamen den Düsseldorfer Räthen auch die Drohungen der Holländer zu Ohren, sie würden, wenn die Spanier Winterquartiere in Jülich nähmen, es ebenso machen. Der Statthalter Wonsheim fürchtete sogar eine Ueberrumpelung von Düsseldorf, so dass er die Garnison um zwei Compagnieen verstärkte und die Bürgerschaft ersuchte, scharfe Wache zu halten. Schaesberg wurde sofort mit einem Handschreiben des Prinzen Philipp Wilhelm an den Cardinalinfanten abgesandt, aber kaum war er unterwegs, als schon der kaiserliche Oberstlieutenant v. Hohenrechberg als Gesandter des Cardinalinfanten und Piccolominis in Düsseldorf eintraf (Oct. 25). Er überreichte ein Schreiben des Feldmarschalls (Gennep Oct. 21), worin dieser mittheilte, ihm sei mit einigen Regimentern das Land Jülich „auf kurze Zeit“ als Quartier zugewiesen, und bat, ihm Commissare entgegenzuschicken.

Die Bestürzung in Düsseldorf war um so grösser, als der Aufbruch des Heeres von Gennep schon an demselben Tage hatte stattfinden sollen, an dem der Gesandte sich seines Auftrages entledigte. Unglücklicherweise war auch der Statthalter gerade nach Siegburg gereist, um dort die Räumung des Platzes durch die Schweden zu betreiben. Während nun der Marschall Weschpfennig Wonsheim aufsuchte, schickte man dem Amtmann Schaesberg Vollmacht nach, dem Grafen eine Verehrung von 6—12000 Thalern anzubieten, wenn Jülich verschont werde. Ausserdem ordnete man an demselben Tage noch den Marschall Spiring an den Cardinalinfanten ab, dem wenige Tage darauf (Oct. 30) als dritte Gesandtschaft der Marschall Weschpfennig, Amtmann Joh. Wilh. v. Hugenpoet und Lic. Voetz folgten.

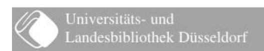
Schaesberg, der am 26. Oct. in Gennep bei dem spanischen Heere ankam, wurde von Piccolomini vertröstet, die Einquartierung in Jülich solle bis auf weiteren Befehl von König Ferdinand oder ausdrückliche schrift-

liche Ordre des Cardinalinfanten verschoben werden, aber dieser blieb, wie Spiering berichtete, auf seiner Absicht bestehen, die Armee in die benachbarten Lande, und also auch in Jülich einzulegen. Alles was er von dem Grafen erhalten konnte, war die Zusicherung, er werde des Pfalzgrafen Lande so viel als möglich verschonen, man möge ihm nur für kurze Zeit mit Fourage und Lebensmitteln assistiren. Für Spirings Protest, wenn die Neutralität gebrochen würde, hatte er aber nur ein Lächeln, und auf das Anerbieten eines Geldgeschenkes erwiderte er, er suche mehr des Pfalzgrafen Gnade, als sein Geld.

Auch die dritte Gesandtschaft richtete weder bei dem Cardinalinfanten noch bei Piccolomini das Geringste aus, obgleich sie dem Letzteren so lange zusetzte, bis sie „Unlust bei ihm verspürte.“ Die Neutralitätsverträge erklärte er für „Sachen von der alten Welt,“ jetzt müsse man „das gemeine Wesen und Interesse, dann auch die Necessität“ im Auge haben. Er gab auch keine Vertröstungen mehr, wie den früheren Gesandten, sondern erklärte, die Quartiere könnten diesmal nirgends anders als im Fürstenthum Jülich und den umliegenden Ländern genommen werden. Für ihn komme lediglich das Verhalten des Feindes in Betracht; wo dieser sich befinde, dahin müsse er auch das Haupt seiner Armada hinwenden. Die angebotene Verehrung von 20000 Thalern — so weit hatte man den Preis für die Verschonung noch erhöht — wies er weder ab, noch nahm er sie an.

Es war offenbar, Piccolomini dachte nicht daran, den einmal gefassten Entschluss rückgängig zu machen. Man wollte die für Cavallerie besonders geeigneten Quartiere des Jülicher Landes nicht fahren lassen und den Soldaten nach den Strapazen des Feldzuges Gelegenheit geben, „sich zu refraichiren.“ Man gedachte auf diese Weise zugleich etwaige Unternehmungen der Holländer leichter durchkreuzen zu können und wollte ausserdem auch ein wachsames Auge auf den Pfalzgrafen selbst haben, der sich durch seine Verhandlungen mit Frankreich in den Verdacht gebracht hatte, er könne ähnlich verfahren, wie der Kurfürst von Trier, und den Franzosen feste Plätze in seinen Territorien einräumen.[1])

[1]) Wonsheim schrieb am 2. Dec. an W. W., ein spanischer Minister habe ihn avertirt, es müsse die kaiserliche Armee zwischen Maas und Rhein logiren um der Holländer und des Pfalzgrafen selbst willen, „auf ihre actiones acht zu geben. Könten sich auf Sie (des Pf. Durchlaucht) nit allerdings verlassen; weren gut frantzosisch, ihre leut tractirten noch mit den Franzosen und hetten pension davon.“



Der Cardinalinfant, in dieser Frage ganz von Piccolomini abhängig, entsandte nun an die Räthe des Pfalzgrafen nochmals einen Officier — es war der spanische Kriegsrath Oberst Wilhelm von Metternich — der am 7. November in Düsseldorf die militärischen Gründe für die Belegung von Jülich auseinandersetzte und forderte, es möchten Commissare mit ihm zurückkehren, mit denen man die Austheilung der Quartiere vornehmen könne. Die Räthe beriefen sich zunächst wieder auf Verträge und Zusicherungen, entschlossen sich aber, als sie sahen, dass dies keinen Eindruck machte, es noch einmal mit Geldanerbietungen zu versuchen. Sie versprachen sich um so grösseren Erfolg davon, als der Gesandte sich auf das Beispiel des Kurfürsten von Köln berufen hatte, welcher sich zu einer monatlichen Geldzahlung von 25000 Rthlrn. bereit erklärt habe. Man offerirte also eine einmalige Zahlung von 30000 Rthlrn., die man, als Metternich sie für unzureichend erklärte, auf 50000 erhöhte, allerdings unter dem Vorbehalt der ständischen Zustimmung und mit der Bedingung, dass diese Summe von den 120 Monaten Kreiscontribution, die dem Kaiser auf Grund des Prager Friedens zu zahlen waren, in Abzug gebracht würden.

Piccolomini war unterdessen am 29. Oct. von Gennep aufgebrochen, hatte die Maas wieder überschritten und war durch das Stift Lüttich südwärts gezogen. Als aber der Oberst v. Metternich anstatt mit den verlangten Commissaren mit einem Schreiben der Räthe von Düsseldorf zu ihm zurückkehrte, vollzog er ohne weiteres am 12. November seinen Einmarsch in Jülich und nahm sein Hauptquartier in Eschweiler, nachdem er nach Düsseldorf geschrieben hatte, er habe die Absicht, durch Jülich hindurchzuziehen. Obgleich er nun in der That den Generalwachtmeister Beck mit einem Theil der Truppen, der Artillerie und einiger Bagage nach der Eifel, und den Obersten Kraft mit 2000 Mann nach Geldern entsandte, blieb er doch mit dem Rest ruhig liegen. Dem Amtmann von Düren, v. Merode, gegenüber beklagte er sich über das Ausbleiben der Commissare: es scheine, man wolle ihn verspotten; wenn man ihm aber Schwierigkeiten mache, werde er auch noch die Spanier herbeirufen.

Am 29. November aber brach er doch nach der bedrohten Schenkenschanze auf,[1]) so dass die ihm abermals

[1]) Der neuburgische Kriegscommissar Werner Ketzgen traf Piccolomini bei Hattorf im Amte Boslar und erreichte mit Mühe, dass der Marsch nicht durch das Amt Brüggen und durch die

von der Düsseldorfer Regierung entgegengeschickten Gesandten, Amtmann Hugenpoet und Lic. Voetz, ihn in Eschweiler nicht mehr antrafen. Diese begaben sich nun in das Trierische zu Beck, der von Piccolomini Vollmacht inbetreff der Quartiere erhalten hatte. Sie trafen ihn vier Stunden von Trier. Beck erklärte, er habe von Gallas Befehl, das kurtrierische Gebiet wieder zu verlassen, da das Erzstift Colloredo als Quartier angewiesen sei; er müsse also im Fürstenthum Jülich seine Winterquartiere aufschlagen, wenn man sich in Düsseldorf nicht zu einer grösseren Summe als bisher entschliessen könne. Die Gesandten boten 60000 Rthlr. an und legten dann noch 5000 hinzu. Aber Beck verlangte 75000. Diese Summe überschritt jedoch das den Gesandten vorgeschriebene Maximum.

Ueberhaupt gewann man in Düsseldorf den Eindruck, es sei Alles eine abgekartete Sache, man wolle durch Verhandlungen hinhalten, ein Stück Geld nehmen und trotzdem die Regimenter in das Land legen. Und so geschah es auch. Während sowohl Beck, als Metternich, als der Generalquartiermeister Schmidt die ihnen angebotenen Verehrungen in die Tasche steckten, marschirte Beck wenige Tage, nachdem die Gesandten ihn verlassen hatten, wieder zurück in das Amt Münstereifel. Der Düsseldorfer Regierung schrieb er am 8. December, er habe einen Befehl Piccolominis vom 3. December, sich in Jülich einzuquartieren. Hatten seine undisciplinirten Horden schon auf dem ersten Durchmarsche den ganzen Vieh- und Fouragebestand aufgezehrt, so war es auf dem Rückweg bereits am 11. December so weit gekommen, dass die ihm entgegengeschickten Commissare Amtmann Sinzig und Kolf berichten mussten, das Amt Münstereifel sei total ruinirt, es könne jetzt höchstens noch an den Häusern Schaden geschehen, sonst sei nichts mehr zu verderben. Zur selben Zeit trat auch Piccolomini selbst seinen Rückmarsch nach Jülich an.

Eine sehr optimistische Auffassung der ganzen Sachlage scheint eigenthümlicherweise währenddessen der

---

Städte genommen wurde. Er besorgte Provisionen für die Kaiserlichen aus dem genannten Amt und den nahe gelegenen Orten Gladbach, Wassenberg, Grevenbroich (25000 Laibe Brot), während Piccolomini sein Hauptquartier am 29. Nov. in Grevenbroich, am 30. in Herdt hatte. Der Graf erklärte damals, er wolle sich nicht in die Städte einquartieren, es sei denn, dass ihm der Feind so stark auf den Hals käme, dass er dahin seine Retirade nehmen müsse.

Pfalzgraf gehabt zu haben. Er hatte am 11. November gegen die beabsichtigte Einlagerung der Kaiserlichen unter Piccolomini in Jülich bei Ferdinand II. Beschwerde erhoben, und ebenso gegen die Fortificirung von Gennep durch den Cardinalinfanten protestirt. Dann aber hatte er sich von den Geheimen Räthen in Wien erzählen lassen, Piccolomini habe Befehl, mit seinen Truppen wieder zu der kaiserlichen Armee abzumarschiren, und war fest überzeugt, das Ganze komme auf eine Gelderpressung bei Gelegenheit des Durchzuges heraus. Die Düsseldorfer Räthe tadelte er deshalb heftig, dass sie sich auf eine Abfindung mit Geld eingelassen hätten. Er hatte am 22. November wieder einen jener clausulirten Befehle an Piccolomini von dem König Ferdinand erhalten, in welchem jenem aufgetragen wurde, das Heer anderwärts einzuquartieren, wenn man genugsam versichert wäre, dass Holländer und Franzosen die Orte nicht occupiren würden.[1]) Im übrigen möge er thun, was zur Beförderung des Reiches und des Gesammthauses Habsburg nothwendig sei. Das hiess, Piccolomini könne thun, was er wolle. Einige Tage später erlangte der Pfalzgraf von dem Kaiser die Vertröstung, dass Piccolomini die Räthe zur Entrichtung der 50000 Rthlr., auf die sie sich zur Verhütung der Einlagerungen eingelassen hätten, nicht drängen solle, und dem Amtmann Schaesberg fiel die wenig beneidenswerthe Aufgabe zu, dem Grafen hiervon Mittheilung zu machen. Das Schicksal des Landes Jülich war damit besiegelt. Denn wenn überhaupt die Abwendung der Winterquartiere durch eine Geldzahlung zu erlangen gewesen wäre, jetzt war auch diese Möglichkeit abgeschnitten.

Am 12. December traf bei Beck der Befehl von Gallas ein, man solle das Erzstift Köln und das Stift Lüttich mit Einquartierung verschonen und die kaiserliche Armada in Jülich einlogiren. Ausserdem schrieb auch der Oberst Isolani, der bisher mit drei Regimentern Kroaten nach Luxemburg beordert war, er könne dort kein Quartier finden, und der Cardinalinfant habe ihm befohlen, sich zu Piccolominis Heer zu begeben, Beck möge ihm sein früheres Quartier, Amt Montjoie und Herrschaft Drimborn, zuweisen. Mit Mühe gelang es den Commissaren, von Beck zu erwirken, dass die gefürchteten Kroaten in der Grafschaft Schleiden und der Herrschaft Kerpen, die nicht zu Jülich gehörten, einquartiert wurden.

[1]) In demselben Sinne schrieb der Kaiser an den Cardinalinfanten.

Beck selbst marschirte, als im Amt Münstereifel nichts mehr zu holen war, am 11. December ins Amt Thomberg, dann in die Herrschaft Kerpen und von da in die Aemter Lechenich und Nörvenich, ein Theil blieb in Lommersum in der Herrschaft Kerpen liegen.

Piccolomini war unterdessen durch Geldern[1]) über das Gladbacher Broich, wo er am 8. December sein Hauptquartier hatte, nach Jülich marschirt und citirte nun den Generalwachtmeister Beck ebendahin. Hier suchte ihn auch Schaesberg auf und präsentirte ihm die oben erwähnten Schreiben des Königs Ferdinand und des Kaisers. Piccolomini erwiderte der Regierung, er habe von dem Cardinalinfanten weitere Instructionen erbeten. Irgendwo müssten die Truppen doch Platz finden; der Feind habe ja auch Ravenstein occupirt. Er forderte Lieferung von Fourage, da auf den Dörfern nichts mehr vorhanden sei, um davon zu leben. Nach Wien entsandte er den Obristen Kraft, um den Kaiser zu bewegen, dass er die Anordnung der Winterquartiere in Jülich billigen möge; andernfalls werde die Armee, gleich der Mansfeldischen, untergehen und im Frühjahr nicht imstande sein, ins Feld zu ziehen. Am 19. brachen die Truppen aus ihren Quartieren auf. Piccolomini und die Generalwachtmeister Bredow und Beck nahmen mit dem Stab ihr Hauptquartier in der Vorstadt Düren. Die Truppen wurden ringsumher untergebracht.

Einige Tage genügten, um auch hier Alles aufzuzehren, trotzdem die pfalzgräflichen Commissare sich bemühten, Brod und Fleisch aus den benachbarten Gegenden herbeizuschaffen. Der Pfennigmeister Bleimann schrieb am 4. Januar 1636 aus Düren an den Schultheissen Caspars zu Düsseldorf: „Es gehet dergestalt zu, dass mirs unmoeglich, Ihme zu beschreiben. In diesem Ambt gehet das unterst oben, kein Haus bleibet uff den Dorferen, wie gross sie auch sein und das Ambt ist. Mich jammert es dergestalt, dass wollte, hie von dan were; kann auch nit sicher nach Haus kommen, thue mich des Proviantwesens heut ab, weilen ohne bar Geld kein Korn mehr haben kann, und weiss sonsten nicht mehr zu bekommen. Solch Brennen, Plünderen, Rauben mit adelichen Häusseren und Kirchen ist es, dass nicht wol zu beschreiben ist; hausen

[1]) Amtmann Schaesberg war ihm entgegengereist und hatte ihn bewogen, seine Quartiere in geldrischen Dörfern zu nehmen, die des Pfalzgrafen aber so lange als möglich zu verschonen. Bericht Gladbach 1635 December 9.

unchristlich, arger als Turken, und werden taglich arger. Als heud werden 6, 8, 10 hingericht — schrecklich, aber hilft nicht. Zeit ich hie gewest, ist wol ein halb Compagnie Volk gericht, aber hilft nicht. Kommen ich einmal wieder nach Collen, 20 Pferd trecken (ziehen) mich nit daraus."

Und während dies in Jülich geschah, drohte gleiches Unheil dem Herzogthum Berg. Am 10. December wurde die Düsseldorfer Regierung benachrichtigt, eine kaiserliche Armee von 10 000 Mann habe sich bei Coblenz gesammelt, um nach Westfalen zu ziehen. Es war das Corps des Marchese Caretto (de Grana), und nicht mit Unrecht befürchteten die Düsseldorfer Räthe, dass das Herzogthum Berg von diesem Zuge betroffen werde.[1]) In der That wurde bei der Zusammenkunft, die um Weihnachten zwischen Piccolomini, Caretto und dem ligistischen Feldmarschalllieutenant Geleen stattfand, das Land für die Truppen Carettos bestimmt.[2]) Und um das Maass des Missgeschicks für den Pfalzgrafen voll zu machen, hatte Piccolomini inzwischen die bisher mit so grosser Mühe verhinderte Vereinigung der pfalzgräflichen Truppen mit der kaiserlichen Armee erzwungen. Er hatte dabei dieselben Mittel angewandt, welche im Jahre vorher mit geringerem Erfolg von Mansfeld versucht worden waren.

Während nämlich Wolfgang Wilhelm in Wien seinen Beitritt zum Prager Frieden durch endlose Memorialien immer und immer wieder hinauszuschieben versuchte, hatten inzwischen seine jülich-bergischen Landstände am 2. und 5. October abermals ihnen günstige Entscheidungen des Kaisers ausgewirkt. Alles was den früheren Mandaten zuwider von dem Pfalzgrafen vorgenommen worden war, wurde aufgehoben. Der Kaiser erklärte, er habe sich bemüht, die Sache des Pfalzgrafen mit den Ständen in Güte beizulegen. Das geeignetste Mittel zur Beseitigung der Beschwerden wäre gewesen, die geworbenen Truppen des Pfalzgrafen in die kaiserliche Armee einzuverleiben; da dies aber bei jenem nicht habe verfangen wollen, werde er auf ein anderes Mittel gedenken. Dieses Mittel war Piccolomini.

Wolfgang Wilhelm hatte sich inzwischen zwar nothgedrungen zum Prager Frieden erklärt, und es war verabredet worden, dass er von seinen Truppen 2000 Mann

---

[1]) Bericht von 1635 December 15.

[2]) Vertrauliche Mittheilung des kurkölnischen Rathes v. Metternich an Wonsheim.

zu Fuss und 300 zu Pferde zur Besatzung seiner festen Plätze behalten sollte, wie es den Bestimmungen des Friedens entsprach. Trotzdem aber hörte der Pfalzgraf nicht auf, dem Kaiser Vorstellungen zu machen: Er wünsche sein Volk noch einige Zeit beisammen zu halten, bis er weder von den Generalstaaten, noch von Anderen einen Angriff zu befürchten habe. Sollte aber wegen seiner Annahme des Prager Friedens oder unter einem anderen Vorwande seinem Lande feindlich zugesetzt werden, so möge ihm der Kaiser einen hinreichenden Succurs schicken.

Diese Forderungen, durch welche Wolfgang Wilhelm das Verfügungsrecht über seine Truppen und die jülich-bergischen Lande, kurz seine politische Selbständigkeit sich zu erhalten suchte, mussten aber bei dem Kaiser und seinen Räthen nothwendigerweise den Verdacht wachrufen, dass der Pfalzgraf wiederum Ausreden finden würde, sich seiner Verpflichtung zu entziehen und die Anwendung der Friedensbestimmungen auf ihn selbst zu hintertreiben. Man beschloss daher, während man ihn in Wien mit Verhandlungen hinhielt, die Vereinigung der Truppen auch gegen seinen Willen zur Thatsache werden zu lassen. Während der Pfalzgraf immer noch hoffen mochte, dass es ihm, ebenso wie im vorigen Jahre, gelingen werde, sich seine Truppen zu erhalten, handelte Piccolomini über seinen und die Köpfe der Düsseldorfer Räthe hinweg.

Der Zustand des pfalzgräflichen Militärs, die Stimmung der Officiere und das Verhältniss zwischen Bevölkerung und Soldaten, das sich immer ungünstiger gestaltete, erleichterte ihm seine Aufgabe nicht unwesentlich. Wir sahen bereits, mit welchen Schwierigkeiten der Pfalzgraf zu kämpfen hatte, um die Geldmittel für die Truppen aufzubringen. Bei den Spaniern hatte er unablässig auch nach seiner Abreise nach Wien durch seine Agenten die Unterstützung durch Geld betrieben, aber ohne Erfolg. Beamte und Städte mussten Vorschüsse leisten; mit dem Sold war man stets im Rückstand. Die Erhebung der für den Unterhalt ausgeschriebenen Gelder geschah vielfach in der Weise, dass einem bestimmten Truppentheil ein bestimmter Bezirk assignirt wurde, in welchem er die Umlagen selbst beizutreiben hatte. Die Erbitterung der Bevölkerung wuchs um so mehr, als die Disciplin der Soldaten infolge der unregelmässigen Bezahlung immer lockerer wurde, und drohte mehr als einmal in offenen Widerstand auszubrechen. Schon Ende Mai 1633

beklagte sich die Stadt Düren bitter über die Uebergriffe der einen Compagnie zu Pferd, welche neben einer Compagnie zu Fuss daselbst lag. Sie habe die Strassen so rein gehalten, dass bisweilen in drei Wochen keine Früchte zu Markte kämen „und dadurch wegen aufschlag des getreids dem ganzen vaterland kein geringer schad entstanden". Anstatt, wie man petitionirt hatte, die Reiter anderswohin zu verlegen, hatte der Oberstlieutenant Scherrig verlauten lassen, es werde noch mehr Volk eingenommen werden, welches die Bürger „zum höchsten tribuliren werde". Hierdurch aber, klagte die Stadt, werde die Bürgerschaft ganz ruinirt, wodurch „grosses unheil und verbitterung, auch wohl ein mehrers" zu fürchten sei. Zur Zeit der Mansfeldischen Commission waren wiederholt Drohungen und offener Widerstand gegen das Militär vorgekommen,[1]) und am 16. Januar 1635 erklärten die Bürger der an sich armen Bergstadt Münstereifel, die kurz zuvor durch Einquartierungen der Mansfeldischen heimgesucht worden war, offen heraus, wenn eine abcommandirte Reitercompagnie durch eine andere ersetzt werden sollte, so werde man die Soldaten nicht einlassen, sondern die Pforten sperren und Widerstand leisten. Klagen über übermässige Forderungen der Officiere, über ungenügenden Schutz der Unterthanen, wofür namentlich das Verhalten des Hauptmanns Ingermann in Gerresheim ein bezeichnendes Beispiel war,[2]) über Gewaltthaten waren häufig.

Und auf der andern Seite waren die schlecht und unregelmässig bezahlten Soldaten nur schwer unter der Fahne zu halten; zu Schweden und Hessen, Kaiserlichen und Spaniern liefen sie — namentlich zur Frühjahrszeit — davon, so dass es den Hauptleuten unmöglich war, ihre Compagnieen vollzählig zu erhalten.

Die Officiere waren unzufrieden über die thaten-, ruhm- und gewinnlose Ruhe, und wiederholt gaben sie ihren Wunsch, in kaiserlichen oder spanischen Dienst überzutreten, zu erkennen. So erklärte im April 1635 Johann Bertram v. Gertzen gen. Sinzig zu Vettelhofen dem Prinzen Philipp Wilhelm, er verzichte auf die seinen beiden Söhnen übertragenen zwei Compagnieen, weil er diese nur unter der Voraussetzung acceptirt habe, dass die Werbungen „zu Dienst der Kais. Mt. und des gemeinen

---

[1]) S. o. S. 119 f.

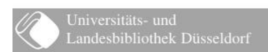
[2]) S. o. S. 153, Anm. 1. Ingermann wurde übrigens für sein feiges Verhalten zur Rechenschaft gezogen und bestraft.

katholischen Wesens besten angesehen und die Soldateska in kurzem abgeführt und wider des Reichs Feind gebraucht werden solten,[1]) solches aber von Jahr zu Jahr und von Monat zu Monat ausgestellt worden sei. Statt dessen gereichten sie den Unterthanen zum totalen Ruin und unerhörten Exactionen".

Von der Schlagfertigkeit und Brauchbarkeit der Truppen geben die erhaltenen Musterungsberichte das denkbar ungünstigste Bild. In einem solchen vom 23. Juni 1635 heisst es, dass die Commissare in Bergheim von einer dort liegenden Reitercompagnie gar keine Reiter und nur 9 bis 10 Soldaten von der Compagnie zu Fuss vorgefunden haben, die Uebrigen seien auf Convoien und Executionen abwesend gewesen. Auch in Düren, Aldenhoven, Caster, Münstereifel seien die Reiter meist ausserhalb der Garnisonen, es sei auch vorgekommen, dass keine Wache gehalten worden sei. Die Soldaten seien durchweg ungenügend mit Munition versehen, so dass selbst die Schildwachen und Geleitstruppen kein Pulver und Blei gehabt hätten, u. dgl. m.

Dabei stieg die Geldnoth von Tag zu Tag mehr. So berichtete der Oberst Adrian von Neuland, zugleich Commandant der Leibgarde und Gouverneur von Düsseldorf (1635 Sept. 20), es sei den Hauptleuten fast unmöglich, die sehr schwachen Compagnieen bei den schweren Zeiten ohne Lauf- und Tagegeld zu verstärken, wie der Pfalzgraf befohlen hatte. Er habe sie durch Versprechungen so weit gebracht, dass einige ihre Patrimonialgüter nicht geschont und Werbegelder vorgestreckt hätten. Auf diese Weise könnten wenigstens einige Compagnieen bei der nächsten Musterung vollzählig erscheinen. Wonsheim hatte ein eigenthümliches Mittel zur Anwendung gebracht, um Geld zu sparen, indem er die Soldmonate verlängerte und auf diese Weise in vier Monaten nur drei Soldzahlungen machen liess. Trotzdem wurde der Mangel an Geld immer fühlbarer. Am 2. November klagte Neuland, die Zahlungen erfolgten nun noch schlechter, als vorher. Die Leibgarde habe jetzt in zehn Wochen kein Geld bekommen, und sie beginne daher aus Mangel an dem nöthigen Unterhalt gleich den anderen Compagnieen zu entlaufen. Besonders

[1]) Aus aufgefangenen Briefen von pfalzgräflichen Officieren soll, wie die Holländer vorgaben, hervorgegangen sein, der Pfalzgraf habe seine Obersten mit dem Versprechen in seinem Dienst behalten, sie bei ihrer Abdankung in spanischem Dienst unterzubringen.



erbost waren die Officiere über den Pfennigmeister Bleimann, der ihnen starke Abzüge machte und ferngelegene Orte zur Beitreibung der Contribution anwies. So warf ihm Neuland vor, er habe seinem zu Heinsberg, Gangelt und Waldfeucht liegenden Regiment Assignationen 20 Meilen weit weg in den äussersten Quartieren des Amtes Windeck gegeben, wo die Beitreibung fast unmöglich sei. Infolgedessen hätten die Soldaten in vier Monaten kein Geld bekommen, ausser, was er ihnen aus eigenen Mitteln habe vorstrecken müssen.

Piccolomini, von den Landständen mit leidenschaftlichem Eifer unterstützt, ging nun auf dem durch die Verhältnisse wohlvorbereiteten Boden ebenso klug als energisch vor. Er begann, wie früher Mansfeld, damit, die kaiserlichen Mandate gegen den Pfalzgrafen überall anheften zu lassen, um diesem die Mittel zum Unterhalt der Truppen völlig zu entziehen und dadurch um so leichteres Spiel bei den pfalzgräflichen Officieren zu haben.

Dieses Mittel war von sofortiger und durchschlagender Wirkung, da die kaiserlichen Truppen im Lande und bereit waren, den Mandaten nöthigenfalls mit Waffengewalt Nachdruck zu verschaffen. Die Steuer- und Accisbeamten wagten nicht, sich aus den Städten auf das Land zu begeben, um nicht als Verächter der kaiserlichen Befehle von Piccolominis Truppen aufgegriffen zu werden. Durch die Gegenwart des Feldmarschalls sicher gemacht, rotteten sich die Unterthanen zusammen und trieben mit den Waffen in der Hand die ihnen als Steuerexecutoren verhassten pfalzgräflichen Soldaten zurück; ja, als die Reiter des Capitainlieutenants Spannerbeck aus dem Amte Nörvenich, wo ihnen ihre Assignationen zugewiesen waren, unverrichteter Dinge zurückkehrten, wurden sie unterwegs von den Bauern sogar von den Pferden gerissen und nackt ausgeplündert.

Auch die Bürger in den Städten wurden schwierig. Die Besatzung von Düsseldorf konnte, wie der Oberst Neuland am 24. November klagte, für keinen Pfennig Brod mehr bekommen, sie wurden vielmehr von dem Bürgermeister und den Bürgern „mit groben, unleidentlichen Worten“ abgewiesen. „Im Lande gehet durch Anreitzen der Stände alle Folg und Gehorsamb hinweg“, berichtete der Statthalter am 1. December an den Pfalzgrafen.

Die Soldaten selbst wurden immer ungeduldiger. Einigen Compagnieen schuldete man seit zehn Monaten

den Sold, und alle Anstrengungen der Räthe, Geld aufzubringen — der Statthalter Wonsheim verzichtete sogar auf sein Gehalt — waren vergeblich.

Gleichzeitig mit dem Anheften der den Landständen ertheilten kaiserlichen Mandate citirte Piccolomini die Obersten der pfalz-neuburgischen Regimenter nach Aachen, wo er sich vor seinem Einmarsch in Jülich befand. Unterdessen hatte aber auch Wolfgang Wilhelm in Erfahrung gebracht, dass die landständischen Deputirten bei dem König Ferdinand die Uebernahme seiner Truppen in den kaiserlichen Dienst beantragt hätten und er befahl deshalb dem Statthalter, die Obersten zur Beständigkeit zu vermahnen. Am 15. November erschienen auf erfolgte Citation in Düsseldorf vor dem Prinzen Philipp Wilhelm in Gegenwart des Statthalters Wonsheim, des Marschalls Weschpfennig und des Hofmeisters des Prinzen, Graveneck, die Obristen Blankart, Paland, Neuland, Bellinghausen, Zweifel, der Oberstlieutenant Bernage und die selbständigen Rittmeister Rottkirchen und Afferden. Der Statthalter trug ihnen vor, man habe in Erfahrung gebracht, Piccolomini beabsichtige, sie zu sich zu bescheiden und von ihnen zu verlangen, dass sie sich unter sein Commando stellen sollten. Sie hätten aber dem Pfalzgrafen den Eid der Treue geleistet und man erwarte von ihnen, sie würden in seinem Dienst verbleiben, bis sie von ihm selbst ihrer Pflichten erlassen würden. Die Officiere antworteten, sie seien bereits von Piccolomini nach Aachen beschrieben worden und könnten schwerlich umhin, bei ihm zu erscheinen. Sie befürchteten, man werde so lange in sie dringen, bis sie thäten, was man von ihnen verlangte. Andernfalls, besorgten sie, werde man gegen ihre Güter vorgehen und sie auch thätlich in ihren Quartieren angreifen. Einstweilen wolle in ihrer aller Namen Oberst Blankart zu Piccolomini reiten, um seine Vorschläge zu hören. Der Oberst Renesse, der nachträglich auch noch erschienen war, erklärte, wenn der Pfalzgraf ihn brauchen wolle, so wolle er ihm dienen.

An demselben Tage wurden Johann Wilhelm von Hugenpoet, Amtmann zu Beyenburg, und Lic. Voetz zu Piccolomini geschickt, um ihm wegen der Citirung der Officiere und der befürchteten Abdringung der Truppen Vorstellungen zu machen. Die Gesandten wiesen darauf hin, dass man den Generalstaaten versprochen habe, die Soldaten keiner anderen Partei zu überlassen, nannten das beabsichtigte Vorgehen gegenüber dem Pfalzgrafen einen Schimpf für denselben und ein unerhörtes Ding.

Der Graf möge wenigstens warten, bis Wolfgang Wilhelm persönlich anwesend sei, was in kurzem der Fall sein werde. Aber vergeblich.

Als Blankart bei Piccolomini erschien, zeigte ihm dieser ein Originalmandat des Kaisers, des Inhalts, die Obristen des Pfalzgrafen zu beschreiben und zu fragen, ob sie dem Prager Frieden „sich accomodiren und mit der unterhabenden Soldateska zu Devotion der kaiserlichen Majestät untergeben wollten“. Auf eine verneinende Erklärung sollten sie in Acht und Oberacht erklärt, ihre Güter confiscirt, sie selbst an Leib und Leben bestraft werden.

Dieser kräftigen Sprache gegenüber hielt die Treue der Officiere nicht stand. Blankart schrieb am 22. Nov. an die Regierung, da die höchste Nothdurft es erfordere, sich den Mandaten des Kaisers, als des von Gott vorgestellten Oberhauptes, gemäss zu bequemen, und keinem ehrliebenden Cavalier gezieme, sich in des Reiches Acht erklären und von Haus und Hof vertreiben zu lassen, so bezeuge er vor Gott und aller Welt öffentlich, dass er sich zu nichts anderem entschliessen werde, als wozu er durch Gewalt gedrungen werde — im übrigen werde er die Tage seines Lebens des Pfalzgrafen getreuester Diener bleiben. Und ebenso dachten über Dienertreue auch die anderen Commandeure. Der Oberst Neuland suchte sich dem Zwiespalt mit seinem geleisteten Eid, in den ihn die Drohungen Piccolominis brachten, zu entziehen, indem er (Nov. 24) bat, ihn ein halbes Jahr oder länger zu beurlauben, „um sich weiter im Kriegswesen zu versuchen“. Es werde ja nunmehr eine solche Veränderung mit der Soldateska geben, dass nur die allernöthigsten Soldaten für die Thorwache in Düsseldorf bleiben würden. Es sei ja auch „bei dieser Neutralität“ keine Gefahr zu besorgen, und wenn Gefahr entstehe, könne man sie ohne Volk doch nicht abwenden.

Vergebens suchten die Räthe auf Blankart und die übrigen Obersten einzuwirken, stellten ihnen vor, das Mandat des Kaisers sei hinter dem Rücken des Pfalzgrafen her ausgebracht worden, dieser stehe in Verhandlungen mit dem Kaiser, sie möchten sich noch einige Zeit gedulden und im Dienste des Pfalzgrafen bleiben. Ein gedrucktes Ausschreiben im Namen des Pfalzgrafen an die Officiere vom 28. November ermahnte sie, bei Eid und Pflichten zu verharren und sich nicht abwendig machen zu lassen, „was auch Ein oder der Ander mit Bedrohen oder schönen Worten weiss zu machen unterstehet“.

Aber Piccolomini beschrieb, ohne sich auf die von Blankart erbetene Bedenkzeit einzulassen, die Obersten am 24. November nochmals nach Eschweiler. Sie erschienen sämmtlich, und als ihnen nun der Feldmarschall die kaiserlichen Mandate vorlas, versprachen sie, sich mit ihren Fähnlein bei ihm einzustellen. Zwar suchten einige diese Thatsache noch abzuleugnen, als sie am 14. December von Wonsheim vernommen wurden,[1]) und der Oberst von Zweifel erklärte, man habe sich eine vierzehntägige Bedenkzeit erbeten;[2]) aber, wie Wonsheim erfuhr, hatten in Wirklichkeit alle Obersten und der Rittmeister Rottkirchen das Versprechen geleistet.

Die Landstände hatten das Ihrige gethan, um auf die Officiere einzuwirken,[3]) und Piccolomini hatte die allgemeine Stimmung besonders dadurch für die Ueberlassung des Militärs an den Kaiser eingenommen, dass er erklärte, er werde nicht eher aus dem Lande gehen, als bis die Truppen des Pfalzgrafen unter seinem Commando ständen und auch die Düsseldorfer Garnison dem Kaiser geschworen habe; er habe Befehl, nöthigenfalls von Garnison zu Garnison zu ziehen, um seinen Zweck zu erreichen.[4])

Für die Stimmung im Lande ist die Aeusserung eines Mitgliedes der jülicher Landstände bezeichnend, die Neuland dem Statthalter mittheilte, als er am 23. December nochmals von diesem verhört wurde: Wenn Piccolomini aus dem Lande ziehen werde, ohne die Truppen des Pfalzgrafen mitzunehmen, „so sollte ihnen doch in ihren Quartieren eingefallen und sembtlich die Hälse gebrochen werden“.

---

[1]) Auf eine neue Citation der Regierung vom 4. Dec. waren bis zum 14. December nur die Obersten v. Zweifel und v. Bellinghausen und der Rittmeister Afferden erschienen.

[2]) Zweifel äusserte auf nochmaliges Vermahnen zur Treue, sie wüssten ihren Eid und Pflichten, wenn ihnen aber zugesetzt würde, möge man sie vertreten. Trotzdem ging auch er zu Piccolomini über.

[3]) Denjenigen, welche selbst Landstände waren, drohten sie, man werde sich an ihren Gütern für den durch Piccolomini verursachten Schaden schadlos halten und sie aus der Mitte der Landstände ausstossen.

[4]) Oberst Wilhelm Friedrich von Zweifel, selbst ein Mitglied der Ritterschaft, erzählt in einem an den Pfalzgrafen gerichteten Entschuldigungsschreiben vom 22. Jan. 1636, die Landstände hätten ihm „durch ihre Syndicos schriftlich vortragen und insinuiren lassen, weilen (der) veltmarschalk das Gulicher land nicht quitiren wolle, ehe und bevor den kais. mandatis parirt, dass derwegen allen hinter und schaten an mich, meinen kinder und erben suchen und hinfuro als schadliche membra aus ihrer congregation ausschliessen wollen.“ P. B. 130 II.

So wurde in der zweiten Hälfte des December die Vereinigung der Truppen wirklich vollzogen. Einige Officiere, wie der Oberstwachtmeister Daniels, der in Mülheim a. Rhein lag, zögerten, aber da sie von der Regierung zu Düsseldorf keinen Schutz erwarten konnten, folgten sie schliesslich auf erneute Drohungen Piccolominis und ihrer Obersten dem Beispiel der Uebrigen. Ausser dem Commandanten von Siegburg, Dietrich von Aachen, der sich trotz den Drohungen der Kaiserlichen, dem Mahnen der bergischen Landstände und den Befehlen seines Obersten nicht von seinem Platze entfernte, und den Officieren der in Düsseldorf belassenen Compagnieen, blieb nur der Lieutenant der Compagnie zu Fuss, welche neben einer Schwadron Reiter in Grevenbroich lag, auf seinem Posten. Aber er musste seine Treue mit dem Tode büssen. Zwei Compagnieen Kroaten holten ihn mit samt seiner Compagnie nach Düren, wo ihm der Process gemacht wurde.[1]) Anderwärts, so z. B. in Ratingen, benutzten die Soldaten die Unsicherheit der Lage zu offener Meuterei.[2])

Dies war das Ende der mit so grossen Opfern zusammengebrachten und mit unendlicher Mühe zusammengehaltenen Armee. Beinahe zu keiner einzigen ernstlichen Action verwandt, hatte sie nur den negativen Erfolg gehabt, den Pfalzgrafen zu fast allen kriegführenden Mächten in eine schiefe Stellung zu bringen und einen unheilbaren Bruch zwischen ihm und seinen Landständen herbeizuführen. Der Nutzen, den sie ihm als Grundlage seiner Selbständigkeitspolitik bot, stand in keinem Verhältniss zu dem Schaden, den sie ihm brachte, weil die Mächte schliesslich einsahen, dass sie in der Hand des Pfalzgrafen doch nur eine stumpfe Waffe war.

Die Mehrzahl der ehemaligen Truppen des Pfalzgrafen, die Regimenter Renesse, Neuland, Zweifel und

---

[1]) Später scheinen sich auch noch andere Officiere und Soldaten geweigert zu haben, in den kaiserlichen Dienst überzutreten, wenigstens klagte der Pfalzgraf am 13. April 1636 dem Kaiser, Oberst Blankart dränge dieselben mit Gewalt in den kais. Dienst, habe einige, die sich weigerten, aufhängen lassen und grosse Preise auf die Rittmeister Merfeld und Schopen gesetzt. P. B. 127.

[2]) Am 30. December drang die dort liegende Compagnie des Capitains Gisbert von Capellen in dessen Wohnung und zwang ihn zur Herausgabe des Fähnleins, das sie auf dem Marktplatze in Stücke zerriss In der Nacht zog man vor das Haus des Bürgermeisters, brachte ihn durch die Drohung, die Stadt in Brand zu setzen, zum Oeffnen der Thore und marschirte davon.



Bellinghausen wurden in Sinzig, Heimersheim, Oberwinter und Remagen einquartiert. Hier lagen sie bis zum 25. Januar 1636,[1]) worauf sie nach St. Vith beordert wurden, um später der zum Einfall in Frankreich bestimmten Cavallerie Johanns von Werth zu folgen.

Unterdessen waren auch die Bemühungen der Düsseldorfer Regierung, Caretto zur Verzichtleistung auf die Einquartierung im Herzogthum Berg zu bewegen, fruchtlos verlaufen. Der Marschall Weschpfennig, der nebst zwei anderen Räthen dem General entgegengeschickt war, fand eine üble Aufnahme; Caretto wollte die Regierung des Pfalzgrafen überhaupt nicht anerkennen und von Neutralität, Verschonungsversicherungen, Verträgen nichts hören, sondern kraft seiner Vollmacht das Herzogthum mit Truppen belegen.

Am 30. December begab er sich nach Bonn, wohin ihm die neuburgischen Abgesandten folgten. In den Verhandlungen, die dort am 31. December und 1. Januar geführt wurden, machten Kurfürst Ferdinand und Weschpfennig gemeinsam den Versuch, Caretto von dem Gedanken abzubringen, sein Winterlager am Rhein zu nehmen. Der Kurfürst schlug vor, er möge sofort weiter marschiren, sich der lüneburgischen und hessischen Truppen versichern und die schwedischen Völker, welche sich jetzt unter Kniphausens Commando stärkten, aus dem Reiche vertreiben. Aber der General wandte ein, seine Soldaten seien abgemattet und schlecht bekleidet, und ihm fehle Geschütz und Munition, die in Frankfurt zurückgeblieben seien. Nichts konnte ihn von seinem Vorhaben abbringen, sodass schliesslich der Kurfürst froh war, die Last der Einquartierung zum Theil dem Fürstenthum Berg aufzuladen.

Am 2. Januar brach Caretto von Bonn auf und verlegte am 7. Januar sein Hauptquartier von Hachenburg nach Meinerzhagen, wo das Generalrendezvous stattfand. Von hier rückten die Regimenter in die ihnen zugewiesenen Quartiere. Der Generalstab wurde nach Mülheim a. Rh. gelegt, wohin die Aemter Steinbach und Porz, sowie die Stadt Wipperfürth contribuiren mussten. In die Aemter

---

[1]) Die Folge dieser Einquartierung war, dass sämmtliche Bewohner von Heimersheim den Ort verlassen hatten, in Oberwinter waren nur 14, in Remagen 6—7 zurückgeblieben. In Sinzig hatte man das Gleiche nur durch starke Wachen verhindern können.

Windeck und Blankenburg kam der Oberst St. Martin mit seinem Regiment und zehn Compagnieen Kürassiere, in die Stadt und die Aemter Löwenberg und Lülsdorf Oberst Solis mit seinem Regiment, in die Aemter Miselohe, Monheim und Angermund das Lesli'sche Regiment, in die Stadt Ratingen, die Freiheit Angermund und einen Theil des Amtes wurde Oberst Besinger mit zehn Compagnieen Kürassiere und zwei Compagnieen Dragoner einquartiert, und dem Ritbergischen Regiment fielen das Amt Mettmann, Amt und Stadt Elberfeld und Amt Beienburg zu. Die geforderten Verpflegungskosten beliefen sich monatlich auf nicht weniger als 96 000 Rthlr., die dazu noch vom 1. December 1635 an verlangt wurden. Am 12. und 13. Januar waren die Truppen in ihren Quartieren.

Die Düsseldorfer Regierung, welche vergeblich durch Weschpfennig[1]) die Befreiung der Rentmeistereien und der Düsseldorf nächst gelegenen Aemter zu erreichen gesucht hatte, musste dem allem hilflos zusehen und froh sein, dass Caretto nicht, wie er mündlich geäussert hatte, die Feste Siegburg, ja die Residenz Düsseldorf selbst in Besitz nahm.

Dazu drohte dem Lande noch eine andere Gefahr. Die Generalstaaten hatten am 7. December 1635 gegen die vertragswidrige Einquartierung Piccolominis in Düsseldorf sowohl als bei Kurfürst Ferdinand von Köln förmlichen Protest erhoben und mit Retorsionsmassregeln gedroht. Als nun Caretto im Bergischen vorzurücken begann, sandte ihm der Prinz-Statthalter den Obersten Isselstein mit 1000 Pferden und 200 Feuerrohren aus Wesel entgegen, der am 12. Januar in Meiderich und Mülheim an der Ruhr, am 13. in der Gegend von Ratingen zu der gleichen Zeit anlangte, als die Kaiserlichen unter Oberst Besinger von dieser Stadt Besitz nahmen. Zwar brachten der von Isselstein an Besinger abgeordnete Rittmeister und der an Caretto geschickte Trompeter die Erklärung zurück, Caretto gedenke nichts Feindliches gegen die Staaten zu unternehmen, worauf Isselstein wieder abzog, aber man hörte, die Franzosen unter Brezé und Chatillon würden hier ihr Bestes gegen die Kaiserlichen versuchen,

[1]) Dieser schrieb am 13. Januar an den Statthalter: „Der regierung meiner gnedigsten frauen wird geringer respect getragen. Es soll noch so etwas sein mit dem jungen printzen, aber höre doch kein gros lied davon singen.“ Der Sinn der letzten Worte ist unklar. Vielleicht ist die Absicht der Kaiserlichen angedeutet, den Prinzen auf ihre Seite zu ziehen.

während die Staaten gegen Piccolomini, dessen Truppen sie nicht als kaiserliche, sondern als spanische Hilfstruppen ansahen, auf der linken Rheinseite kämpfen würden.

So gestaltete sich für den Statthalter und die Räthe der Regierung die Lage von Tag zu Tag schwieriger und gefährlicher. Ihr Ansehen war infolge der kaiserlichen Mandate, die trotz dem von Wien aus ertheilten Befehl des Pfalzgrafen kein Mensch abzunehmen gewagt hatte, völlig untergraben[1]). Es hiess, es sei bereits ein kaiserlicher Commissar ernannt, der alle Beamten, die Steuern erhoben hatten, vorfordern werde, um zu liquidiren, was seit dem Inhibitionsbefehl Mansfelds widerrechtlich an Steuern eingenommen worden sei. Wonsheim hörte von einem Landstand, man werde gegen ihn selbst vorgehen, weil er die Befehle wegen der Rationsgelder und Maltersteuern unterschrieben habe. Man sagte, Kursachsen insinuire sich bei den Ständen und mache ihnen Versprechungen — kurz, wohin man blickte, sah man Gefahr und neue Verwicklungen.

Am schlimmsten war der vollständige Mangel an Geld und Credit. Wonsheim erklärte am 2. Januar, er könne dem Pfalzgrafen nicht mehr helfen. Es sei das Gerücht verbreitet, die Räthe seien vom Kaiser in die Acht gethan. Er selbst habe keine 20 Thaler im Hause. Wenn er sein Leben mit 1000 Thalern retten könnte, er wüsste nicht, woher sie bekommen. Die Gehälter waren seit einem, zwei und mehr Jahren im Rückstand. Die Steuern konnten nicht weiter aufgebracht werden, da die Steuerboten durch die kaiserlichen Mandate abgeschreckt wurden und die Unterbeamten aus demselben Grunde von den Unterthanen nichts erhielten. Soldaten zur Execution waren nicht mehr vorhanden. Vielmehr drängten die ehemaligen neuburgischen Officiere um die Bezahlung des rückständigen Soldes und trieben, da man sie nicht bezahlen konnte, denselben eigenmächtig ein.[2])

---

[1]) Die Regierung berichtete Jan. 16: „Durch die Einlagerung ... und Geschrei, dass die kaiserische hohe Officier mit uns nichts wollen zu thun haben oder sich an uns kehren, ist unser Credit bei menniglich sehr geschwecht."

[2]) Der Oberst Renesse setzte einen neuburgischen Vogt wegen nicht erfolgter Lieferung gefangen, der Oberstlieutenant Benting nahm den Hausleuten im Amte Heinsberg seines rückständigen Soldes wegen Pferde weg und verwies die Besitzer an den Pfalzgrafen. Andere ehemalige Officiere drohten öffentlich ebenso verfahren zu wollen. W. W. an den Kaiser 1636 Febr. 6. — Ueber das Verhalten des Obersten Vitus, gegen den schon die Stadt Lennep, sein früherer Garnisonsort, Beschwerde erhoben hatte, klagte die

In Düsseldorf befanden sich Ende December noch eine Compagnie zu Pferde und drei zu Fuss. Um für diese das Geld zur Besoldung aufzubringen, schickten die Räthe den Schultheissen Caspars zu Düsseldorf nach Köln, um gemeinsam mit dem Pfennigmeister Bleimann eine Anleihe von 4500 Thalern zuwege zu bringen. Sie selbst wollten Hab und Gut dafür zum Pfand setzen. Aber vergeblich. Caspars brachte zwar 2500 Thaler auf, aber Bleimann weigerte sich. Man konnte nicht für einen einzigen Monat den Sold zusammenbringen und fürchtete offene Meuterei der Besatzung und Ausplünderung der Residenz. Oberst Neuland, den man noch im Dienste des Pfalzgrafen gelassen hatte, reichte ein Memorial zur Verstärkung der Garnison ein, er erklärte, die Leibgarde und die übrigen in Düsseldorf liegenden Compagnieen seien durch Verlaufen der Soldaten so geschwächt, dass sie nicht imstande seien, die Stadt gegen einen Angriff zu vertheidigen; die Soldaten seien auch nicht willig dazu.[1]) Wenn man ihnen keinen Unterhalt gebe und die anderwärts vorgekommenen Fälle von Meuterei ungeahndet lasse, sei in Düsseldorf das Gleiche zu erwarten. Man verhandelte mit der Rechenkammer wegen der Lieferung von Korn und Hafer anstatt des Geldes, aber der Kammerrath Märken rieth ab wegen der vielen Schulden und da nur für ein halbes Jahr die Bedürfnisse für die Hofhaltung vorhanden seien (1636 Januar 2).

Auf den Strassen und an den Thoren riefen schliesslich die Soldaten laut um Geld. Endlich erklärte sich Märken bereit, Früchte im Werthe von 1500 Thalern herzugeben (Jan. 26). Ueber diese ungenügende Lieferung entstand aufs neue grosser Unwille unter den Soldaten. Die Reiter der Leibcompagnie rotteten sich zusammen und brachten

---

Stadt Elberfeld Anfang Januar, er habe sich bisher schon nicht zum Besten verhalten, das schönste Haus mit Beschlag belegt und übermässige Lieferungen für seine eigenen Bedürfnisse gefordert, während die Bürger anstatt der Soldaten die Tag- und Nachtwachen an den Thoren und auf den Wällen hätten verrichten müssen. Nach seiner Rückkehr von Piccolomini am Neujahrstage habe er zwei Stadtthore geschlossen und erklärt, er sei kaiserlich, er wolle nun auch solches Tractament haben, wie einem kaiserlichen Obristen gebühre, andernfalls drohte er den Rathsgliedern 8 bis 10 Soldaten in die Häuser zu legen.

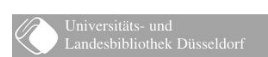
[1]) Im Jahre vorher hatte das Militär in Düsseldorf ein eigenthümliches Mittel angewandt, um zu Gelde zu kommen. Officiere und Soldaten hielten an den Stadtthoren jede Fuhre Holz an, nahmen eins oder mehrere der besten Stücke fort und verkauften dieselben. Die Regierung konnte dagegen nichts ausrichten, sondern musste sich an den Pfalzgrafen nach Wien wenden.

dem Statthalter eine schriftliche Supplication in seine Wohnung. Dann blieben sie vor dem Hause stehen und wichen nicht eher, als man von der Hauptwache aus drohte, mit Musketen unter sie zu schiessen. In Bensberg, das unter Capitain Nentwich noch neuburgische Besatzung hatte, meuterten die Soldaten. Sie hatten Befehl erhalten nach Sinzig zu marschiren; als am 22. Januar der Capitain die Compagnie antreten lassen wollte, machten sie mit Rufen und Schiessen einen Alarm, rissen ihr Fähnlein von der Stange und liefen auseinander. Endlich Anfang Februar brachte Wonsheim die Zahlung eines halben Monatssoldes für die Garnisonen zu Düsseldorf, Siegburg und Angerort — die einzigen Orte, welche noch von neuburgischen Truppen besetzt waren — zu wege.

Die Gemahlin des Pfalzgrafen, die Regierung und die Bevölkerung befanden sich in dieser Zeit in der grössten Angst und Rathlosigkeit. In die Residenz strömte nach Carettos Einmarsch die Landbevölkerung der nächst gelegenen Aemter, um Leben und die nöthigste Habe in Sicherheit zu bringen. Die drohende Haltung der Soldaten, die Ungewissheit selbst, wie sich der Gouverneur, der ebenfalls dem Kaiser verpflichtet worden war, im äussersten Fall verhalten würde,[1]) zwang sie, den Pfalzgrafen auf den möglichen Verlust von Düsseldorf vorzubereiten (Jan. 16). Man zog in Erwägung, die Fürstin und den Prinzen nach Köln zu bringen. Der Statthalter und die Pfalzgräfin, die vor einer ihrem Gemahl drohenden Gefahr durch eine nicht bezeichnete Person gewarnt worden war, baten in den dringendsten Worten um seine Rückkehr. Wonsheim habe sie gebeten, schrieb am 12. Jan. 1636 Katharina Charlotte, sich doch um Gottes willen nicht

---

[1]) Die Pfalzgräfin schrieb am 26. Jan., wenn auch W. W. dem Statthalter befohlen habe, die Garnison von Düsseldorf zu verstärken, so fürchte sie sich doch von Herzen, „weil kein mittel do sein, dem volk zu geben, und sie dadurch verursacht werden, sich keisericht zu erkleren, oder die stat gar uberzugeben. Sitze wohl in einer rechten forcht; und wan sie, da Gott vor seie, gesche (?), so sese ich hier wohl, dan die Kaiserische one das dem statthalter und Weschpfennig geträuet, sie zu holen und beim kopf zu nehmen, do er es dan wohl ausgericht hette, wan ihm vor seine treue so solte belohnt werden. Kan mich also in E. L. schreiben nicht richten, dass Sie Sich so vertrösten lassen und underdessen hier alles verlieren. Wir sitzen in den grösten engsten; ich wolte, dass ich hier von dannen were. Dann was haben wir zu gewarden, wan dem also seie, wie man sagt, dass die Staten auch die neuteralitet uffkundigen wollen? Alstan haben wir sie auf beiden seiden und fuhren uns eins mit dem hellen haufen weg; dan haben E. L. grossen nutzen davon, dass Sie so lang dort gesesen sein.“



länger zu sträuben, sondern ohne eine Stunde zu verlieren zurückzukehren, „dann mit E. L. und dero Landen sehr böse Anschläg vor sein, welche durch E. L. Gegenward mit der Hulf Gottes könden verhud werden. — Wir seint hier in einer solchen Angst und er (Wonsheim) selber, dass ich nicht weiss, was ich sagen solle, und sehe auch ein solch elend von den armen leuten, wie sie herein flihen, dass zu erbarmen ist. Gott wolle seinen zorn gnedig abwenden und dem armen land gnedig sein."

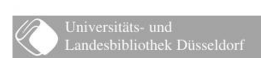
Besondere Sorge verursachte die Lage von Siegburg. Der Abt hatte gegen die Verschiebung der Demolirung protestirt und hetzte bei den Kaiserlichen, sich des Platzes zu bemächtigen. Der Commandant Hauptmann von Aachen befand sich in einer sehr übeln Situation, er war seit Anfang December 1635 mehrmals benachrichtigt worden, die Kaiserlichen wollten den Platz stürmen, die bergischen Stände und sein Oberst Bernage forderten ihn auf, abzuziehen. Er erklärte der Düsseldorfer Regierung, er werde sich halten, wie ein ehrlicher Soldat, konnte aber von dieser keinen strikten Befehl herbeiführen, ob er sich im Nothfall vertheidigen solle oder nicht, wiewohl er mehrmals „zur Erhaltung seiner Ehre" darum gebeten hatte. Als Caretto's Oberst Solis mit seinem Regiment vor den Thoren Siegburgs stand und Einlass begehrte, musste sich schliesslich die Regierung zu einer bestimmten Stellungnahme entschliessen. Die Kaiserlichen wurden in die Stadt gelassen [1]), aber die Citadelle sollte Aachen besetzt halten, ja sie im Nothfalle vertheidigen.

Freilich bereitete ihr dieser Entschluss schwere Sorge. „Wan nun wir nit wissen", schrieb sie an den Pfalzgrafen, „was er (Aachen) darauf thun werde, und es dan sowol gegen uns als ihne sehr gefehrliche sachen, da er zur wehr greifen werde, in deme die Kaiserische uns leichtlich und desto palder beim kopf greifen, ja wol des nachts vom bett wegschleifen konten, weil hiesiger gubernator in kaiserlicher pflicht und auf dergleichen anmuthen die pforten zu eroffenen genotigt, also wir umb leib, ehr, gut und blut gepracht; imgleichen ob besagter commandant, da er aus mangel volks oder sunst es nit langer halten konte, unter die pfort aufgehenkt werden mogte". [2])

---

[1]) Später (Febr. 4) beklagte sich Aachen, dass der in Siegburg einquartierte Oberst (Solis) ihn auf alle Weise „zu affrontiren sich unterstehe" und die Verabfolgung von Lebensmitteln an ihn verboten habe.

[2]) P. B. 123.



Aber das Maass war noch nicht voll. Während Piccolominis Truppen bisher hauptsächlich im Oberquartier Jülich auf dem platten Lande gelegen hatten, fand Mitte Januar eine neue Austheilung statt, und die Truppen wurden über das ganze Herzogthum hin, und vor allem in die Städte einquartiert.

Diese Nachricht kam um so unerwarteter, als man den neuburgischen Agenten in Brüssel bisher Hoffnung auf die Räumung und Verschonung von Jülich gemacht hatte. „Nachdem aber ruchbar geworden, dass der Marquis de Grana das Fürstenthum Berg belegt, ist der endliche Ausschlag dem Fürstenthum Jülich auch zuwider gefallen,“ berichtete der Licentiat Rougemont [1]). Dem Kaiser und dem Pfalzgrafen gegenüber führte man die Massregel auf die Nothwendigkeit zurück, die Schenkenschanze decken und die Absichten der Franzosen hintertreiben zu müssen, die angeblich in Jülich Musterplätze errichten und den im niedersächsischen Kreis neu geworbenen Truppen der Verbündeten die Hand reichen wollten. Piccolomini erklärte (Jan. 25.) dem Pfalzgrafen, er habe den Befehl des Königs Ferdinand, kein Quartier in Jülich zu nehmen, dem Cardinalinfanten mitgetheilt und um andere Quartiere gebeten. Dieser aber habe darauf bestanden, dass er in Jülich bleibe und wolle es vor dem Kaiser und dem König von Ungarn verantworten.

Die Kosten dessen, was das Land für Piccolominis Armee nach der neuen Austheilung aufzubringen hatte, beliefen sich monatlich auf 124 302 Rthlr. Von allen Seiten liefen die dringendsten Klagen ein. In Wassenberg rückten um den 23. Januar ein Regiment Dragoner und zwei Compagnieen zu Pferde ein und besetzten das dortige Schloss. Den Bürgern kam die Last so gross vor, dass sie erklärten, mit Hinterlassung ihrer Habe auf und davon gehen zu müssen. In der Nacht machten die Holländer einen Ueberfall und führten die Reiterei samt acht Fähnlein und der Bagage gefangen mit sich fort, so dass die Bürger auch noch den Verdacht auf sich luden, den staatischen Truppen Vorschub gethan zu haben. Waren der Stadt Euskirchen früher die beiden neuburgischen Compagnieen zu viel gewesen, [2]) so wurden nunmehr in der Gegend zwei Regimenter nebst einer grossen Anzahl

---

[1]) Er fügt hinzu: „Jedermann hier (in Brüssel) billigt, dass man das volk mit gewalt zur conjunction gebracht, und die reputation unsers fursten und seiner diener ist ganz geschwecht.“

[2]) S. o. S. 119.

Dragoner und einigen Compagnieen zu Fuss eingelegt, von denen auf das Städtchen selbst drei Compagnieen zu Pferde und sechs Compagnieen Dragoner kamen. In Münstereifel, das sich ebenfalls so energisch gegen die neuburgische Besatzung gewehrt hatte, lagen Anfang Februar drei Compagnieen zu Fuss und ebensoviel zu Pferde. Auch hier erklärte man (Febr. 9): „Es ist nicht mensch- noch möglich, der Ordinanz nach noch acht Tage zu continuiren, sondern endlich Weib und Kinder bei der Hand nehmen und sich insgesamt aus der Stadt in's Elend begeben müssen.“ Hinzu kam noch, dass die Kaiserlichen ansteckende Krankheiten in die Stadt einschleppten, die sich alsbald auch unter der schlecht ernährten Bürgerschaft zu verbreiten begannen.

Aehnlich lauteten die Berichte aus anderen Orten. Fast allenthalben nahmen die Kaiserlichen Besitz von den Amtshäusern und Schlössern und belegten die dort etwa noch aufgestapelten Munitions- und Getreidevorräthe des Pfalzgrafen mit Beschlag. „Die Soldaten dominiren, als wan kein haubt noch justitia mehr vorhanden were.“[1])

---

[1]) Eine charakteristische Schilderung der Zustände in jener Zeit, die der öfters erwähnte Pfennigmeister Hubert Bleimann am 28. Jan. an W. W. richtete, möge hier ihre Stelle finden: „Auch . . . hat des Grafen Piccolomini armee sich nunmehr das ganze land Gülch durch einquartiert, hausen dergestalt übel, dass für disem bei des Grafen von Nassaus armee nicht zu vergleichen ist, den was sie in den heusern in den stätten finden, bemächtigen sie sich alles, zwingen die leut uff gelt dazu, was in ihrem euseristen vermögen ist. Doctor Bütz ist neben dem obristen Eynatten noch zu Brüssel. Die schreiben, hetten ordre, solten vortziehen. Darauf quartiern sie sich ins land. Marchese de Grana logirt hie in der statt [Köln], zu Müllem hat er sein haubtquartier. Die von Brüssel schreiben auch, hetten kein Quartier im fürstenthumb Berg; inmittels hausen sie anderst nicht, als wans des ärgsten reichsfeinds land weren. E. D. regimenter marchiren jetzo nach S. Veith . . . . ., sollen davon dann dem kaiserlichen volk, 20000 pferd, so im Lützenburger land liegen, mehrentheil leichte cavallerie, so in Frankreich sollen einfallen (wans glückt), denen sollen sie folgen . . . . . . Schreiben aber von Brüssel, wann der einfall nicht glückt, sehen dann kein anderen verbleib mit allem disem volk, als nach disen landen. Der Generalwachtmeister Breda ligt nun in Achen mit seinem regiment und Cornelimünster, der generalwachtmeister Beck ist in Deuren mit 3 compagnien zu pferd und 5 compagnien zu fuess sambt den geschützen, munition und stab. In Gladbach sein 11 compagnien, uff Lünnich 11 compagnien, Caster 6, Berchem 6 und derogleichen das ganze land durch mit grossen disordre. Marchese de Grana [Caretto] will zu Müllem anfangen zu bauen. Lest sich seltzam ansehen. Wann das volk noch 3 monat im land licht, dann geschicht kein habersat und die kornsat ist dann auch im feld grün abgefudert. Das ganze land verbrennt nützer in grund ab, sollte dem land nicht soviel schaden, als wan die beede saat verloren gehn. Solchen

Bei alledem streiften auch noch die an der Grenze von Jülich einquartierten ligistischen Truppen in das Land und nahmen, was noch zu nehmen war.[1])

Alle Vorstellungen, die die Düsseldorfer Regierung bei Piccolomini und Caretto, sowie am Brüsseler Hofe erheben liess, alle Befehle, die Wolfgang Wilhelm bei dem Kaiser auswirkte, erwiesen sich als fruchtlos. Caretto erklärte auf die erste Ordre des Kaisers rund heraus, wenn ihm auch der Kaiser zum zweitenmal befehlen würde, seine Truppen aus Berg abzuführen, so werde er doch noch so lange liegen bleiben, bis der Kaiser ihnen ein anderes Quartier anweisen lasse.

Zwar gaben dann sowohl Piccolomini, als Caretto und des letzteren Stellvertreter im Commando, Graf Hatzfeld, Vertröstungen, die Einquartierung zu verringern, Piccolomini ertheilte auch thatsächlich am 27. Febr. den Befehl, 25 Compagnieen abzuführen, und erliess Anfang März eine neue Verpflegungsordnung, welche die monatliche Leistung von Jülich auf 28205 Rthlr. herabsetzte; aber diese Summe war noch immer übertrieben hoch im Vergleich zu dem Zustand des Landes,[2]) und im Bergischen wurde die Lage eher drückender. Hatzfeld hatte den Obristen St. Martin und Solis die Abführung ihrer Regimenter befohlen, aber diese zögerten, dem Befehl zu folgen. Ja, Geleen wollte noch drei weitere Regimenter

---

fals sterben die menschen hunger, wan die sat verdorben werden. ‚Ist ein schlechte protection,‘ begünt das volk zu rufen, ‚von kaiserliche Maiestät. Got wöls bessern‘ . . . . . Jetzo bekommen aviso, dass die Staden das land von Gülch für feind und alles ihren soldaten preis declarirt wegen einquartierung der Piccolomischen armee. Will also ein seltzamen armseligen handel geben. Auch vernehmen jezo, dass die Kaiserlichen in Deuren in den heusern alles sich bemächtigen und gleich als wanns ihnen zustendig oder mit sturmender hand einbekommen hetten. Derogleichen im ganzen land. Die Staden werden uff dem land die leut, so vermügens sein, holen . . . . Gott verzeihe es dem, der so dirigirt, dass dem Piccolomini die execution befohlen.“ Vom 27. Januar 1636. P. B. 126 II. — Vgl. die Beilage zu Febr. 13.

[1]) Auf dem Lande waren die Zustände noch schlimmer. Viele Dörfer, namentlich in den Aemtern Sinzig, Nörvenich, Caster, Grevenbroich, waren gänzlich menschenleer. Vgl. o. S. 133 Anm. 3.

[2]) Die Summe muss auch im Verhältniss zu dem Effectivbestand der Truppen sehr gross gewesen sein. Wonsheim berichtete März 22: „Es ist mir in vertrauwen aus der musterroll communicirt worden, wie stark die Piccolominische armada sich befinde . . . . Ist wol zu erbarmen, dass von einem so geringen haufen man sich also verderben lassen muss und dass man ein solches ubermessiges auf ungefehrlich 3000 menschen liefern muss, dan der von Breda im land von Gulich nicht logirt.“

aus Westfalen ins Bergische einlegen. Zwar wurde dieser Befehl widerrufen, aber dafür wurden 6 Compagnieen von den Dragonern des Grafen Gallas in die bergischen Oberämter eingelegt und die Portionen für die Soldaten um ein Drittel erhöht. Kaum ein Sechstel der Bevölkerung blieb im Herzogthum Berg übrig.[1])

Schluss.

Während sich Wolfgang Wilhelm in Wien immer noch mit dem Gedanken trug, dass es ihm gelingen werde, die Truppen unter irgend einer Form in seiner Gewalt zu behalten und die Absichten Piccolominis ebenso wie einst die Mansfelds zu hintertreiben, war der Uebertritt seiner Officiere und Soldaten unter die kaiserlichen Fahnen zur vollendeten Thatsache geworden. Alle seine weiteren Versuche, das Geschehene rückgängig zu machen, waren vergeblich.

Er hatte, um dies zu erreichen, Anfang Januar 1636 abermals seine Heimkehr aufgeschoben. Aber der Kaiser lehnte es (Jan. 7) unter Berufung auf den Prager Frieden ab, dem Grafen Piccolomini, wie der Pfalzgraf verlangt hatte, den Befehl zu ertheilen, er solle den neuburgischen Officieren und Soldaten nichts wider ihre geleisteten Eide zumuthen und die bereits an sich gezogenen wieder zu ihren Pflichten zurückkehren lassen. Er wies auch einen weiteren Antrag Wolfgang Wilhelms (vom 31. Dec. 1635) zurück, ihm zu gestatten, sein gesammtes Kriegsvolk beisammen behalten zu dürfen, wenn man ihm wegen der Annahme des Prager Friedens von anderer Seite feindlich zusetzen wolle.

In anderer Beziehung kam man dafür dem Pfalzgrafen entgegen. Man hatte seine jülich-bergischen Landstände benutzt, um ihm seine Truppen abzunehmen. Die Stände waren die beste Hilfe Piccolominis gewesen. Jetzt, als man sie nicht mehr nöthig hatte, trug der Kaiser kein Bedenken, ihnen die Unterhaltung der 2000 Mann zu Fuss und 300 zu Pferde, welche dem Pfalzgrafen zugebilligt worden waren, zur Pflicht zu machen, und dies unbeschadet der 120 Römermonate, die das Land ausserdem dem Prager Frieden gemäss als Contribution zur Unterhaltung des kaiserlichen Heeres zu leisten hatte.

[1]) W. W. an den Kaiser. Hadamar 1636 Apr. 7. P. B. 129.

So hatten auch die Stände von Jülich-Berg und das Land durch die kaiserliche Hilfe nichts gewonnen, sondern nur doppelte Last zu tragen. Vergeblich bemühte sich der Pfalzgraf zu erreichen, dass diese Contributionen von Jülich und Berg nicht gefordert würden, vielmehr Piccolomini die Weisung zur Wiederersetzung der bereits erzwungenen Gelder erhielte. Der Kaiser erklärte, Wolfgang Wilhelm habe selbst durch sein Zaudern bei der Annahme des Friedens Veranlassung zu dem Vorgehen des Grafen gegeben, und spendete nur den zweideutigen Trost, „dass alle billige und mit dem geschlossenen Frieden übereinstimmende Moderation gebraucht werden sollte.“

Zu den Sorgen, die den Pfalzgrafen in jener Zeit drückten, gehörte auch die Befürchtung, der Kurfürst von Sachsen werde, „wenn er mit den Schweden fertig sei, in die jülichschen Lande einrücken“. Diese Furcht war nicht die kleinste Veranlassung dazu gewesen, dass er endlich am 7. Januar 1636 den Beitritt zum Frieden schriftlich erklärte.[1]) Denn an demselben Tage drängte er den Kaiser, er möge Kursachsen officielle Mittheilung von seinem Beitritt machen und zugleich den befürchteten Einmarsch verhindern. Der Kaiser aber erklärte, ihm sei von einer derartigen Absicht des Kurfürsten nichts bekannt, es sei daher auch unnöthig, an ihn zu schreiben, was nur dazu dienen könne, „unnütze gelosia“ zu erregen.

Das Hauptinteresse des Pfalzgrafen war aber in diesen letzten beiden Monaten seines Wiener Aufenthaltes darauf gerichtet, Piccolominis Truppen aus den Landen zu schaffen, um die Neutralität trotz seines Beitrittes zum Prager Frieden wenigstens den Generalstaaten und Franzosen gegenüber durchzuführen. Die Aeusserungen der kaiserlichen Räthe hielten in ihm immer noch die Illusion wach, dass es nicht auf eine längere Einlagerung abgesehen sei. Aber bald sollte er sich überzeugen, dass man ihn auch in dieser Beziehung hintergangen und hingehalten habe.[2])

---

[1]) S. o. S. 151.

[2]) In naiver aber treffender Weise kennzeichnet die Pfalzgräfin Katharina Charlotte am 19. Jan. 1636 die Situation, indem sie schreibt: „Ich beklage E. L. von herzen, dass Sie von denjenigen, die E. L. eigen religion sein, so herumgefuhrt werden, und kan nicht anders sein, dass solches E. L. wohl von herzen leit thun muss, wan Sie solches sehen, dass so betruglich mit E. L. gehandelt wird, sonderlich, do man E. L. so lang uffgehalten und gute wort geben und itzund nun so ubel in E. L. landen hausen lest, auch alle E. L. volk abwendig gemacht hat, welches nicht ein geringer spot ist, sonderlich bei anderen, die es hören werden, dass solches E. L. von dero eigenen religionsverwandten gescheen ist.“

Am 16. Januar theilte ihm der Kaiser mit, dass die Einquartierung in Jülich für die Sicherheit des Reichs, namentlich wegen der Absichten der Franzosen nothwendig sei, und ausserdem erhielt er nun auch die Nachricht von der Einlagerung Carettos. Damit schien jede Aussicht geschwunden zu sein, die Neutralität aufrecht zu erhalten. So elastisch und widerstandsfähig die Natur des Pfalzgrafen war, diese Summe von Misserfolgen und Unglücksschlägen veranlasste ihn doch, am 20. Januar in sein Tagebuch einzutragen: „wegen wüderwertigen auch unverhofften Begegnussen einstheils im Gebet, andernntheils mit Beschwernuss und Sorgen zugebracht."

Doch auch jetzt gab er den Versuch nicht auf, zu retten, was noch zu retten war, immer aufs neue erhob er Vorstellungen zur Beseitigung der Einquartierungslasten und fand auch schliesslich einen Weg, dem Kaiser ein Zugeständniss abzuringen. Die Angriffe der verbündeten Holländer und Franzosen infolge des Uebertritts seiner Truppen zu den Kaiserlichen und der den letzteren gewährten Quartiere war jetzt die grösste Gefahr, welche seinem Lande drohte. Er verlangte, der Kaiser möge geschehen lassen, dass er an die Staaten schreibe, das kaiserliche Volk solle abgeführt werden, wenn sie ihrerseits schriftlich erklärten, in solchem Falle weder ihre eigenen, noch die französischen Hilfstruppen in die Jülicher Lande einzulegen. Zwar gestand dies der Kaiser in einer Erklärung vom 13. Februar 1636 zu und erliess auch thatsächlich neue Befehle: an Piccolomini, das Land zu schonen, an Caretto, das Herzogthum Berg zu räumen und die Feste Siegburg dem Pfalzgrafen zu lassen;[1]) aber welchen Werth diese Versicherungen hatten, das zeigte eine Aeusserung des Grafen von Trautmannsdorf, der sich am 11. Februar dem Pfalzgrafen gegenüber offen genug aussprach[2]): Wenn man ihm Alles, was er begehre, hundertmal verspreche, so werde man es ihm doch nicht halten, sobald es ratio belli et status nicht zuliessen.

So reiste endlich Wolfgang Wilhelm am 22. Februar 1636 von Wien ab, nachdem er noch einmal in seiner Abschiedsaudienz alle seine Forderungen und Wünsche in einem langen Vortrage[3]) zusammengefasst hatte. Am 11. April traf er wieder bei seiner Gemahlin in Düssel-

[1]) Hieran wurde aber die Bedingung geknüpft, dass keinem interessirten Theil etwas vergeben, und auch der Abt von Siegburg an seiner Reichsunmittelbarkeit nicht beeinträchtigt werde.

[2]) Vgl. die Beilage zu Febr. 11.

[3]) S. sein eigenes Referat in der Beilage.

dorf ein, die er seit beinahe 16 Monaten nicht gesehen hatte. Alsbald begann er mit unverminderter Frische die Räumung seines nun vollständig in der Gewalt des Kaisers befindlichen Landes durch persönliches Eingreifen zu betreiben.

* * *

Die Wiener Reise bildet das letzte Stadium seines vor drei Jahren begonnenen Versuches, eine bewaffnete Neutralität aufrecht zu erhalten. Beinahe in allen wichtigeren Fragen, die er in Wien zu lösen versuchte, war seine Staatskunst gescheitert. Seine Truppen waren dahin, alle festen Plätze, mit Ausnahme von Düsseldorf und Siegburg, durch die Kaiserlichen besetzt. Selbst seine wiederholt unternommenen Versuche, bei verschiedenen Fürsten Geld aufzunehmen, waren missglückt.[1]) Er stand, als er heimkehrte, beinahe vor grösseren Schwierigkeiten, als da er sich entschloss, nach Wien zu reisen.

Die Anwesenheit der kaiserlichen Truppen lähmte freien Entschluss und freie Bewegung. Durch den zähen passiven Widerstand, den er auch in Wien jedem Versuche, ihn zum Aufgeben der Neutralität zu bewegen,[2]) geleistet hatte, blieb er dem Kaiser nach wie vor verdächtig.

Noch in höherem Grade war dies der Fall der anderen Partei gegenüber. Die Nichterfüllung der Vertragsbedingungen, die unterlassene Schleifung der Siegburger Festungswerke, der Angriff auf die Kettwiger Brücke, die Nichtentlassung der Truppen und deren Uebertritt zum kaiserlichen Heere, alles das warf ein bedenkliches Licht auf ihn.[3]) Die Generalstaaten waren die Ersten, die an ihm das Vergeltungsrecht übten, indem sie es ablehnten, die von dem Kaiser geforderte Verschonungserklärung auszustellen. Sie erklärten mit Recht, nicht sie hätten die 1630 vereinbarte Neutralität verletzt, sondern

---

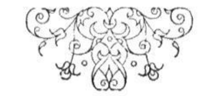
[1]) Vgl. Beilage zu Jan. 16, Febr. 1, März 2.

[2]) Von Interesse ist der Versuch des spanischen Gesandten Castagneta am 14. Febr 1636, ihn durch das Versprechen, in der Jülicher Erbfolgesache Beistand zu leisten, zum Verzicht auf die Neutralität zu veranlassen. Vgl. die Beilage.

[3]) Auch die Haltung seinen heidelbergischen Verwandten gegenüber musste die evangelische Partei erbittern. Er, der stets die Rechte der Reichsfürsten zu vertreten angab, sich immer auf die Goldene Bulle bezog und die Herstellung des status quo ante als sein Ziel bezeichnete, wollte doch nur unter der Bedingung von einer Rehabilitirung der heidelbergischen Linie etwas wissen, dass ihr — natürlich zu seinen Gunsten — ein Theil ihrer Länder und Rechte entzogen bleiben sollte. Vgl. Beil. zu Febr. 22.

der Kaiser, und sie forderten demgemäss von dem Lande Jülich die gleiche Summe, welche die Verpflegung der kaiserlichen Truppen gekostet hatte.

Ob der Plan, eine bewaffnete Neutralität inmitten des ringsum tobenden Kriegslärms zu beobachten, überhaupt durchführbar war, — die Lösung dieses Problems hat der Pfalzgraf eigentlich nicht versucht. In den entscheidenden Augenblicken, wo es galt, seine Truppen mit Energie zu gebrauchen und die Integrität seines Gebietes durch rasches und entschiedenes Vorgehen zu schützen, hielt er zögernd inne und zog der Anwendung von Gewalt Verhandlungen und diplomatische Kunstgriffe vor, die nur dazu dienen konnten, ihn in immer schwierigere Verhältnisse hineinzutreiben.



Beilage.

Die nachfolgenden Aufzeichnungen sind enthalten in einem im Staatsarchive zu Düsseldorf (Jülich-Berg Familiensachen No. 77) aufbewahrten Schreibkalender für 1636 von Dr. J. C. Wechtler, gedruckt in Wien bei M. Rickhes, in 4°. Der Kalender ist in Leder gebunden und enthält auf dem mit Goldpressung verzierten Deckel eine Dedication für den Pfalzgrafen. Er ist reich mit weissen Blättern durchschossen, auf welchen der Pfalzgraf seine Erlebnisse eingetragen hat. Wenn auch das Tagebuch zum Theil ausserhalb des Rahmens der vorstehenden Abhandlung liegt, so erschien es mir doch angemessen, es vollständig zum Abdruck zu bringen. Der Inhalt ist für die Eigenart des Pfalzgrafen, für seine Rührigkeit und seine intensive Beschäftigung mit Staats- und anderen Sachen, für seinen kirchlichen Eifer, für das Leben am Wiener und Düsseldorfer Hofe und für die politischen Ereignisse des Jahres 1636, soweit sie den Pfalzgrafen berührten, eine werthvolle Quelle. Die ausführliche Schilderung setzt an manchen Stellen aus; statt ihrer finden sich auf den bedruckten Blättern neben dem betreffenden Tag kurze Bemerkungen, die von mir mit (B) bezeichnet sind. Oft gehen dieselben auch neben der ausführlichen Schilderung her. Hierzu gehören einige chiffrirte Notizen, die ich ausgelassen habe, weil sie Privatangelegenheiten intimster Natur betreffen, die höchstens dazu dienen könnten, das kleinlich-pedantische in dem Charakter des Pfalzgrafen schärfer hervortreten zu lassen. Die Orthographie habe ich in der üblichen Weise vereinfacht. Der Einfachheit und Uebersichtlichkeit wegen habe ich zur Bezeichnung des Tages statt der oft umständlicheren Weise des Pfalzgrafen die Monate als Ueberschrift vorangestellt und dann nur die Zahlen folgen lassen. Das Tagebuch ist bis auf die von Schreiberhand stammenden drei ersten Tage des Januar eigenhändig vom Pfalzgrafen flüchtig niedergeschrieben und häufig äusserst schwierig zu entziffern, namentlich wenn Eigennamen in Betracht kommen, so dass ich wiederholt Fragezeichen (für unsichere Worte) und Punkte (für nicht lesbare) anzuwenden genöthigt war. Einige Abkürzungen habe ich beibehalten, so: a. m. = ante meridiem, p. m. = post meridiem, K. Mt. = Kaiserliche Majestät, I. Mt. = Ihre Majestät, k. w. = königliche Würde, chf. = kurfürstlich, L. = Liebden, S. L. = Seine Liebden, d. = doctor, l. = licentiat, mg. = markgraf (marchese), s. = secretarius, it. = item, sc. = scripsi.

Tagebuch des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm 1636.

Januar.

1. Januarii in die circumcisionis domini . . . . . 1636 zue Wien. A. m. preces, gratulationes et praeparatio ad confessionem et communionem. Hernach der Kai. Mt. in der patrum societatis Jesu kirchen aufgewartet, im collegio gebeicht und communicirt und mit Ihr. Mt. wider nach hof. P. m. hat der genuesische resident mich visitirt, hernach zur vesper gen hof und darauf zum Stralndorf, grefin von Mansfelt; item preces continuirt.

2. Der audientz des tartarischen gesandten bei K. M. beigewohnt. Theodati mich visitirt. P. m. conjugi post expedi[r]t.

3. A. m. mit K. M. nach —dorf,[1]) auch daselbst mit I. Mt. prandirt, hernach aufs jagen, da I. M. 53, und also dis jahr in allem 936 seu gefangen und das jagen beschlossen, und als ich gen Wien kommen, hab ich den scribenten Hans Georg Fermen, so mit schreiben von Dusseldorf ankommen, — —[2]). Literae a conjuge, filio vom 18. X^bris^, bischof vom (!) Bamberg vom 28. X^bris^, Wonsheim vom 15. X^bris^, item vom 21. X^bris^ Dusseldorfische rethe.

4. A. m. Die gestrige schreiben vollend abgelesen. P. m. bei dem Stralendorf und marches Castagnetta angemant. Item ein alt post vom 8. und 15. X^bris^ ankommen, dabei underschidliche schreiben von meiner gemahl.

5. A. m. solche eröfnet und mir vorlesen lassen. Der vesper zu hof beigewohnt. Stralendorf, graf Schlikh angemahnt, auch bei Ihr K. M. selbst.

6. A. m. communicirt und predig gehört bei den patribus. P. m. marques Castagneta mich besucht, dem Rekh (?) vorlesen lassen die unverhoffte keis. mandata und was sich die lantstend für betroungschreiben an meine kriegsofficir und beambten abgehen zu lassen understanden.

7. 2 memorial an die K. M. betr. der landstend betroliche ausschreiben an meine diener und soldaten, sie in meinem dienst und volzihung meiner befelch irr zu machen, it. ihre understandene ausschreiben der collecten. P. m. bei Stralendorf, Schlikh und marchesen Castagnetta angemahnt. It. neuburgische post mir referiren lassen.

8. Mit K. Mt. auf die peis und zur Lachsenburg prandirt. Hernach Soider[3]) k. decret communicirt.

---

[1]) Der erste Theil des Ortsnamens ist ausgelassen.

[2]) Das Zeitwort fehlt.

[3]) Kais. Secretär Söldner.

9. Post vom 22. Decembris aus Disseldorf et a conjuge, darauf antwort angeben. Die 2 memorialia an die K. M. underschriben. Post ausgefertigt.

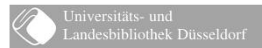
10. Solche memorialia dem reichshofrathpraesidenten grafen Fugger einhendigen lassen. It. ein memorial an K. M. wegen einreichung der fridensacceptation gehorig begriffen, solche dem grafen Mekau, der K. M. einzuehendigen, zugestelt. Hernach zu dem grafen Schlikh, conte d'Onnate, marchese Castagnetta, Stralendorf und ihnen die sachen recommendirt. It. grefin zue Mansfeldt, hernach bei der Kaiserin mein abscheid genommen. Mit graf Philips von Mansfeld wegen schiffhafen (?) conversirt. Zettl der neuen jahrs-verehrung underschriben.

11. Mir die postschreiben ablesen lassen. — P. m. haben mich die beide nuncii visitirt und valedicirt und hab ich mit ihnen abgeredt, was for ein appendix an mein acceptation des fridens zue salvirung meiner unschuld und existimation zu setzen sein möchte. Darnach hab solches ich in teutsch gesetzt und dem s. Söldner zugeschikht, weil ers aber nit hat ubergeben wollen, hab ichs volgenden tag, nemlich den

12. morgens, da Ihr K. Mt. auf die beiss geritten, nach gehörter mess selbst zugestelt und dabei die einreichung Ihr K. Mt. approbation und anderer resolutionen gebetten, auch die kön. M. in Ungarn und erzherzogen Leopold umb dero intervention (weil I. K. M. es zue bedenken resolvirt) ersucht, so sie auch versprochen. Hernach idem bei cantzler Wartenberg und dem principe Savelli, und zugleich, weil sie befelch mit conte Onnate wegen abfürung des Piccolomini volk zue tractiren, dass sie constanter und mascule mit ihm tractiren wollen, sie ersucht, quod promiserunt. Don Luis Spinola auch besucht und mit mir gäässen und mir — —[1]) zue dienst recommendirt, mit kaiserlichem cammerdiener wegen der sollicitationsbestallung per 300 f., it. mit Breitschedel wegen rath und residentenbestallung per — —[2]) f. gehandelt. Schreiben an Salzburg wegen vorhabender besuchung abgehen lassen. Bei Stralendorf umb die resolutiones angemanet. Als Soldner in meiner fridensacceptation aus befelch K. Mt. ein wort zu corrigiren und etliche einzusetzen begert, hab ichs gewilligt, die erklerung umbschreiben und ihme Soldner durch d. Althof einhendigen und hingegen die kaiserliche approbation und erklerung abholen lassen, die mir auch gebracht worden. Visconte zu fuss zum . . . . von Lichtenstein (?) wegen danksagung logements und mit verenrung an seine tochter abgefertigt.

13. Calender complirt. Zur predig bei den Jesuiten, hernach zu predig und ambt gen hof und den graf von Wolkenstein und Staudinger und grafen von Schwartzenberg zue mir zum essen genomen. Hernach hat mich der reichshofrathpraesident Fugger valedicirt. It. ist der englische gesandt zue mir kommen,

[1]) Der Name ist ausgelassen.
[2]) Die Summe fehlt.



deme ich communicirt, wie weit ichs der pfeltzischen sachen halber gebracht habe, auch vor und nach von selbigen sachen communicirt. Hernach mir die mir (!) gestern durch den Aldenhof bei s. Soldner abgeholte kais. resolutiones vom 7. Januarii verlesen lassen. Hernach gen hof zur vesper. It. der copulation des Arsenbekh mit der kaiserin cammerfräulein von Ekenberg, wie auch auf I. M. einladen mit derselben, auch der Kaiserin, konig und konigin in Ungarn, auch ertzherzog und ertzherzogin, auch prinzen in Polen der nachtmalzeit beigewont. NB. was K. M. dem marschalk Don Rodorigo meinetwegen angezeigt.

14. Den reichshofrathspraesidenten graf Fugger besucht, valedicirt und wegen deliberation meiner memorialien wider meine stend angemant, quod in crastinum promisit; hernaeh zum Stralendorf wegen auslif[er]ung k. schreiben an Cardinalinfantn und die landstend angemant, gleiche anmanung zu hof gethan. Hernach zum marches Castagneta, item zu pater Lamerman; in collegio mes gehört. Hernach wider nach hof und der lehenempfengnuss der hertz . . . . beigewont. It. churfurst. gubernator zu Regenspurg bei mir geessen. It. vier italienische cavallieri aus Mailand und Veltelin mich besucht. Hernach der frantzosisch agent mich valedicirt. It. linenbergische gesandt mir wegen intervention gedankt, demselben wie auch mg. Christian Wilhelm meine sach in causa Palatina communicirt. Sc. statthalter Breuner wegen . . . . It. neue anmanung beim konig in person angemant (!) und mein licenz genomen. De praeparatoriis zur reis deliberirt und resolvirt.

15. Bei der K. M. auf ertheilte audienz umb gewirige resolution (nach gehortem ambt) angemanet. It. per portam der Kaiserlichen proposition bei den niderösterreichischen stend[1]) zugehört. — P. m. Mg. Christian Wilhelm von Brandenburg besucht. It. ist die disseldorfische post ankommen. Solche mir vorlesen lassen. Daraus ein extract gemacht und dem konig die grosse beschwerden, so furgehen, referirt, und damit die subscription an meine stend wegen bezalung meines kriegsvolk erhalten.

16. A. m. zu hof mess gehört und noch ein schreiben an den Picollomini erhalten, dass er die stend, da notig, anweisen solle, zu underhalt meines volks zu contribuiren. Hernach beim Stralendorf umb die endliche resolution angemahnt und solche erhalten. It. haben mich Don Luis Spinola, Docca major valedicirt, umb gelt mich beworben. It. nachdem I. K. M. von der beiss kommen, correction des k. schreibens an die stend erhalten. It. dem grafen Trautmansdorf demonstrirt, dass die k. resolution auf falsche praesupposita gestellet. Sc. conjugi. It. post expedirt.

17. (K. M.) ausgefertigts schreiben an Picollomini wie auch an meine gülchische und bergische landstend, betr. den underhalt 2000 man zu fues und 300 pferd, bekommen mit ihren copiis. Des cantzlers Zöschlins sohn auf vorgehende versprechen seiner

---

[1]) „per portam“ wiederholt.

bestendikeit in der religion 46 rthlr. für alle seine praetendirte ausstende und zu seiner abfertigung und endlich, weil er sich erboten, den geistlichen stand anzunehmen, zugestelt und seiner dienst erlassen. Sc. conjugi.

18. Die schreiben nach Disseldorf, sonderlich an mein gemahlin, revidirt und ausfertigen lassen, damit den curier Wolf Ettenreich zu expediren. Selambt pro Mattheo Kürfer, so zu Neuburg in meinem dienst gestorben, bei den Franciscanern. Noch ander dupplicat von voriger post, so dem curier mitzugeben, mir vorlesen lassen und von neu subscribirt; literas ad conjugem revidirt. Sc. Wonsheim wegen einer geheimen sach.

19. Concepi . . . . an praesident Rosa zu Brüssel, it. an Cardinalinfante, it. literas an graf Picollomini und la Grana underschriben und damit den curier Wolf Ettenreich endlich abgefertigt. Literas an Cardinal und Rosa den marquis Castagnetta lesen lassen. Hernach bei konig. P. m. Der geheiserlichen (!) Mt. zue ersehen zuegestelt und dabei in langer audienz die necessitet und dass Ihr K. M. eigner respect dabei hoch representirt, dass des Picollomini volk aus dem land abgefüret werde. Eodem communicatio facta dem grafen von Trautmansdorf, graf Schlikh, duca Savelli und anderen und hoffe, sie haben alle die informationes wol capirt. Item von Trautmanstorf und grafen Sliken verstanden, dass schon befolen worden, das volk aus dem fürstenthum Neuburg und Fürstenthumb Berg abzufüren. Item ein anmanung wegen furderlicher verordnung der abfirung des kais. volks aus den fürstenthumen Gülch und Berg geschriben.

20. Gebeicht und communicirt. Hernach wegen wüderwertigen auch unverhofften begegnussen einstheils im gebet, anderntheils mit beschwernuss und sorgen zuegebracht.[1])

21. A. m. zue hof der mess beigewohnt. Hernach bei Kais. M. audienz gesucht. Weil sie mich aber hinaus zur malzeit geleidt, in des Poccalii (?) wittib haus bei den kaiserlichen kuniglichen und ertzherzoglichen personen die malzeit eingenomen, auch vor- und nachmittag der beiss beigewont. Hernach bei Stralendorf, Schlick angemant. It. marques Castagneta besucht.

22. A. et p. m. ein neues memorial wegen abfirung des Piccolomini volk begriffen, aber damit noch nit gar zu end kommen.

23. Solch memorial vollig gefertigt und revidirt, und anfangs den grafen Trautsmansdorf lesen lassen, darnach der K. M., als sie sich der audienz halber entschuldiget, durch den Disel uberschikt. It. mit dem Stralendorf und graf Schlikh davon geret. Item ist ein post ankommen; post zwar expedirt, aber zu spat.

24. Abermal umb audienz mich angemelt, aber bis nach der vesper verschoben worden, derhalben ich nach (?) zaig (?) devotionis ergo (?) hernach zu dem marquis Castagneta, mit ihm pran-

[1] In den Kalender selbst hat Pf. neben den 20. den Vermerk gesetzt: niger d(ies).

dirt, hernach zu den nunciis, denen ich von dem statu meiner handlung bericht gethan. Et idem factum inp . . tato regis Daniae, als ich ihn in meinem haus befunden. Hernach ad vesperas gen hof. It. bei der K. M. audienz gehabt und auf vorgehent excusati(on) meines vilfeltigen anmelden umb antwort auf mein memorial angemant, quod imperator promisit.

25. Festo P. et Pauli.[1]) Der predig bei den Jesuiten beigewont. Hernach mir aus der post referiren lassen. Marches Castagnetta mich visitirt.

26. Schreiben von Neuburg bekommen, solche einstheils mir vorlesen lassen. It. ein neue erinnerung wegen abfurung des Picolomini volk begriffen.

27. Predig und ambt zue hof. It. marches Castagneta seinem panget, dabei sich auch der prinz von Polen, noch mg. Christian Wilhelm von Brandenburg, fürst von Crumau (?) und Dietrichstein, alle geheime und fürnembste kriegs- und hofrathspraesidenten und hofministri befunden, beigewohnt. It. dem Stralendorf und Rekh die unbilligkeit gefahr und schaden, auch contravention voriger conventionen, k. decreten und bewilligungen, so mir und dem gulichischen land, ja dem ganzen romischen reich mit continuirung des Picolomini einlagerung begegne, dermassen repraesentirt, dass sie nichts darauf zu sagen gewisst, ausser dass sie condolirt haben.

28. Hab ich zwar bei K. M. anmanen wollen, aber zu keiner audienz gelangen konnen. Nuncium visitirt. Hernach zu der würtschaft, darzue mich I. K. M. laden (?) lassen, mich praeparirt und selbiger beigewont bis nach 10 Uhr in der nacht.

29. Bei dem Stralendorf und graven Schlikh, worauf meine sachen bestehen, informirt. It. etliche schreiben nach Disseldorf und Neuburg abgehort. It. ist mir von der K. M. eine resolution bekommen. (!)

30. An einem neuen memorial zue beantwortung solchen k. decrets angefangen. Post meridiem dem quintanrennen, kopfrennen und pistolschiesen zu pferd, it. dem ballet und dankaustheilen zuegesehen.

31. Wiederumb uber dem memorial laborirt. It. wegen abfurung des in Hilpolstein eingelegten volks und moderation des K. decrets bei der K. M. in Hungarn audienz gehabt. Bei dem generalcommissario Walmerode vermög des konigs ordinanz die schreiben an die k. comissarien und oberstleutenant erhalten, damit das k. volk aus Hipolstein und Heidekh gefürt werde.

Februar.

1. Ein neu memorial in anderer form zur antwort der k. erklerung vom 26. Januarii begriffen und solches einstheils selb neben den rethen revidirt und den rest ihnen zu revidiren gegeben.

---

[1]) So statt „conversionis Pauli“.

It. resident von Genua mir die difficulteten wegen geltanlehens erzelt. g. v. v. (?) angefangen.

2. Ad confessionem et communionem mich praeparirt und solche in der Jesuiter professhaus verrichtet. Hernach meines gestrigen begriffenen memorials meditirt. It. schreiben von Disseldorf mir vorlesen lassen. It bei K. M. anhalten lassen zu verordnen, dass mich graf Trautmansdorf, Stralendorf und graf Schlikh hören und mit mir communiciren, wie die sachen wegen des Picollimini (!) und margrafen della Grana volk zue halten und der land ferner un(heil) zue verhüeten, welches Ihr K. M. verordnet auf morgen umb 8 uhr.

3. Den calender complirt. Hernach mich zur proposition, so ich den k. comissarien grafen Trautmannsdorf, freiherrn Stralendorf und grafen Schlikh-Passau[1]) zu thun, praeparirt und solche bei ihnen in des Stralendorfs gemach praesentibus statthalters Spirinkhs und d. Altenhof abgelegt und auf ihr begern zue papier bringen lassen und dem grafen Schlikh zugestelt. Hernach zum Stralendorf und im solches angezeigt. It. grafin von Mansfeldt besucht. Hernach gen hof und mit dem Trautmansdorf auch davon gesagt. (?)

4. Ein memorial an K. M. pro affine hertzog Fridrich von Zweibrükh begriffen. It. eins wegen session in der comedi. It. an des hertzog Franz (?) Julius von Sachsen gemalin wegen derselben session in der comedi betr., der ich auch geantwort. Item hat mir der bairisch agent 2 neujahrschreiben von hertzog Maximilian und hertzog Albrecht in Baiern zuegebracht, den ich bei mir bei der malzeit behalten und hernach mit mir gen hof zu der comedi genomen, da mir ein sonderbares cabinet privatim zuzusehen verordnet gewesen. Hernach in der kleinen hofcapell der copulation des grafen Borcia, K. M. kamerer, mit dem cammerfreulein Nidekh (?) beigewont, also auch der malzeit neben den kaiser- und koniglichen personen beigewont.

5. In revisione des schreibens an statthalter continuirt. It. ein memorial in favor meines vetteren und schwagers hertzog Fridrich pf. von Zweibrukh an K. M. begriffen, hernach bei dem statthalter Breuner prandirt und weil I. K. M. haben[2]) wollen, dass ich mich in mascara bei dem palletto befinde, mir in 4 stund 2 kleider, eins für mich und eines für den statthalter Spiring, machen lassen und in des statthalter Breuners squadrilia (?) gen hof begeben, da gar vil puppen (?) von mascara sich befunden und mehr als 10 ballet gehalten worden, da ich hernach mit der kaiserin und konigin in Ungarn, auch der ertzherzogin zweimal getantzt.

6. Bei dem grafen Schlikh, hernach bei dem konig in Ungarn underbauet, dass man mündlich mir durch die K. M. comissarien I. K. M. resolution anzeigen lassen, quod promiserunt. Hernach zu dem Stralendorf, der mir gleiche befurderung ver-

[1]) So statt Passaun (Bassano).
[2]) In der Vorl. wiederholt.

sprochen. Hernach zu haus die post von Brüssel und Diseldorf befunden. Sc. conjugi. Post expedirt. Die ankommene post zue ersehen (?) angefangen.

7. In verlesung der postschreiben continuirt, also auch in revision der gestern unexpedirt geblibenen schreiben continuirt. — P. m. Item hat mich hertzog Henrich Julius zu Sachsen besucht und vom kriegswesen zwischen Sachsen und den Schweden bericht gethan. Anmahnung bei Stralendorf. Schreiben nach Neuburg abgehört und underschriben, andere nach Neuburg angeben. D. Widenbach advis, so ihm im vertrauen geschehen, von einem beirischen schreiben wegen revocation des bescheids, so in causa Palatina wegen continuirenden effects der decreten de annis 23 und sibenundzwanzig geben worden, an K. M. abgangen.

8. Beim Stralendorf, volgentz bei K. M., auf ertheilte audienz wegen schleuniger resolution angemant und neben verlesung meines sohns den 19. Jan. an mich abgangenen schreibens, it. meiner reth schreibens an mg. la Grana, wie es mit meiner jurisdiction uber Siburg eine beschaffenheit, it. was der anlag des mag. la Grana der 95000 Rth. auf das fürstenthumb Berg meine reth für information mir zugeschikht, der K. M. representirt. Item demonstravi dem canzler Wartenberg, graf Schwartzenberg und Breuner, it. march. Castagnetta. Gnadensuchen pro Spirinkh und d. Althoven underzeichnet. Resolution von K. M empfangen, darauf eine antwort angefangen.

9. 10. Die antwort und ferner begeren umb erleuterung und extension I. K. M. erklerung continuirt darauf revidirt und bei der K M. angehalten, dass den commissariis mit mir darüber weiter zu communiciren verordnet werden möchte, welches I. K. M. auch verordnet. It die miseriam und den beiden fürstenthum Gülch und Berg zuegefugte schaden dem marchese Castagnetta communicirt, so mir versprochen, bei I. K. M. um recompens anzuhalten und dergleichen bei seinem konig zu sollicitiren. Predig bei den Jesuitern gehört, darnach gen hof gefahren und bei dem grafen Trautmansdorf und Schlikh underbauet wegen der communication mit mir.[1] Hernach zue hof der predig und bis zur elevation dem ambt beigewohnt. Hernach zu dem Stralendorf gegangen und ihm den anfang meiner erinnerungschrift an ine und die 2 comissarien graf Schlikh und Trautmansdorf vorgelesen. Walmerode und die wirtembergische gesandten mit mir prandirt, denen ich successive die erlangte k. decreta und derselben contraventiones, item was ich dem Cardinalinfante geschriben, vorgelesen. Hernach bei dem Stralendorf, ihm und obbemelten zweien grafen meine erinerungschrift, weil die fürnembste puncten davon fertig gewesen, vorgelesen und den rest davon auf morgen zuzustellen mich erboten und, wie eines und anders aus vorigen decreten zu verificiren, aus den k. decreten vorgelesen.

---

[1]) Vorlage: mit.

11. Mein schrift complirt und durch den Althofen dem Stralendorf zustellen lassen. Hernach mit der K. M. und der kaiserin, konig und ertzherzogin auf Laxemborg, daselbst mit denselben geessen, hernach auf die fuchsjagt, daselbst 29 fuchs und 1 tax (?) gefangen. Hernach zu dem Stralendorf und vernomen, dass meine sachen noch nit vorgenomen. It. zu Trautmansdorf, der mir absolute gesagt, dass, wenn man mir alles was ich beger, hundertmal verspreche, dass man mir doch solches, wenn es ratio belli et status nit zuelasse, nit halten werde. Item zu den beiden spanischen ambassadoren, zue penetriren (?), ob die K. M. inen wegen underbauung und gelthilf bei ihrem konig zusprechen lassen. Castagnetta confessus, quia omnia sua argentea

